

ch Militärm...
über Lin...
abgestürz

Mittwoch/Donnerstag, 30./31.5.1984 - D**

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefonnummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenabteilung Köln (02 50) 10 15 24 / Vertriebsabteilung
Hamburg (040) 347-1 - Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 126 - 22. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr., Dänemark 8,00 dkr., Frankreich 6,50 ffr., Griechenland 100 Dr.
Großbritannien 85 p., Italien 1300 L., Jugoslawien 130,00 Din., Luxemburg 28,00 lfr.
Niederlande 2,00 hfl., Norwegen 7,50 nkr., Österreich 12,85 Sch., Portugal 100 Esc.
Schweiz 8,50 sfr., Schweiz 1,90 sfr., Spanien 125 Ptas., Tschechoslowakei 150 Ptas.

TAGESSCHAU

POLITIK

Tarifgespräch abgebrochen: Die Verhandlungen für die rund 165.000 Beschäftigten in der Druckindustrie wurden gestern ohne eine neue Terminvereinbarung abgebrochen. Während Manfred Beltz Rühlmann die erweiterte Mitbestimmungsforderung der Gewerkschaft für die Arbeitgeber als „nicht verhandlungsfähig“ bezeichnete, nannte IG Druck-Chef Erwin Ferlemann die Verhandlungspunkte als für ihn „unverzichtbar“.

Umweltschutz: Die CDU/CSU-Fraktion in Bonn sieht sich nach der Anhörung namhafter Verfassungsrechtler in ihrer Skepsis gegenüber Bestrebungen gerechtfertigt, den Umweltschutz als Grundrecht in der Verfassung zu verankern. (S. 26)

Olympia: Mit ihrem Veto hat die sowjetische Delegation gestern verhindert, daß die UdSSR auf dem Treffen der 21 internationalen olympischen Sommersportverbände in Lausanne wegen ihres Boykotts der Spiele in Los Angeles verurteilt wurde. In der Abschlusserklärung wurde dann lediglich das Fernbleiben bestimmter Nationaler Olympischer Komitees bedauert.

ROW-Gipfel: Das seit langem erwartete Treffen der Staats- und Parteichefs der Mitglieder der Ostblock-Wirtschaftsgemeinschaft - das erste seit 13 Jahren - soll am 12. Juni in Moskau stattfinden, wurde von amtlicher sowjetischer Seite mitgeteilt.

Freie Fahrt: Bundeskanzler Kohl und Präsident Mitterrand haben bei ihrem Treffen in Rambouillet die sofortige Abschaffung der Grenzformalitäten für Reisende zwischen der Bundesrepublik und Frankreich beschlossen. (S. 5)

„Stinger“ geliefert: Saudi-Arabien hat von den USA 400 Flugabwehrraketen vom Typ „Stinger“ zur Verteidigung von Tankern im Golf erhalten.

Golfkrieg: Falls die Länder am Golf Hilfe brauchen, können wir die notwendige und geeignete Infrastruktur für einen Einsatz amerikanischer Streitkräfte anbieten, sagt der Sultan von Oman in einem Gespräch mit der WELT. (S. 5)

Assad-Bruder in Moskau: Eine ranghohe syrische Delegation unter Führung von Rifat el-Assad hält sich in Moskau auf. Die UdSSR unterstützt Irak, Syrien und Iran im Golfkrieg.

Moskaus Sicht: Als eine „lärmende Kampagne“ bezeichnet die Sowjet-Presse die Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der Landung der Alliierten in der Normandie. Dort sei nur die „zweite Front“ im Krieg gewesen. Eine jede andere Wertung sei eine „vorsätzliche Verzerrung“ der Geschichte.

Heute: China und Großbritannien setzen Verhandlungen über Hongkong fort. - Präsident des Internationalen Olympischen Komitees, Samaranch, in Moskau.

Kreml: Jugend zu „Haß gegen Feinde der Heimat“ erziehen

Tschernenko fordert Abwehr von Einflüssen des Westens / Armee herausgestellt

DW, Moskau
Der sowjetische Staats- und Parteichef Konstantin Tschernenko hat dazu aufgefordert, die Jugend in der UdSSR „zur Heimatliebe und zum Haß gegen ihre Feinde (der Heimat) zu erziehen“. Der aggressive Ton der Rede Tschernenos vor Sekretären des Jugendverbandes Komsomol erinnert politische Beobachter an die Sprache, wie sie zu Zeiten Josef Stalins üblich war. Der Kreml-Führer gab mit Kritik an der Arbeit des Jugendverbandes Komsomol zu erkennen, daß Partei- und Staatspitze eine neue ideologische Kampagne in Gang setzen wollen.

FRIED H. NEUMANN, Moskau
Der Sitzungssaal des Kreml, in dem sonst nur höchste Partei- und Staatsgremien tagen, war von der Sowjetarmee besetzt. Die Mitglieder der Parteiführung hatten sich in die hinteren Reihen des Präsidiums zurückgezogen, als Konstantin Tschernenko dem militärischen Zweig des Staatsjugendverbandes Komsomol mit dem Rotbannerorden auszeichnete. Der Kreml-Chef sprach zu Füßen einer Riege von Marschällen, Generalen und Admiralen, Verteidigungsminister Ustinow erteilte ihm das Wort.

Die aufwendige Ehrung, die von der sowjetischen Tageschau am Abend 45 Minuten lang übertragen wurde, erhob den Komsomol der Streitkräfte demonstrativ über den zivilen Teil des Verbandes. Tschernenko kündigte die verbesserte „Führung des Komsomol durch die Partei“ an und kritisierte die Organisation, weil sie den „wachsenden materiellen und geistigen Bedürfnissen der Jugend“ nicht entspreche. Sie verhalte sich schablonenhaft, so daß sich „ein Teil der jungen Leute“ von ihr fernhalte. Der Verband erfülle nicht die Aufgaben der Partei. Er soll die Jugend nach den Worten Tschernenos zu Ordnung und Disziplin, aber auch zu reger Initiative führen. Zu seinen erzieherischen Aufgaben gehöre die Abwehr ideologischer Einflüsse des Westens und „kleinbürgerlicher Ansprüche“, womit stets modisches Konsumdenken gemeint ist.

Eine von der „Prawda“ fett hervorgehobene Passage spielte auf die Gefahr an, daß sich die junge Generation von den Parteiveteranen abwenden könnte: Die „revolutionäre Kontinuität“ sei nur zu sichern, wenn die Jugendbewegung unter Führung der Partei bleibe. Aus den Worten Tschernenos ging klar hervor, daß es dem Komsomol kaum gelingt, solche Ansprüche in die Praxis umzusetzen.

Dagegen funktioniert sein militärischer Teil offenbar sehr zufriedenstellend. Verteidigungsminister Marschall Ustinow rühmte ihn als verlässlichen Helfer der Partei und der militärischen Führung. Und Armeeoberbefehlshaber Japischew, Chef der politischen Hauptverwaltung der Streitkräfte, hämmerte den Leutnants und Unteroffizieren im Saal ein: „Wie nie zuvor stellt sich dem Komsomol die Aufgabe, den Soldaten ein deutliches Gefühl für die wachsende Kriegsgefahr zu vermitteln. Jederzeit müssen sie bereit sein, ihren Kampfauftrag auszuführen und eine Aggression abzuwehren.“

Auf den abendlichen Bildschirmen wirkte die Veranstaltung auf sowjetische Zuschauer, als habe das Militär stellvertretend für die Partei die Herrschaft über den Jugendverband übernommen. Auch Tschernenko, dessen mühsame und stockende Artikulation seine gesundheitlichen Probleme anzeigte, verbeugte sich vor den Streitkräften. Gegenüber den „reaktionären Imperialisten, die sich nicht

Bleibt Genscher doch länger FDP-Chef?

Prominente Mitglieder: Für Führungsmannschaft / „Wegkommen von Ein-Mann-Show“

DW, Bonn
Das FDP-Bundesvorstandsmitglied Detlef Kleinert hat den Gedanken in die Diskussion gebracht, daß Hans-Dietrich Genscher 1988 doch noch einmal für das Amt des FDP-Vorsitzenden kandidieren könnte. Im Saarländischen Rundfunk sagte Kleinert, er lehne es ab, die Rückzugserklärung Genschers mit Hintergedanken zu befrachten. Wenn aber „schließlich alle rufen“ und „die Dinge sich so verändern“, dann wolle er auch eine längere Amtszeit Genschers nicht ausschließen.

Die Ankündigung Genschers wird aller Voraussicht nach auch den Verkauf des am 1. Juni in Münster beginnenden Parteitag der FDP maßgeblich beeinflussen. Statt der Programmdebatte werde es ein „Schaulaufen“ der potentiellen Genscher-Nachfolger geben, befürchten FDP-Führungskreise.

Prominente FDP-Landespolitiker sprachen sich dafür aus, daß künftig die Führungsmannschaft der Freien Demokraten stärker in Erscheinung tritt. Der niedersächsische FDP-Parteivorsitzende Walter Hirsch forderte seine Partei auf, „jetzt wegzukommen von dieser Ein-Mann-Show“. Und zu der Verzichtserklärung

meinen Zeitung“ in Mainz, er hätte sich gewünscht, daß „die Breite der Führungsmannschaft“ bereits in der Vergangenheit mehr an Verantwortung übernommen hätte.

Der hessische Landesvorsitzende Wolfgang Gerhardt sagte der „Allge-

meint negativ beeinflussen könnte. Seine Absicht, in zwei Jahren nicht noch einmal für den FDP-Vorsitz zu kandidieren, habe dazu beigetragen, daß die Partei „sehr lebendig geworden ist“. Dies, so meinte Genscher, der sich zur Teilnahme an der NATO-Jubiläumstagung in Washington äußert, könne der Koalition zugute kommen. Genscher unterstützte, wie verlautete, die von Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff vertretene These, daß die FDP den Koalitionswechsel 1982 zwar akzeptiert, aber gefühlsmäßig noch nicht verknüpft habe. Dieses „Verknüpfen“ soll auf dem Parteitag in Münster nachgeholt werden. Genscher benutzte die Formulierung, die Freien Demokraten würden auf dem Parteitag die Koalition mit der CDU/CSU „endgültig inhalieren“.

Nach Genschers Auffassung hat das von der FDP - entgegen seinen eigenen Absichten - verhinderte Amnestiegesetz für Parteispender die Partei „zusammengebracht“. Durch den jetzt angekündigten Personalwechsel an der Spitze habe die FDP den Blick nach vorn gerichtet. Darüber brauche der Koalitionspartner nicht besorgt zu sein, denn eine

Fortsetzung Seite 12

Metall: Noch kein Durchbruch

Arbeitgeber warnen Gewerkschaft vor „Betriebsbesetzungen“ / Aussperrung in Hessen

W. NEITZEL/DW, Ludwigsburg
Ohne Signale für eine Einigung im Konflikt um die 35-Stunden-Woche sind gestern in Ludwigsburg die regionalen Tarifverhandlungen der Metallindustrie des Bezirks Nordwürttemberg/Nordbaden fortgesetzt worden. Vertreter beider Tarifpartner äußerten sich auch gedämpft über die Möglichkeit eines baldigen Abschlusses. Auf Arbeitgeberseite spielte dabei eine große Rolle, daß - wie sie erklärten - die IG Metall in ihren „Streik-Nachrichten“ die Arbeiter zu Betriebsbesetzungen aufzurufen suche.

Hans Peter Stihl, Verhandlungsführer der Metallarbeitgeber, warf der Gewerkschaft vor, sämtliche Arbeitskampfmittel über Bord zu werfen. Er spielte damit auf die Vorgänge bei der Filterfabrik Knecht in Lorch an, wo 178 Beschäftigte aus Protest gegen eine Teilstillegung des Werks den Betrieb seit Montag früh „besetzt halten“. Diese Aktion war von Gewerkschaftsseite als „berechtigte Notwehr der arbeitenden Menschen gegen kapitalistische Willkür“ gutgeheißen worden.

IG-Metall-Bezirksleiter Ernst Eisenmann sprach gestern morgen davon, die Arbeitgeber hätten „Verhandlungstüren zugemauert statt geöffnet“. In der Mittagspause sagte Eisenmann, er sei nicht optimistischer. Stihl erklärte, die Arbeitgeberseite habe in den Verhandlungen darauf hingewiesen, „daß für uns die generelle Arbeitszeitverkürzung für alle der denkbar ungeeignetste Weg ist, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen“. Von Beobachtern wurde diese Äußerung im Hinblick auf frühere schärfere Formulierungen im Zusammenhang mit der Ablehnung des Einstiegs in die 35-Stunden-Woche als kleiner Lichtblick für einen Kompromißansatz betrachtet.

In Hessen werden heute insgesamt 26.300 Arbeitnehmer aus 16 Metallbetrieben ausgesperrt.

Die IG Metall als Hauptveranstalter der Großdemonstration am vergangenen Montag in Bonn wird eine „dicke Rechnung“ von der Verwaltung der Bundeshauptstadt erhalten. Wie ein Sprecher der Stadt bestätigte, werden die genauen Kosten für die von den Demonstranten verursachten Schäden noch ermittelt. Die Holgerntwiese, auf der die Gewerkschaftskundgebung stattgefunden hatte, sei von den rund 100.000 Teilnehmern zertrampelt worden. Die IG Metall hatte der Stadt Bonn vor der Demonstration 60.000 Mark Kaution gestellt.

Die IG Druck und Papier setzte gestern - parallel zu den gescheiterten Verhandlungen mit den Arbeitgebern in Bad Soden - ihre Streiks bundesweit fort. Nach Gewerkschaftsangaben waren etwa 4500 Beschäftigte in 69 Betrieben zu Arbeitsniederlegungen aufgefordert. Beide Seiten wollten heute weiterverhandeln.

Seite 2: Im Regen gestanden

Fernsehzuschauer werden wählerischer

DW, Bonn
Die Fernsehzuschauer sind 1983 offensichtlich wählerischer geworden, sie sehen insgesamt weniger fern als im Jahr 1982. Die tägliche Einschaltedauer der Fernsehgeräte, so ermittelten die Medienforscher von ARD und ZDF, ist sogar gegenüber 1982 um fünf Minuten zurückgegangen, auf durchschnittlich 179 Minuten. Vor vier Jahren betrug die Durchschnittseinschaltedauer noch 190 Minuten.

Auch die Einzel-Sehdauer der Personen, die älter sind als 14 Jahre, hat sich kontinuierlich verringert, auf 111 Minuten pro Tag im Jahr 1983. Vier Jahre vorher betrug diese tägliche durchschnittliche Sehdauer noch 122 Minuten.

Für die Medienforscher Wolfgang Darschin (ARD) und Bernhard Frank

(ZDF) kommen in den Nutzungswerten zwei gegenläufige Entwicklungen zum Ausdruck: nämlich die Tendenz zum wählerischen und gleichzeitig zum ausführlicheren Fernsehkonsum. Die Tendenz, sich einmal überhaupt nicht vor den Bildschirm zu setzen, also „fernsehfremd“ zu nehmen, ist bei den jüngeren Zuschauern (14 bis 29 Jahre) besonders ausgeprägt, zeigt sich aber auch bei den 30- bis 49-jährigen und bei der Gruppe der Fernsehteilnehmer, die das 50. Lebensalter hinter sich haben.

Die Medienforscher der öffentlich-rechtlichen Anstalten bemühen als Begründung für das insgesamt deutlich verminderte Fernsehinteresse den „Jahresrückgang“, der die Durchschnittswerte für 1983 „erheblich beeinflusst“ habe.

Die Teleskopie-Daten zeigen noch etwas anderes: 1983 verlor die ARD mit ihrem bundesweiten Programm drei Minuten Sehdauer (sie kommt auf 51 Minuten), das ZDF zwei Minuten, so daß es damit jetzt in der Zuschauerangunst das Erste Programm (ARD) leicht überflügelt hat.

Allerdings haben die Dritten Fernsehprogramme der ARD-Anstalten in der durchschnittlichen Sehdauer gegenüber 1982 eine Minute gewonnen, liegen jetzt bei zwölf Minuten. Damit haben sie die Zahlen der Jahre 1979 und 1980 wieder erreicht und sind relativ stabil. Gegenüber 1979 fallen die Durchschnittsverluste von ARD und ZDF noch höher aus: Damals erzielte die ARD mit dem „Ersten“ noch 55 Minuten und das ZDF 53 Minuten durchschnittliche Sehdauer.

DER KOMMENTAR

Oberton - Unterton

CARL GUSTAF STRÖHM

Wer die Erklärungen führender Politiker des Warschauer Pakts in diesen Tagen auf einen gemeinsamen Nenner bringen will, mag damit Mühe haben. Da ist der sowjetische Oberton - schrill und alarmierend wie selten zuvor. Konstantin Tschernenko fordert die sowjetischen Komsomolen auf, den „Kampf für eine erhöhte Kampfbereitschaft“ der sowjetischen Streitkräfte zu unterstützen. Die jungen Sowjetbürger sollen noch mehr als bisher die „militärisch-patriotische Erziehung“ intensivieren. Sie sollen im Geiste Lenins, das militärische Handwerk richtig lernen - und Tschernenko ruft sie schließlich dazu auf, sich „für die Liebe zur Heimat und zum Haß gegen die Feinde der Heimat“ erziehen zu lassen.

Erziehung zum Haß, Kriegshandwerk, Kampfbereitschaft - schon aus diesem Vokabular ersieht man, wie heute im Kreml die Akzente verteilt sind. Die Politik des Abschottens und Verweigerens erfordert ein äußeres Feindbild - Imperialisten, Revanchisten und was sonst noch immer.

Und wenn es in Moskau schon so zugeht, dann setzt das folgsame Prag auf einen Schmelzen anderthalb: Die tschechoslowakischen Kommunisten attackieren ausgerechnet die neutralen Österreicher, den Wiener Bundeskanzler Sinowatz und seinen Außenminister Lenc, als Handlanger Reagans,

die nichts anderes im Sinn haben sollen, als nach den Forderungen des US-Vizepräsidenten und ehemaligen CIA-Chefs Bush die kommunistischen Länder gegeneinander zu hetzen.

Ist es bloßer Zufall, daß der tschechoslowakische Angriff gegen die neutralen Österreicher am gleichen Tag erfolgt, da der ungarische Außenminister Varkonyi zu einem offiziellen Besuch in Wien weilte? Varkonyi schlägt ganz andere Töne an als die Genossen und Verbündeten der Moldau. Die Beziehungen zwischen dem neutralen, aber westlich-demokratischen Österreich und dem kommunistischen Warschauer-Pakt-Mitglied Ungarn seien noch nie so gut und problemlos gewesen wie heute, meint der ungarische Gast. Kein Wort über die angebliche Komplizenschaft Wiens mit Reagan, sondern im Gegenteil die Feststellung, gerade weil die internationale Lage schwierig sei, müsse man um so intensiver über die Grenzen hinweg miteinander reden.

Oberton und Untertöne - von einem monolithischen Auftreten des Sowjetblocks kann derzeit keine Rede sein. Der Fall Olympia-Boykott andererseits hat gezeigt, daß Moskau seine Interessen blockiertem weiterhin sehr wohl durchzusetzen vermag, wenn und soweit man das dort für unverzichtbar hält.

Nell-Breuning: Neue Form des Klassenkampfes

DW, Bonn
Der katholische Sozialwissenschaftler Professor Oswald von Nell-Breuning hat seine Kritik an der Gewerkschaftsforderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich erneuert. Das Angebot der Arbeitsplatzbesitzer, den Arbeitslosen fünf Arbeitsstunden abzutreten, aber den Lohn dafür zu behalten, könne man nur als Hohn empfinden.

„Eine solche Haltung ist klassenkämpferisch, ausgesprochenenmaßen Klassenkampf von oben, nicht nur der Produktionsmittelbesitzer gegen die von Produktionsmittelbesitzern entblößten Lohnarbeiter, sondern der Klasse der Arbeitsplatzbesitzer gegen die Klasse der von Arbeitsplatzbesitzern entblößten Lohnarbeiter“, schrieb Nell-Breuning in den „Informationen“ des Erzbistums Freiburg. Der Jesuit, der auch vom DGB verschiedentlich als Ratgeber in Anspruch genommen wurde, will nicht bestreiten, daß auch die Lohnfrage zur Sprache kommen muß. „Aber Arbeitszeitverkürzung, um zusätzliche Arbeitsplätze zu erschließen, und Arbeitszeitverkürzung, um den Fortschritt der Produktivität der Arbeit zu honorieren, dürfen nicht miteinander verwechselt werden“, warnt der Nestor der katholischen Soziallehre. Maßstab für den Lohn kann nach seiner Auffassung immer nur die wirtschaftliche Gesamtlage sein, in ihrer ganzen Komplexität.

Den Gewerkschaften hält er vor, sie hätten sich einen Gewinn an moralischem Prestige „entgehen lassen“.

Streik trifft Einzelhandel in voller Härte

DW, Bonn
Die Auswirkungen der Streiks treffen inzwischen auch den Einzelhandel in voller Härte. Dies zeigt eine Blitzumfrage der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels. So bewegen sich die Rückgänge im Tagesumsatz zwischen 15 und 55 Prozent, bei den Warenhäusern zwischen 15 und 25 Prozent. Dabei spürt vor allem der Lebensmittelinzelhandel besonders den Qualitätsrückgang beim Kaufverhalten der Kunden. Die Umfrage sagt, daß vor allem Geschäfte mit nicht lebensnotwendigem Sortiment leiden. Jetzt bleiben vereinzelt die Kunden fast gänzlich weg.

In Einzelfällen haben Kaufleute nach den Angaben der Hauptgemeinschaft schon mit ihren Mitarbeitern verhandelt, Teilurlaub vorzuziehen und aktuelle Aufträge zu reduzieren. Wenn sich die Streikwelle in der Bundesrepublik Deutschland über einen ganzen Monat hinzöge, könnten einzelne Existenzen gefährdet und damit der Verlust von Arbeitsplätzen nicht mehr ausgeschlossen werden.

Übereinstimmend beklagt der Einzelhandel den nicht aufzuhörenden Umsatzverlust bei sogenannten Impulskäufen, die in manchen Branchen bis zu 30 Prozent des Umsatzes ausmachen. Die Unsicherheit der Konsumenten zeige sich weiter darin, daß es inzwischen auch Umsatzrückgänge in jenen Regionen gebe, die nicht direkt vom Streik betroffen sind, in denen aber Betriebsbesetzungen wegen mangelnder oder ausbleibender Zulieferungen erwartet werden müssen.

WELT-Report Finanzen

Das Kreditgewerbe ist gerüstet, den Aufschwung zu finanzieren; allerdings zu höheren Zinsen als nach den letzten Rezessionen. Als Konkurrenten im Angebot von Finanzdienstleistungen an Private liegen auch andere Finanzinstitute auf der Lauer. Mehr darüber in einem 32seitigen farbigen Report.

WIRTSCHAFT

Eurocheques: Am 1. Januar 1985 wird die Deckungssumme von 300 auf 400 DM erhöht, beschloß die Internationale Eurocheque-Arbeitsgruppe der Banken.

Mannmann: Drastische Einbußen vor allem im Röhrengeschäft drückten den Außumsatz 1983 um insgesamt 15 Prozent auf 14,1 Milliarden DM. Für das laufende Jahr wird eine Verbesserung der Erträge, allerdings noch kein befriedigendes Ergebnis, erwartet. (S. 15)

Deutsche Texaco: Für 1983 wurde ein Überschuß von 69 (Vorjahr 77) Millionen DM verbucht, der aller-

dings ausschließlich aus der Auflösung von Preissteigerungsrücklagen stammte. Im Mineralölgeschäft gab es erneut Verluste. (S. 15)

Rekordbilanz: BMW konnte seinen Umsatz im vergangenen Jahr um 22,5 Prozent auf rund 11,5 Milliarden DM steigern. Die Autoproduktion stieg um 11,1 Prozent auf rund 421.000 Einheiten. (S. 14)

Börse: An den Aktien- und Rentenmärkten war das Geschäft schleppend. WELT-Aktienindex 148,8 (148,9). Dollarmittelkurs 2,7381 (2,7285) Mark. Goldpreis pro Feinunze 385,60 Dollar.

WELT-Serie: Invasion der Normandie

Der britische Geheimdienst war ein kriegsentscheidender Faktor im Westen. Er drang nicht nur in den deutschen Funkverkehr ein und ermöglichte so den Alliierten die absolute Beherrschung des Luftraums: Er bereitete auch das Täuschungsmanöver „Bodyguard“ vor, das den Briten und Amerikanern die Invasion in der Normandie ermöglichte. Seite 4

SPORT

Fußball: Jeder Spieler von AS Rom erhält 175.000 Mark Prämie, wenn heute der Europapokal der Landesmeister gegen den FC Liverpool gewonnen wird. (S. 25)

Olympia: Die Olympischen Winterspiele dieses Jahres brachten dem jugoslawischen Austragungsort Sarajevo einen Gewinn von etwa zwölf Millionen Dollar.

AUS ALLER WELT

Spektakel: Zum letzten Mal für die nächsten zehn Jahre ist heute bei uns eine partielle Sonnenfinsternis zu beobachten. Um 19.19 Uhr beginnt der Neumond, sich vor die Sonne zu schieben. (S. 26)

Schwarzmarktwert: von 15 Millionen Mark hat die Münchner Polizei in der Nähe des Hauptbahnhofes sichergestellt. Vier Türken wurden festgenommen.

Wetter: Unverändert bewölkt mit Schauern. 12 bis 15 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: Signale, und wie man sie in Washington liest. Von Thomas Kiehliger S. 2

Forum: Personalien und Leserbrief an die Redaktion der WELT. Wort des Tages S. 9

Kim Il Sung: der große Führer, der große Denker, der große Kämpfer. Von F. Mezzetti S. 3

Fernsehen: Rahel Varnhagen - mit Gusto und Leidenschaft die Sprache benutzt S. 11

Berlin: Regierender Bürgermeister Diepgen will Stadt als Einheit erhalten. WELT-Interview S. 6

WELT-Report Gas: Die große Frage - wie sicher ist eigentlich die Versorgung? S. 21 bis 23

Sahetzone: Probleme der Entwicklungshilfe; Korruption oder Bestechung als Alternative S. 7

Benda: Umweltschutz nicht ins Grundgesetz; Skepsis bei Politikern und Juristen S. 26

Das politische Buch: Vom langen Umarmen der Eliten; Adelsmacht und Bürgertum 1848-1914 S. 8

Kultur: Wenn Handel und Stadtbild kollidieren. Zur Urbanisierungsdebatte in Trier S. 27

Nach Christi Himmelfahrt: erscheint die nächste Ausgabe der WELT am Freitag. In einigen Gebieten erscheinen Zeitungen, mit denen wir in Vertriebsgemeinschaft zusammenarbeiten, am Freitag nicht. Dort erhalten unsere Abonnenten die WELT an diesem Tag durch die Post.

Anzeige

Küppers kommt.



KÜPPERS KÖLSCH

Die Stimmung steigt.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Ameisenhaufen

Von Herbert Kremp

Optimistische Deutungen einer verfahrenen Lage können Zweifel an der Glaubwürdigkeit oder an der Ernsthaftigkeit wecken. Wenn Hans-Dietrich Genscher unserem Korrespondenten sagt, durch die Verzichtserklärung für 1986 sei „die Partei sehr lebendig geworden“ und dies könne der Bonner Koalition zugute kommen, fragt sich der Bürger zu recht, ob hier etwa Ironie die Sprache führt. Wer in einen Ameisenhaufen sticht, macht denselben sehr lebendig. Und trefflich bemerkte der Chinese Mao in seinen besseren Tagen: „Erdbeben in Chaos, Lage hervorragend“.

Parteiränge denken über diese Methode der „Vitalisierung“ anders. Niemand glaubt an den Anbruch einer neuen Schöpfungsgeschichte der FDP. Man spricht vielmehr von einem großen Durcheinander, dem anstelle einer neuen Ordnung weiteres großes Durcheinander folgen könnte. In dem Schaulaufen der Jungtalente, das sofort nach Genschers Ankündigung einsetzte, zeichnet sich dieser Zustand schon ab. Genschers Lob der Vierzigjährigen klingt ein wenig nach 68er Verschnitt. Was davon dem Regierungsbündnis zugute kommen sollte, ist nicht erfindlich.

Wenn ein Politiker, der über Jahre Ansehnliches leistete, aber vom Hobe der Zeit nicht verschont blieb, den Hut schwenkt, spricht der Anhang gemeinhin vom „Ende der Ein-Mann-Show“ und dem Morgendämmern kollektiver Führung. Das ist in allen Staatsformen so. In der Regel werden dann zunächst einmal die Sitzungen länger, die Diskussionen regellos und die Leistungen geringer. Am Ende des Prozesses möchte man dann den Politiker, der inzwischen zum „Staatsmann“ avanciert ist, wiederhaben.

Von diesem Lauf der Dinge ist die FDP nicht gefeit. Sie wird jetzt wursteln. Die Ansicht des Vorsitzenden, das gegen seinen Willen verhinderte Amnestiegesetz für Parteispender habe die Partei „zusammengebracht“, klingt überschlau. Nach dieser Logik haben Verkehrsunfälle den guten Zweck, Menschen einander näher zu bringen.

Fachmann für Luxus

Von Günter Zehm

Die Erklärung der Bonner Grünen zur Ausreiseweile aus der „DDR“ zeichnet sich durch ein hohes Maß an Ignoranz aus. Allein schon die Unterscheidung zwischen „echten Flüchtlingen“ und „Luxusflüchtlingen“ offenbart einen wahren Abgrund an Nichtwissen oder Nichtwissenwollen. Was ist ein „Luxusflüchtling“? Ein Mann oder eine Frau, sagt Grünen-Sprecher Schneider, denen es in der „DDR“ ökonomisch gut gegangen sei und die es hier „noch besser“ haben wollten. Auf solche „Typen“ sollten wir ruhig verzichten, rät Schneider, der sich doch sonst für jeden Wirtschaftsflüchtling aus Pakistan stark macht. Weiter kann man den Zynismus kaum treiben.

Daß der Mensch nicht vom Brot allein lebt, hat sich offenbar noch nicht bis zu den Grünen herumgesprochen. Der Wunsch nach Bewegungsfreiheit, nach Redefreiheit, nach Menschenrecht und ungehinderter künstlerischer Betätigung – alles „Luxus“ in der Optik unserer selbsternannten politischen Tugendwächter. Da klingt es dann nur noch nach schepperndem Pathos, wenn Schneider die „unruhigen Geister“ drüben ermahnt, sie möchten doch gefälligst am „Prozeß der Erneuerung und des Umdenkens in der DDR“ mitarbeiten.

Wie sollen sie denn „mitarbeiten“ in einem Staat, in dem schon das Tragen eines Boutons mit weiß-roten polnischen „Bruderfarben“ als zuchthausreife Provokation gilt? Wenn nur noch der Politikast von Cottbus oder die Abschiebe-Haftanstalt von K.-M.-Stadt als Aufenthaltsort für „unruhige Geister“ in Frage kommen, wird jeder kostenlose Ratschlag vom sicheren westlichen Port aus zum blanken Hohn.

Niemand hier hat das Recht, den Landsleuten drüben vorzuschreiben, ob sie ausharren oder „fortmachen“ sollen. Das innerdeutsche Ministerium nicht, die Bischöfe nicht und am allerwenigsten jene Berufsprokureure, die selber nicht einmal eine Versammlung lang Disziplin halten können, anderen aber eine unmenschliche Disziplin fürs ganze Leben verordnen wollen – nur damit das eigene Weltbild stimmt. Und was den Luxus betrifft: Schneider kennt ihn; er und seinesgleichen leben hier von der Bonner Staatsknete recht gut.

Cum grano salzigitteris

Von Enno v. Loewenstern

Hamburg hat gewaltige Finanzprobleme, seine wirtschaftliche Entwicklung ist höchst beunruhigend, das Gerüchte vom Ausstieg aus der Atomenergie sorgt für zusätzliche Unruhe unter möglichen arbeitsplatzschaffenden Investoren – da ist es tröstlich, zu wissen, daß die Mehrheitsfraktion der SPD wieder einmal die Initiative ergriffen hat und etwas zum Wohle der Stadt und ihrer besorgten Bürger tun wird. Was? Ganz was tolles: Die SPD-Fraktion beantragt feierlich, es möge ein hoher Senat in der Konferenz der Länderjustizminister darauf hinwirken, daß die Erfassungsstelle Salzgitter abgeschafft wird.

Die Gefahr, daß diese Stelle abgeschafft wird, ist nicht groß. Jedenfalls geht man von der Hoffnung aus, daß allen Beteiligten jenseits der moralischen Frage wenigstens die Rechtsfrage klar ist. Wer als Amtsperson Ermittlungsverfahren in Verbrechenfällen verhindert, der macht sich selber einer ganzen Latte von Taten verdächtig – Strafvereitelung, Begünstigung, Rechtsbeugung. Und hier handelt es sich um schwere Verbrechen wie Körperverletzung, Freiheitsberaubung, Folter und Mord, deren Begehung durchaus strafrechtlich verfolgt wird, siehe den Fall Hanke und andere, wenn man des Täters auf dem Boden der Bundesrepublik habhaft wird.

Nicht nur sollen nach dieser Vorstellung die begangenen Verbrechen nicht mehr aufgefakelt werden, vor allem wollen die edlen Hamburger Sozialdemokraten zukünftige Morde begünstigen. Die Grenzschützer etwa, die wie hinlänglich bekannt, aus Angst vor den Salzgitterer Erfassern doch gelegentlich in die Luft schießen, sollen ermutigt werden: knallt die Leute ruhig ab, wir sorgen schon dafür, daß euch nichts passiert. Gez.: Voscherau, Schumann, Frank Dahrendorf.

So hebt man Hamburgs Ansehen als Rechtsstaat und verschafft Kindern Unterrichtsstoff, wer heute ausgeschickt wird, Opa im Schulaufsatz zu denunzieren, weil der damals zur Partei gegangen ist, der kann sich die Suche sparen. Er braucht nur die Befähigung der sozialistischen Bürgerschaftsfraktion gegenüber den realsozialistischen Sicherheitspartnern zu untersuchen. Schließlich, was sind schon ein paar Morde! Aber, daß wir uns nicht mißverstehen: Spenden oder so was, das gehört gnadenlos bestraft. Wo kämen wir sonst auch hin.



„Du mit deinem Vfb - wart nur, wenn Schalke kommt!“

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Im Regen gestanden

Von Peter Gillies

Den Beweis über etwas führen zu wollen, was es nicht gibt, ist für Großorganisationen allemal mißlich. So geriet denn auch die „Massendemonstration“ von Bonn zum Zwecke allgemeiner Erhebung für die Organisatoren recht lehrreich, weil der behauptete Arbeiterzorn so flammend nicht sein kann, wenn bestellte Sonderzüge und gemietete Busse leer blieben. Realistische Schätzungen der Polizei schwanken zwischen 80 000 und 100 000 Teilnehmern, wo doch eine Viertelmillion geplant war. Mit einer Versammlung, die etwa 0,4 Prozent der Erwerbstätigen zusammenführte, ist jedenfalls der Beweis mißlungen, die Arbeiterschaft stehe geschlossen an den Barrikaden und sehe sich nach nichts anderem als der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.

Dabei haben die Veranstalter keinen Trick ausgelassen, die Präsenz im Bonner Hofgarten zu steigern. Rechtzeitig wurde der unpopuläre Kampf um die 35-Stunden-Woche um bewährte Zutaten erweitert, beispielsweise die „Unternehmerwut“ der Aussparung, eine veraltete „Wendepolitik“, vermisch mit der Entscheidung der Bundesanstalt für Arbeit oder die ungünstige Taktik der Koalition in Sachen Parteispender. Auch daß es den Stempel für Bezug des Streikgeldes erst während des Transports gab, steigert normalerweise die Präsenz. Trotz dieser Bemühungen und der bekannten DKP-, KPD-sonstigen K- und Randal-Truppen blieb die Begeisterung augenfällig gedrosselt.

Wäre der Kampfesmut der Arbeitnehmerschaft tatsächlich so unwürdig gewesen, wie die Initiatoren behaupten, hätten die Sonderzüge überfüllt sein und Abertausende von den Bushaltestellen abgewiesen werden müssen. Statt dessen, so wird berichtet, die Schlangen in ärztlichen Praxen länger geworden, um ein Attest zur Vermeidung von Demonstrationen zu bekommen. So ist der „geschichtliche“ Kampf auf die Unentwegten reduziert worden, die es mürrisch auf sich nehmen, für eine Fehlentscheidung ihrer Funktionäre gradezustehen.

Die Vorgeschichte der Tarifrunde 1984 stellt eine Reihe derartiger Fehlentscheidungen dar. Die entscheidende war wohl, die Frage nach den wirklichen Interessen der Arbeitnehmer nicht intensiv genug gestellt und die erhaltenen Antworten

negiert zu haben. Die Belegschaften (und nicht nur die gewinnträchtigen Großbetriebe) wollen zuallererst einen möglichst sicheren Arbeitsplatz für sich, möglichst weitere sichere Arbeitsplätze für die Erwerbslosen. An zweiter Stelle steht der Lohn, weiter abgeschlagen dagegen die Wünsche nach anderem wie der Frührente. Für mehr Mitbestimmung oder den Sturz der gewählten Regierung sind allenfalls Spurenelemente von Begeisterung zu erkennen, diese auch nur bei Funktionären.

Dennoch begaben sich die Kader auf den Holzweg der 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich. Sie wollten die Machtfrage stellen, erweisen sich jetzt aber nicht als machtvoll genug, sie auch zu beantworten. Wer es nicht wollte, spürte es doch: Ein ökonomisches Rezept, weniger zu arbeiten, aber möglichst mehr zu verdienen, vermag nicht aus einer Krise herauszuführen. Was Oswald von Nell-Breuning als „Hohn“ bezeichnete, wurde auch weithin so verstanden: Es stellt ein Zerrbild von Solidarität dar, wenn die Arbeitsbesitzer zwar Arbeitszeit abgeben, den Lohn dafür aber behalten wollen.

Das revolutionäre Bewußtsein wollte sich partout nicht einstellen, obgleich IG-Druck-Vorstand Detlef Hense dafür sorgen wollte, „daß rechtzeitig der richtige Tritt in den richtigen Körperteil kommt“. Aber es ließ sich niemand treten, nicht einmal vors Schienbein, wenn denn dieser Körperteil ge-

meint gewesen sein sollte. Mitglieder von demokratischen Großorganisationen sind keine Verfügungsmasse, kneibar und treibar von ihren Funktionären.

Trotz dieses Resonanzmangels und trotz der Gespaltenheit der Gewerkschaften sind ihnen jedoch bedeutende Einbrüche in das Rechtsbewußtsein gelungen. Bei der IG Druck fanden sie – nach den überaus merkwürdigen Umabstimmungen – ihren Höhepunkt in der zensorischen Auswahl von Presseerzeugnissen, die leider auch von der SPD beklatscht wurde. Der Streikablauf vor vielen Werkstätten hat mit Billigung auch der IG Metall den Rechtsfrieden bedroht. Wenn sich Streikposten durch physischen und psychischen Terror, durch Kontrollen, Schikanen, durch Spießerläufe für Arbeitswille und Nötigungen anderer Art ein Sonderrecht anmaßen, darf ein Rechtsstaat nicht den Kopf in den Sand stecken.

Drohgebärden mit bundesweiten sogenannten Sympathiestreiks, die Aufforderung zu Betriebsbesetzungen und die Einstufung korrekter Verwaltungsentscheidungen als Rechtsbruch sind Auswüchse, die eigentlich unter der Würde unserer Gewerkschaftsorganisationen sein sollten. Rechtsstaatliche Trennschärfe, ohne die es freie Gewerkschaften gar nicht gäbe, ist hier herausgefordert.

Aber nehmen wir den „Marsch auf Bonn“, so wie er über die Fernsehschirme flimmerte: Viele, viele Menschen, mit 35er-Parolen behängt, das widrige Wetter nicht scheuernd und sehr laut. Deuten wir einmal den tatsächlichen Tiefpunkt der Mobilisierung zu ihrem Höhepunkt um. Dann ergibt sich, daß die kämpfenden Gewerkschaften ihre Schranken kennegelehrt, jedenfalls das Auseinanderklaffen von gewerkschaftlicher Raison – nämlich der Vertretung allein von Arbeitnehmerinteressen – und heutiger gewerkschaftlicher Strategie, dem Dienst am Funktionäre- und Ideologieninteresse, begriffen haben müßten. Auf diesem Erkenntnisstand müßte sich doch ein Ausweg aus vertrackter Lage finden lassen. Die bisherigen Beweise der Kampfbereitschaft reichen voll auf. Der angeblich unvermeidliche Kriegszustand wartet auf sein Schlußbild.



Die Parolen und der wirkliche Wille: Funktionäre Breit, Meyer. FOTO: SVEN SIMON

Signale, und wie man sie in Washington liest

Von Genscher bis Wallmann: Geschäftigkeit und Unsicherheit / Von Thomas Kielinger

Das Treffen des NATO-Rats in Washington „begann“ mit einer Falschmeldung: Außenminister Shultz, so lautete eine Agenturmeldung vom Wochenende, habe seinem deutschen Kollegen Genscher einen „steifen“ Brief geschrieben, seine Seite möge doch nicht solchen Druck in der Sache des Schlusskommuniqués entwickeln, vornehmlich, was den Umgang mit solchen anrüchigen Vokabeln wie „Entspannung“ angehe. Bitte, dear Hans-Dietrich, etwas Zurückhaltung und Rücksichtnahme auf die unerquicklichen Erfahrungen, die die Amerikaner mit den Sowjets in den letzten zehn Jahren machen mußten.

Wer George Shultz kennt, weiß natürlich, daß es ganz und gar nicht seine Art ist, einem befreundeten Kollegen dergleichen Zurechtweisungen brieflich zuzuleiten, noch dazu zwei Tage vor einem persönlichen Treffen in Washington. Und jeder, der das diplomatische Geschäft kennt, weiß obendrein, daß sich die Minister nicht im Vorhin-

ein über Formulierungsdetails die Köpfe raufen, während die Experten noch dabei sind, just diese Formulierungen auszuhandeln. Einen Shultz-Brief gab es, aber er handelte freundlich von dem Übermaß an Themen, das der Minister auf die Teilnehmer zukommen sah. Ob der deutsche Kollege nicht den Tagesordnungsplan straffen helfen könne, schrieb George an Hans-Dietrich.

Nicht, was an dem Vorgang falsch berichtet wurde, muß uns hier interessieren; interessant ist vielmehr, daß von gezielter Seite wieder einmal im Topf der deutsch-amerikanischen Beziehungen gerührt wird. Es kann sein, daß auch in einer schiefen Indiskretion ein Element atmosphärischer Wahrheit liegt, das nicht dadurch an Wert verliert, daß es in die Hände erprobter Künstler der Durchstecherei geriet.

Die Wahrheit nämlich ist, daß auf der amerikanischen Seite des Atlantik viele Bonner Signale der jüngsten Zeit eher Besorgnis als

Beruhigung gestiftet haben. Über den Grad der Besorgnis mag man sich streiten, nicht aber darüber, daß es sie gibt. Der deutsche Partner gibt in den USA ein Bild von sich, das zu Mißdeutungen einlädt. Welchen Vers sollen sich die Amerikaner machen, wenn sie einerseits immer wieder deutsche Bezeugungen über die Notwendigkeit stärkerer konventioneller Verteidigung hören und dann erfahren, daß beispielsweise unsere Investition in die NATO-Infrastruktur über die nächsten fünf Jahre von 10 auf 6,2 Milliarden Dollar gekürzt werden mußte? Wie reimt sich die Realität unseres Haushalts mit den Sonntagsreden über die stärkere „europäische Säule“, die es auf dem Verteidigungssektor zu verankern gelte?

Realität und Anspruch. Dergleichen gilt auch für die Ost-West-Beziehungen. Die harte, entschiedene auf Verweigerung geschaltete Gangart Moskaus kontrastiert mit der ins Rampenlicht gestellten Hochaktivität unserer Diplomatie,

IM GESPRÄCH Salim Ahmed Salim

Nyereres Erbe?

Von Volker S. Stahr

Das ostafrikanische Tansania hat einen neuen Premierminister: Salim Ahmed Salim. Er folgte dem bei einem Verkehrsunfall ums Leben gekommenen Edward Sokoine, der als designierter Nachfolger Präsident Nyereres galt. Im Gegensatz zum Pragmatiker Sokoine gilt Salim mehr als ideologisch fixierter oder gar revolutionärer Sozialist. Jedoch hat sich der neue Premier diesen Ruf fast ausschließlich in der Außenpolitik als engagierter Sprecher der Dritten Welt erworben.

Salim, geboren am 23. Januar 1942, entstammt einer wohlhabenden arabischen Familie von der Insel Sansibar. Bereits vor dem Sturz des dortigen Sultanats 1964 (dem im gleichen Jahr die Vereinigung mit dem Festland Tansania folgte) war er in Studenten- und Jugendbewegungen sowie der Oppositionspartei UMMA hervorgetreten. Nyerere machte Salim nach dem Umsturz und der Vereinigung praktisch vom Hörsaal weg zum Botschafter. Die Vertretung in Kairo wurde dem gerade Zweihundzwanzigjährigen anvertraut. Bis 1970 sollten jene in Neu-Delhi und Peking folgen, dann wurde er Botschafter und Ständiger UNO-Delegierter in New York.

Dort trat er auf für Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt sowie gegen Rassismus und ausländischen Einfluß in Afrika und Lateinamerika. Salim brachte es zum Vorsitzenden des Entkolonialisierungsausschusses der UNO; 1979/80 präsidierte er der Vollversammlung. Als überzeugter Sozialist konnte er stets Brücken zum Westen schlagen, ohne bei den Radikalen seines Kontinents gleich als „Kollaborateur“ verschrien zu sein. Trotzdem scheiterte er 1981 als afrikanischer Kompromißkandidat für das Amt des UNO-Generalsekretärs – nicht nur an amerikanischen, sondern auch an sowjetischem Widerstand. Zu dieser Zeit war er allerdings bereits zum Außenminister Tansanias aufgestiegen.



Als Dritte-Welt-Sprecher bekannt geworden: Salim. FOTO: CAMERAPRAX

Jetzt hat Nyerere diesen Karrierepolitiker zum neuen Premierminister ernannt. Auf den ersten Blick muß dies überraschend an, da der international angesehene Salim praktisch über keinerlei innenpolitische Erfahrung verfügt. Soll gerade er die marode Wirtschaft Tansanias retten, die unter Experimenten eines „afrikanischen Sozialismus“ leidet?

Doch es gibt noch eine andere mögliche Erklärung für diese Berufung. Nyerere will 1985 als Präsident zurücktreten und sucht derzeit nach einem geeigneten Nachfolger. Salim käme zwar für dieses Amt als Gefolgsmann Nyereres in Frage, er ist jedoch ein ausgesprochener Minderheitenvertreter als Araber und oberdem von kleineren Unionspartnern Sansibar kommen. Doch mit Protektion Nyereres würden seine Chancen steigen, zumal dann, wenn er sich die notwendige innenpolitische Erfahrung jetzt noch aneignet. Freilich mag Nyerere das warnende Beispiel Kameruns vor Augen haben und bei seinen Überlegungen an das dort einst so gepriesene Vater-Sohn-Verhältnis zwischen Ex-Präsident Ahliko und dessen Nachfolger Biya denken.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

NEUE ZÜRCHER ZEITUNG

Zum gewerkschaftlichen „Marsch auf Bonn“ heißt es hier:

Auf beiden Seiten des tiefen Grabens wird inzwischen zunehmend lauter der Vorwurf erhoben, dem Gegner gehe es in diesem Tarifstreik gar nicht mehr um sozialpolitische oder wirtschaftliche Anliegen, sondern um einen nackten Machtkampf. Auch nichternste Kommentatoren schließen den Verdacht nicht aus, daß einige radikale Gewerkschaftsfunktionäre den wenig populären Arbeitskampf um die 35-Stunden-Woche nur deshalb immer mehr anheizen, um die Bundesregierung gezielt zu schwächen oder gar in die Knie zu zwingen. Der Umstand, daß die SPD sich mit der Haltung der streikenden Gewerkschaft zumindest verbal solidarisch erklärt, trägt zusätzlich zum Bild eines politisch motivierten Sturmlaufs gegen die Regierung Kohl bei.

THE GUARDIAN

Das Londoner Blatt bemerkt mit Blick auf die IG Metall:

Diese Sorge um die Arbeitslosen wäre logischer und mitfühlender, wenn sie von der Arbeiterschaft begleitet wäre, eine entsprechende Lohnsenkung um ein Achtel hinzunehmen. Ohne dieses Verständnis werden sich die Firmen kaum zu Neueinstellungen bereitfinden, denn bei konstanter Produktivität würde das ihre Arbeitskosten einfach um ein Siebtel erhöhen.

DER BUND

Die Schweizerische Industrie schaut mit einem lachenden und einem weinenden Auge auf die Streik-

szene der Bundesrepublik Deutschland. Mit einem lachenden, weil sie erstens kurzfristig zu Aufträgen kommt, die ihr unter normalen Umständen kaum zufallen würden. Die dynamischere Betrachtung – das auch ein weinendes Auge – fällt weit weniger vorteilhaft aus: Je länger die Streiks um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich andauern, um so mehr wird die deutsche Wirtschaft geschwächt. Der Aufschwung im für die Schweiz wichtigsten Absatzland könnte zum Erliegen kommen.

The Daily Telegraph

Die Londoner Zeitung äußert sich zum Olympia-Botschaftsbesuch und der Teilnahme Rumäniens:

Es ist durchaus möglich, daß die Südamerikaner sich ihre Sportschuhe nicht leisten konnten. Rumänien Entscheidung, teilzunehmen, ist etwas ganz anderes. Zunächst einmal haben die Rumänen einige ausgezeichnete Sportler – sie gewannen 1980 bei der Olympiade in Moskau 25 Medaillen – und diese werden den Wettbewerb bereichern. Viel wichtiger aber ist es vielleicht, daß die Weigerung, sich der Krenell-Linie und dem Veto des Sowjetbundes anzuschließen, eine besonders krasse und symbolische Geste in Richtung Moskau ist.

The Washington Post

Die Zeitung bezieht sich auf den Präsidenten El Salvador gewählten José Napoleón Duarte direkte militärische Hilfe gewährt, wird gefragt, wenn man nicht darauf verzichten ist, die Contras zu unterstützen? – Die Vereinigten Staaten sollten nicht in Nicaragua intervenieren. Aber dies ist noch lange kein Grund, die Contras als Ganzes zu verurteilen.

Entwicklungen, die Wallmann vorstufte. Wenn es mit der europäischen Einigung und der stärkeren europäischen Verteidigung weitergeht, so verriet der CDU-Politiker später einem amerikanischen Frühstückspartner (Philip Geyelin), dann drohe durchaus ein Anwachsen des Neutralismus in der Bundesrepublik.

In Washington weiß man, daß Wallmann kein Außenseiter ist, man kennt auch die Unkenrufe in Kreisen der Union von der angeblich nicht mehr lange zu vermittelnden Nuklearrabenschreckung bis zur Notwendigkeit einer stärkeren europäischen „Säule“. Zum Zweck größerer Unabhängigkeit von Washington. Für wie stabil hält sich die deutsche Politik selber, wenn sie solche Signale aussendet? Wie stabil soll Washington „uns einschätzen, wenn die deutschen Probleme schon jetzt wie der künftige Destabilisierungsfaktor Europas dargestellt werden? So vermehren wir unseren Einfluß weder in Moskau noch in Washington.

WIE WAR DAS?

Als die EG das Veto einfuhrte

Von ULRICH LÜKE

Im Jahr 1965: Frankreichs Staatspräsident Charles de Gaulle zieht seine Vertreter aus dem EWG-Ministerrat zurück, die Politik des „leeren Stuhls“ beginnt.

Das für de Gaulles dramatischen Schritt: Pläne der Brüsseler EG-Kommission, der Gemeinschaft eigene Einnahmen zu geben und das Europäische Parlament an der Aufstellung des Haushalts zu beteiligen. De Gaulle ist das zuviel Supranationalität, vor allem zuviel Macht für den deutschen Kommissionspräsidenten Hallstein. Hinzu kommt: 1966 soll im Ministerrat in der Regel mit Mehrheit entschieden werden.

Ende Januar 1966 kam es dann zum Luxemburger Kompromiß: der in Wirklichkeit ein „Gentlemen's Dis-Agreement“ war. Die sechs EG-Mitglieder stellten fest, daß sie darin einig sind: uneinig zu sein. Man beschloß: 1. In Fragen, in denen ein Mitgliedsland „sehr wichtige Interessen“ geltend macht, wird der Ministerrat versuchen, zu Lösungen zu kommen, die alle teilen können. 2. Frankreich beharrt darauf, daß es in diesen Fällen zur Einstimmigkeit kommen muß. 3. In der Frage, was geschieht, wenn es keine Einigung gibt, gibt es unterschiedliche Meinungen. 4. Dies hindert alle nicht daran, die Arbeiten der Gemeinschaft in vollem Umfang wieder aufzunehmen. Damit war erreicht: Die Politik des leeren Stuhls hatte ein Ende, Frankreich war kein Vetorecht konzipiert worden.

Die Furcht der Partner vor neuen Pariser Eskapaden führte jedoch dazu, daß getan wurde, als hätte Paris eben dies doch erreicht: Die Einstimmigkeit im Ministerrat wurde zur Regel – und damit der EWG-Vertrag auf den Kopf gestellt. Denn danach ist Einstimmigkeit heute im wesentlichen nur noch gefordert, wenn der Ministerrat einen Vorschlag der EG-Kommission ablehnen und wenn die EG neue Politiken einführen will. Die Einstimmigkeit in den Verträgen von Rom war also – abgesehen von der Anfangsphase – gerade als Schutzinstrument gegen die Übersteigerung nationaler Interessen gedacht.

Mitterrands Ankündigung aus der letzten Woche, die Einstimmigkeit im Ministerrat auf „einige wenige präzise Fälle“ zu beschränken, markiert einen Schritt weg vom Veto. Aber schon 1974 hatte sich der Pariser EG-Gipfel unter der Präsidentschaft Ciscard d'Estaings – wenn auch vager als Mitterrand heute – dafür ausgesprochen, die Einstimmigkeitspraxis einzuschränken. Geschehen ist bis auf einen wesentlichen Ausnahmefall nichts: Im Mai 1982 wurden die Agrarpreise mit Mehrheit festgesetzt – nicht gegen die Franzosen, sondern gegen die Briten.

Aber ein Jahr später – in der „feierlichen Deklaration“ von Stuttgart – gaben Franzosen, Briten, Dänen, Griechen und Iren zu Protokoll, daß sie auf dem Vetorecht beharren.

Der große Führer, der große Denker, der große Kämpfer

Seine Reise geht über Moskau und Warschau nach Ost-Berlin. Gestern traf er in der „DDR“ ein: Kim Il Sung, der unumschränkte Herrscher Nordkoreas.

Von FERNANDO MEZZETTI

Schön, raffiniert, Adlerblick, feierlich wie ein antiker Priester, bescheiden wie ein Modell-Arbeiter, agil wie eine Gazelle, strahlend wie ein aufgehender Sonne, festlich wie ein Regenbogen, leuchtend wie ein Blitz, so ist der Präsident Kim Il Sung, der Große und geliebte Führer, der bevormundende Abgott Nordkoreas.

In jedem Augenblick und an jedem Ort des Landes ist er gegenwärtig. Alles trägt das Zeichen seiner unvergleichlichen Weisheit, seines enormen Weitblicks, seiner großen Intelligenz, seiner grenzenlosen Kultur, der Unermeßlichkeit seiner Gedanken. „Tief, wie die Geschichte der Menschheit, sie noch nie gekannt hat“, so verkündet es mit großer Bescheidenheit die nordkoreanischen Zeitungen.

Diese Persönlichkeit ist außergewöhnlich und einmalig im Panorama der internationalen Politik. Kim Il Sung ist 72 Jahre alt und hat seit über 40 Jahren das Land im Griff. Er hat es geformt wie er es wollte, hauptsächlich besorgt, daß es nicht nur dem Besucher, sondern auch den Koreanern selbst ein Schauspiel von Glückseligkeit darbiete. In Korea müssen sich alle glücklich fühlen, besonders, da sie einen Führer dieses Formats haben. Nicht nur ihn, sondern auch seinen Sohn – den designierten Nachfolger – glücklicherweise.

Die unglücklichen westlichen Leser, die durch die korrupten kapitalistischen Zeitungen stets manipulierte Informationen erhalten, könnten Meldungen zum Opfer fallen, denen zufolge der Große Führer eine monströse Geschwulst am glänzenden Hals hat. Der Wahrheit zuliebe muß man aber melden, daß auf den unzähligen Statuen, den zahllosen Porträts und Fotografien des Großen Führers in Pjöngjang, nicht die Spur einer furchtbaren Geschwulst zu finden ist.

Einige kapitalistische Journalisten behaupten, diese Ungeheuerlichkeit sei Großen-Hals gesehen zu haben, als er 1982 Peking besuchte. Aber unter Verhör genommen werden diese Agenten des Kapitalismus sicherlich zugeben, daß es sich um eine große, herrliche und perfekte Warze handelt, des Großen Führers würdig.

Die politische Linie des Großen Führers ist gradlinig wie ein Pfeil. Kim Hyo Gu, stellvertretender Direktor der Vereinigung für auswärtige Angelegenheiten, fest: „Der Große Führer ist ein unermüdlicher Linienzeichner. Er zeichnet stets richtige Linien. Dank dieser seiner Linien sind wir niemals im Zick-Zack gegangen, sondern immer geradeaus. Dank ihm, der Linien zeichnet, werden wir immer auf dem richtigen Weg wandeln. Der Kern unserer Revolution besteht aus den Ideen des Großen Führers und des Lieben Führers (mit diesem letz-

ten Ausdruck ist der Sohn Kim Il Sung gemeint, Anm. d. R.). Wenn also der Große und geliebte Führer „Vorwärts“ sagt, antwortet das Volk „Vorwärts“. Sagt er „Eins“, antwortet unser Volk „Eins“. Niemand sagt „Zwei“ oder „Drei“. Bei uns gibt es keine Sektierer oder Konterrevolutionäre.“

Es verwundert daher niemanden, daß das Zeichen Kim Il Sung überall in Nordkorea gegenwärtig ist. Entlang der Straßen von einem Ort des Landes zum anderen, überall wo er angehalten hat, um zu segnen, ist zum ewigen Gedenken an diesen historischen Augenblick ein Marmormonument errichtet worden. Wo immer das verherrlichte Gesicht sich niedergelassen hat, wurde ein kleines Museum eingerichtet, und der beglückte Stuhl wurde unter Glas ausgestellt. In Dörfern auf dem Lande kann man in Vitrinen den Stein sehen, auf dem einmal die historischen Beinen saßen, als der Führer demokratisch mit den Genossen Bauern diskutierte.

Zigtausend Personen kommen jeden Tag, um den Geburtsort des Großen Führers zu besuchen, ein Dorf wenige Kilometer von der Hauptstadt entfernt. Eine Autobahn ist eigens gebaut worden, um diese täglichen mystischen Pilgerfahrten zu erleichtern. Nach einer devoten Verbeugung vor seinem Bild erklärt der Fremdenführer bewegt, daß in dieser Küche die Große Großenmutter des Großen Führers die revolutionäre Speise für das Große Kind zu bereiten pflegte.

Vor dem Haus bewundern die Besucher mit innigem Glauben den Ort – heute ungetrübte von vergoldeten Ketten – wo das Große Kind manchmal saß und über das Schicksal der Welt meditierte. Mit Ekstase betrachten sie den ebenfalls mit Goldketten umzäunten Raum, auf den das Große Kind sich einmal hochhangelte, um den Regenbogen zu ergreifen.

Als Kämpfer gegen die Japaner und gegen die räuberischen Aggressoren, die sich hinter dem Zeichen der Vereinten Nationen verborgen, ist der Große Führer nicht nur ein großer Linien-Zeichner, ein begnadeter Meister der strategischen Geometrie, vor dem Euklid zu einem erbärmlichen Anfänger verblaßt.

Der Große Führer ist auch ein großer Denker, ein fruchtbarer Schriftsteller, ein erleuchteter Philosoph. Er ist in der Landwirtschaft erfahren, in industrieller Planung. Alles, was in Korea geschaffen wurde, ist ihm zu verdanken, besonders aber die Phalanx der ihm zu Ehren errichteten Denkmäler.

Die ganze Welt erkennt die Größe seiner Gedanken an und schickt ihm Geschenke, die sorgfältig in einem eigens dafür gebauten Palast aufbewahrt werden: Da steht ein Gebäude mit zehn Stockwerken, ohne Fenster, mit konstanter Innentemperatur zum Schutz der kostbaren Gaben.

Viele der Geschenke, welche die ganze Welt ihm schickte, sind in Spezialsälen ausgestellt: hier Dreiräder, kleine Fahrräder, kleine Autos aus Plastik von japanischen Bewunderern; dort das wunderbare Geschenk der Sandinisten: ein einbalsamierter Alligator, auf den Hinterbeinen auf-



Personenkult in Reinkultur: Das riesige Standbild des nordkoreanischen Parteichefs Kim Il Sung vor dem Revolutionäremuseum in Pjöngjang.

gerichtet, die Vorderpfoten halten ein Tablett mit Gläsern und Getränken. Und dann: Kandelaber aus behauenen Stein aus Äthiopien, bunte Standarten aus Ghana. Lauter Gegenstände von großem Geschmack, die man in den raffiniertesten europäischen Geschäften vergeblich suchen würde.

Der Große Führer erhält nicht nur Geschenke. Er macht auch weiche und viele, gewöhnlich am 15. April jedes Jahres, an seinem Geburtstag, dem offiziellen Nationalfeiertag. Zu seinem siebzigsten Geburtstag im April 1982 schenkte er den besten seiner Präfektoren dutzende Mercedes und 40 000 Schweizer Golduhren. Mit einem berühmten Schweizer Uhren-Haus gab es bei der Gelegenheit einen bedauerlichen Streit. Die Firma weigerte sich, auf dem Zifferblatt das eigene Markenzeichen durch das liebe Bild des Großen Führers zu ersetzen. Schließlich wurde ein Kompromiß geschlossen. Die Nordkoreaner verzichteten darauf, das Porträt des Großen Führers auf der Uhr anzubringen. Aber auf dem Gehäuse wurde der Schriftzug eingraviert: „Persönliches Geschenk des Großen und geliebten Führers“.

Als Denker hat er der Welt die „Juche-Idee“ geschenkt, ein weites und kompliziertes philosophisches System, das auf alle Existenzfragen, die seit Jahrhunderten die Menschheit ängstigten, definitiv und unwiderlich antwortet.

Die Juche-Idee ist auf wunderbare Art in zwanzig herrlich gebundenen Bänden zusammengefaßt. In jeder nordkoreanischen Schule, gleich welcher Art und welchen Grades, von den Grundschulen über Lyzeen bis zur Universität, gibt es Votiv-Kapellen zum Studium und zur Meditation der Juche-Idee. Es versteht sich, daß die Kapelle von einem überlebensgroßen Bild des Großen Führers beherrscht wird.

In den Kindergärten beginnen die Kleinen den Tag mit Verbeugungen vor dem Bild des Großen und geliebten Führers, zu Ehren dessen Hymnen und Lieder gesungen werden. Die Bücher, in denen der Höchste

Denker für die Ewigkeit seine Gedanken ausgedrückt hat, wurden in dutzende Sprachen übersetzt, damit die Arbeiterklasse in der ganzen Welt die erleuchteten und glänzenden Meditationen des Großen und geliebten Führers genießen und schätzen kann.

Die kapitalistische Welt versucht auf jede Art, die Verbreitung und Kenntnis der Juche-Idee zu sabotieren. Aber Kim Il Sung, in seiner grenzenlosen Großzügigkeit, kauft oft ganze Seiten westlicher Zeitungen, um darin Sätze seiner Weisheit zu veröffentlichen, leuchtende Gedanken, die der vom Kapitalismus ausgebeuteten Arbeiterklasse große Erleichterung bringen.

Die Worte eines armenigen bürgerlichen Journalisten genügen nicht, um zu erklären, was die Juche-Idee ist. Sie ist eine so bedeutende Sache, daß die nordkoreanischen Funktionäre, die sich nach einer Erklärung trage, sich erregten: Die Worte blieben ihnen im Halse stecken, und es gelang ihnen nur, ihre Freude und ihr Glück auszudrücken, daß der Große Führer ihrem Land die Juche-Idee geschenkt hat.

Um einen blassen Schimmer davon zu erhalten, kann man sich an das Monument wenden, das zu Ehren der Juche-Idee zum 70. Geburtstag Kim Il Sung am 15. April 1982 errichtet wurde. Der Turm ist 170 Meter hoch, aus 25 550 Steinblöcken erbaut, die der Zahl der bis zu diesem Datum gelebten Tage des Großen Führers entsprechen. Auf der Spitze eine riesengroße Lampe in Form einer Flamme, zwanzig Meter hoch, ständig unter Strom, eine pharaonische Angelegenheit, die Pjöngjang beherrscht.

Ein korrupter bürgerlicher Kapitalist, unfähig den revolutionären Geist bis auf den Grund zu verstehen, könnte denken, daß dieses pharaonische Gebilde das größte Monument für nichts sei. Aber eine solche Idee ist gänzlich abwegig. Das Monument der Juche-Idee ist vom Sohn des Großen Führers konzipiert worden. Der Sohn. Eine weitere außergewöhnliche Persönlichkeit, die weltweit Aufmerksamkeit verdient.

Der „unbekannte Soldat“ mahnt und eint die USA

Amerika hat ein weiteres, vielleicht letztes, Kapitel des Vietnamkrieges abgeschlossen. Am Memorial Day bettete die Nation, an ihrer Spitze Ronald Reagan, den „unbekannten Soldaten“ des Dschungelkrieges zur letzten Ruhe.

Von THOMAS KIELINGER

Den Mai haben die Amerikaner für das Gedenken an die Gefallenen der Kriege gewählt, genau genommen den letzten Montag im Mai. Memorial Day heißt der Feiertag, der die einen an die See oder sonstwie ins Freie, die anderen in die Feierlichkeit treibt. Der Kontrast könnte nicht stärker sein – das blühende, grüne Leben und die Gedenkfeste an die toten Krieger, die „Helden“ zu nennen in der USA noch allenthalben Brauch ist.

Memorial Day an diesem Montag erlebte einen seltenen Höhepunkt: die nationale Beisetzung des ersten aus Vietnam heimgekehrten „unbekannten Soldaten“. Der unbekannte Soldat vergangener Kriege genießt in Arlington, dem Washington gegenüber gelegenen Soldaten-Friedhof, einen Ehrenplatz, einzeln ausgewiesen nach Weltkrieg I, Weltkrieg II, Korea. Nur Vietnam fehlte bisher. Nicht, weil die Erinnerung an diesen ungeliebten Krieg im Wege gestanden hätte. Vielmehr hat die forensische Wissenschaft große Fortschritte gemacht im letzten Jahrzehnt, und die Gefallenen in Vietnam, auch die spät erst von den kommunistischen Behörden übergebenen Gebeine, sind alle genauestens identifiziert worden, insgesamt 58 007 Soldaten. Man findet ihre Namen eingeschrieben auf der schwarzen marmornen Gedenktafel, die seit einem Jahr wie ein Magnet die Nation in die Hauptstadt zieht, sich zu versöhnen mit einem bitteren Kapitel der Vergangenheit.

Im Frühjahr dieses Jahres mußten die Wissenschaftler zum erstenmal ihre Forschungen und Tests am Fall eines von Vietnam ausgehenden Toten aufgeben: Die Kunst versagte, die Identität bleibt dunkel, der „unbekannte Soldat“ war gefunden. Von Guam über Hawaii, San Francisco kam er in die Hauptstadt, um an diesem Memorial Day beigesetzt zu werden. Einer von möglichen 2400 Kämpfern, die noch immer als vermisst gelten. Er wird die gleiche Inschrift wie seine unbekannten beigesetzten Kameraden aus früheren Kriegen erhalten: „Hier liegt in Ehre und Ruhm ein amerikanischer Soldat, im Namen nur Gott bekannt.“

Die Zeremonie auf dem Arlington Friedhof, in dem großen weißen Amphitheater, wurde durch Präsident Reagans Anwesenheit auf die höchste Ebene staatlicher Repräsentanz gehoben. Wo keine Familienangehörigen auszumachen sind, muß er, der Präsident, der Oberkommandierende der Streitkräfte, am Katafalk stehen und die vom Sarg aufgerollte Nationalfahne, nach Beendigung der Zeremonien, in Empfang nehmen.

Reagan, in dessen Amtszeit an die 300 amerikanische GIs in ausländischen Verwicklungen – Beirut, Gre-

nada – umgekommen sind, durchstand mit der Dignität, die ihm eigen ist, das drei Stunden lange patriotische Zeremoniell. Den Tränen mehrfach nahe, skizzierte er die möglichen Profiluren dieses unbekannten Amerikaners, ehe er ihn mit dem höchsten Tapferkeitsorden, der „Medal of Honor“, posthum auszeichnete. Sämtliche Fernsehkanäle übertrugen die Stunden aus der Hauptstadt. Den Kommentatoren verschlug die Bewegtheit des Augenblicks die Sprache. Kein einziger Mißton durchschlug die Einheit der Nation, die sich in Trauer und Reminiszenz um das Ereignis scharte, innerlich wie um Versöhnung bittend. Am Denkmal der Vietnam-Gefallenen sprach General George Price, während zur gleichen Zeit Präsident Reagan seinen Appell an Hanoi richtete, die Vermissten des Krieges, „unsere Söhne“, an Amerika zurückzugeben und damit „die schlimmste Wunde dieses Konflikts“ zu heilen.

Den Veteranen des noch immer tief eingegrabenen Kriegerlebens dankte der Präsident für den Kampf „im Namen der Freiheit und der Menschenwürde überall“. Die Worte klangen wie Trost für einen Einsatz, der als das umstrittenste militärische Abenteuer in der amerikanischen Geschichte eingegangen ist: ein Krieg, wie Reagan selber zugestand, der „ohne Paraden, ohne Flaggen, ohne Dank endete“. Dieser Unbekannte „sah den Horror des Krieges und wich ihm dennoch nicht aus“. Nicht ausweichen wollte auch Reagan selber dieser Stunde, die ihn in jenes geistige Umfeld rückte, in dem sein Ruf – blickt man auf die kommende Wahl – am gefährlichsten erscheint: Das Umfeld von Krieg und Tod, von Einsatz, der vielleicht nichts fruchtet, und von Opfern, denen das Land nicht applaudiert.

Aber der Präsident meisterte die Stunden mit untrüglicher Sicherheit für die richtigen Worte am richtigen Ort. Der „Horror des Krieges“ stand in seinem Text dem stolzen Hinweis auf die Freiheit zur Seite, das Opfer neben dem Dank, die Pflicht neben der Immanenz des Einsatzes, die Beschreibung des Mutes neben der nüchternen Mahnung an jede Regierung, „daß sie dem Volk eine Erklärung schuldet, und daß sie nicht ohne Unterstützung des Volkes im Innern und draußen auftreten kann“.

Mitten in die Metaphernwelt gestellt, die ihn in manchen Augen am bedenklichsten erscheinen lassen könnte, gab Reagan gleichzeitig das Signal politischer Vernunft und staatsmännischer Vorsicht. Der Vietnam-Krieg, wenn er denn nun als Kapitel geschlossen sein sollte, hat das politische Washington mit dem unvergesslichen Empfinden dafür gemippt, daß keine Einsätze mehr, am allerwenigsten militärische, ohne ausreichende Beglaubigung durch die Nation durchgehalten werden können. Die große Vorsicht angesichts der Konfliktschärfung im Golf, das rasche Beenden des Engagements in Libanon, sprechen eine deutliche Sprache. Und selbst in Zentralamerika führt die Erinnerung an Vietnam weiter die Regie mit.

Architekt Schubert will auch in seiner Freizeit hoch hinaus. Ob er das auch noch im Ruhestand kann?



Wenn Gottfried Schubert in einigen Jahren in Pension geht, braucht er an seinem Lebensstandard keine Abstriche zu machen. Denn er hat vorgesorgt. Da ist zunächst einmal seine vor langem bei uns abgeschlossene Lebensversicherung, die ihm zum 63. Geburtstag samt stattdichter Überschußbeteiligung ausgezahlt wird.

Und außerdem hat Herr Schubert noch ein Investment-Anlagekonto. Was er da im Laufe der Zeit gewinnt, erhält er als Wertpapier-Rente mit Gewinn zurück – nach einem festen Auszahlplan. So gesehen, wird es für den Architekten a.D. keinen finanziellen Grund geben, seinem schönen Hobby ade zu sagen.

Mit diesen interessanten Vorschlägen konnten wir Herrn Schubert bei der Absicherung seiner Altersversorgung weiterhelfen. Denn wir bieten zur guten Beratung den umfassenden Finanzservice aus einer Hand: unser Verbund-Angebot.

Der Verbund: Alles aus einer Bank.

Der Verbund ist der Zusammenschluß aller Volksbanken und Raiffeisenbanken, ihrer regionalen Zentralbanken, der DG BANK und führender Spezialinstitute der Finanzwirtschaft. Der Verbund hilft Ihnen, Ihre Gelddinge bequem und überschaubar zu erledigen und mehr aus Ihrem Geld zu machen. Und dies überall, denn die

Volksbanken und Raiffeisenbanken haben mit 19.667 Bankstellen das größte Bankennetz in Deutschland.

Ihre Sache ist unsere Sache. Volksbanken und Raiffeisenbanken sind genossenschaftlich organisiert. 9,7 Millionen unserer Kunden sind zugleich Bank-Teilhaber und haben Mitspracherecht. Partnerschaft ist unser Prinzip und einer der Gründe, warum wir eine so erfolgreiche Bankengruppe geworden sind.

- DG BANK Deutsche Genossenschaftsbank
- 8 regionale Zentralbanken
- Bausparkasse Schwäbisch Hall
- DG HYP Deutsche Genossenschaftsbank Hypothekendarlehen
- DIFA Deutsche Immobilien Fonds AG
- Münchener Hypothekendarlehen eG
- R + V Versicherung
- Union-Investment-Gesellschaft



Volksbanken Raiffeisenbanken
Wir bieten mehr als Geld und Zinsen.

Als Adolf Hitler von der Landung in der Normandie erfuhr, glaubte er, die alliierten Truppen „endlich“ stellen und vernichten zu können. Er ahnte nicht, daß seine Informationen auf einem jahrelang vorbereiteten Täuschungsmanöver des britischen Geheimdienstes beruhten. Nicht zuletzt dieser Geheimdienst war es, der entscheidend die Kriegslage in Europa beeinflusste.

Von UWE BAHNSEN

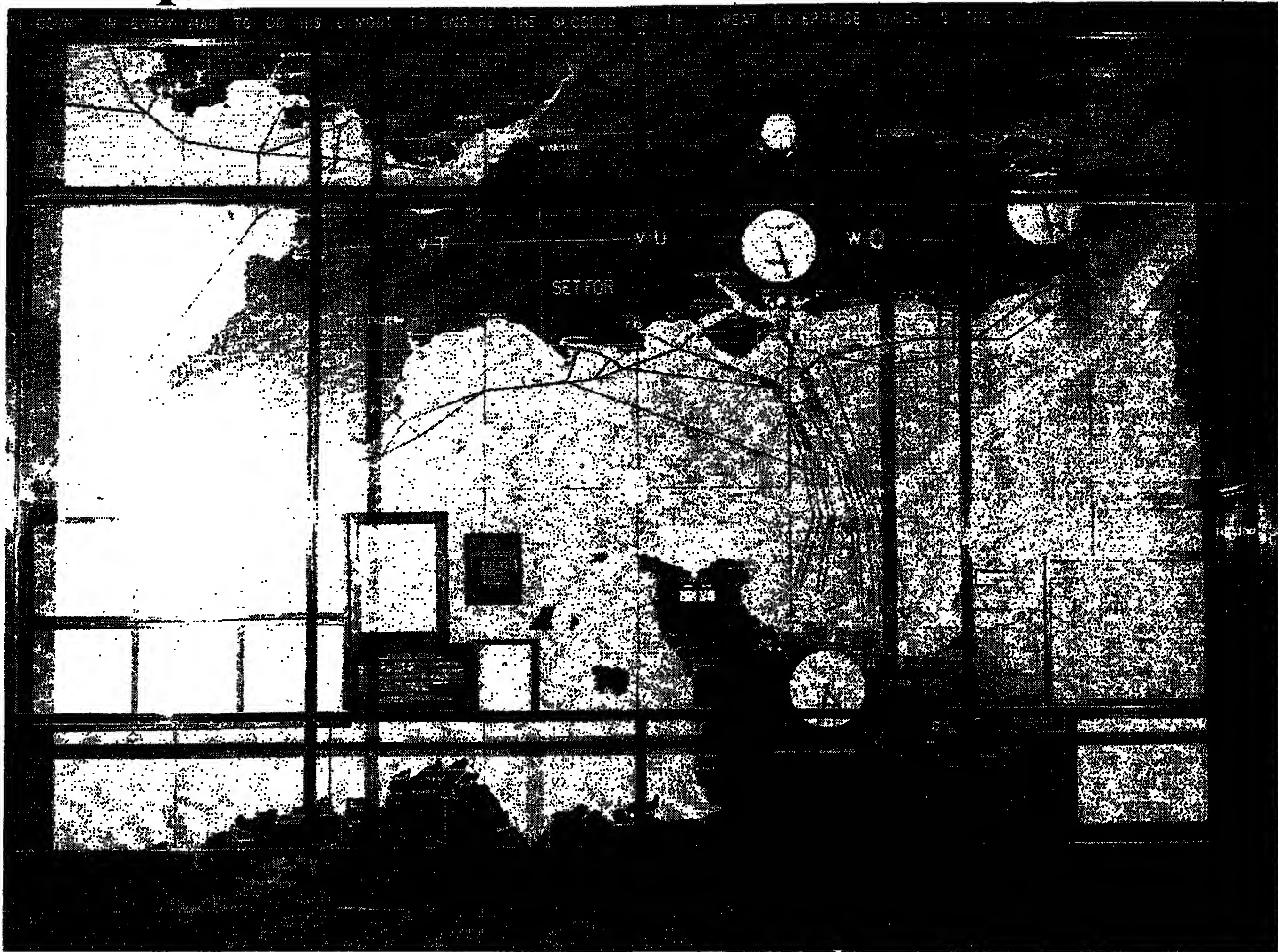
Nach seiner Rückkehr zum Hauptquartier der Heeresgruppe B in La Roche Guyon am Abend des 6. Juni hatte Feldmarschall Erwin Rommel sich sofort von den hohen Offizieren seines Stabes die Lage an der neuen Front vortragen lassen. Das Bild war eindeutig: Die entstandenen Brückenköpfe waren fest in alliierter Hand. Rommel nahm das Depressiert zur Kenntnis; dennoch war er zu diesem Zeitpunkt nicht völlig ohne die Hoffnung, es werde am nächsten Tag durch massierten Panzerinsatz gelingen, Eisenhowers Landungsgruppen zunächst am Vormarsch zu hindern und dann an die Küste zurückzudrängen.

Im Hauptquartier des Oberbefehlshabers West, Feldmarschall Gerd von Rundstedt, hingegen beurteilte man die Chancen dafür zu diesem Zeitpunkt bereits eindeutig negativ. Der Chef des Stabes, Generalleutnant Günther Blumentritt, hat dazu nach dem Krieg erklärt, zwar sei man beim OB West in Paris auch nach dem ersten Invasionstag noch nicht sicher gewesen, ob es sich um einen Scheinangriff im großen Maßstab handele, und ob die wirkliche Invasion erst noch bevorstünde; aber: „Am späten Abend des 6. Juni wurde uns klar, daß die Invasion erfolgreich und nicht wieder gutzumachen war.“

Die Unsicherheit in der deutschen Führung blieb Eisenhower und seinem Stab nicht verborgen. Am Nachmittag des 6. Juni etwa hatte die britische Funkaufklärung in Bletchley Park einen Funkpruch der deutschen Marinegruppe West aufgefangen und nach der Entschlüsselung um 18.50 Uhr an das Hauptquartier der Invasionsstreitkräfte weitergegeben, der das zur Genüge deutlich machte. Der Text: „Die Proklamation der alliierten Führung und die Gliederung der alliierten Kräfte deuten auf weitere Operationen hin, aber keine Einzelheiten über Ziele verfügbar.“ Ein weiterer deutscher Funkpruch, der in Bletchley Park entschlüsselt vorlag, war für die Alliierten vielleicht noch aufschlußreicher. Das Oberkommando der Luftwaffe teilte darin unmißverständlich mit, es werde als Folge der Luftangriffe auf die deutsche Treibstoffindustrie keine erhöhte Zuweisungen an die Truppe geben; die Verteidigung des Reichsgebietes habe Vorrang.

Der Oberleutnant Hans von Luck erinnerte sich an diesem 6. Juni 1944 an ein Gespräch, das er im Frühjahr während eines Spaziergangs im Park des Schlosses in La Roche Guyon mit Rommel geführt hatte. Der Feldmarschall hatte in dieser Unterhaltung Thesen wiederholt und bekräftigt, die er diesem jungen Offizier, dem er vertraute, schon ein Jahr zuvor dargelegt hatte. Hans von Luck heute: „Rommel war mein Lehrer auf der Kriegsschule, mein Divisionskommandeur in Frankreich 1940; später hat er mich nach Afrika geholt, um eine Aufklärungsgruppe zu führen. Im Frühjahr 1943 hatte ich ihn in Bengasi aufzusuchen, wo er auf Nachschub aus der Luft wartete, nachdem die Transporte über See nicht mehr klappten. Un-

Wie Rommels Träume von einem vereinten Europa im alliierten Bombenhagel endeten



Die große Lagekarte in Eisenhowers Hauptquartier: Southwick-House bei Portsmouth. Von hier aus leitete der General auch den Einsatz der alliierten Invasionstruppen in der Normandie.

sere Jäger standen ohne Treibstoff am Boden. Rommel sagte zu mir: 'Wir gehen ein wenig am Flugfeld spazieren. Ich warte auf die ersten Ju-52, die Sprit bringen sollen.' Von 50 angekündigten Maschinen landeten nur fünf. Rommel war tief deprimiert, auch wütend. Er ergriff meinen Arm und meinte: 'Das ist der Anfang vom Ende.' Ich sah ihn überrascht und zweifelnd an; er begründete seine These: 'Wir haben gerade Stalingrad verloren. Jetzt werden wir Afrika verlieren, und damit hervorragende Divisionen. Der nächste Schritt wird sein, daß die Alliierten in Italien oder in Frankreich oder in beiden Ländern landen werden. Ich sehe nicht, wie wir unsere Verluste wieder ausgleichen können.'"

„Hat er Ihnen erklärt, wie er sich die weitere Entwicklung vorstellte?“

Von Luck: „Ja, und zwar sehr präzise. Er war der Meinung, noch sei es Zeit für Deutschland, einige Faustpfänder zu nutzen: 'Wir stehen noch tief in Rußland und haben auch unsere Positionen in Europa noch fest in der Hand. Erforderlich ist ein Waffenstillstand, für den wir die territorialen Faustpfänder anbieten müssen. Ich sehe die größte Gefahr für Europa aus dem Osten kommen, also von den Russen, und wenn es den westlichen Alliierten mit Deutschland nicht gelingt, irgendwie zu einem geeinten Europa zu kommen, so werden wir dieser Gefahr schwer begegnen können...“

Es drängt sich die Frage auf, ob der Feldmarschall so naiv war, zu glauben, die Alliierten würden mit Hitler überhaupt irgendeine Art von Vereinbarung treffen, geschweige denn über einen Waffenstillstand. Alle alliierten Verlautbarungen besagten das genaue Gegenteil. Von Luck: „Rommel war sich dessen völlig bewußt. Er erklärte mir unumwunden, die Voraussetzung für einen Waffenstillstand sei der Rücktritt Hitlers, und fügte hinzu: 'In der Juden- und in der Kirchenfrage werden wir unsere Positionen völlig zu ändern haben.' Er sehe allerdings im Augenblick nur einen Politiker, der bereit sei, sich für ein geeintes Europa einzusetzen - Churchill. Ich fand das damals sehr bemerkenswert.“

Von Luck: „Davon gehe ich aus, denn als ich ihn im Frühjahr 1944 in La Roche Guyon besuchte, hat er diese Ansichten bei unserem Spaziergang im Park des Hauptquartiers noch einmal wiederholt. Ich hatte aber den Eindruck, daß er selbst nicht bereit war und auch nichts davon hielt, Hitler durch ein Attentat zu überhaufen durch einen Staatsstreich zu beseitigen, weil er eine neue Dolchstoßlegende befürchtete.“ Von Luck's Antwort auf die Frage, wie Rommel sich dann die Entfernung Hitlers aus der politischen Führung des Reiches vorgestellt habe:

„Er selbst wollte Hitler zum Rücktritt bewegen und glaubte, daß ihm dies angesichts seiner eigenen Popularität im In- und Ausland auch gelingen könnte.“

„Halten Sie es für möglich, daß Rommels Reise nach Deutschland am 4. Juni und seine Absicht, Hitler in Berchtesgaden aufzusuchen, und zwar unter Umgehung des militärischen Dienstweges, mit solchen Überlegungen in einem Zusammenhang stand?“

„Das halte ich für sehr gut möglich, ja.“

Die Invasion verhinderte Rommels Besuch auf dem „Berghof“, doch sie veranlaßte den Feldmarschall wenig später zu jenem klaren und schonungslosen Brief an Hitler vom 15. Juli 1944, in dem der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe B auf (seit dem 6. Juni) „rund 97 000 Mann an Verlusten, darunter 2160 Offiziere, unter ihnen 28 Generale und 354 Kommandeure“ hinwies und Konsequenzen verlangte: „Die Truppe kämpft allorts heldenmütig, jedoch der ungleiche Kampf neigt sich dem Ende entgegen. Ich muß Sie bitten, die Folgen aus dieser Lage unverzüglich zu ziehen.“ Zwei Tage später wurde Rommel bei einem Jagdbomberangriff in der Nähe von Livarot schwer verletzt - wenige Tage vor einem Attentat, das gegen die Geheimdienste auf ihn geplant hatten.

In Hitlers Hauptquartier in Berch-

tesgaden hätte Rommel nach dem Beginn der Großlandung in der Normandie eine Atmosphäre vorgefunden, die durch einen bemerkenswerten Kontrast zwischen militärischen Hobsbotschaften und Hitlers beherrschter Reaktion darauf gekennzeichnet war. Der damalige Rüstungsminister Albert Speer hat die erste der militärischen Lagebesprechungen Hitlers an diesem Tag, der zu den dramatischsten des gesamten Krieges zu rechnen ist, in der Wohnhalle des „Berghofes“ auf dem Obersalzberg miterlebt und dem Verfasser drei Jahrzehnte später geschildert: „Es herrschte keinesfalls Hektik, sondern das Gegenteil. Hitler selbst konnte in solchen Situationen äußerst beherrscht sein und war das auch in dieser Besprechung. Seine Umgebung ahnte ihn darin nach.“ Seiner Gewohnheit folgend, war Hitler erst um drei Uhr früh schlafen gegangen. Die während der Nachtstunden bei den Führungsstäben eingegangenen Meldungen über Luftlandungen hinter der normannischen Küste, den Einfluß von zahlreichen Lastenseglern und über erste Kampfhandlungen waren Hitler, da widersprüchlich und ungenau, erst nach dem Frühstück am späten Vormittag vorgelegt worden.

Die um 9.30 Uhr von der Nachrichtagentur Reuters veröffentlichte amtliche Bestätigung der Invasion: „Alliierte Armeen landen an Nordküste Frankreichs“ und präzise Meldun-

gen sowohl der Marinegruppe West wie des Seekommandanten Normandie über Landungsoperationen und Landungsgründe brachten Hitler und seine militärischen Berater, Feldmarschall Wilhelm Keitel und Generaloberst Alfred Jodl, keineswegs zu der Auffassung, dies sei die Invasion - sie bewirkten eher das Gegenteil. Die von Feldmarschall von Rundstedt in Paris mit zunehmender Dringlichkeit geforderte Freigabe der beiden Panzerdivisionen aus der „OKW-Reserve“ für den Gegenangriff wurde weiter verzögert (und erst am Nachmittag genehmigt, als alles zu spät war). Dabei spielte eine gewichtige Rolle, daß auch von Rundstedt selbst keine präzise Beurteilung darüber abzugeben vermochte, ob man es mit der Invasion oder einem Scheinangriff größeren Ausmaßes zu tun habe.

Hitler selbst nahm die ersten Meldungen über die Landungen nicht etwa deprimiert, sondern im Gegenteil eher befriedigt auf; zu Feldmarschall Keitel gewandt, meinte er, die Informationen könnten „gar nicht besser sein“, denn „solange die Alliierten in England waren, konnten wir sie nicht fassen. Jetzt haben wir sie endlich dort, wo wir sie schlagen können.“

Welche Streitmacht allerdings „in England war“ - darüber hatte Hitler Vorstellungen, die ihm der britische Geheimdienst in dem über Jahre vorbereiteten Täuschungsmanöver „Bodyguard“ souffliert hatte - mit dem Ergebnis, daß die 15. Armee des Ge-

neralobersten Hans von Salmuth mit ihren 18 Divisionen nicht in die Kämpfe in der Normandie eingriff, sondern wie angekündigt am Pas de Calais blieb. Vor dem Invasionstag standen nach den Informationen, die Hitler von den eigenen Nachrichtendienstern zugegangen waren, in England 90 Divisionen und dazu sieben Luftlandedivisionen bereit zum Sprung auf den Kontinent. Es waren jedoch nur 35 und drei Luftlandedivisionen. Aus einem über viele Monate hinweg simulierten Funkverkehr und aus ebenso sorgfältig präparierten Meldungen von Doppelagenten, die von den alliierten Geheimdiensten „umgedreht“ worden waren, zogen die deutschen Führungsstäbe und mit ihnen Hitler den Schluß, im Südosten der britischen Insel stehe die „1. US-Army Group“ unter dem Oberbefehl von General George Patton, um die 15. Armee anzugreifen.

„Eingebaut“ in diese imaginäre Streitmacht waren einige Divisionen, die tatsächlich existierten und auch in der Normandie landeten, wo sie von der deutschen Feldaufklärung erkannt wurden. Diese wiederum stützte zum einen die Glaubwürdigkeit der Doppelagenten, die die Existenz dieser US-Armee gemeldet hatten, und nährte zudem den Argwohn der deutschen Führung, die Landung in der Normandie sei eben doch nur ein Ablenkungsangriff. Dabei bedurfte die Tatsache, daß diese Verbände nun doch an der Invasionfront eingesetzt worden waren, natürlich einer Erklärung. Sie wurde von den „Bodyguard“-Strategen auch geliefert - und erreichte das deutsche Oberkommando: Der Einsatz dieser Divisionen sei notwendig geworden, weil der deutsche Widerstand an der Invasionfront härter gewesen sei, als die alliierte Führung angenommen habe.

Gesteuert wurde dieses gigantische Manöver von der Gruppe London Controlling Section (LCS), die dabei mit einer bestimmten Abteilung des britischen Geheimdienstes MI 5 zusammenarbeitete. Ohne „Ultra“, die systematische und in der Regel schnelle Entzifferung der deutschen Funkprüche in Bletchley Park, wäre das Spiel so nicht möglich gewesen, und ohne „Ultra“ hätte Eisenhower auch zwei weitere Voraussetzungen für die erfolgreiche Invasion nicht vorgefunden - die Seeherrschaft und die absolute Luftüberlegenheit der Alliierten.

Die nahezu völlige Ausschaltung der Luftwaffe war das Ergebnis systematischer Bombardierungen von Flugplätzen und Treibstoffwerken, die jeweils dann erneut angegriffen wurden, wenn die Schäden des vorhergehenden Angriffs gerade eben, wenn auch notdürftig, behoben waren. „Ultra“ lieferte den Luftwaffenstäben der Alliierten dazu Informationen aus der Funküberwachung, die insgesamt gesehen wichtiger waren als die Luftbildaufklärung. Das Ergebnis war, daß die deutsche Luftwaffe am Invasionstag 319 Einsätze über Frankreich flog, die Alliierten aber fast 10 000. Auch die Pläne der deutschen Marineführung, die alliierte Invasionsflotte am Tag der Landung mit 40 der besten deutschen U-Boote anzugreifen, entschlossene Bletchley Park - mit der Folge, daß die Alliierten das bedrohte Gebiet mit U-Jagd-Gruppen absicherten und für eine lückenlose Luftüberwachung sorgen konnten. General Dwight D. Eisenhower wußte, wovon er schrieb, als er nach Kriegsende, im Juni 1945, dem Chef von Bletchley Park, Generalmajor Sir Stewart Menzies, für die „von Ihnen vor und während des Feldzugs“ gelieferten „Feindnachrichten“ dankte, die „für mich von unzahlbarem Wert gewesen sind“.

Am Freitag in der WELT:

Als erster deutscher Luftwaffenpilot richtete der heutige WELT-Korrespondent - und damalige Oberleutnant Adolf von Barwitz am Morgen des 6. Juni 1944 die Invasionsflotte vor der Orne-Mündung. Sein Augenzeugenbericht, korrigiert die Aussagen von Generalstabschef Speidel.

Das wünscht sich Martin, 7, von Europa:

Die Kinder sollen in
Flüssen schwimmen
können und die Fische und
die Enten auch.

Die Liberalen in Europa haben als erste Initiative gegen Währungs- und Handelsverschränkung gefordert. Sie treten auch als einzige an einer gemeinsamen Programmatik zur Weltwirtschaft auf. Konservativen und Sozialisten kommt sich nicht einmal in ihren eigenen Reihen über nationale Grenzen hinweg einig.

Wir brechen Bahn für Europa. Die Liberalen

F.D.P.

Kohl und Mitterrand schaffen die Formalitäten an der Grenze ab

Konsultationen über US-Einsatz am Golf vereinbart / „Vergangenheit begraben“

A. GRAF KAGENECK, Paris
Bundeskanzler Kohl und der französische Staatspräsident Mitterrand haben auf dem 43. deutsch-französischen Gipfel im Schloss von Rambouillet bei Paris die Abschaffung der Grenzformalitäten für Reisende, nicht für den Frachtverkehr, zwischen der Bundesrepublik und Frankreich beschlossen. Der Beschluß gilt ab sofort, die Durchführungsbestimmungen müssen aber noch ausgearbeitet werden, so daß erst in einigen Wochen effektiv werden kann. Ebenfalls in Rambouillet beschlossen Mitterrand und Kohl, sich bei „eventuellen oder tatsächlichen Initiativen der Vereinigten Staaten“ am Persischen Golf zu konsultieren. Den Golfkrieg nannte Mitterrand einen der „bedeutendsten dieser Zeit“.

Mitterrand leitete die Pressekonferenz mit dem Wunsch ein, einiges zu den Gerüchten zu sagen, der deutsche Bundeskanzler habe an den Alliierten Erinnerungsfestern zur Landung der Alliierten in der Normandie am 6. Juni 1944 eingeladen werden wollen. Sowohl Mitterrand wie Kohl dementierten dies entschieden. Präsident Mitterrand sagte, daß die deutsch-französische Freundschaft heute wichtiger sei als die Vergangenheit. Zu diesem Zwecke habe er mit dem Bundeskanzler beschlossen, sich zu einem gemeinsamen Gedenken an die Toten beider Länder Ende September in Verdun wiederzufinden und bei dieser Gelegenheit end-

gültig die Vergangenheit zu begraben und nur noch nach vorne auf das geeinte Europa zu schauen. Der Bundeskanzler fügte hinzu, daß Verdun in der Tat der geeignete Ort für eine solche Gedenkfeier sei. Beide bekräftigten noch einmal, daß die deutsch-französische Freundschaft heute unüberwindbar und unzerstörbar sei und das wichtigste Element zur Einigung Europas.

Was die eigentlichen Gesprächsthemen der Konferenz anging, so erwähnte der französische Staatspräsident die Themen Europa und seine Entwicklung, die Vorbereitung und die Folgen des Europäischen Rates, der Ende Juni in Fontainebleau bei Paris zusammentreten soll sowie den Weltwirtschaftsgipfel in London. Dieser Wirtschaftsgipfel werde sich ebenfalls mit den Themen Ost-West und Entwicklung der Dritten Welt beschäftigen. Ausgiebig habe er mit dem Bundeskanzler die Konflikte in der Golf-Region besprochen. Ein weiteres Thema seien die Entwicklung der amerikanischen Zinsen und das Budget der Europäischen Gemeinschaft gewesen. Weder der Bundeskanzler noch der Präsident erwähnten dabei ausdrücklich Großbritannien.

Kohl und Mitterrand feierten die guten Fortschritte in den bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich. Als Beispiel führte der Staatspräsident auf, daß etwa 120 Normen auf beiden Seiten, die bisher den Handelsaustausch erschwert hätten,

durch gemeinsame Vereinbarungen abgeschafft worden seien, bzw. von beiden Industrien nun übernommen würden. Besonders die deutsche Industrie habe dabei einen Beitrag zur Einigung geleistet.

Auch über Verteidigung und Sicherheit wurde gesprochen. Der Staatspräsident erwähnte dabei ausdrücklich den Elysee-Vertrag von 1963, der in einer seiner Klauseln eine enge deutsch-französische Abstimmung auf dem Gebiet der Verteidigung vorsieht, die bisher aber nie angewandt worden war. Ein Zeichen für die enge französisch-deutsche Zusammenarbeit auf militärischem Gebiet sei der Beschluß, einen gemeinsamen Kampf- und Panzerabwehr-Hubschrauber zu entwickeln. Zu diesem Zwecke hätten die beiden Verteidigungsminister Wörner und Hernu vorher ein Abkommen feierlich vor der Presse im selben Saal unterschrieben. Außerdem soll es in Zukunft mehr als bisher gemeinsame militärische Manöver geben.

Auch die industrielle Forschung soll vorangetrieben werden. Beide Regierungen wollen demnächst ein Forum über die Zusammenarbeit in der Elektronik und Informatik veranstalten. Auch will man enger auf dem Gebiet des Umweltschutzes und im Kampf gegen das Waldsterben zusammenarbeiten, wozu Mitterrand bemerkte: „Hierfür gibt es keine Grenze.“ Beide Regierungen wollen die Verbreitung von bleifreiem Benzin fördern.

Wellington schaffte es auch nicht allein

WELT-Gespräch mit dem Sultan von Oman / Zuverlässige Stütze des Westens an der Straße von Hormus

Von JÜRGEN LIMINSKI

Der Sultan von Oman, Kabus bin Said al Said, arbeitet, anders als manche Potentaten am Persischen Golf, hart und viel. Und wenn er sich entspannt, hört er mit Vorliebe Mozart, Brahms, Haydn und Bach.

Sein Protokollchef bittet Besucher aus demokratischen Ländern, sie mögen doch wenigstens zu Beginn des Gesprächs einmal „Seine Majestät“ sagen. Es fällt nicht schwer. Das leichtluxuriöse, aber streng funktional eingerichtete Palastbüro vermittelt den Eindruck von Herrschaftlichkeit wie es die Engländer lieben. „HM“ (für „his majesty“) wie die Briten in Oman den Sultan mit einem Schuß Respekt auch untereinander nennen, erinnert an biographische Beschreibungen von Omar, dem zweiten Kalifen (634-644). Von diesem Herrscher heißt es, er sei gerecht, einfach, tüchtig und zuverlässig gewesen.

Sultan Kabus überschätzt die Möglichkeiten seines Landes nicht. Eine indirekte Blockade der Straße von Hormus, deren Schifffahrtswege im Territorialgewässer Omans liegen, hält er nicht für unwahrscheinlich, die iranischen Drohungen seien ernst zu nehmen. Sollte es geschehen, wird der Golfstrat darüber beraten und die notwendigen Schritte zur Aufhebung der Blockade unternommen. In dem vor drei Jahren gegründeten Rat der Golfstaaten (Kuwait, Saudi-Arabien, Oman, Qatar, Vereinigte Arabische Emirate und Bahrain) gewinnt das Sultanat zunehmend an Gewicht, auch wenn der große saudische Bruder bislang noch die Politik des Rates überschattet.

Wie zu Zeiten der Zaren

Eine Blockade würde alle Anrainerstaaten treffen. Die Gefahr sei seit langem erkannt und habe zu einem Ausbau der regionalen Verteidigungsfähigkeiten geführt. Um keine Unruhe im Land aufkommen zu lassen, und vor allem für ausländische Mächte keine Zielscheibe abzugeben, hat das Sultanat dieser Tage alle vor seiner Küste ankernden Tanker angewiesen, die omanischen Gewässer zu verlassen. Auch hat es die Straße von Hormus und die ihr vorgelagerte Halbinsel Musandam zum militärischen Sperrgebiet erklärt. Niemand soll durch Flüge oder viel Aktivität provoziert werden.

Die größere, weil beständige Gefahr für die Region sieht der Sultan jedoch in der „sowjetischen Expansionspolitik“. Sie ändere von Zeit zu Zeit die Art und Weise ihres Vorgehens, nicht die Ziele. Immer noch stehen sie in Afghanistan. Und immer noch wollen sie wie zu den Zeiten der Zaren die Küsten der warmen Meere erreichen. In diesem Sinn sei der Golf „eine strategische Region dieser Welt“. Die militärische Präsenz der Sowjets in Afghanistan, sozusagen fast am anderen Ufer, verleihe den



Diplomat und Feldherr Sultan Kabus bin Said al Said

FOTO: JOHN LAWRENCE

Ereignissen am Golf „globale Dringlichkeit“.

Dennoch lehnt der Sultan die Errichtung von US-Stützpunkten auf omanischem Territorium ab. „Nie“, sagt er kategorisch. Im Ernstfall würde er den Amerikanern freilich, so räumt er ein, die logistisch notwendige Infrastruktur für einen Einsatz zur Verfügung stellen. „Die sowjetischen Aktivitäten im Indischen Ozean haben beträchtlich zugenommen. Dem muß ein abschreckendes Gleichgewicht gegenübergestellt werden, um das Risiko eines Konflikts in der Region zu verringern. Es ist kein Geheimnis: Wir haben mit unseren Freunden in Amerika über die Möglichkeiten und Umstände eines Ernstfalls, den Gott verhüten möge, gesprochen. Wenn die Region Hilfe braucht, können wir die notwendige und geeignete Infrastruktur für einen Einsatz amerikanischer Streitkräfte anbieten.“

Kabus kennt den sowjetischen Expansionismus aus eigener Anschauung. Anfang der siebziger Jahre mußte er eine von sowjetischen Nachbarstaaten und Moskau unterstützte „marxistische Befreiungsbewegung“ im Süden des Landes niederschlagen. Dabei konnte seine Armee wertvolle Erfahrungen für den Kampf gegen Untergrund und Terrorismus sammeln. Diese Kriegserfahrung machte sie nach Einschätzung westlicher Sicherheitsexperten zu einer der schlagkräftigsten Truppen am Golf.

Das historische Vorbild des Sultans ist der Herzog von Wellington. Dessen Kraft reichte bei Waterloo allein nicht aus. Es bedurfte der Preu-

sen, um Napoleon zu schlagen. In Wellington sieht er den Prototyp des Feldherrn und Diplomaten, unbeugsam gegen jede Form imperialer Machtpolitik. In diesem Sinn stellt er sich gegen jede Form der Einmischung eines Landes in die internen Angelegenheiten eines anderen.

Der Libanon, so sagt er beispielsweise, „sollte seine Probleme allein lösen. Die Libanesen sind dazu fähig. Voraussetzung ist, daß alle Besatzungstruppen das Land verlassen.“ „Alle“, wiederholt er auf die Nachfrage, „auch die syrischen“. Solcher Freimut ist selbst im fernen Europa selten. So mancher, auch konservativer Politiker verfällt in verschlungene Arabesken, wenn es darum geht, die in der Republik Libanon stationierten syrischen Truppen als das zu bezeichnen was sie in Wirklichkeit sind: Besatzungstruppen.

Kabus pflegt keine amerikanischen oder arabischen Illusionen. Seine Politik ist schnörkellos realistisch, ausgerichtet an den nationalen Interessen seines Landes und den Gesamtinteressen des Westens. Deshalb hat er auch das Vertragswerk von Camp David keineswegs für überholt. „Camp David hat gezeigt, daß man mit den Israelis Frieden schließen kann.“ Der Prozeß müsse weitergehen. Die Palästinenfrage, die zum Vertragswerk gehöre, sei noch nicht gelöst.

Der heute 43jährige Sultan ist seit dreizehn Jahren an der Spitze der arabischen Mittelmacht zwischen Persischem Golf und Indischem Ozean. Als er die Nachfolge seines Vaters antrat, gab es gerade zehn Kilometer asphaltierte Straßen, heute sind es

fast viertausend, gab es drei Schulen, heute zählt das Sultanat rund fünf-hundert, gab es ein Krankenhaus, heute gibt es fünfzehn moderne Krankenhäuser und Kliniken. Das Land fördert etwa 400 000 Barrel Öl pro Tag. Das ist nicht viel und der Sultan verläßt sich auch mehr auf die anderen Reichtümer des Landes, vor allem Fisch. Die gesunde Entwicklung des Landes liegt ihm am Herzen. Die Revolution in Iran ist ihm eine Lehre. Er war mit dem verstorbenen Schah persönlich befreundet.

Gefährdet ist sein Land im Innern nicht. Es gehört zu den politisch stabilsten im Mittleren Orient. Zum revolutionären Ferment des religiösen Fundamentalismus hat er seine eigene Ansicht: „Der Fundamentalismus kommt in jeder Religion vor. Manchmal wird er verherrlicht und zwar besonders dann, wenn ein Volk auf der Suche nach geistigen Werten ist. In der islamischen Welt gibt es verschiedene Glaubensrichtungen. Überall da, wo die Religion immer praktiziert wurde und nicht nur zur sozialen Gewohnheit degenerierte, ist der Fundamentalismus ungefährlich. Wenn aber ein Volk die Religion seiner Väter vergißt oder vernachlässigt, dann kann es zu Turbulenzen kommen, wenn Tradition und Glaube ihre Ansprüche wieder geltend machen.“ In Oman sei man immer konservativ im etymologischen Sinne des Wortes gewesen. Die Sharia, das islamische Gesetz, sei immer die Richtschnur des Handelns und Verhaltens gewesen. Daher sei der Fundamentalismus „nichts Neues für Oman.“

Spuren von Sandhurst

Die Omanis folgen der Doktrin des Predigers Abdallah ibn Ibadh (um 680), dessen Lehre heute sonst nur noch in Nordafrika Anhänger in grünen Gemeinden hat. Sie zeichnet sich durch altislamische Toleranz und Fair-play gegenüber Andersgläubigen und durch Treue zu den Überlieferungen der Väter und den Vorschriften des Propheten aus. „Wir können nicht verlangen, im nichtislamischen Ausland unsere Religion praktizieren zu dürfen und gleichzeitig bei uns solche Wünsche nicht respektieren.“

Der Sultan spricht mit Bedacht, fast jedes Wort wägt er sorgsam ab. Er ist ein Diplomat und Feldherr britischen Einschlags. Die Militärakademie von Sandhurst hat Spuren hinterlassen. Vielleicht hat er dort, in Gedanken über Wellington, den Willen zu nationaler Unabhängigkeit, gepaart mit protestantischem Pragmatismus, in seine Politik vererbt. Einem Lawrence von Arabien oder panarabischen Seelenverkäufern wie Nasser oder Assad wird der Sultan von Oman jedenfalls nicht Folge leisten.

Weitere politische Beiträge auf Seite 26

„Platz der FDP liegt in der Mitte“

Die scheidende Generalsekretärin zieht in einem WELT-Gespräch Bilanz

STEFAN HEYDECK, Bonn
Die FDP hat sich seit dem Ende des sozial-liberalen Bündnisses nach den Worten ihrer Generalsekretärin Irmgard Adam-Schwaezter weder nach „rechts“ hin noch zu einer „Wirtschaftspartei“ entwickelt. Irmgard Adam-Schwaezter, die als einzige weibliche FDP-Bundestagsabgeordnete von Anfang an die „Wende“ mit verteidigt und damals ihren aus Protest über den Kurswechsel zur SPD übergewechselten Vorgänger Günter Verheugen abgelöst hatte, meinte gestern, viele hätten den Liberalen 1982 den Rat gegeben, sie sollten sich „irgendwo rechts von der CDU ansiedeln“. Dazu sagte die 42jährige, die auf dem Münchener Parteitag am Wochenende sich nicht zur Wiederwahl stellen wird: „Das ist kein Platz für die Freien Demokraten. Der liegt immer in der Mitte des Parteienspektrums.“

Sie betonte in einem WELT-Gespräch rückblickend auf ihre 19monatige Amtszeit, die FDP sei die

Partei freiheitlicher Ideen und Politik sowie des Rechtsstaats. Gerade die Diskussion der letzten Wochen habe bewiesen, „daß wir diesen Platz ausfüllen“.

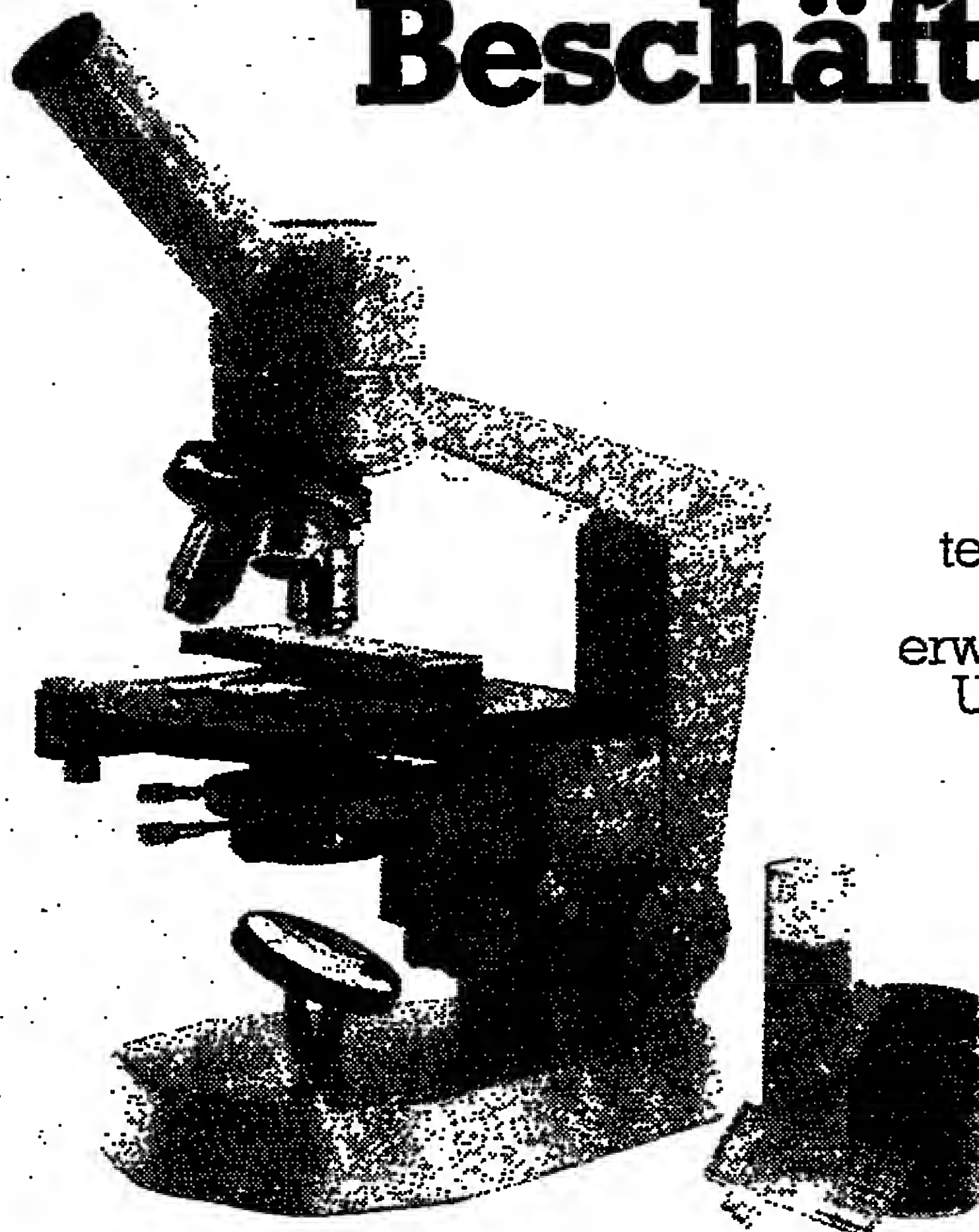
Alle FDP-Generalsekretäre der letzten Zeit hätten sich, wie es auch bereits ihr Nachfolger Helmut Haussmann angekündigt hat, in erster Linie als „politische Generalsekretäre“ verstanden. Dies sei notwendig, weil es darum gehe, die Politik der Liberalen mitzuformulieren und sie zwischen Führung und Basis „durchsichtig“ zu machen. Allerdings geht sie davon aus, daß jetzt nach dem Ende der Amnestie-Debatte beide Seiten „wieder sehr viel mehr Sensibilität“ entwickeln. So sei es „gut“, wenn auf dem Parteitag unter die Mißverständnisse und Fehleinschätzungen der letzten Wochen ein „Schlußstrich“ gezogen werde. Irmgard Adam-Schwaezter ist sich „sicher“, daß das in sehr fairer und sachlicher Weise geschehen werde. Damit werde dann auch der „Grundstein“ für eine er-

neute gute Zusammenarbeit innerhalb der Führungsspitze und mit der Basis gelegt.

Trotz der Ankündigung von Hans-Dietrich Genscher, nur noch bis 1986 als Parteichef zur Verfügung zu stehen, sieht sie keine Führungs-, Richtungs- oder Flügelkämpfe. Die „Wende-Diskussion“ sei abgeschlossen. Nun müsse „ein einheitliches Profil der FDP aus Programmfunktion und Personen“ erarbeitet werden.

Weiter meinte Irmgard Adam-Schwaezter, nach deren Worten Genscher als FDP-Chef wegen dessen alleinigem Vorschlagsrecht „in einem ganz besonderen Verhältnis zueinander“ stehen, zur Bewältigung der Zukunft sei eine Strategie zu entwickeln, mit der die FDP die nächsten wichtigen Wahlen erfolgreich bestehen kann. Das müsse „in enger Zusammenarbeit der gesamten Führungsgruppe“ geschehen. Es müsse auch „inhaltlich und personell“ das für die Bundestagswahlen 1987 Notwendige geordnet werden.

Die Banken zur „wirtschaftlichen Zukunft“: Was heute unsere Schüler beschäftigt, entscheidet morgen über unsere Beschäftigungslage



Das ist keine Frage: Von der Leistung unserer Schulen und unserer Universitäten hängt auch unsere künftige Wirtschaftsleistung ab. Auf verschiedenen Gebieten könnte die Leistung der Wirtschaft heute qualitativ besser sein. Wir Deutschen müssen uns sehr anstrengen, um in wichtigen Bereichen von Wissenschaft, Forschung und Technologie mithalten zu können. Die Mikroelektronik ist nur ein Beispiel für viele. Von unserer wirtschaftlichen und technischen Position aber hängen unser Wohlstand und unser sozialer Standard ab. Wir Banken meinen: Wer im internationalen Wettbewerb bestehen will, muß für den Wettbewerb gerüstet sein. Zum Rüstzeug

jeder Industrienation gehören Erfindungsreichtum, technisches Können, unternehmerische Initiative, die Motivation der Menschen. Dieses Rüstzeug kann erworben werden. Darauf müssen unsere Schulen und Universitäten wieder verstärkt ausgerichtet werden.

Bundesverband deutscher Banken

Die Privatunternehmen der Kreditwirtschaft:

Großbanken, Regionalbanken, Privatbankiers, Hypothekenbanken.



Zombies, die Kinder und der Jugendschutz

Keine Rezepte gegen die Gewaltdarstellung auf Videos

SUSANNE PLÜCK, Bonn

Schon wenn der erste Kannibale den ersten Bauch aufschlitzt, das Blut spritzt, die Eingeweide quellen, wenn der erste Arm abgesägt und die erste Zombie-Visage zermalmt wird, verläßt mancher angewidert die Filmvorführung. Voll guter Vorsätze, die Faszination am Video-Horror begreifen zu lernen, die Scharen der jüngeren Generation übermannt hat, fanden sich kürzlich einige Dutzend besorgter Erwachsener in der Theodor-Heuss-Akademie in Gummersbach ein. „Kannibalismus im Wohnzimmer – was ist unter dem Aspekt des Jugendschutzes zu tun?“ lautete das Thema.

Seit im vergangenen Jahr die Bonner Regierung den Entwurf für ein neues Jugendschutzgesetz und verschärfte Strafbestimmungen im Bundestag eingebracht hat, sich Presse und Fernsehen den Reizthemen angenommen haben, verbreitet sich in der Öffentlichkeit langsam ein „Bewußtsein“ über das mittlerweile weitverbreitete Freizeitvergnügen.

Laut Statistik des Deutschen Videoinstituts in Berlin waren im vergangenen Jahr 42 Prozent der 5000 bis 6000 verfügbaren Videokassetten den Inhalten Horror, Krieg, Action zuzurechnen. (Pornofilme werden in den Statistiken nicht erfaßt.) In annähernd 6000 Videotheken können sie zu Stückpreisen von fünf Mark bis 50 Pfennig pro Tag ausgeliehen werden.

Nach Umsatzangaben der Branche – den einzig verfügbaren – hatten Gewalt- und Sexfilme dabei weitaus die höchsten Ausleihraten. Von Video-Verleihern ist auch zu hören, daß solche Kassetten den stärksten Anklang in „niedrigeren“ Schichten finden. Vereinzelt Untersuchungen in Schulklassen bestätigen dies.

Ernüchterung

Aufgeschreckte Elternvertreter, ratlose Lehrer, Heilpraktiker, Medienpädagogen und abgebrühte Jugendschützer – bewegt von der Frage nach den Folgen des Dauerkonsums filmischer Gewalt – versuchten, den Ursachen der Video-Woge nachzuspüren und Möglichkeiten der Abhilfe zu erörtern. Letzteres – das sei gleich eingangs gesagt – wurde in Gummersbach nicht geleistet. Ernüchtert gingen all diejenigen nach Hause, die mit der Erwartung gekommen waren, Rezepte gegen die „jugendverderbende Volkseuche“ und attraktive Alternativen mit nach Hause zu nehmen.

Zunächst gibt es keine wissenschaftliche Untersuchung, die unbestritten die Wirkung des Gewalt-Konsums auf dem Bildschirm nachzuweisen vermöchte: sei es nun eine kathartische, stimulierende oder abstumpfende. Immerhin ist der Wunsch verständlich, potentiellen Auswirkungen durch vorbeugende Maßnahmen zuvorkommen zu wollen. Daß dem Phänomen mit Hilfe

der Verschärfung bestehender Gesetze beizukommen sei, wird vielerorts bezweifelt.

Denn ein Grundproblem ist zweifellos, daß der Staat den Eltern nicht ins Erziehungsrecht hineinschneit. Führen sich doch viele Erwachsene die Menschenfresser-Machwerke selbst genüsslich zu Gemüte und finden nicht das mindeste dabei, auch ihren Nachwuchs damit bei Laune zu halten.

Der Leiter der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften (unter die auch Videokassetten fallen), Rudolf Stefen, möchte statt neuer Gesetze lieber die bestehenden strikt angewendet wissen.

Verbote locken

Doch auch die Wirksamkeit der perfekttesten Kontrolle wurde von Medienpädagogen und Jugendschützern bezweifelt: locke doch gerade Verbotes am meisten – nach dem Motto: „Hochbrannt, weil auf dem Index!“ Und oftmals lieben eben die Eltern für die Kinder aus. Der gute, gemeinte Vorschlag, durch Aufklärung und Gespräche die Betroffenen von ihren Vorlieben abzubringen, so wurde man desillusioniert, gehe an den eigentlichen Motiven vorbei. Wer sich Horror anschauen, suche gerade nicht Rationalisierung, sondern den Nervenzit.

Viel rhetorische Brillanz wurde auf die Benennung der gesellschaftlichen Ursachen des geschmähten Fehlverhaltens verwandt: Der Zwang der reglementierten Industriegesellschaft zu ständiger Selbstkontrolle der Menschen, Disziplinierung der natürlichen Affekte und Zwang zur Befolgung vorgegebener Normen und Verhaltensweisen führe zu emotionalen Entwicklungsdefiziten und sei Hauptgrund für die Lust der Jugend am Kannibalenrausch.

Da das legitime Bedürfnis nach Risiko, Abenteuer und nicht von Erwachsenen vorgeplanten Erlebnissen, nach Engagement und Eigenverantwortung in einer rundherum versicherten, verwalteten Welt für viele nicht ausreichend auszuüben sei, suchten sie Ersatz im passiven Konsum von Gewalt auf dem Bildschirm.

„Erlebnispädagogik“, meinte ein Medienpädagoge, sei das Gebot der Stunde. Bedauerlicherweise konnte er jedoch nicht konkret werden.

„Freiräume für Kreativität schaffen, persönliche Begegnung fördern, Selbstverwirklichung und Identitätsfindung ermöglichen“: dies waren die – inzwischen aber doch sattem bekannten – Leerformeln, die zu füllen sich niemand in der Lage sah.

Letztlich blieb die Kapitulation vor der Horrorwelle. Ähnlich „unabwendbar“ sind schon Fernseh-, Comic-, Alkohol-, Drogen, Pornowelle, Punker und Sektier über uns hinweggeschwappt, ohne daß man ihrer Herr geworden wäre.

auch Gemüse züchten, und das braucht Wärme. Uli Meyer, in Altenburschla Mitinhaber einer Gärtnerei, weiß über den Energiebedarf der „DDR“-Betriebe Einzelheiten: „Wir benötigen in Spitzenzeiten für unseren Betrieb maximal 2 Millionen Wärmeinheiten, die Gärtnereien drüben lieben bei 6 Millionen.“

Selbst wenn die gärtnerischen Betriebe im Hochsommer auf die Beheizung ihrer Foliengewächshäuser verzichten, tritt für den hessischen Nachbarort kaum eine Entlastung ein. Die Stuhlfabrik drüben feuert das ganze Jahr über Braunkohle.

Für die Fremdenverkehrsgemeinde Altenburschla steht viel auf dem Spiel. Vor allem Gäste aus dem Ruhrgebiet und aus Berlin schätzen den Ort. Nicht zuletzt wegen der landschaftlichen Reize und der bislang unbelasteten Umwelt. Der Ortsrat setzt nun auf jene Expertengespräche zwischen der Bundesregierung und der „DDR“, in denen über die Reduzierung der Luftverunreinigung verhandelt wird. In einem Brief an Bundesminister Heinrich Windelen heißt es: „Überreichende braungelbe Abgase aus den Betrieben jenseits der Werra sind wenig geeignet, Gäste für unseren Ort zu gewinnen.“ Und im Zusammenhang mit den Anstrengungen des Ortes um den Fremdenverkehr heißt es an anderer Stelle: „Wir fürchten, daß die jetzt entstandene Situation alle unsere bisherigen Bemühungen zunichte macht.“

Der innerdeutsche Ärger zwischen dem hessischen und dem thüringischen Ort hat aber noch einen anderen Aspekt. Was nützen diesseits der Werra konsequent praktizierte Umweltauflagen, wenn 1000 Meter weiter Umweltauflagen zur Tagesordnung zählen? Doch auch im „DDR“-Ort Großburschla regt sich Widerstand. Erzählte ein Westbesucher: „Wir kommen um in Dreck und Gestank und dürfen uns nicht beschweren. Ihr müßt auch für uns etwas tun.“

Unmut an Zonengrenze über verpestete Luft

„Volkseigene Dreckschleudern“ vertreiben Touristen

BERND HUMMEL, Eschwege

Diesseits der deutsch-deutschen Grenze wächst der Unmut gegenüber Umweltbelastungen aus der „DDR“. Jüngstes Beispiel: Angesichts anhaltender Staub- und Geruchsbelästigungen aus drei Industrieschornsteinen im benachbarten „DDR“-Ort Großburschla baten die Kommunalpolitiker der hessischen Gemeinde Altenburschla (Werra-Meißner-Kreis) das Innerdeutsche Ministerium um Unterstützung.

Altenburschla mit seinen 550 Einwohnern zählt zu jenen Gemeinden, die von der deutschen Teilung besonders betroffen sind. Von drei Seiten von der „DDR“-Grenze umgeben, geriet das Dorf in vielerlei Hinsicht ins Abseits. Dennoch gelang es, wenigstens einen Einnahmezug zu erschließen, den Fremdenverkehr. Bis zu 20 000 Übernachtungen wurden in Spitzenzeiten pro Jahr gezählt, doch damit – befürchtet Ortsvorsteher Karl Montag – werde es wohl bald vorbei sein.

Jenseits der Werra im Nachbarort Großburschla spucken drei Schornsteine vor zwei gärtnerischen Produktionsgenossenschaften und einem holzverarbeitenden Betrieb Braunkohlestaub und übelriechende Rauchschwaden aus. Und weil der hessische Ort in Hauptwindrichtung liegt, haben die Bürger von Altenburschla sowie der Gemeinden Heldra und Völkershausen unter den „volkseigenen Dreckschleudern“, wie sie der Ortsvorsteher nennt, besonders zu leiden. Nahezu unerträglich wird die Situation, wenn sich bei bestimmten Witterungslagen der Braunkohlestaub staut und „wie eine Glocke über dem Werratal liegt“.

Nur gelegentlich gelangen Informationen von drüben über den nur 1 km entfernten Metallgitterzaun der „DDR“. Bekannt aber wurde dies: Hauptverursacher sind die beiden gärtnerischen Produktionsgenossenschaften in Großburschla, die neben Blumen unter 60 000 qm Folienfläche

„Ich will die Stadt als eine Einheit erhalten“

DW.Bonn

Was wird aus Berlin? Bei aller Bedeutung der politischen und wirtschaftlichen Aspekte kann diese Frage nicht ohne Beachtung des äußeren Bildes der Stadt, ihrer baulichen und planerischen Ausgestaltung beantwortet werden. Baufragen sind zu exemplarischen und elementaren Fragen der Lebenskraft, des Lebenswillens und des Selbstverständnisses für die großen Städte geworden – sie sind es ganz besonders für Berlin. Wie sieht der neue Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen die Bedeutung der Bauaufgaben für die alte deutsche Reichshauptstadt? Die Fragen stellte Dankwart Guratzsch.

WELT: Ist mit der Verschiebung der IBA, der Internationalen Bauausstellung Berlin 1984 auf 1987 nicht eine Chance vertan worden, die Depression in Berlin zu überwinden und der Stadt neue Anziehungskraft zu geben?

Diepgen: Als die CDU die Verantwortung in Berlin übernommen hat, da hat sie ein großes Planungsdilemma vorgefunden. Wir mußten uns fragen: Kann die IBA überhaupt stattfinden? Wegen der Bedeutung haben wir uns entschlossen, sie lediglich zu verschieben. Hinzu kommt: Wir haben nicht mehr die Zeiten, daß ein begnadeter Baumeister von einem König den Auftrag bekommt, die Stadt in bestimmtem Sinne neu zu errichten, und das wird dann durchgeführt. Sondern wir haben es vor dem Hintergrund auch des Baurechts mit einem sehr komplizierten System von Verantwortlichkeiten, von Mitsprachemöglichkeiten, von Diskussionen zu tun. Bei jedem Bauvorhaben wird über den Erker, den Spielplatz, das Treppenhäus und über die Kunst am Bau von den verschiedensten Gremien mitentschieden oder mitberaten. Eine durchgängige städtebauliche Konzeption (soweit es wünschenswert ist), ist dadurch jedenfalls schwerer

Eberhard Diepgen, seit dem 8. Februar dieses Jahres Regierender Bürgermeister von Berlin und damit Nachfolger des jetzigen Präsidenten Richard von Weizsäcker, trat 1982 in die CDU ein. Seitdem vollzog sich für den 42-jährigen Politiker der eher lautlose Weg eines „direkten Aufstiegers“ in der Partei: Der ehemalige ASTA-Sprecher der Berliner Freien Universität zog 1971 in das Berliner Landesparlament ein. 1980 wurde er Fraktionschef.

FOTO: PAUL GLASER



darzustellen, als das zu Schinkels Zeiten möglich war. Auch wenn sie durchgehalten werden kann.

WELT: Welchen Stellenwert hat für Sie die Baupolitik in Ihrer Gesamtpolitik?

Diepgen: In meiner Regierungserklärung habe ich gesagt: Nur eine attraktive und anziehungskräftige Stadt wird auf Dauer ein guter Wirtschaftsstandort bleiben. Dazu gehört

auch, daß sich der Bürger in seiner Stadt wohlfühlen muß, daß er sich identifizieren kann mit dem, was um ihn herum wirklich existiert, mit dem Geschehen, mit der Darstellung, und damit auch mit den Straßen und Plätzen, wie sie im einzelnen gestaltet sind.

WELT: Können Sie das konkretisieren, wo wollen Sie dann Schwerpunkte für diese Identifikation mit der Stadt setzen?

Diepgen: Wir haben in Berlin die Verpflichtung, den Stadtkern, das Zentrum, in diesem Sinne neu zu gestalten und auszugestalten. Schwerpunkte sind – auch noch in dieser Legislaturperiode – für mich: der Kurfürstendamm und die Seitenstraßen: Die Sünden der Vergangenheit, daß die Nebenstraßen des Kurfürstendamms völlig vernachlässigt wurden, daß man alte Strukturen dort einfach platigewalt hat – das finde ich falsch und korrekturbedürftig. Es ist notwendig, der Stadt dort ein Gesicht zu geben.

WELT: Was für ein Gesicht? Soll man an den großzügigen Stil des alten Berlin anknüpfen?

Diepgen: Nicht nur die Architektur von vor 50 Jahren wiederholen, aber es muß eben hineinpassen, damit ein Gesicht entsteht, das eine bestimmte Einheit darstellen kann. Ich glaube, daß in den letzten Jahren erhebliche Fortschritte gemacht wurden. Baulücken sind gefüllt worden in ansprechender Architektur, nicht mehr so monströs und unmenschlich, sondern

wirklich auf die Bedürfnisse der Menschen ausgerichtet und eingepaßt in die Architektur auch mit einem historischen Bezug.

WELT: Weitere Schwerpunkte?

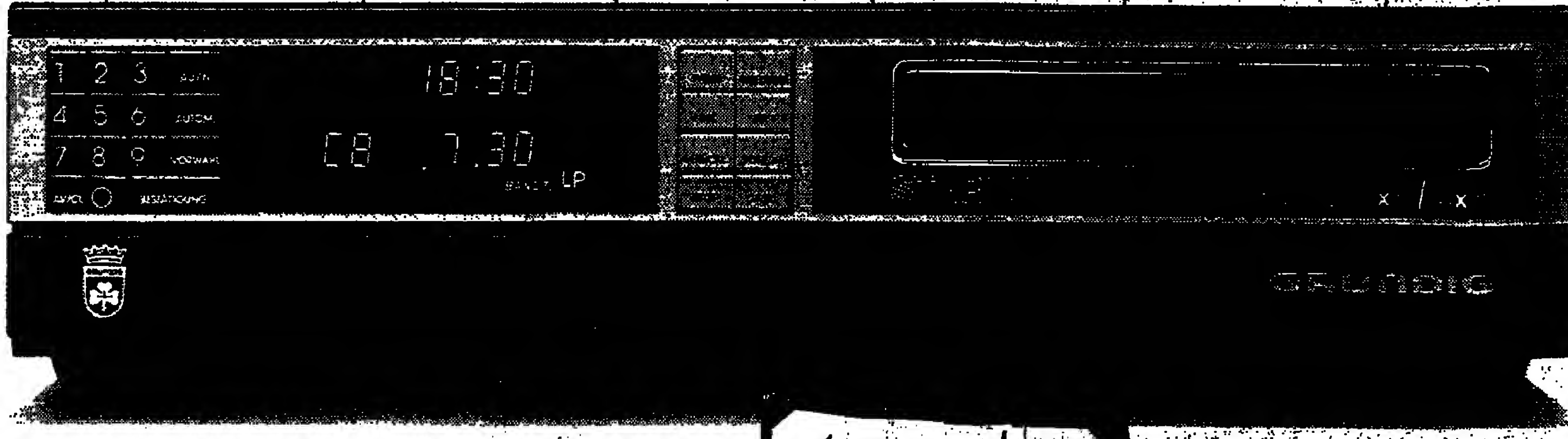
Diepgen: Platzgestaltung in der City, so wie am Breitscheid- und Wittenbergplatz, so auch am Hardenbergplatz und so weiter. Freigebliebene wichtige Grundstücke in der Innenstadt müssen bebaut werden, so daß die Stadt sich auch darstellt, den Besuchern wie den Berlinern. Wir wollen Kulturmäetropole sein, deshalb sage ich, das Kulturforum muß nun mal fertiggestellt werden! Und wir können auch nicht den Innenbereich, das Diplomatenviertel, auf Halde legen bis zu dem Zeitpunkt, wo Berlin wieder eine Hauptstadt wird und dort dann wieder ausländische Missionen hinkommen.

WELT: Gibt es eine Abstimmung der Baupläne mit Ost-Berlin?

Diepgen: Wir versuchen ganz intensiv einen Informationsaustausch, schon im Blick auf die 750-Jahr-Feier, und zwar nicht nur darüber, welches Fest an welchem Tag gefeiert werden soll, sondern auch hinsichtlich der Stadtplanung. Wir wollen die Stadt nicht so gestalten, daß durch die Art des Bauens eine neue Mauer gezogen wird. Es ist nicht richtig, auf historische Straßenzüge ein Gebäude zu klatschen. Ich will die Stadt als eine Einheit erhalten und den Versuch machen, Informationen so weit als möglich zu bekommen und auszutauschen.

Jetzt gibt es wieder ein sich für Grundig

VIDEO 2000 SYSTEM FÜR VIELE JAHRE		Der erste Grund: Grundig VIDEO 2000.	VHS
1981, 1982 und 1983 meistgekauft		Daß Recorder im System VIDEO 2000 technisch besonders fortschrittlich sind, haben viele schon selber erfahren. Besonders viele, was Grundig betrifft: sie werden in Deutschland am meisten gekauft. Kein Wunder, was sie alles zu bieten haben:	Made by Grundig
16 Stunden Spielzeit		VIDEO 2000 hat bis zu 16 Stunden auf einer Cassette. Da paßt Dallas bequem 21 mal drauf! Bis zu 16 Stunden – daß heißt ganz klar: Doppelte Spielzeit, halbe Bandkosten. Auf- zeichnen kostet also nur noch die Hälfte.	
5		Doppeltes Vergnügen bereitet eine andere VIDEO 2000-Spezialität: Lupenreine Fernseh- bilder bei Leih-Cassetten. Und bei den Spitzen-Recordern: Lupenreine Fernseh- bilder in allen Sonderfunktionen.	



051 72 1140

„Ich versuche tagsüber so viel und hart zu arbeiten, daß ich abends nur noch müde ins Bett sinken kann“

Probleme der Entwicklungshilfe und -helfer in der Sahelzone / Immer noch heißt die Alternative oft: Korruption oder Bestechung

Von BERND RÜTTEN

Klaus Sarrazin (40), Forstoberrat aus dem niedersächsischen Stade, trägt schon seit vielen Jahren nicht mehr die grüne Tracht des deutschen Oberförsters. Er leitet ein Aufzuchtprojekt der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) im westafrikanischen Senegal, nachdem er zuvor vier Jahre in einem Forstprojekt in Benin tätig war. Was hat ihn in den tropischen Regenwald und dann in die karge Sahellandschaft getrieben? Der Reiz der Aufgabe, die Möglichkeit, weitgehend selbstständig ein Projekt voranzutreiben, Schwieriges zu meistern, lautet seine Antwort.

Allein leben im tiefsten Busch

Die Entwicklungs-Experten sehen sich als Experten, wenn auch die fachlich-technischen Probleme im allgemeinen nicht die entscheidenden sind. „Die Anforderungen an mein fachliches Können wären wesentlich größer, wenn ich meinen Beruf in der Heimat ausüben würde“, sagt der Experte einer internationalen Organisation, der für ein ähnliches Projekt wie Sarrazin verantwortlich ist. Doch während dieser immerhin noch in der Kleinstadt St. Louis

mit Frau und zwei Kindern wohnt, lebt er allein im tiefsten Busch.

„Ich versuche, so viel zu arbeiten, daß ich abends nur noch müde ins Bett sinken kann“, sagt er. Wegen eines rätselhaften Fiebers sucht er gerade einen französischen Arzt in Dakar auf. „Die Probleme der Projekte sind in erster Linie sozialer Natur, sozial im weiteren Sinne“, meint er. „Es gilt im wesentlichen, die Bevölkerung zu motivieren. Das ökologische Gleichgewicht des Sahel, das die Bevölkerung immer als selbstverständlich hingenommen hat, ist im Projektbereich zerstört. Wir versuchen, etwas zu tun, um es wieder herzustellen. Diese Motivation müssen wir auf die Bevölkerung übertragen, wir können ja nicht ewig hier bleiben. Solange wir hier sind, brauchen wir aber die Mitarbeit der Bevölkerung.“

In der Entwicklungshilfe gibt es Fortschritt. Man ist vorsichtiger geworden und denkt in längeren Zeiträumen. Als man anfing, stellte man Projekte in die Landschaft und dachte, die Probleme seien mit der Errichtung gelöst. In der sahelischen Feri-Region im Norden Senegals baute man Ende der fünfziger Jahre zahlreiche Brunnen, um die Wasserversorgung zu verbessern und damit das Weidopotential der Region besser auszunutzen. Fossiles Grundwasser

war reichlich vorhanden. Die Wasserversorgung wurde besser.

Doch was war die Folge? Der Viehbestand verdoppelte und verdreifachte sich. Die Herden waren nicht mehr gezwungen, wegen Wassermangels in regenreichere Gebiete abzuwandern, sondern konzentrierten sich in einem Umkreis von zehn Kilometern an den Brunnenstellen. Die Vegetation dort konnte sich nicht mehr wie früher regenerieren. Alles wurde kahlgefräsen, und auf den kahlen Flächen breitete sich Wüste aus.

Viel Mühe mit jungen Nationalstaaten

Seit 1973 versucht man, den Schaden durch Fehler der Vergangenheit mit neuen Hilfemaßnahmen zu beseitigen. Die zerstörten Weidegründe werden aufgefördert, eingezäunt und zunächst einmal jahrelang für die Beweidung gesperrt, damit Gras und Bäume sich soweit entwickeln können, daß sie normaler Beweidung standhalten. Auf verschiedenen Flächen läßt man unterschiedlich starken Viehbestand weiden, um experimentell die Toleranzgrenze festzustellen. Dabei werden auch Weideflächen, die dem ganzjährigen Aufenthalt dienen, und Ackerbauflächen

eingeführt. Ausbildungs- und Infrastrukturmaßnahmen gehen damit Hand in Hand.

In den jungen Nationalstaaten stehen die Interessen von Regierung und Verwaltung einerseits sowie der Bevölkerung andererseits häufig in klarem Gegensatz. Leider ist für den Minister und die Beamten in der Regel nicht ausschlaggebend, ob die Hilfe der Bevölkerung nutzt, sondern inwiefern sie ihm selbst nutzt. Geberländer und Organisationen stehen diesem Phänomen hilflos gegenüber. Es gilt, politische Rücksichtnahme zu praktizieren oder sich dem Souveränitätsanspruch des Landes zu beugen. Ergebnis: Hilfe fließt in private Taschen.

Vor die Alternative gestellt, mit ihren Projekten aufzulauern oder Minister und Beamte durch Bestechung zur Mitarbeit zu motivieren, entscheiden sich Geber häufig sogar für das letztere – ein Zustand, der nicht ganz so absurd ist, wie es scheint. Daß Entwicklungshilfe der politischen Bestechung gilt, ist nicht immer ausgeschlossen. Darüber hinaus tendieren sich alle afrikanischen Regierungen dazu, die Stadt gegenüber der Landbevölkerung zu bevorzugen, da letztere ohnmächtig und nicht in der Lage ist, Druck auf die Regierung auszuüben – eine der wichtigsten Ursachen für die Landflucht.

Förderung der Landbevölkerung, kleine, einfach strukturierte Projekte und viel Zeit, langsame und vorsichtige Entwicklung – das ist die neue Strategie. Die Probleme sind so groß, daß – so hoffen Entwicklungsexperten – auch afrikanische Regierungen und Bürokraten, dem Zwang der Umstände gehorchend, dies früher oder später akzeptieren müssen.

Wie vorsichtig man dabei sein muß, hat Klaus Sarrazin gleich zu Anfang beim Versuch, ein kleines Problem zu lösen, erfahren: Die Leiter der Forstzentren sollen die aufgeförmten Gebiete kontrollieren. Doch sie sagen, sie haben keine Transportmittel. Das stimmt. Für die Autos, die sie haben möchten, fehlt das Geld.

Unter der Würde eines Forstzentraleiters

Kleine Pferdekutschen, wie sie in den ländlichen Regionen Senegals üblich sind, wären eine ökonomische und praktische Lösung, dachte Sarrazin einen Augenblick lang. Doch an der entsetzten und beleidigten Reaktion der Zentraleiters merkte er sogleich, daß er ins Fettnäpfchen getreten war. Denn was für die gemeine Landbevölkerung üblich ist, ist unter der Würde eines Forstzentraleiters.

Teilt das Atom Paris und Bonn?

Frankreichs „Force de Frappe“ und das Bündnis

Von FRANÇOIS DE ROSE

Mit den Wahlen zur europäischen Versammlung in Straßburg rückt die alte Debatte darüber, ob die Nationen dieses Kontinents mehr Verantwortung bei der Verteidigung im Rahmen des atlantischen Bündnisses übernehmen sollten, wieder ins Blickfeld. In Frankreich stellen sich alle politischen Parteien diese Frage, mit Ausnahme natürlich der Kommunisten.

Verschiedene Lösungen werden angeboten. Die einen sind institutionell – Revitalisierung der WEU, Ausdehnung der Kompetenzen des Europäischen Rates auf Sicherheitsfragen – andere betreffen direkt das Militärische: Ausdehnung der Sanktionsstrategie Frankreichs auf die Nachbarn, Standardisierung und gemeinsame Herstellung von Waffensystemen.

Was auch immer die Motive oder die Lösungsmöglichkeiten sein mögen: Schlüssel jeder europäischen Politik auf diesem Gebiet ist, in den Augen aller, eine enge französisch-deutsche Zusammenarbeit.

Die Idee ist nicht neu. Sie stand schon Pate beim Elysée-Vertrag von 1963. Nur hat sich der Kontext seitdem erheblich verändert. Vor 20 Jahren wollte de Gaulle einen Kern bilden, der einen von ihm als allzu drückend empfundenen amerikanischen Einflußnahme über die NATO-Integration widerstehen sollte. Heute urteilt Frankreich ganz anders über diese Dinge. Ohne an eine Rückkehr in das integrierte militärische System zu denken, ergreift es allerlei praktische Maßnahmen, die es dem Bündnis wieder näher bringen und zu einer unmittelbaren Verwendbarkeit seiner Streitkräfte im Rahmen der gemeinsamen Verteidigung führen. Dies trifft insbesondere auf die Schaffung einer schnellen Eingreifreserve zu (FAIR).

Und in Deutschland? Folgt man der französischen Presse, so scheint es, als hätten beide Länder nicht mehr die gleiche Wellenlänge. Die Sorgen der Menschen in der Bundesrepublik betreffen in der Tat vorrangig einen eventuellen Einsatz der taktischen nuklearen Streitkräfte Frankreichs. Jürgen Todenhöfer, Franz Joseph Strauß, Karsten Voigt und andere haben, mit unterschiedlicher Präzision, deutlich gemacht, daß die Ziele, welche von den Pluton- und später den Hades-Raketen getroffen werden können, auf dem Gebiet der Bundesrepublik oder der „DDR“ liegen, und daß Bonn daher an der Einsatzplanung und sogar dem Einsatzentscheidungsprozeß beteiligt werden müsse.

Diese Stellungnahmen haben ihren Ursprung gewiß in dem Unterschied zwischen dem Status der französischen taktischen Streitkräfte und dem der NATO-Systeme. Vergessen wir nicht, daß die Zahl der in Europa stationierten amerikanischen Atomwaffen mit Zielen in der Bundesrepublik oder der „DDR“ mehr als fünfzigmal größer ist als die der französischen Waffen. Da aber die Bundesrepublik Mitglied der nuklearen Planungsgruppe und ein deutscher General Oberbefehlshaber über den NATO-Abschnitt Europa-Mitte ist, glaubt sich die Bonner Regierung ohne Zweifel genügend an den nuklearen Verantwortungen des Bündnisses beteiligt.

Bei Frankreich ist das anders. Frankreichs Abschreckungs-Doktrin und der Gebrauch seiner Waffen hängen allein von den Entscheidungen seiner Regierung ab. Frankreich hat nicht die Macht, einem Alliierten eine atomare „Garantie“ zu geben, deren Glaubwürdigkeit zur Abschreckung genügen würde. Die französische Abschreckungs-Doktrin richtet sich nach den Mitteln, über die Frankreich selbst verfügt. Sie basiert auf der Idee, daß einem Angreifer für den Fall, daß die Interessen oder das Territorium Frankreichs direkt bedroht sind, eine letzte Warnung gegeben wird und zwar durch den Einsatz taktischer Atomwaffen. Falls der Gegner seinen Angriff fortsetzt, setzt er sich dem Feuer der strategischen Nuklearwaffen aus, die auf Wirtschaft und Bevölkerungszentren gerichtet sind.

Die heutige Strategie schließt Garantie aus. Es gibt bisher keine genaue Definition des Zeitpunktes, an dem Paris seine „vitalen Interessen“ bedroht sehen würde, und das schafft Unsicherheit. Nur, alle französischen Regierungen haben unterstrichen, daß diese Interessen sich nicht an unsere nationalen Grenzen halten. Dieser Standpunkt ist 1974 vom Atlantischen Rat in Ottawa anerkannt worden. In einer Erklärung heißt es, daß die nuklearen Streitkräfte Frankreichs und Großbritanniens „in der Lage sind, eine eigene Abschreckungsrolle zu spielen und damit einen Beitrag zur globalen Abschreckung des Bündnisses leisten“.

Ungewißheit über den Einsatz und Garantie aber sind miteinander nicht vereinbar. Da die strategischen Kampfmittel in der Struktur der Atomstreitkräfte der beiden europäischen Atomstaaten eine überwiegende

de Rolle spielen, würde eine Atom-Garantie auf das hinauslaufen, worauf die USA mit der Abschaffung des massiven Rückschlags verzichtet haben.

Ungewißheit würde auch eine gemeinsame Zielplanung im Rahmen der Pläne der NATO und eine Teilung der Einsatzentscheidung schwierig machen. Nicht nur, daß die Einbeziehung der taktischen französischen Streitkräfte nichts am globalen Volumen der Streitkräfte des Bündnisses ändern würden. Die Waffen Frankreichs und die der NATO dienen auch zwei verschiedenen Doktrinen, deren jede auf verschiedenen Annahmen beruht. Sie können ihre Abschreckungs-Kapazität nur addieren, indem sie verschieden bleiben.

Auf deutsch-französischem Gebiet dagegen würde eine Vorausbestimmung der Ziele der taktischen französischen Streitkräfte, also ein „targeting“, soweit sich dies im voraus machen läßt, keine so schwierigen Doktrin-Probleme aufwerfen. Es müßte daher möglich sein, daß sich beide Regierungen konsultieren, falls ein eventueller Einsatz dieser Waffen deutschen Boden berühren könnte.

Es geht um die Höhe der Atomschwelle

Das Hauptproblem aber ist nicht, wie man sich dieser Waffen bedienen sollte, sondern wie man ihre Bedienung verhindert.

Beide Strategien, die der Allianz und die Frankreichs, haben eines gemeinsam: Man wird erst zum Atom greifen, wenn es unmöglich geworden ist, dem gegnerischen Druck mit konventionellen Mitteln zu widerstehen. Nichts berechtigt zu der Annahme, daß sich diese Entscheidung für Frankreichs Streitkräfte früher stellt als für irgendeinen anderen Abschnitt zwischen der Nordsee und Österreich. Über die Höhe der Atomschwelle entscheidet die Fähigkeit aller zusammen, einen Angriff mit klassischen Mitteln aufzuhalten. Die Anhebung der Atomschwelle ist also der zentrale Punkt der ganzen Angelegenheit. Und dies schon, ehe der Konflikt begonnen hat, in dem Augenblick also, in dem unser Schicksal zwischen einem Erfolg und einem Scheitern unserer Abschreckung schwankt, zwischen der Rettung des Friedens und dem Desaster des Krieges, sei er nuklear oder nicht.

Niemand hat die Abschreckung besser definiert als Raymond Aron: „Im nuklearen Zeitalter ist die Stunde der Wahrheit nicht die Schlacht, sondern die Krise.“

Natürlich können wir nicht wissen, welche Form eine sowjetische Aggression in Europa annehmen würde. Aber wir wissen schon, welche Sprache Moskau in der „Dialektik der Krise“, um einen marxistischen Ausdruck zu gebrauchen, sprechen würde. Die Sowjets würden uns sagen: „Die Rote Armee wird niemals als erste Nuklearwaffen einsetzen. Aber wenn die NATO damit anfängt, wäre die Bestrafung Europas furchtbar.“

Wir wissen außerdem, daß angesichts der technologischen Entwicklung der Zeitraum, der uns bis zum Einsatz der Atomwaffen bleibt, immer kürzer wird. Wenn sich also die Stunde der Wahrheit stellt, müssen die Alliierten wählen zwischen der Gewißheit, selbst den Prozeß ihrer Zerstörung in Gang zu setzen, oder dem gegnerischen Druck nachzugeben.



Das wichtigste ist für uns Europäer daher sicherzustellen, daß bei diesem Krisen-Dialog, in jenem Moment, daß die beiden Lager sich gegenseitig in die Augen schauen und beide am Abgrund stehen, der Gegner weiß, daß er uns keine Blitzkrieg-Strategie aufzwingen kann und daß jeder Konflikt auch für ihn ein Sprung ins Ungewisse ist.

Im Gegensatz zu den beiden Supermächten ist Europa auch klassischen Waffensystemen gegenüber verwundbar. Wir wissen heute aber, daß neue Technologien hier interessante Perspektiven eröffnen. Uns ihnen zu öffnen, bedeutet keinesfalls, die Theorie des „no first use“, des Verzichtes auf den Erstgebrauch von Atomwaffen, zu akzeptieren. Denn diese sind die einzigen, die für Supermächte ein unakzeptables Risiko darstellen. Würden wir der Sowjetunion die Versicherung geben, daß die NATO niemals eine solche Initiative ergreifen würde, so garantierten wir eine straflose Aggression in Europa.

So wichtig folglich die Projekte für eine engere politische Zusammenarbeit in Europa, für eine gemeinsame Ziel- und Einsatzplanung nuklearer Waffen, für die gemeinsame Herstellung gewisser Waffensysteme auch sein mögen, alle diese Projekte dürfen nie die Oberhand gewinnen über einen essentiellen Konsens: dem einer wirksamen Abschreckung für die nächsten Jahrzehnte. Nur auf der Basis eines solchen Konsenses können die anderen Probleme auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden.

François de Rose, langjähriger Botschafter Frankreichs bei der NATO in Brüssel, gilt als einer der besten Kenner westlicher Sicherheitspolitik.

deren Grund mehr, run Video zu entscheiden.

<p>Der zweite Grund: Grundig VHS.</p> <p>Grundig Recorder im System VHS einen festen Video-Angebot einnehmen, haben sie alle selber erfahren. Besonders dort ist VHS sehr gefragt. Deshalb ist Grundig für VHS-Anhänger eine gute Alternative bereit: VHS made by Grundig.</p>	<p>VIDEO MADE IN GERMANY</p> <p>2 13:30 15 21:00</p>	<p>Die Gründe für beide: Komfort made in Germany.</p> <p>Zum Beispiel der Dialog-Computer. Beim Vorprogrammieren von Aufnahmen zeigt er an, was zu tun ist. Datum wird direkt eingetippt. Oder: die Spielzeitanzeige: Sie sehen auf die Minute genau, wieviel Band schon gespielt ist und wieviel noch draufpaßt.</p>
<p>Grundig Recorder bieten im System VHS als den Vorteil der perfekten Bandes in Stunden und Minuten durch den neuartigen Code-Streifenleser.</p>		<p>Oder denken Sie ans Kabelfernsehen. Grundig Recorder sind für die TV-Zukunft bestens gerüstet: Kabeltuner ist eingebaut.</p>
<p>Grundig ist perfekt auch das Zahlenschloß der Grundig VHS-Recorder. Es schützt elektronisch gegen unbefugte Benutzung. So sehen da ganz schön alt aus!</p>		<p>Nicht zu vergessen die Fußball-EM. Auch hier spielt Leistung made in Germany mit: Grundig ist der offizielle TV- und Video-Ausstatter der Deutschen Fußball-Nationalmannschaft.</p>

Ab sofort in Ihrem Fachgeschäft!



GRUNDIG

Vom langen Untergang der Eliten

Arno J. Mayers eigenwillige Deutung der Rolle von Adelsmacht und Bürgertum 1848-1914

Daß der Erste Weltkrieg, wie George F. Kennan einmal schrieb, „the great seminal catastrophe of our century“ war, ist unter historisch Denkenden nicht umstritten. Wie es aber zum Ersten Weltkrieg kam – jenseits seiner Anlässe in Attentat, Krisenmanagement und Kriegskalkül in sechs Wochen des Sommers 1914 –, das ist bis heute mit Recht umstritten. Die marxistische Sicht lief bisher darauf hinaus, daß die kapitalistische Entwicklung der modernen Industriestaaten in ein antagonistisches Stadium eingetreten war, so daß schließlich eine klassische Machtrivalität in einer umstrittenen Zone, dem Balkan, das Pulverfaß in die Luft jagte. Man konnte sich dabei auf Hobson berufen, jenen britischen Ökonomen, der aus dem Hürnen der spätviktorianischen „Improvement-Ideologie“ auf den harten Boden des Burenkriegs gefallen war und danach dem „Neuen Imperialismus“ ein baldiges, blutiges Ende prophezeite. Seit Lenin erschien 1914 als die Einlösung dieser alten Prophezeiung.

Arno J. Mayer, einer der begabtesten amerikanischen Historiker der mittleren Generation, Princeton-Professor mit europäischem Bildungsuntergrund und dem Bedürfnis, den marxistischen Außenseiter zu spielen, hat ein großes Thema – den Überlebenskampf der sozialen, wirtschaftlichen und geistigen Adelsmacht aus der vorrevolutionären Epoche – mit einer großen These kombiniert: der späten Schuld des Ancien régime am Ersten Weltkrieg. Mayer über seine These: „Dieses Buch möchte einen Beitrag zur Debatte über die causa causans und den

Arno J. Mayer: Adelsmacht und Bürgertum
Die Krise der europäischen Gesellschaft 1848-1914. Aus dem Amerikanischen von Karl Heinz Silber. Verlag C. H. Beck, München. 342 S., 58 Mark.

eigentlichen Charakter der europäischen See von Plagen leisten. Es geht von der Prämisse aus, daß der Zweite Weltkrieg 1939-45 aus dem Ersten von 1914-1918 hervorgegangen ist und daß diese beiden Konflikte nichts Geringeres waren als der Dreißigjährige Krieg... des 20. Jahrhunderts. Die zweite Prämisse lautet, daß der Weltkrieg von 1914 – also der erste kathartische Akt dieser allgemeinen Krise – nichts anderes war als ein letztes Sich-Aufbäumen der europäischen Adelsmacht vor dem Untergang. Obgleich sie gegenüber dem Industriekapitalismus an Boden verloren, besaßen die tragenden Kräfte der alten Ordnung noch genug Willenskraft und Macht, sich ihrem unausweichlichen historischen Nie-

dergang entgegenzustimmen und ihn zu bremsen – zur Not mit Gewalt.“

Mit anderen Worten: Hätte man im 19. Jahrhundert nur beizeiten und gründlich genug Revolution betrieben (an Rezepten dafür fehlte es ja nicht), so wäre der Welt jene Katastrophe erspart geblieben, die 1914 begann. Denn die europäische Gesellschaft bis zum Ersten Weltkrieg war, so Mayer, „noch durch und durch vorindustriell und vorbürgerlich“. Der Aufstieg des Industriebürgertums, so darf man folgern, muß danach fast gegen sich selbst durchgesetzt worden sein! Die industrielle Revolution eine Revolution wider Willen? Und so wirft Mayer auch seinen Historiker-Kollegen vor, viel zu lange auf Industrialisierung, Säkularisierung und technischen Fortschritt geschaut und viel zu wenig das Beharrungsvermögen der alten Kräfte und Ideen und die Bremswirkung, die von ihnen ausging, studiert zu haben.

Der Verfasser spitzt zu. Er verspricht ausdrücklich „keine ausgewogene Deutung der europäischen Entwicklung zwischen 1848 und 1914“. Er will sich „einseitig mit der Resistenz der alten Ordnung beschäftigen“. Er glaubt nicht daran, daß 1914 das Ancien régime tot war – was darauf hinausläuft, die Modernität zu retten, ihre Unschuld zu bewahren und die Schöne Neue Welt des Marxismus zu rehabilitieren.

Die Vorstellung, das 19. Jahrhundert sei das Jahrhundert des Bürgertums gewesen, hält Mayer für Schein. Die Altkonservativen, die die Veränderung der Welt und den Niedergang ihrer Ordnung beklagten, haben sie sich getäuscht? Die Bourgeoisie, wo es sie gab, hatte nichts anderes im Sinn, als möglichst bald Ancien régime zu werden. Mayer beruft sich hier auf den österreichischen Ökonomen Josef Schumpeter, der in der Tat in den 20er Jahren unter anderem sagte, es habe selbst in England das aristokratische Element bis zum Ende des intakten und vitalen Kapitalismus den Ton angegeben.

Aber Mayer strapaziert die These des Österreichers über Gebühr. Denn der Autor behauptet nicht nur, es sei der Ton angegeben worden, er behauptet schlechthin, das Ancien régime – was immer das im einzelnen gewesen sein mag – habe Europa bis 1914 dirigiert und auch noch seine Katastrophe bestimmt.

Methodisch steht Mayer vor einer Schwierigkeit, die er nicht zu lösen vermag. Er muß nämlich das Ancien régime begrifflich bestimmen und absetzen gegen die von Industrialisierung und Säkularisierung, von allgemeinem Wahlrecht, politischen Parteien, Interessengruppen und Parlamenten bestimmte Welt des 19. Jahrhunderts. Im Vorwort zur englischen Ausgabe (die übrigens

zutreffender „The persistence of the Old Regime“ betitelt war) hatte er noch beides in Aussicht gestellt: einen neuen Blickwinkel und einen neuen analytischen Rahmen – und eine Darstellung als „marxistische Geschichte von oben nach unten“. In der deutschen Ausgabe wird dem Leser dieses Versprechen vorenthalten. Das liegt vielleicht daran, daß manche Historiker bei der Rezension des Originaltextes gefragt haben, wie sich denn Mayers These mit Marx' Auffassung vom Siegeszug der Bourgeoisie vertrüge und wo denn die dialektische Methode geblieben sei. In der Tat gelingt es Mayer nicht, so interessant und vielseitig seine Analyse ist, die vorbürgerlichen von den bürgerlichen Elementen wirklich zu trennen. Das jedoch wäre logische Voraussetzung für seine Theorie von der Manipulation des Bürgertums durch seine Vorgänger.

Man muß aber anerkennen, daß der Verfasser seine These mit dem Mut eines Motorcrossfahrers quer durch die Sozial- und Geistesgeschichte der sechs am Weltkrieg beteiligten europäischen Hauptmächte vertritt: Großbritannien, Frankreich, Preußen-Deutschland, Österreich, Italien und Rußland. Mangels einer in seinen Augen wirklichen Revolution sind sie allzumal Sünder. Daß Frankreich sich 1875 eine republikanische Verfassung zulegte, rettet die „Dritte Republik“ nicht. Die 500 Familien waren, ohne es zu wissen, Protagonisten des Ancien régime, auch wenn sie zwei Generationen zuvor alles getan hatten, es zu stürzen und sich an seinem Sturz zu bereichern.

Nach rund 300 Seiten dieser Tour de force hat der Leser viel gelernt über die Abneigung des Autors gegen zäh an Macht und Boden klebende Landbesitzer und anpassungswillige Bourgeoisie, herrschende Klassen überall in Europa, Verwaltungseliten, gleich ob bürgerlichen oder adeligen Standes, nobilitierten Reichtum, Kulturpöbel, Sozialdarwinisten und Friedrich Nietzsche – im übrigen aber bleiben ihm Zweifel. Nicht eigentlich deshalb, weil Mayer auf Belege und Anmerkungen verzichtet, sondern weil seine These so umfassend ist. So umfassend, daß sie nicht mehr falsifiziert oder verifiziert werden kann. Ist sie dann indes noch Wissenschaft? Oder erfordert sie einen Akt des Glaubens?

Mayers Analyse bleibt, für sich genommen und entlastet von dem Anspruch, marxistische Thesen gegen Marxsche Grundthesen zu vertreten, ein interessantes Unternehmen. Der Historiker unternimmt es, die europäische Sozial-, Wirtschafts- und Ideengeschichte unter vergleichende Kategorien zu stellen. Man muß ihm zugestehen, daß dies bisher kaum gelungen ist und daß er



Hier prophezeite der britische Ökonom Hobson das Ende des „Neuen Imperialismus“. Szene aus dem Burenkrieg

den Mut des Pioniers mit der Kühnheit des Erfinders kombiniert hat – nur vielleicht allzu tapfer. Seine Einzelergebnisse sind interessant und vielfach unstrittig, und sie allein rechtfertigen dieses Buch. Analyse und Synthese jedoch werden überanstrengt, indem alles auf die Erklärung des Ersten Weltkriegs zugespitzt werden muß, dessen Ursachen weiterhin ebenso in klassischen Machtrivalitäten und Ängsten um zerfallende Bündnisse wie in wirtschaftlichen und sozialen Sprengkräften innerhalb der Staaten und zwischen ihnen vermutet werden müssen.

Warum kann man nicht über die „persistence of the Old Regime“ und den langen Untergang der vorindustriellen Eliten, ihre Macht und ihre Mentalitäten, handeln (wahrhaftig ein großes Thema der Weltgeschichte), ohne ihnen auch noch die letzte und eigentliche Schuld an der Zerstörung des 20. Jahrhunderts anzulasten? Hält nicht die Geschichte des „tollen Jahres“ 1848/49 ernüchternde Lektionen bereit, was die Friedlichkeit der Linken innerhalb des Parlaments und außerhalb betrifft, mit ihrem republikanischen Kreuzweghunger, ihren Marxschen Kriegsausrufen, ihrer Hoffnung auf ein neues 1793 und ihrer bizarren Soldatenspielerlei auf den Ängern deutscher Kleinstädte?

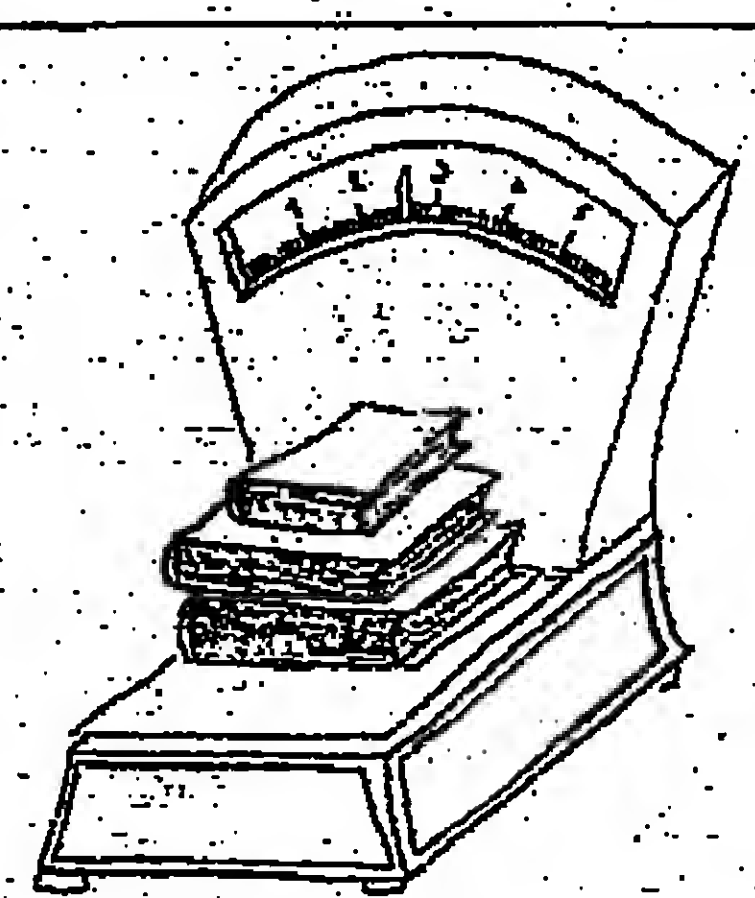
Wer war denn 1848 für den großen Krieg, und wer war dagegen? Waren nicht die alten Eliten die geborenen Verteidiger des Systems Metemlich, das doch – was immer aus liberaler und sozialistischer Sicht einzuwenden bleibt – den Frieden sicherte? Und ist

das Verhalten moderner Massendemokratien im weiteren Verlauf des 19. und 20. Jahrhunderts so friedlich (vom „real existierenden“ Sozialismus zu schweigen), daß die Katastrophe von 1914 allein – denn das ist Mayers These – dem Überlebenskampf des Ancien régime zuzuschreiben ist, seiner Unwilligkeit zu sterben und der dadurch ausgelösten Krise der europäischen Gesellschaft?

Mayers Buch, verfehlt im ganzen und anregend im einzelnen, hat das Verdienst, festgefägte Fragen und Antworten zu erschüttern, und zwar rechts wie links. Zweifellos haben der Maßstab kriegerischer Tugenden, die sich selbst erfüllende Prophezeiung des großen Endkampfes um die europäische Hegemonie, die Angst vor Untergängen und die atavistische Flucht aus den Labyrinthen der Massengesellschaft in den Kriegesstolz in der europäischen Zivilisation vor 1914 eine Rolle gespielt. Wie groß aber war die Furcht? War sie entscheidend? Und war sie allein Sache der alten Herrschaftsschichten? Mayer behauptet all das. Aber Behauptung und Beweis methodisch zu isolieren und wissenschaftlich zu begründen ist ihm nicht gelungen.

Als Essay ist Mayers Studie imponierend, als These gewagt und provozierend, als Mythos von Erbschuld und revolutionärer Befreiung nicht neu. Als historische Studie indes, die das Buch sein will, bleibt es hinter seinem Anspruch zurück.

MICHAEL STÜRMER



Versuchter Neubeginn

Der Text einer Verfassung allein sagt nur bedingt etwas über die tatsächlichen Verhältnisse in dem betreffenden Land aus. Konstitutionen können aber durchaus Willensentwürfe sein. Dies zumindest dürfte auch für Rudolf Wedekinds kommentierende Arbeit „Die Verfassung der Türkischen Republik vom 7. November 1924“ (Verlag Leuhen & Paris, Hannover, 277 S., 58 Mark) zutreffen. Mit kritischer Sachkunde erklärt der CDU-Abgeordnete im Europaparlament den Text, Ergebnis eines versuchten Neubeginns, nachdem das Land kurz vor dem Ausbruch eines Bürgerkriegs gestanden hatte. Entsprechend den Vorstellungen des Staatsgründers Kemal Atatürk ist die Grundlinie demokratisch, dem Westen zugewandt und laizistisch, aber auch spezifisch türkisch und damit unseren Denkleistern manchmal fremd. Immerhin handelt es sich um ein entwicklungsfähiges Instrument eines islamischen Volkes, das sich unter Opfern bemüht, den Anschluß an die Moderne zu gewinnen, ohne damit seine Identität zu verlieren.

Die Macht den Gemäßigten

Am Schluß des Buches „Südafrika geht seinen Weg“ von Lewis H. Gann und Peter Duignan (Seewald Verlag, Stuttgart, 338 Seiten, 39,80 Mark) stehen charakteristische Sätze: „Die Intellektuellen des Westens machen sich ... doppelte Maßstäbe schuldig: Sie beurteilen südafrikanische Weisheit anhand einer doppelten Moral, während sie an den Schwarzen den Maßstab der relativen Moral anlegen. Die Weißen in Südafrika müssen den westlichen demokratischen Regeln der Bürgerrechte und der politischen Verwaltung entsprechen; die Schwarzen in Afrika brauchen sich nicht an diese Regeln zu halten. Die Regierung durch eine einzige schwarze Partei ist notwendig und korrekt, die Herrschaft einer einzigen weißen Partei oder Rasse ist ungerecht.“ Gegen diese doppelte Moral stehen beide Autoren, Professoren der Stanford University, die jahrelang in Südafrika gelebt und geforscht haben, mit wohlgegründeten Argumenten zu Felde. Sie verhehlen nicht ihre Sympathie für die Leistungen der Republik, aber sie lassen sich durch dieses Engagement nicht den Blick auf die Schwächen der südafrikanischen Position trüben. Gann und Duignan geben Südafrika eine Chance, wenn sich jene Richtung durchsetzt, die nach dem Motto handelt: „Alle Macht den Gemäßigten.“

F.S.

Mit Diskretion

Die 33jährige Politologin Sibylle Quack legt mit ihrem Buch „Geistig frei und niemandes Knecht“ (Paul Levi, Rosa Luxemburg, Politische Arbeit und persönliche Beziehung, Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln, 296 S., 48 Mark) ein veritables Gesellenstück vor. Sie meistert ihre Gefühle gegenüber Rosa Luxemburg, der Säulenheiligen der zeitgenössischen Neomarxisten, und bemüht sich um die Aufhellung einer bislang vernachlässigten Beziehung zwischen der russisch-deutschen Cheftkommunistin und ihrem promovierten Partei- und Seelenfreund Paul Levi. Er stammte wie sie aus einem großbürgerlichen Haus und gehörte bis in den Ersten Weltkrieg hinein der SPD an. Der Hechinger Fabrikantensohn vertrat einen „humanen Marxismus“ und fand sich in dieser Einstellung wiederum mit Rosa Luxemburg: er wurde ihr Rechtsbeistand und später ihr Geliebter. Dies dokumentiert Sibylle Quack anhand von 50 bisher unveröffentlichten Briefen von Paul Levi und Rosa Luxemburg mit angemessener Diskretion. Schi

ULRICH LÜKE

Vor der Wahl zum Europa-Parlament: Wo liegt denn Straßburg?

In Parlament, das den landläufigen Vorstellungen von einer derartigen demokratischen Institution nicht entspricht, hat es schwer, von der Öffentlichkeit überhaupt wahrgenommen zu werden. Die 434 direkt gewählten Abgeordneten des Europäischen Parlaments haben dies in ihrer ersten, fünfjährigen Wahlperiode leidvoll erfahren müssen. Solange auch in der politischen Kultur der Bundesrepublik ein Parlament erst dann als vollwertig gilt, wenn es die Kompetenz hat, Gesetze zu verabschieden, wird sich daran nichts ändern – auch wenn damit ebenso wichtige andere demokratische Funktionen eines Parlaments, beispielsweise die der Artikulation öffentlicher Meinung, negiert werden.

Da das Europäische Parlament von den Medien in den letzten Jahren weitgehend mißachtet wurde, nimmt es nicht wunder, daß es auch kaum publizistische oder wissenschaftliche Veröffentlichungen zu dieser Institution in kontinuierlicher Folge gibt. Wenige Wochen vor der zweiten Direktwahl hat sich das geändert. Durch diesen Anlaß, so mutmaßen wohl Verlage und Autoren, bestünde die Chance, Publikationen über die Abgeordneten von Straßburg „an den Mann zu bringen“.

Einem Autor ist dieser Vorwurf bestimmt nicht zu machen: Der wohl renommierteste

deutsche Beobachter des Europa-Parlaments, der Frankfurter Professor Claus Schönöbube, ist nie müde geworden, auch zwischen den Wahl- oder Delegationsterminen des EP zur Feder zu greifen. Selbstverständlich liegt jetzt auch aus seiner Feder ein Werk zur Direktwahl vor: „Das EP vor der zweiten Direktwahl“. Informativ, ja geradezu akribisch, bilanziert Schönöbube die erste Wahlperiode von Straßburg, gespickt mit Fakten und Tabellen.

Für alle, die mit dem Vorurteil leben, das Europäische Parlament habe in dieser Zeit nichts getan, lohnt vor allem die Lektüre der Zeitfabel. Sie weist aus, daß kaum ein Monat ohne „merkwürdige“ Ereignisse in Straßburg vergangen ist. Die Arbeit mündet in den

Appell, das Europäische Parlament zu stärken, weil es das einzige wirklich europäische Organ der Europäischen Gemeinschaft sei.

Während Schönöbube erst aus seiner kritischen Bilanz die Aufforderung ableitet, die Abgeordneten von Straßburg zu stärken, hat der ebenfalls als Experte ausgewiesene Autor Thomas Läufer vor der ersten Seite seiner Broschüre „22 Fragen zur Europa-Wahl '84“ an das Ziel, die Bürger zur Stimmabgabe zu animieren. In graphisch sehr übersichtlicher Form bietet Läufer dem interessierten Laien Antworten auf Kernfragen wie: „Warum überhaupt Direktwahl? Welche Befugnisse hat das Europäische Parlament?“ Das alles in geraffter Darstellung,

was natürlich auf Kosten von Details in Zusammenhängen und Fakten gehen mußte. Es ist jedenfalls eine Broschüre, die sich hervorragend für Schule und Erwachsenenbildung eignet, obwohl sie (wie auch Schönöbubes Buch) leider kein Register hat.

Ärgerlich wird der Rezensent dagegen bei der Lektüre der ersten Seiten des Buches „Die Abgeordneten Europas“, für das die Europa-Parlamentarier Martin Bangemann (EPP), Egon Klepsch (CDU), Beate Weber (SPD) sowie der Rechtsberater des Parlamentspräsidenten, Roland Bieber, als Autoren zeichnen. Schon das Vorwort wimmelt von Fehlern inhaltlicher und sprachlicher Art und von Banalitäten. Da geht es bei der Wahl am 17. Juni beispielsweise darum, Mehrheiten „für die eine oder andere Politik (ohne eine dritte)“ möglich zu machen. Martin Bangemann, der Vorsitzende der liberalen und demokratischen Fraktion, wird zum Vorsitzenden der „Fraktion der Liberalen und Nahestehenden“.

Danach wird aus dem deutschen Gewerkschaftsvorsitzenden Karl Hauenschield ein „Fritz“, Pierre Mauroy heißt plötzlich Jacques, und dem griechischen Außenminister Charalambopoulos steht man „das Ja“.

Kurzum: Der Verlagslektor und die Korrekturen hatten wohl Urlaub.

Einen derartig ärgerlichen Einstieg hat

Bibliographie

Claus Schönöbube:
Das Europäische Parlament vor der zweiten Direktwahl
Europa Union Verlag, Bonn, 192 S., 10,80 Mark.

Thomas Läufer:
22 Fragen zur Europa-Wahl '84
Europa Union Verlag, Bonn, 96 S., 9,80 Mark.

Martin Bangemann, Egon A. Klepsch, Beate Weber, Roland Bieber:
Die Abgeordneten Europas
Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 372 S., 14 Mark.

Jürgen Schwarze/Roland Bieber (Hrsg.):
Eine Verfassung für Europa
Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 631 S., 98 Mark.

Zeit bringt Geld -
rund um die Uhr!



Nominalzins 7,75%
Ausgabekurs 99,40%
Rendite 7,90%
Laufzeit 5 Jahre
heutiger Stand

BUNDES
OBLIGATIONEN

Bitte einsenden an den Informationsdienst für Bundeswertpapiere, Postfach 23 28, 6000 Frankfurt 1. Sie erhalten ausführliches Informationsmaterial.

Name

Straße

PLZ/Ort

Mit Bundesobligationen erwerben Sie ein Wertpapier mit festen Zinsen, marktgerechten Renditen und einer überschaubaren Laufzeit von 5 Jahren. Eine ertragreiche und vorteilhafte Geldanlage. Der Verkauf zum Börsenkurs ist jederzeit möglich. Neu ausgegebene Bundesobligationen bekommen Sie spesenfrei ab 100,- DM bei

allen Banken, Sparkassen und Landeszentralbanken.

Vom Informationsdienst für Bundeswertpapiere erhalten Sie ausführliche Informationen. Schreiben Sie oder rufen Sie an: Telefon (0611) 550707. Die aktuellen Konditionen aller Bundeswertpapiere werden „rund um die Uhr“ unter Telefon (0611) 5970141 angesagt.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Diätenerhöhung

Barzel plant Erhöhung der Diäten

WELT vom 14. Mai

Sehr geehrte Damen und Herren, das darf doch wohl nicht wahr sein, war mein spontaner Ausruf beim Lesen des Artikels. Wenn ich nicht bisher überzeugt gewesen wäre, daß die WELT eine seriöse Zeitung ist, hätte ich an einen verspäteten Aprilscherz geglaubt. Ich möchte nur wissen, woher Herr Barzel diese Unverfrorenheit nimmt.

In einer Zeit, in der immer noch viele unserer Mitbürger arbeitslos sind, Jugendliche einen Ausbildungsplatz suchen, von den Ärmsten der Armen finanzielle Opfer verlangt werden, plant Herr Barzel eine Diätenerhöhung für die Bundestagsabgeordneten, obwohl sich über die letzte Diätenerhöhung die Wogen kaum geglättet haben.

Diese erneute Diätenerhöhung in kürzester Zeit ist in meinen Augen ein Skandal und ein unverzeihlicher Schlag gegen alle Kleinrentner, Sozialempfänger, Arbeitslose, ruinierte Unternehmer, Mittelständler usw. Wir machen nicht eine Politik, um zu sparen, sondern wir sparen, um wieder Politik machen zu können, hat vor wenigen Monaten noch Dr. Stoltenberg in München vor Unions-Politikern gesagt. Gilt dieser Sparappell und gelten viele andere Sparappelle nur für das Volk und nicht für unsere gewählten Volksvertreter und Volksvertreterinnen?

Hochachtungsvoll
F. Nerge,
Schongau

Aus Erfahrung

Die Leute, die so vollmundig gegen die Gurtpflicht tönen, wissen doch gar nicht, wovon sie reden. Sie sollten erst alle einmal einen Frontalzusammenstoß so erleben wie wir – durch Fremdverschulden – am 6.5.1987. Totalschaden des Wagens, die Schließen der damals vor 17 Jahren noch starren Gurte zerbrachen, aber uns beiden ist nichts passiert.

Freundliche Grüße
W. Hochbaum,
Hamburg 20

Kleinschreibung

Wie ein Minister den Kleinschreibern auf den Leim ging

WELT vom 21. Mai

Sehr geehrte Damen und Herren, das Auswärtige Amt hat an das Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder eine Verbalnote der Österreichischen Botschaft in Bonn weitergeleitet. Darin wird um Bekanntgabe des Meinungsstandes zur Frage der Neuregelung der Groß- und Kleinschreibung im Deutschen gebeten. Um auf diese Anfrage eine abgestimmte Antwort geben zu können, hat sich der rheinland-pfälzische Kultusminister dafür eingesetzt, daß sich die KMK auf ihrer nächsten Plenarsitzung mit „Stand und Stellenwert der Rechtschreibung“ befaßt.

Es geht dabei nicht um eine schnelle Entscheidung in der Sache. Es geht

Dr. Götz vielmehr um die Einsetzung einer nationalen Kommission. Sie soll versuchen, in allen wichtigen Fragen der Rechtschreibung einen Konsens herzustellen. Und hier ist die Diskussion des Instituts der deutschen Sprache in Mannheim und die der Gesellschaft für deutsche Sprache in Wiesbaden gleichermaßen ein wichtiger Ansatzpunkt.

Das alles wußte Dankwart Guartzsch. Schließlich hat er den Brief des rheinland-pfälzischen Kultusministers auf dem Tisch. Es stellt sich hier die Frage, wer hier wohl wen auf den Leim geführt hat? Gar der Autor seine Leser?

Bernd Braukstape,
Pressereferent Kultusministerium
Rheinland-Pfalz

Der österreichische Privatverein hat es mit einer sehr parteilichen Schilderung seiner Zuständigkeit und Kompetenz verstanden, bei politischen Institutionen in Deutschland und Österreich – und auch beim rheinland-pfälzischen Kultusministerium – den Eindruck zu erwecken, daß sein Regelwerk zur Einführung der Kleinschreibung einer (so das genannte Ministerium) „Dokumentation über das Ergebnis der bisherigen Sondierungen und Vorgespräche auf wissenschaftlicher Ebene über die Frage der Rechtschreibreform“ entspricht. In Wirklichkeit bestand die (auch von Minister Gültner hervorgehobene) „länderübergreifende Abstimmung“ des Vereins darin, daß er nur Anhänger der Kleinschreibung hinzugezogen und Vertretern anderer Auffassungen kein Stimmrecht eingeräumt hat.

Die WELT

Parteimitglieder

Mitglieder allein schaffen es nicht

WELT vom 1. Mai

Sehr geehrte Damen und Herren, sicher in bester Absicht haben Sie am Beispiel der USA, Großbritannien und Frankreich dargelegt, daß Parteien durch Mitgliedsbeiträge und kleinere Spenden der Parteianhänger nicht finanzierbar sind. Sie sollten Ihre Überlegungen einige Punkte hinzufügen:

● Warum gibt es so wenig Parteimitglieder in der Bundesrepublik?

Alle Parteien zusammen haben nicht einmal halb so viele Mitglieder wie der DGB, und der ist – großgeworden durch Mitgliederbeiträge und kluge Politik – im Augenblick dabei, unseren Staat aus den Angeln zu heben. Das ist kein Zufall, aber es wirft ein bezeichnendes Licht auf unsere Parteien und auf das Demokratieverständnis der Bevölkerung. Unsere Abgeordneten sind überwiegend Beamte, und entsprechend funktioniert das Parlament. Eingeengt von Vorschriften und Parteidisziplin wird bestenfalls vermieden, grobe Fehler zu machen – man will auch das nächste Mal wieder dabei sein. Wäre unser Parlament wirklich ein repräsentativer Querschnitt der Bevölkerung, es wäre lebendiger und würde effektiver arbeiten. Wir hätten dann mit Sicherheit auch mehr Parteimitglieder.

● Ist die Haushaltspolitik der Parteien vertretbar?

Nichts gegen eine angemessene Bezahlung der Parteien, aber alles gegen Ämterhäufung. Wer als Abgeordneter, Minister oder Kanzler gleichzeitig ein Parteiamt hält, sollte dafür nicht von der Partei bezahlt werden. Es muß erwartet werden können, daß jeder Abgeordnete und erst recht jedes Regierungsmitglied sich voll seiner eigentlichen Aufgabe widmet. Wenn er darüber hinaus Parteiarbeit leistet, sollte dies ehrenamtlich geschehen – denn die Partei hat ihn in seine Position gebracht. Soviel Idealismus müßte eigentlich selbstverständlich sein.

Sicher läßt sich auch die Öffentlichkeitsarbeit effektiver gestalten. Parteibüros, die von der Bevölkerung nicht frequentiert werden, sind ein sinnloses kostspieliges Ärgernis.

Die Liste ließe sich mühelos fortsetzen. Kreativität und Konzentration auf das Wesentliche machen eine Partei attraktiv und sind mehr denn je gefragt!

Mit freundlichem Gruß
Else Gerlach,
Marktheidenfeld

Hilfestellung

Der Airport Express nennt am Rollstuhlfahrer vorbei

WELT vom 16. Mai

Die Lufthansa bietet den Airport Express als Alternative zu den Flügen zwischen Düsseldorf, Köln/Bonn und Frankfurt an. Wenn sie Rollstuhlfahrer auf diesen Strecken zur Benutzung des Flugzeuges rät, dann deswegen, weil sie dieses Verkehrsmittel für besonders behindertengerecht hält und sie die notwendige Betreuung der betroffenen Personen sicherstellen kann.

Die entsprechende Anweisung an die Lufthansa-Dienststellen richtet sich damit nicht gegen die Rollstuhlfahrer, sondern wurde in ihrem Interesse getroffen. Wer als Rollstuhlfahrer dennoch unbedingt den Airport Express benutzen will, kann dies tun. Er muß sich aber darüber im klaren sein, daß wir ihm dabei aus Mangel an Personal nicht die gleiche Hilfestellung bieten können wie beim Flug.

Herbert Wendlik,
Deutsche Lufthansa Aktiengesellschaft,
Marketing-Direktor

Wort des Tages

„Welches Gesicht wir einer Sache auch geben, keines wird uns letzten Endes so zustatten kommen wie das der Wahrheit. Sie allein bewährt sich. Sage, was du zu sagen hast, und nicht, was du glaubst, sagen zu sollen. Jede Wahrheit ist besser als eine Vorspiegelung.“

Henry David Thoreau; amerikan. Autor (1817-1862)

Personalien

AUSZEICHNUNG

Das Kuratorium des Familienverbandes Lütze e. V. unter Vorsitz von Akademierektor Wolfgang Kermer, Stuttgart, hat dem in Karlsruhe lebenden Maler und Graphiker Professor Fritz Klemm die mit 5000 Mark dotierte Max-Lütze-Medaille verliehen. Die Auszeichnung wird bei der Eröffnung der Ausstellung „Sammlung Lütze II – Handzeichnungen aus 100 Jahren“ am 26. Oktober in der Galerie der Stadt Karlsruhe im Prinz-Max-Palais übergeben. Nach Alfred Hrillicka, K. R. H. Sonderborg, Franz Bernhard und Werner Knapp ist Fritz Klemm der fünfte Träger dieses Kunstpreises, der zum Gedenken an den Mäzen Max Lütze (1838-1908) alle zwei Jahre verliehen wird. Fritz Klemm, gebürtiger Mannheimer, war von 1949 bis 1970 Leiter der Werkklasse an der Staatlichen Akademie der Bildenden Künste Karlsruhe.

GEBURTSTAG

Generalbundesanwalt Kurt Rebmann feiert am Mittwoch in Karlsruhe seinen 60. Geburtstag. Er wurde in Heilbronn geboren, besuchte dort bis zur Einberufung 1942 das Karls-Gymnasium und wurde 1943 schwer verwundet. Von 1944 bis 1947 studierte er an der Universität Tübingen, Göttingen und Heidelberg Rechtswissenschaften, erschloß mit dem ersten Staatsexamen und der Promotion über das Thema „Das richterliche Prüfungsrecht“, Magistra cum laude zum Doktor jur. ab. Von 1950 bis 1956 war er im Justizdienst des Landes Baden-Württemberg tätig. Bereits mit 27 Jahren wurde Rebmann Landgerichtsrat in Heilbronn. Danach kam er für einige Zeit als wissenschaftlicher Assistent an das Bundesverfassungsgericht und wurde schließlich Richter am Landessozialgericht in Stuttgart.



Generalbundesanwalt Kurt Rebmann
FOTO: JEN SIMON

stehe. Der parteilose Jurist hat unter anderem auch die Reform des Scheidungsrechts vorbereitet und mit aller Entschiedenheit das Zerrüttungsprinzip anstelle des Verschuldensprinzips verfochten.

ERNENNUNG

Der Stuttgarter Oberbürgermeister Manfred Rommel ist gestern von der Freiherr-vom-Stein-Gesellschaft zu ihrem neuen Präsidenten gewählt worden. Rommel löst Dr. Hans-Günter Söhl ab, der dieses Amt seit 1980 inne hatte. Die Freiherr-vom-Stein-Gesellschaft ist eine staatspolitische Vereinigung, die Gesinnung und Gedanken des Freiherrn vom Stein wissenschaftlich pflegt und das Interesse des Bürgers an der Gestaltung des politischen Lebens wecken will. Ihr gehören rund 450 Mitglieder aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung an.

Kolumbien hat einen neuen Generalkonsul in Frankfurt. Das Exequatur wurde Dr. Enrique Emiliani Roman erteilt. Sein Konsularbezirk umfaßt die Länder Hessen, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz.

VERANSTALTUNG

Im Palmengarten zu Frankfurt am Main wird am Mittwoch die erste Welt-Kakteen-Schau vom Direktor des Palmgartens, Dr. Gustav Schoser, eröffnet. Die Kakteen-Schau steht unter der Schirmherrschaft der Internationalen Organisation für Sukkulentenforschung (IOS). Präsident der IOS ist Professor Werner Rau von der Universität Heidelberg, der in Frankfurt aus diesem Anlaß Wissenschaftler aus 40 Ländern begrüßen wird, darunter auch den Sekretär der IOS, Professor David R. Hunt, vom Botanischen Garten in London.



Der große BMW.

Kennen Sie in der automobilen Spitzenklasse einen besseren Beweis dafür, daß Deutschland ein Hochtechnologie-Land ist?

Wie oft hört man, daß – obwohl die deutsche Wirtschaft zahlreiche neue Technologien entwickelt – sie doch zuweilen bei der praktischen Umsetzung des Fortschritts zurückbleibt. Wie oft werden die Unternehmen der Bundesrepublik aufgefordert, noch konsequenter neue innovative Wege zu gehen. Daß BMW damit nicht gemeint sein kann, zeigt die Tatsache, daß wir schon seit vielen Jahren konsequent in neue Technologien investiert haben. Man kann heute bei BMW bereits technische Lösungen kaufen, die morgen und übermorgen auch andere Automobile sicherer, ökonomischer, komfortabler und zuverlässiger machen werden.

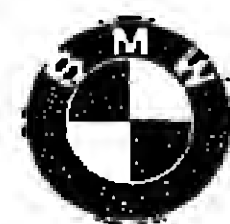
Erste Klasse heißt heute in den meisten Bereichen der Technik moderne Elektronik. Und moderne Elektronik beim großen Automobil heißt heute BMW. Schon vor Jahren haben wir beim BMW 7er als erster ein Triebwerk komplett mit Hilfe von Computern gesteuert. Damit ist z.B. ein Motorbetrieb mit so magerem Kraftstoff-Luft-Gemisch möglich, wie er mit herkömmlich gesteuerten Ottomotoren nicht zu verwirklichen ist. Ein entscheidender Beitrag zu den Zielen wirtschaftlicher Energie-Verwendung, aber noch entscheidender zu geringerer Umweltbelastung.

Auch die erste elektronische Gesamtsteuerung von Motor und Getriebe kam von BMW. Dieses elektronische Management des Antriebsstrangs hat auch dem automatischen Getriebe ganz neue Möglichkeiten gegeben. Ein weiteres Beispiel für technisches Neuland, das BMW betrat: die gemeinsame Steuerung von Ladedruck und Klopregelung beim Turbo-Triebwerk des 745i über einen Mikro-Prozessor. So ist automatisch gewährleistet, daß der Motor immer in einem „gesunden“ Bereich arbeitet und Triebwerksschäden auch dann praktisch ausgeschlossen sind, wenn auf einer Auslandsreise oder durch einen Tankfehler minderwertiger Kraftstoff verbraucht wird.

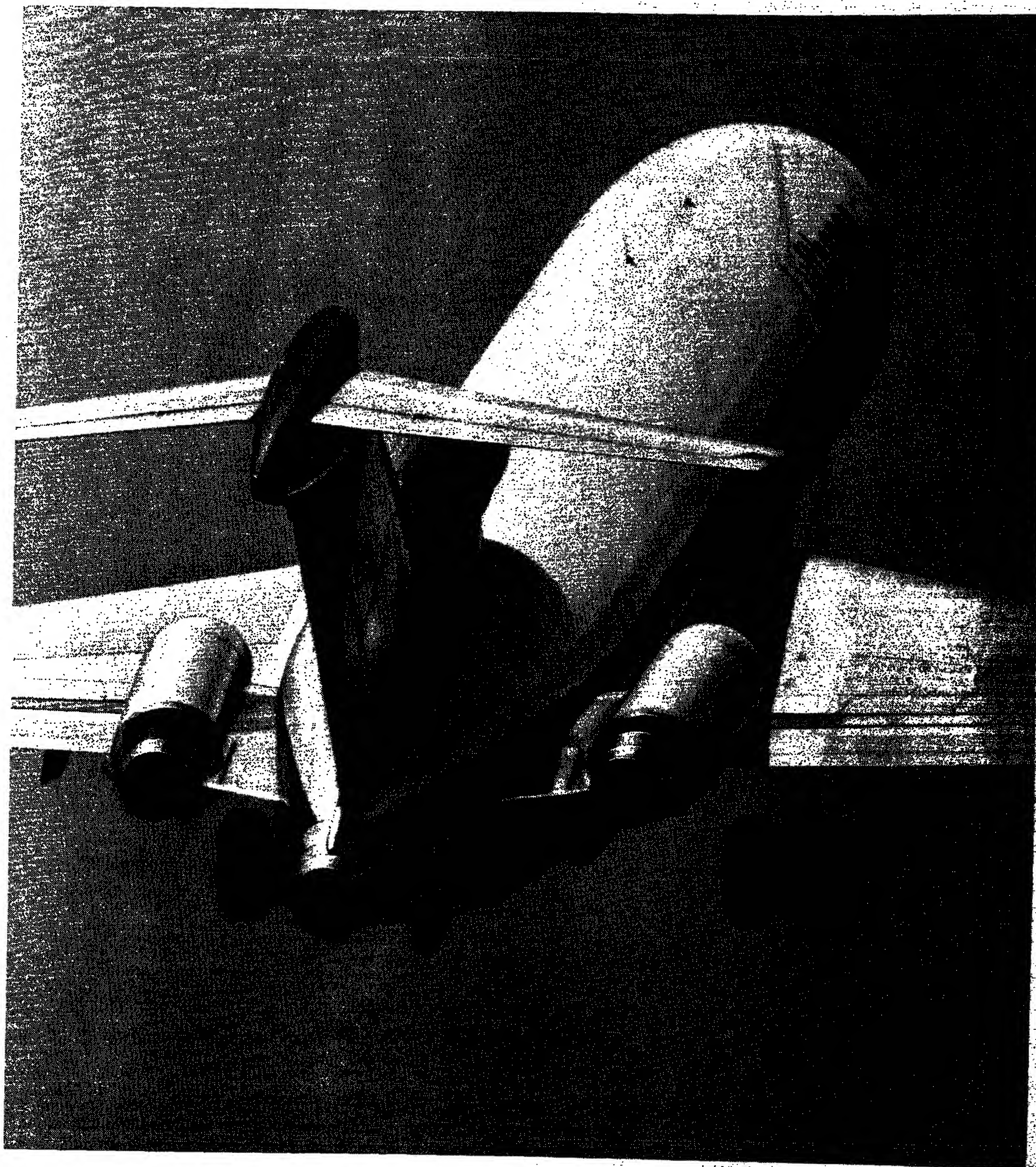
Die Reihe der Erstleistungen im Bereich modernster Automobil-Technologie bei BMW läßt sich eigentlich beliebig fortsetzen. Ob nun das erste Mal mit Hilfe der Elektronik entsprechend der tatsächlichen Belastung des Automobils die Servicetermine bestimmt werden oder ob es um das aktive Sicherheitssystem geht, das automatisch wichtige Fahrzeug-Funktionen und Betriebsstoffe kontrolliert – bei BMW ist vieles schon in Serie, was man woanders noch nicht kaufen kann.

Nur mit mehr Mut zur Zukunft werden wir in Deutschland eins haben. Wer dem technischen Fortschritt nicht hinterherfahren will, fährt BMW. Die deutsche Volkswirtschaft wird nur dann eine Chance haben, ihre Spitzenposition unter den Industrienationen der Welt zu behaupten, wenn sie viel konsequenter modernste technische Erkenntnisse vor allen Dingen bei der Mikro-Elektronik einsetzt. Wir werden die internationale Wettbewerbsfähigkeit nur dann erhalten, wenn es gelingt, auf diesem Gebiet noch innovativer zu arbeiten. Wie das beim Automobil aussehen kann, zeigt BMW – und ganz besonders die großen BMW.

Die BMW der 7er Reihe. Kauf, Finanzierung, Leasing – Ihr BMW Händler ist immer der richtige Partner.



Fliegen in Deutschland: Die Zeiten für Geschäftsreisen waren noch nie so günstig.



Wir möchten Ihnen das Fliegen innerhalb der Bundesrepublik Deutschland noch angenehmer

machen: mit dem Intervall-Verkehr zwischen verschiedenen deutschen Städten. Wenn Sie regel-

mäßig bestimmte Strecken fliegen, haben Sie dadurch zwei Vorteile. Erstens: Die Abflugzeiten lassen

sich leichter merken. Zweitens: Sie sind freier in Ihrer Planung. Und damit flexibler. Fast so flexibel

wie am Boden. Nur eben schneller. Buchen Sie deshalb Lufthansa. Es ist eine Frage der Zeit.



Der Unterschied ist Lufthansa

Fragen Sie Ihr Reisebüro mit Lufthansa-Agentur.

Mit Gusto und Leidenschaft die Sprache benutzt: Rahel Varnhagen

Brillante Gesellschaft in der Dachstube

Hätte Philipp Reis das Telefon erfunden, so wäre die spirituelle Berlinerin namens Rahel Levin, verehelichte Varnhagen von Ense, vielleicht zeitgenössisch eine völlig Unbekannte. Denn ihr Nachruhm beruht auf den vielen Hunderten von Briefen, die sie an ihren späteren Ehemann, aber auch an ihre zahlreichen Freunde und Freundinnen geschrieben hat. Briefen von "einziger Unmittelbarkeit, Aufrichtigkeit und Stärke der Empfindung".

Ihr Medium war ohne Zweifel die Sprache, sie gebrauchte sie in der Konversation mit Gusto und mit Leidenschaft, ihre Zeitgenossen lobten ihren Witz und ihre Einfühlungs-gabe. Ja, es wird berichtet, daß ihr 14 Jahre jüngerer Ehemann im Salon von einem zum anderen lief, um sich die Sätze wiederholen zu lassen, die er selbst nicht mitbekommen hatte. Er war es auch, der schon zu ihren Lebzeiten, im Jahre 1812, im "Cottaschen Morgenblatt" die auf Goethe bezüglichen Stellen aus seinem Briefwechsel mit ihr abdruckte und sie damit, am Anfang der langen Reihe von Veröffentlichungen ihrer Korrespondenz machte, die von 1834 an nicht abließ.

Rahel Levin war die Tochter eines wohlhabenden, privilegierten, aber deshalb noch nicht besonders kultivierten "Schutzjuden", eines Juwelhändlers; als Kind sprach sie sicher jiddisch, ihr erster erhaltener Brief ist in hebräischer Schriftzeichen abgefaßt. Daß sich um die früheste Mädchen in der Dachstube des elterlichen Hauses in der Jägerstraße eine Gesellschaft brillanter junger Leute aus allen Ständen versammelte, Studenten, Schauspieler, Gelehrte wie die Brüder Humboldt, sogar ein Höhenzielerprinz mit seiner Mätresse, war ihrer Klugheit und dem rastlosen Ehrgeiz zu verdanken, immer



Eine der bedeutendsten Frauen ihrer Zeit: Rahel Varnhagen

Foto: KEYSTONE

mehr Menschen zu kennen und sich in ihrer Mitte einen gesicherten Platz zu schaffen. Sie hatte alle Handicaps: Sie war (seit dem Tode des Vaters) ziemlich arm und, wie sie selber formuliert hat, "Jüdin, nicht hübsch, ignorant, ohne gräce, sans talents". Wie ihre gleichaltrigen Freundinnen suchte sie im

Zeitalter der Emanzipation verzweifelt diese Hürden durch Eheschließung zu übersteigen. Sie stellte sich, indem sie den sozialen Aufstieg mit wahrer Liebe zu verkoppeln bestrebt war, ganz unglaublich ungeschickt an und erlitt zwei grausige Niederlagen.

Der junge Graf Karl von Finckenstein, den sie 1795 in einer Opernloge zum erstenmal erblickte, liebte sie zwar so heftig wie sie ihn, doch seine standesbewußten Schwestern sorgten dafür, daß nach zwei Jahren die

Verlobung platzte. Noch schlimmer war die Enttäuschung im Falle des spanischen Gesandtschaftsekretärs Don Raphael d'Uquijo: er war zwar übermäßig schön, aber ebenso unbeständig wie eifersüchtig, und Rahel sank über die Schande, die "turpitude" dieses Fehlgriffs in tiefstes seelisches Elend zurück.

Mit dem Jahr der Besiegung Preußens ändert sich auch das Klima in Berlin; einen intellektuellen Salon ohne viel Geld zu führen, ist kaum noch vorstellbar. Aus völliger Vereinsamung reißt Rahel ein junger Mann namens Varnhagen heraus, so heimlich und umgetrieben wie sie selbst, und von dem gleichen Willen aufzusteigen beseelt. Sie wird seine Geliebte und heiratet ihn sechs Jahre später, nachdem sie ihren Namen in Rahel (später Friederike) Robert geändert und sich der Taufe unterzogen hat. Varnhagens Karriere in militärischen und diplomatischen Funktionen geht langsam, aber beständig in die Höhe, sogar ein Adelsrittel hat sich aus irgendwelchen alten Archiven für ihn eingefunden. So verbringt Rahel drei glückliche Jahre als Gattin des preußischen Gesandten in Karlsruhe, ehe sie nach Berlin zurückkehrt, wo sie nun den eleganten Salon ihrer Träume ihr eigen nennt. Sie hat auch Feinde oder doch Kritiker, wie Wilhelm und Karoline v. Humboldt, sie ist immer noch kleinteiligen Kränkungen und Zurückweisungen ausgesetzt, wie man sie schlecht mit dem überlieferten Bilde des braven Biedermeiers vereinigen kann. Varnhagen, durch die Veröffentlichung ihrer Texte zu literarischem Ruhm gelangt, ist sich bewußt, das Geschöpf ihrer "kolossalen Liebe" zu sein. Sie sei ein weiblicher Pygmalion gewesen, meint Jutta Brückner, die aus ihrem Leben ein Fernsehspiel gemacht hat.

HELLMUT JAESEICH

Kolossale Liebe - M., ZDF, 22.55 Uhr

KRITIK

Trivialität ist Trumpf

Kinder deklieren sich am Entsetzen: Enten, noch eben im Donald-Duck-Kleid, wandeln sich zu Betteln; Gabelklemmen schützen Augen, halten Kopfverbände von Sängerknaben; Jazz macht dem "Dritten Mann" den Garaus, als ein Bild eines schmerzverzerrten Kopf an eingedelltem Autokühler zeigt.

All das kann nur zu tun haben mit dem zur Zeit erfolgreichsten Chirurgen und Feinmechaniker des Makabren, dem Zeichner und Maler von Alpträumen, der, hoch intelligent und von Velázquezscher Genauigkeit, Schabernack mit dem Grauen treibt: Gottfried Helnwein (35), der Wiener Supremat, dessen Plakate und Poster, optische Grillen und seltsam berührende Deformationen bürgerlicher Ästhetik von Portraits eines Lauda oder Ali über Buchcovers etwa zu Botho Strauss, zu Magazinbildern von Mick Jagger wie Peter Alexander bis zu sanft getuschelten Enten

mit Eiscreme und Schulranzen reichen, "Schmierfink" und "Sadist" nennen ihn die einen; er selbst paart, "die wichtigste Errungenschaft des Jahrhunderts ist die Trivialität", für ihn sind die Registrierung des Klischees an sich und Walt-Disney-Weit das Größte, ist Donald Duck bedeutender als Mona Lisa.

Helnwein ist ein Mysterium, zweifellos ein Genie, dem Peter Hajek mit seinen 45 ZDF-Minuten ein gelungenes Portrait geschnitten hat, mit Handlungspots, die aus Bildern erwachsen, chaotisch-heilen Familienszenen à la Helnwein, mit Jazz und Schmalz, persönlichen Statements des Künstlers und vielem mehr - die gelungene Collage über einen "Anti" mit weicher Seele, dem man die Hochachtung vor seiner Kunst und um Verständnis bemühte Verwunderung ob seiner Sicht der Welt nicht wird verwehren können.

ALEXANDER SCHMITZ

STUDIO

Der Südwestfunk-Beitrag "Geburten-Manipulation" von Heidi Hölzer-Bobinger ist bei Radio Bremen wegen seiner "vorbildlichen Art einer aufklärerischen Funktion" mit dem ersten Preis im Wettbewerb der deutschsprachigen Fernsehregionalprogramme in der Kategorie Eins (Kurzbeiträge bis sechs Minuten) ausgezeichnet worden. In der Kategorie Zwei (Aktuelle Reportagen und Berichte bis zu 30 Minuten) erhielt Alfred Gulden vom Saarländer Rundfunk den ersten Preis für den Bericht "Grenzfall Leidlingen".

Auszeichnung auch für den WDR: Auf dem Fernseh-Festival von Banff (Kanada) erhielt der Kölner Sender den Special Jury Award für seine Produktion des Kinder-Zeichentrickfilms "Post für den Tiger". Es ist das erste Mal, daß eine deutsche TV-Produktion diesen Preis entgegennehmen konnte.

DW



Mittwoch



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.25 Sesamstraße	11.55 Umschau
10.00 Tagesschau und Tagesschau	12.10 Monitor
10.25 Wunderkino Pym	12.55 Presseschau
Austral. Spielfilm (1977)	13.00 Tagesschau
14.00 Tagesschau	14.00 heute
14.10 Landwirtschaft '84	14.05 Löwezeit
14.55 Null ist Spitze	Scherben bringen Glück
17.20 Kein Tag wie jeder andere	Anschl. heute: Schlagzeilen
3. Teil: Feuer, Lehm und tote Hühner	14.55 Kompass
Eine Gruppe von Kindern aus dem fränkischen Wunsiedel will für eine Woche so leben wie ihre Vorfahren in der Steinzeit - ohne jede technischen Hilfsmittel.	17.00 heute / Aus den Ländern
17.50 Tagesschau	17.15 Tele-Hitparade
Darw. Regionalprogramme	Zu Gast: Loid Back, Joschi Hackl und seine original fidele Egerland-
20.00 Tagesschau	17.50 Bret Maverick
Fußball-Europapokal	Darw. heute: Schlagzeilen
Endspiel der Landesmeister AS Rom - FC Liverpool	19.00 heute
Im Olympiastadion in Rom findet heute aus Italienischer Sicht ein Traum-Finale statt, denn der heimische AS Roma trifft auf den englischen Spitzenklub FC Liverpool.	19.30 Kino-Hitparade
22.00 Brennpunkt	20.15 ZDF Magazin
Die FDP unter Dampf - Eine Partei kämpft um ihre Zukunft	Swapo-Terror in Namibia / Savimbi Kampf für Freiheit in Angola
Moderation: Wolf Feller	Freie Welt kämpft um das Leben der Secherows
22.30 Tagesschau	Moderation: Gerhard Löwenthal
23.00 Olm-Fieber	21.00 Der Denver-Club
Musik pur	21.45 heute-Journal
00.00 Tagesschau	22.05 mittwochsletzte - 7 aus 38 / Spielf. 77
	22.10 Auch Japaner können weilen
	Die Melodramen des Yoji Yamada
	22.55 Kolossale Liebe
	Fernsehspiel von Jutta Brückner
	1.15 heute



Mit der heutigen Folge von "Null ist Spitze" verabschiedet sich die Familie Bagthorpe von den Zuschauern (16.55 Uhr).

Foto: KINDERMANN



Donnerstag



10.00 Bis zum Ende der Welt	9.00 Programmvorchau
Katholischer Gottesdienst zum	9.15 Festgottesdienst
Fest Christi Himmelfahrt	10.00 Licht im Dunkel
11.00 Verleihung des Aachener Karls-	Amerikanischer Spielfilm (1961)
Preises	Mit Anne Bancroft, Patty Duke
an Bundespräsident Carl Carstens	11.45 Vom Abschied, der keiner ist
12.30 Film und der Heilige	12.00 Die Juden im alten Rom
Fransisch-belgischer Zeichner-	12.50 ... und was machen Sie tags-
trickfilm (1972)	über?
13.45 Cyprien Katsaris spielt	Porträt des Chores der Deutschen
Johann Sebastian Bach / Franz	Oper Berlin
Liszt: Präludium und Fuge a-Moll	13.15 heute
Robert Schumann: Kinderszenen	13.20 Kleiner Hund ganz groß
14.15 Dicke Luft	13.55 Mutter war immer ein Engel
15.30 Der Außenseiter am Seiten-Aus	14.40 Zirkus, Zirkus
Trainer Schoppeng und seine	16.10 Chai
"Waldhof-Buben"	16.55 heute
Film von Rudolf Wemer	17.00 Hotel - Hotel Sacher ... Portier!
16.15 Euroshow	17.50 Endspiel um den DFB-Pokal
Live aus Straßburg	Bor. Mönchengladbach - Bayern
17.45 Familie Schlack	München
Deutscher Spielfilm (1935)	20.00 Donald Ducks Geburtstagsparty
Mit Hans Moser, Käthe Haack u. a.	21.00 Kontakte
19.10 Die elektronischen Landboten	Magazin für Lebensfragen
11. Fernsehspielwettbewerb der Re-	Sterbehilfe - erlaubt?
gionalprogramme 1984	21.45 heute
20.00 Tagesschau	21.50 500 Meilen von Indianapolis
20.15 Nalle liegt im Westen	22.20 René Kollo
Fünf Jahre nach der Ballonflucht	Das Musik-Porträt
Reportage von Georg M. Hafner	23.20 heute
21.00 ARD-Wunschkonzert	Anschl. Brief aus der Provinz
Moderation: Dagmar Berghoff	An der schönen blauen Donau
und Max Schautzer	Ingeborg: zwischen Vergangen-
22.50 Tagesschau	heit und Zukunft
23.00 Einmal im Leben (5)	
00.35 Tagesschau	



Die Lehrerin Annie (Anne Bancroft) soll der tauben und blinden Helen (Patty Duke) helfen (Licht im Dunkel - ZDF, 10.00 Uhr).

Foto: TELEBUNK

III.

WEST	SÜDWEST
19.00 Aktuelle Stunde	18.30 Telekolleg
20.00 Tagesschau	Nur für Baden-Württemberg:
20.10 Mittwochsletzte in Warendorf	19.00 Abendschau
21.45 off-off	Nur für Rheinland-Pfalz:
Freizeit und Fitness	19.30 Abendschau
22.15 Dieses obscure Objekt der Be-	Nur für das Saarland:
gehler	19.30 Saar 3 regional
Franz-spon. Spielfilm (1977)	Gemeinschaftsprogramm:
25.55 Letzte Nachrichten	19.35 Nachrichten
NORD	19.30 John Lennon
18.50 Gortilas in den Bergwäldern Afri-	Eine Montage von Horst Königs-
kas	lein
19.00 Bräutchen für Schwandelfeire	20.15 Sammelurium
19.15 Praktische Tips	21.00 Unter der Sonne Roms
19.30 Das Jahr im Garten	Italienischer Spielfilm (1948)
20.00 Tagesschau	22.30 Aus dem Reisehandbuch des An-
20.10 extra drei	dre Malraux
21.00 Studentenurkunden	BAYERN
21.45 Schweigen ist Gold	18.00 Bilderbogen der Abendschau
Französischer Spielfilm (1947)	18.45 Rundschau
25.30 Nachrichten	19.00 Bayern-Kino '84
HESSEN	19.45 Nur ein Viertelstündchen
19.00 Was tun mit der Zeit?	20.00 Kilbim
19.30 Der Sternenschein im Juli	20.45 Zeitspiegel
19.45 Herchen gesucht	21.30 Rundschau
20.15 Zeitgespräch	21.45 Matur
Wie geht es weiter mit Europa?	22.30 2. E. N.
21.30 Drei Akten und Sport	22.55 "Mein Leben, das ich nicht mehr
22.00 Vier Frauen - Vier Leben (1)	leben wollte"
	Film von Raimund Koplin
	23.20 Rundschau

III.

WEST	SÜDWEST
19.00 Aktuelle Stunde	21.55 Blickpunkt Ausland
20.00 Tagesschau	22.20 Sherlock Holmes: Jagd auf Spiel-
20.15 Küss, Küss und Küsschen	doesen
Französisch-italienischer Spielfilm	SÜDWEST
(1955)	18.30 Telekolleg
21.45 Grottenwunder	19.00 So ihr nicht werdet wie die Kinder
22.15 Barmen und die Bekennende Kir-	19.25 Nachrichten
che	19.30 Der Besuch
23.15 Von der Achtung bis zum Tod	Ungarischer TV-Film
24.00 Letzte Nachrichten	20.20 Kulturlandschaft: Hohenloher
NORD	21.05 Sport unter der Lupe
18.00 Die Sendung mit der Maus	Nur für Baden-Württemberg:
18.35 Hobbythek	21.50 Dresden war auch mal eine deut-
19.15 Macht aus alten Zeiten	sche Stadt
20.00 Tagesschau	Nur für Rheinland-Pfalz:
20.15 Die Unbestechlichen	21.30 Was ist das Sek
Amerikanischer Spielfilm (1976)	Nur für das Saarland:
Mit Dustin Hoffman, Robert Red-	21.50 TV-Club Saar 3
ford u. a.	BAYERN
Regie: Alan J. Pakula	18.15 Wegweiser Erziehung
22.20 Science-fiction	18.45 Rundschau
23.05 Modern Jazz Quartet	19.00 Der kleine Lord
Jazz Fest Berlin 1983	Fernsehspiel
00.05 Nachrichten	21.00 "Was steht ihr da und schaut?"
HESSEN	21.45 Rundschau
18.50 Die seltsamen Abenteuer des Har-	22.00 2. E. N.
mon von Veen (6)	22.05 Ein Herz und eine Krone
19.00 Hamad und die Piraten	Amerikanischer Spielfilm (1953)
Amerikanischer Spielfilm (1971)	Mit Gregory Peck, Audrey Hep-
20.25 Filmgespräch	burn, Edie Albert u. a.
21.30 Das Bild der Woche	Regie: William Wyler
21.50 Drei aktuelle Telegramme	24.00 Rundschau

Dipl.-Ing. German Cornelius

Oberingenieur a. D.

* 15. 4. 1899

† 23. 5. 1984

Im Namen der Familie

Ilse Kordt geb. Cornelius

Droysenstraße 16, 2000 Hamburg 52

Die Seebestattung wird im engsten Familienkreis stattfinden.

Wir trauern um Herrn

Dipl.-Ing. Hans Petrusch

Gießereingenieur und Prokurist

* 6. April 1924

† 25. Mai 1984

29 Jahre hat der Verstorbene den Aufbau unserer Firmen mitgetragen. Er hat große Verdienste um uns erworben.

Gesellschafter
Geschäftsleitung
Betriebsrat und Belegschaft
Mikroforma Gießerei Ges.
Johannes Croning
(GmbH + Co. KG)

Croning + Co. (GmbH + Co. KG)

Trauerfeier am 1. Juni 1984 um 10 Uhr in der Friedhofskapelle Wedel/Holstein, Egenbütteler Weg.

WIR VERKAUFEN EIN HAUS!

Ein Haus, das seine grundsätzliche Bausubstanz von 1913 erhalten hat und von den Architekten mit viel Liebe und Sorgfalt 1977 in ein modernes und repräsentatives Wohnhaus umgebaut wurde.

Mit einer Wohnnutzfläche von 175 m² und einem Garten von 690 m² erwartet den neuen Besitzer im Erdgeschoß ein großer Wohnraum mit offenem Kamin. Daran anschließend das Esszimmer, die große Küche und ein Kinderbad, die Waschküche sowie ein Geräte- und Vorratsraum. Das Ganze ist unterkellert. Ein Sauna- und Fitnessraum (30 m²), mit hochwertigen Materialien gebaut, ist der Anfang einer Gartenanlage mit multifunktionalem Grillplatz. Im Obergeschoß befinden sich zwei Kinderzimmer, eine großzügige Ankleide sowie das exklusive Elternbad. Das Dachgeschoß ist optimal ausgebaut und durch die Erhaltung der alten Balkenkonstruktion eine echte Feiernacht-Idylle.

Das Haus steht in Biederich, Poststr. 24 (an den Flughafenflughafen gewohnt man sich schnell), und sieht von außen recht unscheinbar aus.

Echte Kaufinteressenten, die je nach Vereinbarung zwischen DM 630 000,- und DM 680 000,- bezahlen können, sollten unbedingt eine Besichtigung unter Tel. 0 21 05 / 25 01 vereinbaren. Bei der hochwertigen Ausstattung ist das wirklich ein Schnäppchen.

CH GERBA - am Lago Maggiore

Traumansicht - 2 Min. vom See

FREISTEHENDE VILLEN

heiß. Schwimmb. Bootspl. mögl.

2½- und 3½-Zimmer-Wohnungen

Subskriptionspreise bis 30. 6. 84 ab sfr 215 000,- direkt v. Bauherr.

Hohe Finanzierung.

Prospekt, Besichtigung durch dipl. Arch. Jörg Ebbecke

6574 Vira GmbS/AT - Tel. 00 41 93 / 61 19 33 und 61 14 44

In Holland zu verkaufen:

Bungalow

im Wasserparkgebiet, nahe Nieuwkoop im grünen Herz Zuid-Holland. Parkparkettbod., 3 Schlafzimmer, gut. Sanitär, Zügel, im Haus eingeb. Schuppen, Terrasse, Bootsteg, 1000 m², 1000 m², auf 1450 m² Eigengr., viel Komf., auf 1450 m² Eigengr., DM 140 000,- zzgl. K.

Tel.: 00 31 - 34 64 15 32

Nordseeküste - Nord-Holland

St. Maartenszee, Park Zeevaard, freisteh. Ferienbungalow auf 320 m² Eigengrund, Erdpl. gepfl., in Kürze beziehbar. VB Hfl 95.000,-

Ausk.: S. C. Bakker Immobilien, Schagen, 00 31 - 22 40 1 54 56

Cote d'Azur

Nutzen Sie die Ferientage oder ein Wochenende, testen Sie bei Antibes, in festem, hügelndem, traumhaftem Bungalow auf einem herrlichen Aussichtsterrain. Mitten in einem Naturparkgebiet, voll aller Pines und Eukalypten, Sie, noch Ihr bevorzugtes Grundstück, best. festem und Ihre Personelle darauf bestanden. Besichtigen Sie festestellende Villen des 1. und 2. Bauabschlusses. Deutscher, Verwaltung, bietet Hausverträge, Vermietung, Gartenpflege, Golf, Reiten, Tennis, Schwimmen in der Nachbarschaft. Grundstück ab 500 m² mit exkl. Villa, Galerie - ab 252.000,- DM.

Hildenbrandt

Guttenberg 4 7000 Stuttgart 1

0 71 11 / 62 70 91

Ingrid Maria Vahle - Vermögensberatung

Interessante Vermietung

Zuschriften unter E 7031 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

SCHWEIZ

Nähe Montreux u. Top-Skigebieten verk. wir: Villen, Chalets, 3-Zi.-Appar. ab sfr 138 500.

Tour-Grise 6, CH-1907 Lausanne

Tel. 06 41 21 / 25 26 11

Privatbesitz bei Cannes

Großer luxuriöser möbl. Privatbesitz, mehrere Häuser, alle Annehmlichkeiten: Swimmingpool, Tennisplatz, zu verkaufen. Tel. London 6 23 99 11, Bürostunden.

Bonn wirft dem „Stern“ arglistige Täuschung vor

ms. Bonn

Das Bundesinnenministerium hat dem „Stern“ im Zusammenhang mit der Veröffentlichung von Unterlagen des Bundesgrenzschutzes (BGS) „Fälschung“ vorgeworfen. Durch eine Fotomontage unterschiedlicher Schriftstücke, so erklärte Ministeriumssprecher Wighard Härdtl, versuche das Magazin, den Eindruck zu erwecken, als würden Einheiten des Bundesgrenzschutzes auf innenpolitische Auseinandersetzungen vorbereitet.

Bei der Fälschung der Hitler-Tagebücher, so Härdtl, sei der „Stern“ selbst Opfer einer Täuschung geworden, jetzt aber versuche er selbst, seine Leser „arglistig zu täuschen“. Verlag und Redaktion des Magazins hatten eine Untersuchungskommission ernannt und sie beauftragt zu prüfen, wie die Fälschungen in den „Stern“ gelangen konnten. Dieser Bericht ist bisher nicht veröffentlicht worden.

Ausgangspunkt für die Auseinandersetzungen um den BGS ist eine Veröffentlichung in der neuesten Ausgabe des Magazins mit der Schlagzeile „Bundesgrenzschutz probt den Bürgerkrieg“. Es geht dabei um eine alljährlich stattfindende Übung des BGS, diesmal des Grenzschutzkommandos Mitte auf dem Truppenübungsplatz Senne. Beteiligt waren 1600 BGS-Angehörige. Das Grenzschutzkommando Mitte hat den jeweiligen Chefs der Hundertschaften vorgegeben, für die Übung der einzelnen Züge „realistische Lagen zugrunde zu legen“.

Diese Anweisung druckt das Magazin im Faksimile ab und darunter die „Lageentwicklung“ eines Zugführers, der dabei von einer Eskalation des Arbeitskampfes und der Beteiligung von linksgerichteten Terroristen sowie von Rechtsextremisten ausgeht. In dem Szenario entwickelt er eine innere Notstandssituation, unter anderem derart, daß er die Einführung von Arbeitskampfes um die 35-Stunden-Woche unterstellt.

Das Bundesinnenministerium betonte, hier handle es sich um die Aufzeichnung eines Zugführers, der ermahnt werde, künftig solche Überlegungen zu unterlassen, weil sie zu Mißverständnissen führen könnten.

Bonn: Kein Streit mit Washington

NATO-Frühjahrstagung: Abrüstungsdialog fortsetzen

BERNT CONRAD, Washington Die Frühjahrstagung der NATO-Außenminister ist gestern in Washington eröffnet worden. Sie steht im Zeichen des 35jährigen Jubiläums der Allianz und befaßt sich vorrangig mit dem West-Ost-Verhältnis.

In einer „Erklärung von Washington“ wollen die Verbündeten in Fortsetzung des „Brüsseler Signals“ vom Dezember 1983 ihre Bereitschaft zum Abrüstungsdialog mit der Sowjetunion bekräftigen, gleichzeitig aber klarmachen, daß der Westen nicht bereit ist, für die Rückkehr Moskaus an den Verhandlungstisch einen Preis zu zahlen. Grundlage der NATO-Politik – darüber sind sich die Partner prinzipiell einig – soll die im Harnel-Bericht vor mehr als zehn Jahren verkündete Paralleltät von Verhandlungsbereitschaft und Verteidigungswillen sein.

Bundesaußenminister Genscher will in die Beratungen die Erfahrungen seiner jüngsten, weitgehend negativ verlaufenen Moskauer-Reise einbringen. Nach seiner Ansicht ist es wichtig, den Sowjets noch einmal dezidiert die langfristigen Absichten der NATO darzulegen.

Über den Text der Washingtoner Erklärung werden die Minister in ihren bis Donnerstagmittag dauernden

Beratungen entscheiden. Der Verabschiedung dieser Texte und dem Verlauf der Tagung diene auch ein Schreiben, das der amerikanische Außenminister George Shultz Ende vergangener Woche an Genscher gerichtet hat. Mitarbeiter des Bundesaußenministers wiesen nachdrücklich Behauptungen zurück, Shultz habe in dem Brief Kritik an der Haltung Bonns geübt. Tatsächlich habe es sich um einen für Konferenzvorbereitungen normalen Brief gehandelt, der sich mit inhaltlichen Problemen beschäftigte und der keineswegs kritisch abgefaßt gewesen sei.

Unabhängig davon ist allerdings klar, daß Bonn und die übrigen europäischen Partner in bestimmten Punkten etwas andere Akzente als die Amerikaner setzen. So kommt es den Deutschen nach Angaben von Bonner Diplomaten darauf an, zwei Dinge festzuhalten:

1. Die positiven Ergebnisse des Berliner Viermächteabkommens und der innerdeutschen Beziehungen und
2. die Tatsache, daß die Europäer, speziell die Deutschen, in den siebziger Jahren ungeachtet der damaligen Spannungsverhältnisse ihre Verteidigungsanstrengungen kontinuierlich verstärkt hätten.

Bleibt Genscher doch länger als bis 1986 FDP-Chef?

Fortsetzung von Seite 1

Beim gegenwärtigen Besuch der Bundestagsabgeordneten Volker Rübe (CDU) und Hans Klein (CSU) in Warschau ist es zu erheblichen Verstimmungen auf beiden Seiten gekommen. Wie dpa berichtet, haben die Polen ohne offizielle Begründung die Gespräche mit ZK-Sekretär Barcikowski und Vizepremier Rakowski abgesagt, die wichtigsten Gesprächspartner des ursprünglichen Programms waren. Die Unionspolitiker sollen daraufhin ein Gespräch mit dem stellvertretenden Außenhandelsminister Karas abgesagt haben.

Bundestagspräsident Kohl hat den Aufenthalt benutzt, um angesichts heftiger Vorwürfe des Revanchismus in der polnischen Presse die deutsche Rechtsposition zur Grenzfrage betonen zu lassen. Rübe, der in Warschau darauf hinwies, daß sein Besuch in Abstimmung mit dem Bundeskanzler und in seinem Auftrag erfolgt, erklärte vor dem Institut für Internationale Fragen, nach deutschem Verfassungsrecht bestehe das Deutsche Reich als Völkerrechtssubjekt in den Grenzen vom 31.12.1937 fort.

Demgegenüber heiße es im Warschauer Vertrag, daß die bestehende Grenzlinie die westliche Staatsgrenze Polens bilde. Bonn habe seinerzeit

Kohl läßt in Warschau Rechtsposition darlegen

Rübe erinnert an Entschließung zu den Ostverträgen

MANFRED SCHELL/DW, Bonn

Beim gegenwärtigen Besuch der Bundestagsabgeordneten Volker Rübe (CDU) und Hans Klein (CSU) in Warschau ist es zu erheblichen Verstimmungen auf beiden Seiten gekommen. Wie dpa berichtet, haben die Polen ohne offizielle Begründung die Gespräche mit ZK-Sekretär Barcikowski und Vizepremier Rakowski abgesagt, die wichtigsten Gesprächspartner des ursprünglichen Programms waren. Die Unionspolitiker sollen daraufhin ein Gespräch mit dem stellvertretenden Außenhandelsminister Karas abgesagt haben.

Bundestagspräsident Kohl hat den Aufenthalt benutzt, um angesichts heftiger Vorwürfe des Revanchismus in der polnischen Presse die deutsche Rechtsposition zur Grenzfrage betonen zu lassen. Rübe, der in Warschau darauf hinwies, daß sein Besuch in Abstimmung mit dem Bundeskanzler und in seinem Auftrag erfolgt, erklärte vor dem Institut für Internationale Fragen, nach deutschem Verfassungsrecht bestehe das Deutsche Reich als Völkerrechtssubjekt in den Grenzen vom 31.12.1937 fort.

Demgegenüber heiße es im Warschauer Vertrag, daß die bestehende Grenzlinie die westliche Staatsgrenze Polens bilde. Bonn habe seinerzeit

betont, daß es sich bei dieser Grenzsetzung um „den Ausschuß jeder gewaltsamen Veränderung der bestehenden Grenzen“ handle. Nach Artikel 7 des Deutschlandvertrages werde die endgültige Grenzfestlegung bis zu einem Friedensvertrag „aufgeschoben“. Die Entschließung aller Bundestagsparteien vom 17. Mai 1972 enthalte die Feststellung, daß die Verträge keine Rechtsgrundlage für die heute bestehenden Grenzen schufen.

Rübe sagte: „Der Fortbestand des Deutschen Reiches in seinen völkerrechtlich anerkannten Grenzen und die Feststellung der westlichen Staatsgrenze Polens durch die Bundesrepublik Deutschland sind konplementäre Tatsachen, die nur zusammen ein vollständiges Bild ergeben.“ Gerade das polnische Volk müsse Verständnis für den Wunsch der Deutschen nach Wiedervereinigung haben.

Rübes Klarstellung zielt auch auf die deutsche Innenpolitik: Der CDU-Abgeordnete Sauer hatte kritisiert, daß eine Erklärung des Kanzleramtes, in der der Begriff „Ostdeutschland“ enthalten war, auf Intervention von Außenminister Genscher hin zurückgezogen wurde. In der Ersatzklärung war nur noch allgemein von Mittel- und Ostdeutschland die Rede.

Minister Arens: PLO-Terroristen wurden totgeschlagen

EPHRAIM LAHAV, Jerusalem

Israelische Sicherheitskräfte haben nach Angaben von Verteidigungsminister Moshe Arens zwei arabische Geiselnahmer nach ihrer Festnahme im Gazastreifen am 12. April totgeschlagen. Arens ordnete aufgrund der Erkenntnisse einer militärischen Ermittlungskommission die Übergabe der Akte an die Staatsanwaltschaft an und verurteilte „mit äußerster Schärfe das Verhalten, das zum Tod der beiden gefangenen Terroristen führte... ein Verhalten, das im Widerspruch zu den Normen und Grundsätzen steht, die jedermann verpflichten, ganz besonders aber die Sicherheitskräfte“.

Vier PLO-Leute hatten damals einen israelischen Bus mit 30 Fahrgästen gekapert, um die Freilassung in Israel verurteilter Terroristen zu erzwingen. Im Gazastreifen befand sich ein israelischer Anti-Terror-Einheit die Geiseln. Alle vier Geiselnahmer wurden getötet. Israelische Reporter behaupteten später, sie hätten gesehen, daß zwei von den vier noch lebten, als sie abgeführt wurden. Verteidigungsminister Arens setzte daraufhin eine militärische Untersuchungskommission ein. Nach ihren Feststellungen starben zwei Geiselnahmer bei der Bestürmung des Busses. Die zwei anderen seien dabei nur verletzt worden. Doch nach der Befreiung der Geiseln hätten sie Schläge auf den Hinterkopf bekommen. Diese seien tödlich gewesen. Die Kommission stellte fest, daß die Sicherheitskräfte, die die Geiseln befreiten, keinen Befehl erhalten hatten, der sich als Aufforderung zur Tötung oder Verletzung der Terroristen auslegen ließe.

Die Entscheidung von Arens verdient Respekt. Es geht dabei indirekt vor allem um das Schicksal israelischer Gefangener in arabischen Händen. Es wird hier vielfach befürchtet, daß an israelischen Gefangenen Rache geübt werden könnte. (SAD)

DIE WELT (USPS 465-590) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 345,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07632 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Späth dringt auf rasche Entscheidung

zhk. Stuttgart

Der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth hat die Bundesregierung aufgefordert, die Diskussion um die Steuerreform rasch zu beenden und eine Entscheidung zu treffen. Nach den Worten seines Sprechers Matthias Kleintert kommt es für Späth vor allem darauf an, durch ein steuerpolitisches Gesamtkonzept Vertrauen in die Finanzpolitik zu schaffen. Die Ziele der Steuerreform können nach seiner Auffassung nur mit dem baden-württembergischen Konzept erreicht werden. Dies heiße, die bis 1986 angesammelten Steuermehreinnahmen zur Erhöhung des Kinderfreibetrages und des Kindergeldes zu verwenden. Die eigentliche Steuerreform solle erst 1988 einsetzen. Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer lehnt Späth ab.

Doch US-Raketen an Saudi-Arabien

tr, Washington

Die US-Regierung hat bestätigt, daß es Überlegungen gibt, Saudi-Arabien zum Schutz bedrohter Öltanker im Golfkrieg Flugabwehr-Raketen vom Typ Stinger zu liefern. Über die genaue Zahl gab es allerdings gestern aus Washington widersprechende Angaben. Regierungsvertreter hatten in der vergangenen Woche erklärt, Präsident Reagan habe vorläufig den Verkauf von 200 solcher Raketen gebilligt. Dagegen meldete die „New York Times“, Riad werde binnen drei Tagen 400 Stinger-Raketen erhalten. Daß Riad aus den USA Unterstützung erhält, geht indirekt auch aus einer Meldung der amtlichen saudi-arabischen Nachrichtenagentur hervor: König Fahd sei befriedigt über den Ausgang der Bemühungen um Entschärfung des Golfkriegs.

Kreml fordert Kampfbereitschaft

Fortsetzung von Seite 1

damit abfinden können, daß die geschichtliche Entwicklung allein zum Sozialismus verläuft, könne Diplomatie nicht alles bewirken. Da sei die „zügeln Macht unseres Verteidigungspotentials“ unentbehrlich.

Tschernomorski pries die Sowjetarmee als „Schule patriotischer Mannhaftigkeit“ und beeilte sich, seine Zugehörigkeit zu diesem Teil der sowjetischen Gesellschaft nachzuweisen. Da er, anders als seine Vorgänger, nicht über einen ansehnlichen militärischen Rang verfügte, erinnerte er die straff vor ihm aufgereihten Uniformträger an seinen Dienst bei den Grenztruppen, die heute dem KGB unterstehen. Tschernomorski: „In ihren Reihen begann meine Parteilbiographie.“

Prag kritisiert Wiener Ostpolitik

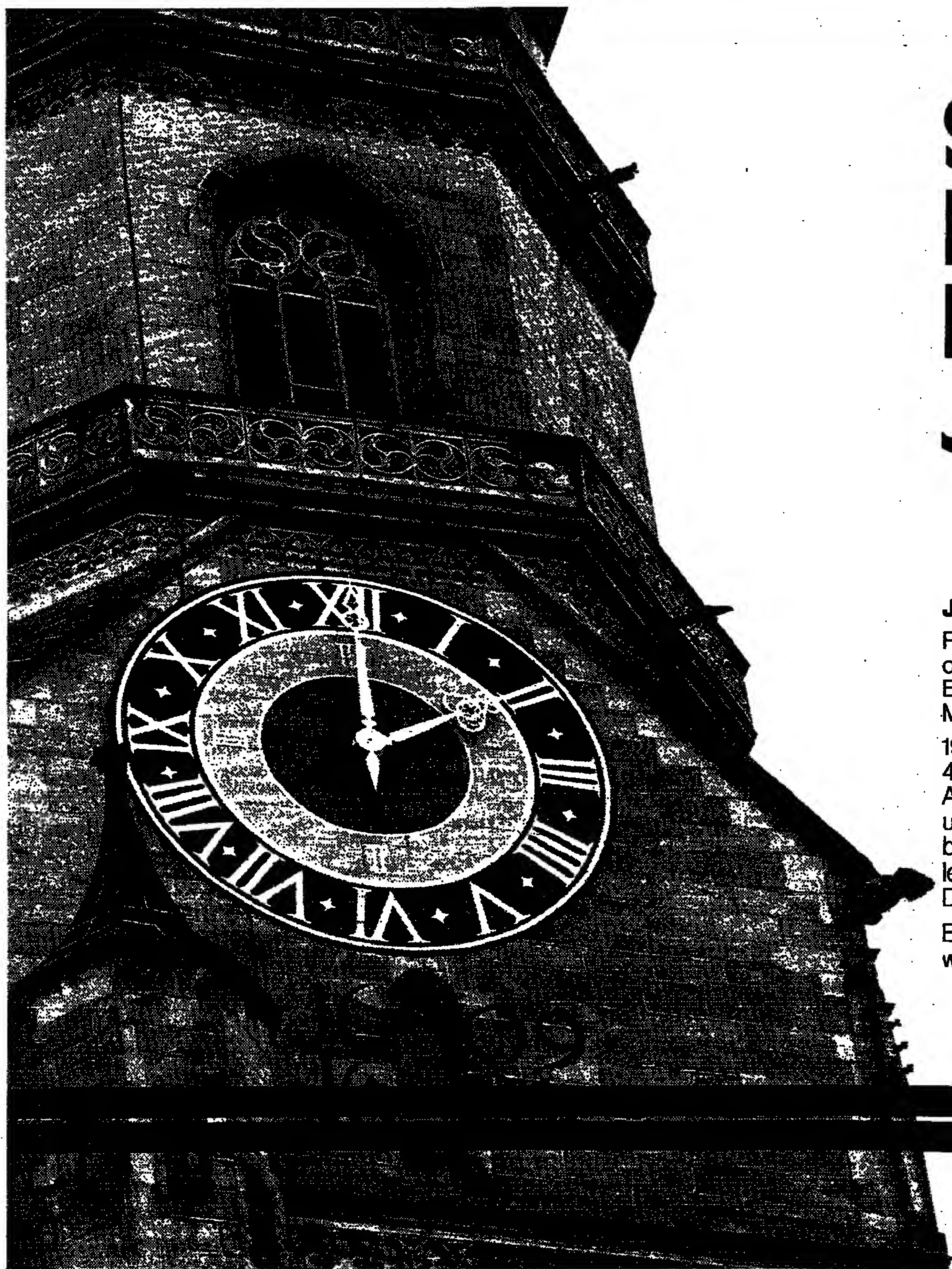
cgs. Wien

Die tschechoslowakischen Medien haben ungewöhnlich scharfe Angriffe gegen den österreichischen Bundeskanzler Fred Sinowatz und Außenminister Erwin Lang gerichtet. Die beiden Politiker werden von Prag beschuldigt, die gleiche Politik wie US-Präsident Reagan zu verfolgen und die kommunistischen Staaten Osteuropas „gegenseitig aufzuheizen“. Bundeskanzler Sinowatz habe in einem Vortrag die Neutralität Österreichs als „westliche Neutralität“ charakterisiert. Der Außenminister habe jüngst bedauert, daß die Beziehungen zwischen Österreich und der CSSR nicht im gleichen Maße normalisiert werden könnten wie zu den anderen kommunistischen Nachbarstaaten. Er hatte erneut die Aufhebung des Visumzwangs gefordert.

Neue polnische Einsatztruppe

J. G. G., Warschau

Als „Pilotprojekt“ wurden jetzt im Bezirk Thorn an der Weichsel die ersten drei Bataillone einer „Politisch und Verteidigungspolitischen Einheit“ (OPO) zusammengestellt. Die Angehörigen dieser Einheiten kommen vornehmlich aus den Reihen der Hilfspolizei Ormo. Die Schuung soll eine Mischung von politischem, militärischem und politischem Drill sein. Die Einheiten werden in kleinen Gruppen auf Gemeinden und Kommunen verteilt. Die Bataillionskommandostelle wird dem „Regionszentrum für Parteiarbeit“ angegliedert. Die Kommandeure sind Offiziere des polnischen Sicherheitsdienstes SB. Zu den Aufgaben der OPO gehören Streifenfahrdienst, Objekt- und Personenschutz, wobei der Objektschutz nur staatliche Gebäude umfaßt.



Sicherheit. Rund um die Uhr. Rund um das Jahr.

Jede Minute ein Schadenfall

Risiken tragen, Schäden bezahlen, dafür sind wir da. Die Stunde der Bewährung schlägt für uns fast in jeder Minute.

1983 haben unsere Kunden uns 422.000 Schäden gemeldet. Arbeit genug für die 4.642 Mitarbeiter und Hauptberufsvertreter der Württembergischen. Unsere Versicherungsleistungen betrugen 764 Millionen DM. Das sind 1454 DM pro Minute.

Eine Bilanz, der man ansieht: wir werden gebraucht.

Bilanzzahlen 1983

Beitragsentnahmen brutto	1.088 Mio. DM
Beitragsentnahmen für eigene Rechnung	912 Mio. DM
Rückstellungen für das Versicherungsgeschäft	1.171 Mio. DM
Kapitalanlagen	1.511 Mio. DM
Bilanzsumme	1.669 Mio. DM
Grundkapital und Rücklagen	265 Mio. DM
Zahl der Versicherungsverträge	4.435.000

Württembergische Versicherungen

Minister... wurden... totgeschla...

Mittwoch, 30. Mai 1984
Nr. 126

Nun lernen sie wieder

Bonn. Seit einem Jahr geht ein Ruck durch die deutsche Jugend. Gymnasialisten sind wieder auf Notjagd, Professoren spüren deutlichen Zulauf zu Seminaren. Die Wende zur eigenen Vorsorge für die Zukunft ist unverkennbar.

Jetzt hat dieser Eifer auch die Auszubildenden der Wirtschaft erfasst. Raab-Kärcher spricht davon, daß der Anteil der „Jernwilligen Auszubildenden“ von 6,3 auf 7 Prozent erhöht werden sei. Und Vorstandschef Klaus Giesel widmet diesen Lehrlingen hohes Lob: „Ganz bewußt sage ich lernwillig, denn es ist eine Freude, die Bereitschaft, den Eifer, das Vermögen, den Willen der meisten dieser jungen Leute zu beobachten, wenn sie den Einstieg in das berufliche Geschehen finden.“

Hier wird mit offener Freude an der Tatkräftigkeit junger Menschen so viel geschätzt. Frust, den angeblich unsere Jugend „lernt“, verschleht – soweit er überhaupt vorhanden war.

Klaus Giesels Freude an einer neuen Generation, die wieder anpackt, stimmt hoffnungsfroh. Sie signalisiert nicht nur Gewißheit, daß diese Industrienation Anschluss behalten wird an Erfolge, wie sie etwa Japan in Forschung und Technologie errungen hat und die manchen Wirtschaftsführer mit Resignation schlugen, wenn er daran

dachte, wie er künftig auf den Weltmärkten bestehen sollte. Etwas ebenso wichtiges bahnt sich hier an: Der verlorengegangene Schulterschuß der älteren zur jungen Generation wird wieder hergestellt.

Kammer-Streit

des – Wer geglaubt hatte, mit dem Beschluß der niederschlesischen Landesregierung, den Landkreis Gifhorn und die Stadt Wolfsburg dem Verantwortungsbereich der Industrie- und Handelskammer Braunschweig anzugliedern, sei der lang andauernde Streit zwischen den Nachbar-Kammern Braunschweig und Lüneburg beendet, hat die Hartnäckigkeit der Heide-Kammer unterschätzt. Vor dem Verwaltungsgericht haben die Lüneburger, die in ihrem Namen den Zusatz „Wolfsburg“ tragen, Klage gegen die Regierungsentscheidung erhoben. Sie wollen die Begründung des Kabinetts, wonach sich die Penderströme in der Wolfsburger Region verändert haben, nicht akzeptieren. Ohne Zweifel würde die Abführung von allem Wolfsburg mit dem potenten Beitragszahler VW die Lüneburger Kammer erheblich schwächen. Insofern kommt die jetzige Reaktion nicht überraschend. Altruistische Verhaltenweise dürfen die Befürworter der Neuordnung nicht unterstellen. Möglicherweise lockert sich aber die Haltung in Lüneburg, wenn die Braunschweiger Vorschläge eines finanziellen Ausgleichs definiert sind.

Gipfel-Hoffnungen

Von HANS-JÜRGEN MAHNKE

Noch nie fand ein Weltwirtschaftsgipfel in einer ökonomisch so freundlichen Umgebung statt wie in diesem Jahr. Wenn sich am 7. Juni die sieben Staats- und Regierungschefs zum zehnten Mal treffen, dann haben alle Diagnosen im Gepäck, nach denen ihre Länder wirtschaftlich besser dastehen als vor einem Jahr, als sie in Williamsburg zusammengekommen waren. Zwar sind nicht alle Länder im gleichen Maße vorangekommen, aber selbst die beiden Fußkranken – Frankreich und Italien – dürften die Talsohle durchschritten haben.

Jetzt geht es darum, den weltweiten Konjunkturaufschwung in einen inflationsfreien Wachstumspfad zu überführen. Die Aussichten sind nicht schlecht. Vor sieben Jahren, auf ihren ersten Treffen in London, brandmarkten die Gipfel-Politiker die Inflation. Sie sei kein Schmiermittel für die Wirtschaft, im Gegenteil: ein Hemmschuh. Diese Erkenntnis ist seitdem auch unter den Verantwortlichen Gemeingut.

Wegen des zweiten Ölpreisschocks und der anschließenden zu laxen Geld- und Fiskalpolitik, mit denen in den meisten Ländern auf die Rezession reagiert wurde, ließen Fortschritte an der Preisfront zunächst auf sich warten. Zwar ist das Inflationsstempo immer noch rascher als in den fünfziger und sechziger Jahren, aber merklich niedriger als in den Siebziger. Diese Basis für einen lang anhaltenden Wachstumspfad war in den letzten Jahren nicht mehr so günstig wie jetzt.

Die Impulse für die wirtschaftliche Erholung gingen von den USA aus. Dort erweist sich der Aufschwung inzwischen als kräftiger und breiter, als die meisten Experten vorausgesehen haben. Und er strahlt auf andere Länder aus. Jedenfalls ist die Dynamik nicht nur jenseits des Atlantik zwischen so stark, daß trotz steigender Zinsen die Investitionen zunehmen.

Aber „kostenlos“, so die Baseler Prognose AG, gab es die expansive Antriebe der USA, der größten Wirtschaftsmacht der Welt, für die übrigen Länder nicht. Denn die Vereinigten Staaten ziehen nicht nur nach wie vor ausländische Waren, sondern auch fremdes Kapital an sich – was sich günstig auf das amerikanische und ungünstig auf das internationale Zinsniveau auswirkt. Nach der Prognose-Analyse kann bei der ge-

gebenen Dollar-Stärke so die amerikanische Binnenanfrage kräftiger expandieren, als es sonst der Fall wäre. Die übrigen Länder, nicht zuletzt die westeuropäischen, erkaufen die verbesserten Exportmöglichkeiten mit schlechteren Bedingungen für die zinsabhängige Nachfrage im Inland.

Der Export treibt in den meisten EG-Staaten die Konjunktur nach oben. Trotzdem werden die Europäer auf dem Londoner Gipfel, allerdings unterschiedlich deutlich, US-Präsident Ronald Reagan zu einer Umkehr der Budgetpolitik drängen. Je früher überzeugende Maßnahmen zur Eindämmung der hohen Defizite ergriffen werden, desto größer sind dort auch die Chancen für eine „sanfte Landung“ der Konjunktur. In einer „harten Landung“, also in einem Abwärtssprung, sieht auch der scheidende OECD-Generalsekretär von Lennep ein Hauptrisiko nicht nur für die wirtschaftliche Entwicklung in den USA, sondern auch für die Weltwirtschaft.

Nach den Vorbereitungen des Gipfels sieht es nicht so aus, daß sich Ronald Reagan bereits in London in die Pflicht nehmen lassen wird. Aber der Druck, die Fehlbeträge zu reduzieren, wächst auch in den USA. Abrupte Brüche wären eine schwere Hypothek für die Weltwirtschaft, eine sanftere Korrektur die Hoffnung. Wenn die Maßnahmen rechtzeitig im nächsten Jahr, also nach den Wahlen, ergriffen werden, dann wäre es noch nicht zu spät.

Darauf setzen die Europäer. Dann wäre ein stabiler Wachstumspfad erreichbar, eine der wichtigsten Voraussetzungen zum Abbau der Arbeitslosigkeit. Und darauf kommt es auch längerfristig an. Denn hier liegt eine der wichtigsten Voraussetzungen dafür, daß nicht nur ein weiteres Ausufern des Protektionismus verhindert wird, sondern daß in den nächsten Jahren auch neue Liberalisierungsfortschritte eingeleitet werden können. Ein offenes Welthandelsystem begünstigt nicht nur die Arbeitsteilung zwischen den Industriestaaten, die sich in London auf den Tisch setzen, sondern hilft auch den Entwicklungsländern, mit ihrer hohen Verschuldung fertig zu werden. So könnte eine weitere schwere Belastung von der Weltwirtschaft genommen werden.

BAUWERBE

Die meisten Firmen rechnen mit einem Auftragsrückgang

Bonn. Die Hoffnung auf einen anhaltenden Aufschwung am Bau scheint von der Realität überholt zu sein. Der Zentralverband des Deutschen Bauwesens (ZDB) in Bonn bestätigt, daß die Baussaison 1984 zwar begonnen habe, „die Bautätigkeit der Betriebe aber nur sehr verhalten zunimmt“. Eine neue Talfahrt zeichne sich bereits ab, und offenbar hätten sich viele Unternehmen deshalb entschlossen, ihre Auftragsbestände so weit wie möglich zu strecken.

Eine Umfrage des Verbandes habe ergeben, daß die meisten Unternehmen für die kommenden Monate mit einem weiteren Rückgang der Aufträge rechnen. Der Wettbewerb um Anschlufträge werde darum schärfer werden, befürchtet die Verbandsführung in Bonn. Sie beruft sich dabei auf die amtliche Statistik:

Danach ist das Volumen der Auftragsengänge im März gegenüber dem gleichen Vorjahreswert um 8,6 Prozent gesunken; im Wohnungsbau betrug der Rückgang fast 20 Prozent. Dies sei auch nicht durch das Auftragsphänomen von 10,2 Prozent für den Tiefbau wettzumachen, heißt es weiter, „denn die Zahl der Baugenehmigungen ist erneut abgesackt“. Im März 1984 lag sie im Wohnungsbau um 2,2 Prozent und bei Nichtwohnungsbau um 38,3 Prozent niedriger als im März 1983.

Die Bauproduktion ist im März gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat real um 3,8 Prozent zurückgegangen. Die Zahl der Konkurse im Baugewerbe hat sich im ersten Quartal deutlich erhöht: Mit 546 Fällen lag sie um 10,5 Prozent über dem Stand des Vorjahres.

AGRARPOLITIK / Kiechle vertraut auf „die Macht des Faktischen“

Heftige Kritik an den zusätzlichen Subventionen für die Landwirte

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn. Massive Kritik an der von der Bundesregierung geplanten Anhebung der Vorsteuerpauschale für die Landwirtschaft von acht auf 13 Prozent, und das schon zum 1. Juli, haben jetzt der Bund der Steuerzahler, die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher und die SPD-Bundestagsfraktion geübt. Tenor: Eine zusätzliche Subventionierung der Landwirtschaft von rund drei Milliarden Mark jährlich ist nicht akzeptabel. Überdies werde der Masse der Bauern noch nicht einmal wirksam geholfen.

Im jüngsten Brüsseler Agrarpaket hatte sich die Bundesregierung zum Abbau des deutschen Grenzausgleichs verpflichtet. Geplant ist eine Reduzierung um fünf Prozentpunkte zum 1. Januar, was zu entsprechenden Freisenkungen bei den Marktorientierten Waren führen wird. Zum Ausgleich sollte die Vorsteuerpauschale – die Landwirte stellen schon jetzt ihren Abnehmern acht Prozent Mehrwertsteuer in Rechnung, führen diesen Betrag aber nicht an das Finanzamt ab – auf elf Prozent heraufgesetzt werden. Als sich Umut vor allem über die Kontingentierung der Milchproduktion regte, wurde das Inkrafttreten der Ausgleichsregelung schon auf den 1. September vorgezogen. Jetzt soll die Maßnahme nicht nur um fünf Prozentpunkte aufgestockt werden, sondern die Mehreinnahmen sollen bereits zum 1. Juli in die Kassen der Landwirte fließen. Dadurch sollen, wie Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle betont, Vermarktungsprobleme bei der neuen Ernte vermieden werden.

Ob die EG-Kommission und die anderen Partner der Maßnahme zustimmen werden, die im Gegensatz zu den

ursprünglichen Beschlüssen steht, ist offen. Der Minister vertraut auf die Macht des Faktischen. Immerhin hätten auch die anderen Länder Finanzwünsche an die Bundesrepublik.

Nach Berechnungen des Bundesfinanzministeriums beläuft sich der Steuerausfall für Bund und Länder bei den derzeitigen Umsätzen der Landwirtschaft pro Jahr auf rund 2,8 bis 2,9 Milliarden bei der fünfprozentigen und auf rund 1,6 Milliarden Mark bei der dreiprozentigen Vergütung. Großproduzenten sollen von dem Ausgleich ausgeschlossen werden. Wegen der Schwierigkeiten bei der Grenzüberwindung der Haushaltsausgaben in der vergangenen Woche seine Beratungen vertagen.

Für den Bund der Steuerzahler wird durch die geplante Maßnahme der jüngste, vergleichsweise zurückhaltende EG-Agrarpreisbeschluss unterlaufen, denn sie bedeutet im Endeffekt eine Erhöhung der Agrarpreiserlöse, die aus dem allgemeinen Mehrwertsteuereinkommen finanziert wird. Damit würden weitere Kostensteigerungen der verfallenden EG-Agrarpolitik, die nach den bisherigen Finanzierungsregeln aus dem

EG-Haushalt gedeckt werden, künftig zum Teil direkt über die Haushalte von Bund und Ländern finanziert. Für den Bund der Steuerzahler könne von einer Begrenzung der Ausgabenexplosion im Agrarbereich nicht die Rede sein. Er beziffert die Belastungen für den deutschen Steuerzahler durch die Beschlüsse auf EG-Ebene und im nationalen Bereich bis 1989 auf zusätzlich „weit über 40 Milliarden Mark“.

Der Steuerzahlerbund kritisiert den Finanzminister, weil er bei der Subventionierung der Landwirtschaft die Konsolidierungsüberlegungen hinten an stelle. Die zusätzlichen 1,2 Milliarden Mark entsprächen ungefähr den vor einem halben Jahr von der Bundesregierung beschlossenen Kürzungen beim Mutterschaftsurlaub, für Schwerbehinderte und in der Ausbildungsförderung. Die SPD weist darauf hin, daß der gesamte Einnahmeverzicht den Subventionen für die Problemfelder Kohle, Stahl und Werten gleichkomme.

Da die neuen Subventionen an den Umsatz gebunden sind, würden die Großbetriebe zusätzlich begünstigt. Nach dem Agrarbericht, so die AGV, würden die 30000 größten Betriebe jeweils rund 20000 Mark im Jahr erhalten, die 250000 kleinsten Betriebe dagegen nur rund 800 Mark. Die SPD plädiert für einen direkten Einkommensausgleich für die kleineren und mittleren Betriebe.

AUF EIN WORT



„Wenn wir auf Fragen nach unserer Glaubwürdigkeit bloß mit naturwissenschaftlich korrekten Antworten aufwarten, geben wir Steine statt Brot. Dann geben wir Antworten auf Fragen, die niemand stellt und bleiben die Antwort schuldig auf Fragen, die die Menschen wirklich bewegen.“

Gert Becker (Degussa), Präsidialmitglied des Verbands der Chemischen Industrie (VCI), Frankfurt. FOTO: SVEN SIMON

Die Ölmärkte reagieren ruhig

dpa/VWD, Hamburg

Trotz der Eskalation im Golfkrieg mit neuen Luftangriffen auf Tanker ist es in den letzten Tagen auf den internationalen Ölmärkten zu keinen hektischen Preisbewegungen gekommen. Zum Wochenbeginn gab es auf den Spotmärkten nur geringe Aktivitäten – was zum Teil auf den Feiertag (Montag) in den USA und Großbritannien zurückgeführt wurde. Ende letzter Woche notierten die Preise für Motorenbenzin und schweres Heizöl in Rotterdam unverändert. Lediglich für leichtes Heizöl mußten vier Dollar je Tonne mehr bezahlt werden. Offenbar aufgrund der reichlichen Versorgung reagierte die Spotpreise für Nordsee-Rohöl und Arabian Light bisher kaum.

SCHNELLER BRÜTER

Für Anschlußprojekt sind die Chancen jetzt gewachsen

HEINZ HECK, Bonn

Während der Schnelle Brüter in Kalkar nach großen Startschwierigkeiten jetzt planmäßig seiner Fertigstellung entgegengeht, wachsen die Chancen für ein größeres Anschlußprojekt. Im Gegensatz zum Demonstrationsvorhaben Kalkar wird sich der Bund nach Aussagen von Forschungsmitteln Riesenhuber an dem SNR II genannten Kraftwerk mit mindestens 1200 bis 1300 Megawatt (MW) nicht finanziell beteiligen.

Voraussichtlich noch in diesem Jahr wird die Detailplanungsstudie mit Kosten von schätzungsweise 300 Millionen Mark vergeben. Ausschütten auf den Zuschlag hat ein Konsortium unter Führung der Kraftwerk Union (KWU), einer Siemens-Tochter. Für die Erstellung der Studie werden etwa vier Jahre veranschlagt, so daß der SNR II nicht vor der zweiten

Hälfte der neunziger Jahre ans Netz gehen könnte.

Entgegen anderslautenden Spekulationen haben Standortüberlegungen bisher keine Rolle gespielt. Eine Entscheidung hierüber wäre erst bei Beauftragung des Genehmigungsverfahrens erforderlich. Sie wird vom Bund nach Aussagen von Forschungsmitteln Riesenhuber an dem SNR II genannten Kraftwerk mit mindestens 1200 bis 1300 Megawatt (MW) nicht finanziell beteiligen.

Eine Äußerung des Bundesinnenministeriums über die Genehmigungsfähigkeit des Brütertyps wird für Herbst dieses Jahres erwartet. Es wird damit gerechnet, daß nicht das Kalkar, sondern das französische Phénixmodell gewählt wird.

KONJUNKTUR

DIW: Konsumklima wird sich freundlich entwickeln

AP, Berlin

Die Konsumkonjunktur in der Bundesrepublik hat sich nach der jüngsten Analyse des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in den ersten Monaten dieses Jahres weiter befriedigend entwickelt. Wie das in Berlin ansässige Institut in seinem Wochenbericht schreibt, stieg der private Verbrauch im ersten Quartal 1984 um nominal vier Prozent. Bei einer Preissteigerungsrate von rund drei Prozent bedeute das ein um ein Prozent höheres Verbrauchsvolumen. Die reale Kaufkraft der Bundesbürger habe im ersten Quartal um zwei Prozent zugenommen.

Von dem freundlichen Konsumklima profitierten dem DIW zufolge in erster Linie wiederum die Ausgaben für das Auto mit einem überdurchschnittlichen Anstieg. Einen Einbruch um knapp drei Prozent ver-

zeichnete dagegen der Einzelhandel mit Elektroerzeugnissen.

Nach einer „gedämpften Verbrauchsneigung“ im März rechnen die Berliner Wissenschaftler für die nächsten Monate wieder mit einer Stabilisierung der Verbrauchernachfrage. Dies werde sich insbesondere bei der Anschaffung langlebiger Konsumgüter bemerkbar machen. Eine rege Nachfrage werde sich nach Einrichtungsgegenständen, Heimcomputern und Videorecordern einstellen. Dagegen prognostiziert das Institut im Kfz-Bereich eine schwächere Nachfrage.

Die Bundesbürger können dem DIW zufolge in diesem Jahr auch mit höheren Realeinkommen als im Vorjahr rechnen. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte dürfe danach um rund vier Prozent steigen.

LEBENSVERSICHERUNG

Unternehmen suchen Wege aus der Renten-Sackgasse

HARALD POSNY, München

Die Notwendigkeit, innerhalb des Drei-Säulen-Systems von staatlicher betrieblicher und privater Altersvorsorge das Volumen der steuerlich einkommensteuerverpflichteten Vorsorgeaufwendungen an den erhöhten Versorgungsbedarf anzupassen, haben die Lebensversicherer auf ihrer Mitgliederversammlung in München unterstrichen. Für das Vorstandsmitglied des Verbands der Lebensversicherungs-Unternehmen, Ernst Diekmann (Allianz), ist die von der Expertenkommission „Altersversicherungssysteme“ als ausreichend und angemessen bezeichnete Altersversorgung von 70 bis 90 Prozent der Nettobehälte nicht zuletzt angesichts der abnehmenden Geburtenrate nur über verstärkte private Vorsorge zu erreichen.

Dazu werde, so Diekmann, die in Aussicht stehende Korrektur des Steuerrechts sicher eine gewisse Erleichterung bewirken. Sie werde aber wahrscheinlich für die erforderlichen zusätzlichen Aufwendungen für die Altersversorgung kaum ausreichende Finanzierungsmöglichkeiten bieten. In dem Dilemma von berechtigter Forderung einerseits und der vom Haushalt geprägten Realität andererseits bietet sich nach den Worten Diekmanns als Lösung an, die Sonderausgaben-Höchstbeträge von 2400 DM zwar zu verdoppeln, dafür aber die aufgewendeten Beiträge nur mit 50 Prozent als abzugsfähige Vorsorgeaufwendungen zu berücksichtigen.

Nach Feststellungen Diekmanns bewirkt die steuerliche Förderung der privaten Vorsorge im Vergleich zur Finanzierung der Gesetzlichen Rentenversicherung eine geringere Belastung des Haushalts. Wenn man berücksichtige, daß der Arbeitgeberanteil zur Rentenversicherung das steuerpflichtige Einkommen des Arbeitnehmers in voller Höhe mindert, die Arbeitnehmer-Anteile im Rahmen der Sonderausgaben überwiegend abzugsfähig sind und schließlich ein Bundeszuschuß jährlich an die Rentenversicherungsträger gezahlt werden muß, bedeute dies, daß an jeder Mark, die von der Rentenversicherung ausgeht, der Fiskus fast zur Hälfte als Finanzier „beteiligt“ sei; jede Mark dagegen, die von den Lebensversicherern ausgeht, werde, koste den Staat im Durchschnitt nur etwa die Hälfte. Dabei sei bereits berücksichtigt, daß die Beiträge – allerdings nur noch eingeschränkt – als Sonderausgaben abzugsfähig und die Zinserträge in der Regel steuerfrei sind.

Auch bei der Direktversicherung im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung halten die Versicherer eine Erhöhung des Begünstigungsrahmens nach zehn Jahren für geboten. Hier sei eine Aufstockung des Höchstbetrags in einer zweiten Stufe möglich, wenn z. B. zu der bisherigen Pauschalierungsmöglichkeit von 2400 DM mit zehn Prozent weitere 2400 DM mit 20 Prozent pauschal befreit würden.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Im ersten Quartal

mehr Benzin verbraucht

Eschborn (AP) – Im ersten Quartal dieses Jahres haben die deutschen Autofahrer 5,5 Millionen Tonnen oder 3,3 Prozent mehr Super- und Normalbenzin verbraucht als in den ersten drei Monaten 1983. Wie das Bundesamt für Gewerbliche Wirtschaft in Eschborn bei Frankfurt mitteilte, hat sich aber der Anstieg beim Benzinverbrauch aus den ersten zwei Monaten merklich abgeschwächt. Während er im Januar und Februar noch 9,1 Prozent betrug wurde im März gegenüber dem Vorjahresmonat ein Rückgang um 5,6 Prozent registriert. Insgesamt lag der Inlandsverbrauch von Mineralölprodukten im ersten Vierteljahr dieses Jahres um 25,3 Millionen Tonnen oder plus 0,5 Prozent etwa auf Vorjahreshöhe.

Höherer Garantiebetrag

Bonn (dpa) – Ein Eurocheque ist vom 1. Januar 1985 an über eine Summe von 400 Mark statt bisher 300 Mark gedeckt. Wie in Bonn aus Kreisen der Kreditwirtschaft zu hören war, hat die Internationale Eurocheque-Arbeitsgruppe beschlossen, den Garantiebetrag je Eurocheque auf 400 Mark zu erhöhen.

Über 200 Auslandsbanken

Bonn (VWD) – Ende 1983 waren in der Bundesrepublik 209 ausländische Kreditinstitute aus 41 Ländern mit 61 Zweigstellen und 160 Repräsentanten vertreten. Wie aus einer Übersicht des Bundesverbandes Deutscher Banken hervorgeht, belief sich das Geschäftsvolumen der deutschen Zweigstellen der Auslandsbanken Ende vergangenen Jahres auf rund 65 (31. Dezember 1982: 57) Milliarden Mark. 19 Institute wiesen ein Geschäftsvolumen von über einer Milliarde Mark aus. Nach wie vor stellen die US-Banken die größte Gruppe der Auslandsinstitute: 32 Banken sind mit 13 Zweigstellen und 19 Repräsentanten an insgesamt 61 Stützpunkten in der Bundesrepublik tätig.

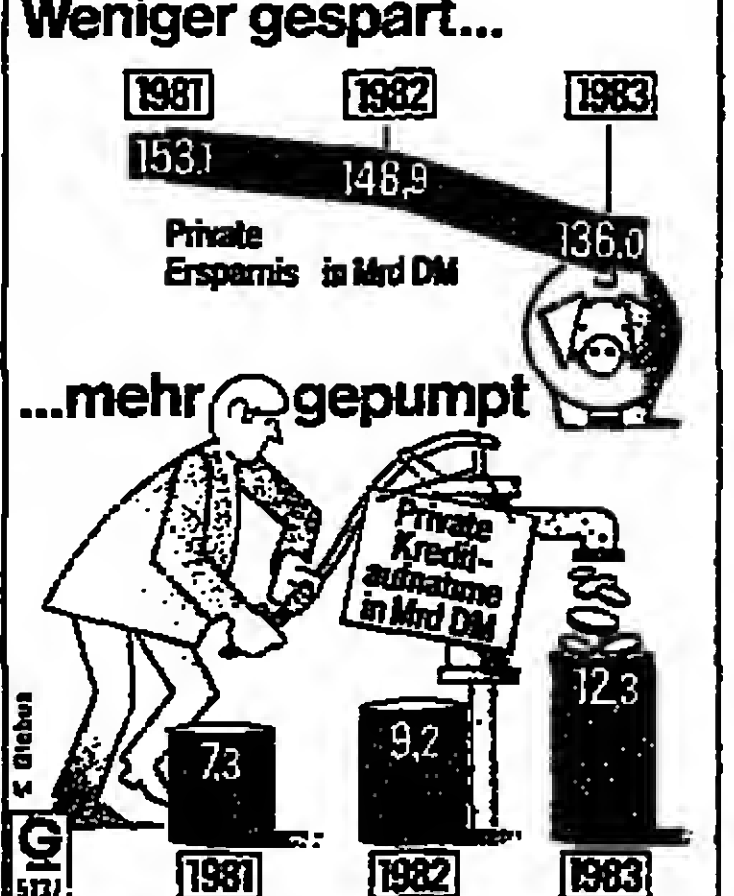
EG: Mehr Rohstahl

Brüssel (dap/VWD) – Die Europäische Gemeinschaft wird nach Ansicht der EG-Kommission die Rohstahlproduktion im Mai steigern. Zwar lagen die in Brüssel vom Statistischen Amt der EG veröffentlichten Produktionszahlen für April mit 9,7 Millionen Tonnen noch um 3,6 Prozent unter dem Ergebnis vom März. Aber für Mai erwarten die Experten eine Steigerung um ein bis zwei Prozent.

Bußgeld gegen Madsack

Berlin (AP) – Eine Geldbuße in Höhe von insgesamt 95 000 Mark hat das Bundeskartellamt in Berlin gegen

Weniger gespart...



Anders als in früheren Konjunkturzyklen haben die Deutschen nicht mehr gespart, sondern im Gegenteil weniger auf die hohe Kante gelegt und mehr Schulden gemacht, um sich Konsumwünsche zu erfüllen.

QUELLE: GLOBUS

die Hannoversche Verlagsgesellschaft Madsack und zwei ihrer verantwortlichen Mitarbeiter verhängt. Wie die Berühmte, verließ der Verlag, der die „Hannoversche Allgemeine Zeitung“ und die „Neue Presse“ in Hannover herausgibt, gegen das Vollzugsverbot für anmeldepflichtige Unternehmenszusammenschlüsse. Der auf dem Markt für Abonnementszeitungen im Großraum Hannover marktbeherrschende Verlag habe 1981 eine Beteiligung von 50 Prozent an der benachbarten „Alfelder Zeitung“, vorzeitig nicht beim Bundeskartellamt angemeldet. Anfang dieses Jahres habe Madsack seine Beteiligung an der „Alfelder Zeitung“ auf unter 25 Prozent reduziert, nachdem das Kartellamt angekündigt hatte, den Zusammenschluß zu untersagen. Der Bußgeldbescheid ist noch nicht rechtskräftig.

Geringere Inflationsrate

Brüssel (dap/VWD) – In der EG wurde im April 1984 die niedrigste Inflationsrate seit fünf Jahren festgestellt. Wie das Statistische Amt der Gemeinschaft in Brüssel mitteilt, sind die Verbraucherpreise von April 1983 bis April 1984 um 7,7 Prozent gestiegen. Im Dezember 1978, unmittelbar vor dem zweiten Ölchock, betrug die Inflationsrate 7,6 Prozent.

Wochenausweis

	22.5.	15.5.	22.4.
Netto-Währungsreserve (Mrd. DM)	72,8	72,2	75,6
Kredite an Banken	69,8	75,1	68,8
Wertpapiere	6,7	6,7	6,9
Bargeldumlauf	100,8	102,6	103,2
Einz. v. Banken	39,9	52,3	40,4
Einzinsen v. öffentl. Haushalten	8,0	3,3	10,1

Anzeige

Alte und Vermögenswerte...
REACTOR-FONDS
Beteiligung schon ab 100,-
Ankündigung: 19.04.1984
Sonntag von 9 - 19 Uhr

Wohn. Kuhn Bauregie GmbH & Co KG
Kronskamp 108-2, Wedel, Tel. 04103/640 67-69

AMBROSIO / Außergerichtlicher Vergleich

Hauptlast für Vatikanbank

IRENE ZÜCKER, Genf
Die Gläubigerforderungen gegen die im Juni 1982 mit über 1,2 Mrd. Dollar Schulden zusammengebrochene Ambrosiano-Bank sind in Genf mit einem außergerichtlichen Vergleich abgeschlossen worden. Die 109 Gläubigerbanken erhalten 406 Mill. Dollar zurück, was 68 Prozent ihrer Gesamtforderung entspricht. Die Einigung kam zustande, nachdem sich die Vatikanbank (IOR) bereit erklärt hatte, 250 Mill. Dollar der Entschädigungssumme zu übernehmen. Im Abkommen mußten sich die Gläubigerbanken jedoch verpflichten, auf alle rechtlichen Schritte gegen die Vatikanbank sowie die sanierte neue Ambrosiano-Bank zu verzichten.

Der größte Aktivposten, der in das Einigungswerk eingebracht wurde, ist die Mehrheitsbeteiligung der Ambrosiano-Holding an der Schweizer Gotthard-Bank, die für 144 Mill. Dollar an die japanische Sumitomo-Bank verkauft wurde. Der Hauptanteil der Vergleichssumme stammt jedoch vom vatikanischen IOR, das, obwohl unfreiwillig in die dunkle Affäre verwickelt, bereit ist, 250 Mill. Dollar aufzuwenden. Aus Furcht wegen Betrugs vor Gericht gestellt zu werden, wird das IOR mehr in den außergerichtlichen Vergleich investieren, als es wahrscheinlich in den vergangenen zehn Jahren durch Ambrosiano eingenommen hat.

Die Gläubiger der Ambrosiano-Bank benötigen keine gerichtlichen Verhöre mehr, um die Machenschaften des IOR-Leiters, Erzbischof Marcinkus, zu erfassen. Aus seinen mißlungenen Finanzoperationen mit dem Mafia-Bankier Sindona nichts dazu gelernt, hatte der IOR-Chef den Ban-

kier Calvi Anfang der siebziger Jahre gebeten, die IOR-Tochtergesellschaften zu übernehmen, auf welche die Fehlbeträge aus der Verbindung mit dem bankrotten Michele Sindona „abgebucht“ worden waren.
Mit Patronagebriefen deckte Erzbischof Marcinkus jene Scheinfirmen, in denen die Darlehen aus Mailand und vom Euromarkt verschwunden waren. Den Krediten von über 1,2 Mrd. Dollar standen bis zu 40mal hochgetrimmte Wertschriften gegenüber – meist Aktien der Ambrosiano-Bank in Mailand selbst. Ein Teil der Offshore-Tochtergesellschaften in der Karibik wurde von Calvi und Marcinkus geleitet – der Erzbischof war auch Verwaltungsrat der im Mittelpunkt und durchsichtiger Mächtigsten stehenden Ambrosiano-Niederlassung in Nassau/Bahamas.

Anfang 1982 verlangte die italienische Notenbank energisch Auskunft über die mittel- und südamerikanischen Geschäftsspekulationen Calvis. Um rigorose Untersuchungen vornehmen zu können, erzwang die Börsenaufsicht die offizielle Notierung des Ambrosiano-Wertpapiers. Die Marktöffnung mußte einen Sturz des künstlich überhöhten Kurswertes nach sich ziehen.

Nach Unterzeichnung des Abkommens in Genf wird erwartet, daß die Liquidation der Ambrosiano-Holding in Luxemburg beschlossen wird. Sie ist das direkt betroffene Finanzinstitut, dem gegenüber die Gläubiger ihre Forderungen geltend machen. Die gültige Regelung des Falles wird darauf zurückgeführt, daß die moralische Autorität des Vatikans durch eine längere Kontroverse großen Schaden genommen hätte.

BMW / Streikausfall nicht mehr aufzuholen – Zwei neue Aufsichtsräte

Mit klarem Abstand das beste Jahr

dpa/VWD, München

Das vergangene Geschäftsjahr war für die Bayerische Motoren Werke AG (BMW), München, „wieder einmal, diesmal aber mit deutlichem Abstand, das bisher beste Jahr“, so Finanzvorstand Volker Doppelfeld. 1983 sei „ein Jahr nach Maß“ gewesen, in dem BMW auf seiner Wachstumstour noch einen schnelleren Gang eingelegt habe.

Das Unternehmen hat 1983, so Doppelfeld, an Substanz und Kraft spürbar gewonnen. „Wir sind widerstandsfähiger geworden gegenüber widrigen Eingriffen von außen.“ Die Erstellung der Bilanz sei eine „angenehme Pflicht“ gewesen. Mit 144 Mill. DM erhalten die Aktionäre die bisher höchste Ausschüttung (11 DM Dividende plus 2 DM Bonus je 50-DM-Aktie) in der Firmengeschichte. Die andere Hälfte des Jahresüberschusses wird in die freien Rücklagen gestellt. Die Rücklagendotierung liegt damit um 60 Prozent über den Vorjahreswerten. Beim Ergebnis vor Steuern errechnet BMW einen Zuwachs von 58 Prozent.

Der Umsatz der AG stieg um 22,5 Prozent auf 11,5 Mrd. DM und der Jahresüberschuß um 44 Prozent auf 288 Mill. DM. Die Konzernrechnung weist bei einem um 21 Prozent auf 14 Mrd. DM gestiegenen Umsatz einen sogar um 54 Prozent auf fast 292 Mill. DM gestiegenen Jahresüberschuß aus. Das Wachstum hatte auch den Beschäftigtenstand nochmals erhöht. Ende 1983 beschäftigte der Konzern weltweit 43 169 Personen, 6 Prozent mehr als vor einem Jahr.

Vorstandsvorsitzender Eberhard von Kuenheim dämpfte angesichts

der anhaltenden Tarifauseinandersetzungen die zunächst hochgesteckten Erwartungen für das neue Geschäftsjahr 1984. Die Produktionsplanung von über 450 000 Automobilen und 32 000 Motorrädern werde man nicht erreichen können. BMW werde 1984 wahrscheinlich auf dem Niveau des Vorjahres bleiben, „wenn wir Glück haben“, meinte von Kuenheim. Den Produktionsausfall pro Streiktag bezifferte er mit knapp 2000 Autos und 150 Motorrädern. Dies bedeute eine Umsatzeinbuße zwischen 50 und 60 Mill. DM pro Tag. Für die ganze Branche liege der Ausfall bei 700 Mill. DM.

Der Produktionsausfall sei auch durch zusätzliche Sonderschichten nach Streikende nicht mehr aufzuholen. Auf den Exportmärkten werde man wieder an Terrain verlieren. So sei auf dem wichtigen amerikanischen Markt das Ziel von über 70 000 verkauften Pkw in Frage gestellt.

In den ersten vier Monaten des neuen Jahres übertraf BMW nochmals die schon guten Vorjahreswerte. Die Pkw-Produktion stieg um 22 Prozent (Branche 9 Prozent) auf 169 000 Wagen. Bei den Inlandzulassungen erreichte das Unternehmen ein Plus von 13 Prozent (Branche 5 Prozent) auf 66 500, was eine Erhöhung des Marktanteils auf 7,2 (6,6) Prozent bedeutet. Auch bei den Motorrädern konnte BMW mit 5200 ein 19prozentiges Plus verbuchen, in der Branche ging es um 20 Prozent bergab.

Die Investitionen von 801 Mill. DM in der AG und 1 Mrd. DM weltweit konnte BMW 1983 aus eigener Kraft finanzieren. Die künftigen Investitionsmittel gingen neben dem Bau des Werkes in Regensburg in neue

Fahrzeuge. In diesem und im nächsten Jahr werde BMW noch kein neues Fahrzeug auf den Markt bringen, sagte Vertriebschef Hans-Erdmann Schönbeck.

Der neue BMW-Großaktionär, die der Dresdner Bank gehörende Gesellschaft für Autoteile, ist künftig im Aufsichtsrat des Automobilkonzerns mit dem Bankmanager Wolfgang Th. Leeb vertreten. Dies gab BMW-Chef Eberhard von Kuenheim bekannt. Der neue Aktionär hält 10 Prozent des Kapitals. Die Aktienmehrheit liegt bei den Quanten Erben. Ebenfalls neu in den Aufsichtsrat soll der bisherige Vertriebsvorstand Hans-Erdmann Schönbeck einrücken. Die beiden bisherigen Aufsichtsräte Guido G. Sander (Oetker) und Rudolf Schenker werden ihre Mandate niederlegen.

BMW	1983	± %
Umsatz (Mill. DM)		
Konzern	14 025,7	+ 20,7
AG	11 480,4	+ 22,5
davon Ausland	6 861,4	+ 19,9
Produktion (Stück)		
Pkw	420 894	+ 11,1
Motorräder	28 053	- 3,2
Abatz		
Pkw	422 491	+ 11,9
dav. Ausland	263 998	+ 6,8
Motorräder	28 281	- 6,9
dav. Ausland	18 859	- 6,1

Sachinvestitionen ¹⁾ (Mill. DM)	800,6	+ 6,4
Abschreibungen	716,9	+ 14,4
Bilanzsumme	5301,1	+ 12,4
Grundkapital	600,0	unver.
Eigenkapital	1226,3	+ 9,8
Jahresüberschuß	288,0	+ 44,0
Dividende (DM)	11,1	(10)
Ergebnis je Aktie (DM)	37	(24)
Beschäftigte ²⁾	43 169	+ 6,0

¹⁾ Im Konzern: 1000,5 (1982) Mill. DM; ²⁾ je 50-DM-Aktie nach DVFA; ³⁾ Im Konzern: 50 158 (47 456) jeweils zum Jahresende.

LANDWIRTSCHAFTS-AUSSTELLUNG

Geringe Investitions-Lust

INGE ADHAM, Frankfurt
Die schnelle Entwicklung in der Landtechnik und die neuen Beschlüsse der EG zwingen die Landwirte, sich zu informieren. Deshalb rechnet Hermann-Adolf Ihle, Hauptgeschäftsführer der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft (DLG), Frankfurt, mit großem Interesse für die DLG-Ausstellung, die heute in Frankfurt durch Bundeskanzler Helmut Kohl eröffnet wird.

Frellich ist zur Zeit die Investitionsneigung unter den Landwirten recht gering, da sie im Gefolge der agrarpolitischen Entwicklungen im Wirtschaftsjahr 1983/84 mit einem deutlichen Einkommensrückgang rechnen. Dies hat nach Einschätzung von Fachleuten schon Wirkung gezeigt, wie sich im Rückgang der Neuzulassungen von Ackerschleppern im zweiten Halbjahr 1983 dokumentiert.

Im letzten Wirtschaftsjahr 1982/83 haben die 785 000 deutschen Landwirte insgesamt für etwa 53 Mrd. DM eingekauft. Davon entfielen gut 15 Mrd. DM auf den privaten Bereich, etwa 34 Mrd. DM auf Saatgut, Futtermittel, Energie usw. und rund 10 Mrd.

DM sind Bruttoanlageinvestitionen, von denen etwa ein knappes Fünftel auf Gebäude entfällt. Trotz der derzeit niedrigen Investitionsleistung halten Fachleute auch in den nächsten Jahren ein Investitionsniveau von rund 10 Mrd. DM für nötig, da es noch Rationalisierungsräume zu erschließen gelte.

Auf der DLG-Ausstellung '84 zeigen bis zum 5. Juni insgesamt 1930 Unternehmen aus 28 Ländern ihr Angebot. Das ist, wie Ihle betont, das bisher „beste Anzeigergebnis in der fast hundertjährigen Geschichte der Ausstellung“. Knapp 38 Prozent der ausstellenden Unternehmen sind aus dem Ausland (wobei Italien an der Spitze steht). Vor vier Jahren, bei der letzten DLG-Ausstellung in Frankfurt, waren 370 000 Besucher gezählt worden. Allerdings prägten damals positive Einkommenserwartungen die Investitionslust der Landwirte. Vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklung erwartet die Veranstalter rund 300 000 bündelnde Besucher (vor zwei Jahren, auf der letzten DLG-Ausstellung in München, waren es 335 000).

KEMPINSKI / Vom Aufschwung profitiert

Auch mehr Auslandsgäste

PETER WEERTZ, Berlin
Die internationale Hotellerie und Gastronomie hat in der Bundesrepublik 1983 unterschiedlich von der positiven konjunkturellen Entwicklung profitiert. In der Hotelgruppe Kempinski AG, Berlin haben sich 1983 vor allem in den Vorjahren hohen Investitionen günstig ausgewirkt. Zum besseren Ergebnis beigetragen hat außerdem der Besuch von mehr Gästen aus dem Ausland.

Wie Vorstandsmitglied Rolf Rüdiger mitteilt, ist die Kempinski-Gruppe auch für 1984 zuversichtlich. Der positive Trend habe sich in diesem Jahr fortgesetzt, sagte Rüdiger. Im Durchschnitt sei die Auslastung der Hotelbetten 1983 auf 67 (60,7) Prozent gewachsen. Dabei stieg der Umsatz einschließlich der Management-Betriebe um 3,4 Prozent auf 154 Mill. DM. Der Logisumsatz allein erhöhte sich sogar um 8,1 Prozent. Die Auslastung konnte, wie Vorstandsmitglied Karl Th.

Walterspiel hervorhob, ohne Preisbrüche verwirklicht werden.

Im Hotel Gravenbruch Kempinski, Frankfurt, hat die Gesellschaft die Anlaufphase mit einem positiven Ergebnis abgeschlossen. In Berlin hat sich der Markt, der infolge der vielen Hotelneubauten und der Umbauten im Bristol Hotel Kempinski gestört war, wieder normalisiert.

Mit einer Zunahme um 14 Prozent verbesserte sich das Bruttoertragsergebnis deutlich. Der Hauptversammlung am 6. Juli wird daher – wie im Vorjahr – vorgeschlagen, aus dem Bilanzgewinn von unverändert 1 Mill. DM wieder eine Dividende von 7 Prozent auf das Aktienkapital von 13,75 Mill. DM für 1983 vorgeschlagen. Unter Berücksichtigung der Steuerschneidung entspricht dies knapp 11 Prozent für die inländischen Aktionäre. Großaktionäre mit einem Anteil von mehr als 80 Prozent sind die Dresdner Bank und die Commerzbank.

Deutsche Streiks zeigen Wirkung

W. F. Wien

Bedrohliche Auswirkungen haben die deutschen Streiks auf die österreichische Wirtschaft. Denn rund hundert Zulieferbetriebe mit etwa 7000 Mitarbeitern hatten im vergangenen Jahr Waren im Wert von mehr als 11 Mrd. Schilling an die deutsche Automobilindustrie geliefert. Die Warenpalette reicht dabei von Motoren und Getrieben über Autobleche und Scheinwerfer bis zu Plastikmappen. Diese Lieferanten sind in der Mehrzahl österreichische Klein- und Mittelbetriebe. Sie sind zum Teil von Lieferungen an die deutschen Autowerke bereits derart abhängig, daß bei anhaltenden Streiks ihre Existenz und somit auch einige tausend Arbeitsplätze gefährdet sind.

Die wertmäßig größten Lieferungen entfallen aber auf Tochtergesellschaften deutscher Konzerne. Das 1982 in Betrieb gegangene General Motors Werk in Wien liefert beispielsweise Motoren und Getriebe für Opel nach Rüsselsheim mit einem geplanten Exportwert von rund einer Milliarde Schilling 1984. Auch BMW hat 1982 eine Motorenfertigung in Österreich in Betrieb genommen. Insgesamt bezieht Opel Waren im Wert von 5,2 Mrd. Schilling, BMW von 4 Mrd., VW von 1,8 Mrd., Mercedes von 1 Mrd. und Ford von 180 Mill. Schilling.

Im BMW-Werk in Steyr ist bereits die Montage der Motoren eingestellt worden. Mit den Gewerkschaften wurde eine Vereinbarung getroffen, wonach BMW 21 Tage lang 75 Prozent des Lohnes weiterzahlt.

Nur kurze Erholung bei Landmaschinen

wb, Frankfurt

Die Lage der deutschen Landwirtschaft ist alles andere als rosig. Auch Stützungsmaßnahmen werden ihre Investitionskraft vorerst nicht wieder in die Größenordnung des Jahres 1983 bringen“, fürchtet Hans Rau, Vorsitzender der Landmaschinen- und Ackerschlepper-Vereinigung (LAV). Schon seit der Jahresmitte 1983 bekommt seine Branche die sinkenden Einkommen der Landwirte zu spüren.

Das erste Quartal 1984 bescherte den Landmaschinenbauern Umsatzrückgänge von 15 Prozent im Inland und von 5,5 Prozent im Ausland. Insgesamt bedeutete das einen Rutsch um fast 10 Prozent. Diese Entwicklung hatte sich bereits zur Jahresmitte 1983 abgezeichnet, als der Aufschwung „abrupt abgerissen“ und in eine fast ebenso steile Talfahrt umgeschlagen war.

Wie stark das Hoch ausgefallen war, zeigt der Saldo des Gesamtjahres: Bei einem Inlandplus von 11 Prozent und einem Auslandszuwachs von 4 Prozent nahm der Branchenumsatz um 7 Prozent auf 8,2 Mrd. DM zu.

Für 1984 steht das Barometer für die Branche (160 Unternehmen mit 55 000 Beschäftigten) bereits wieder auf „Tief“. Nachdem im vergangenen Jahr die Zahl der neu zugelassenen Ackerschlepper im Inland um 10 Prozent auf 45 000 gestiegen war, „werden wir 1984 schon froh sein, wenn wir die 40 000 halten“, so Vereinsgeschäftsführer Friedhelm Meier.

HELM / Probleme im Außenhandel bewältigt

Grundsolide Ertragsbasis

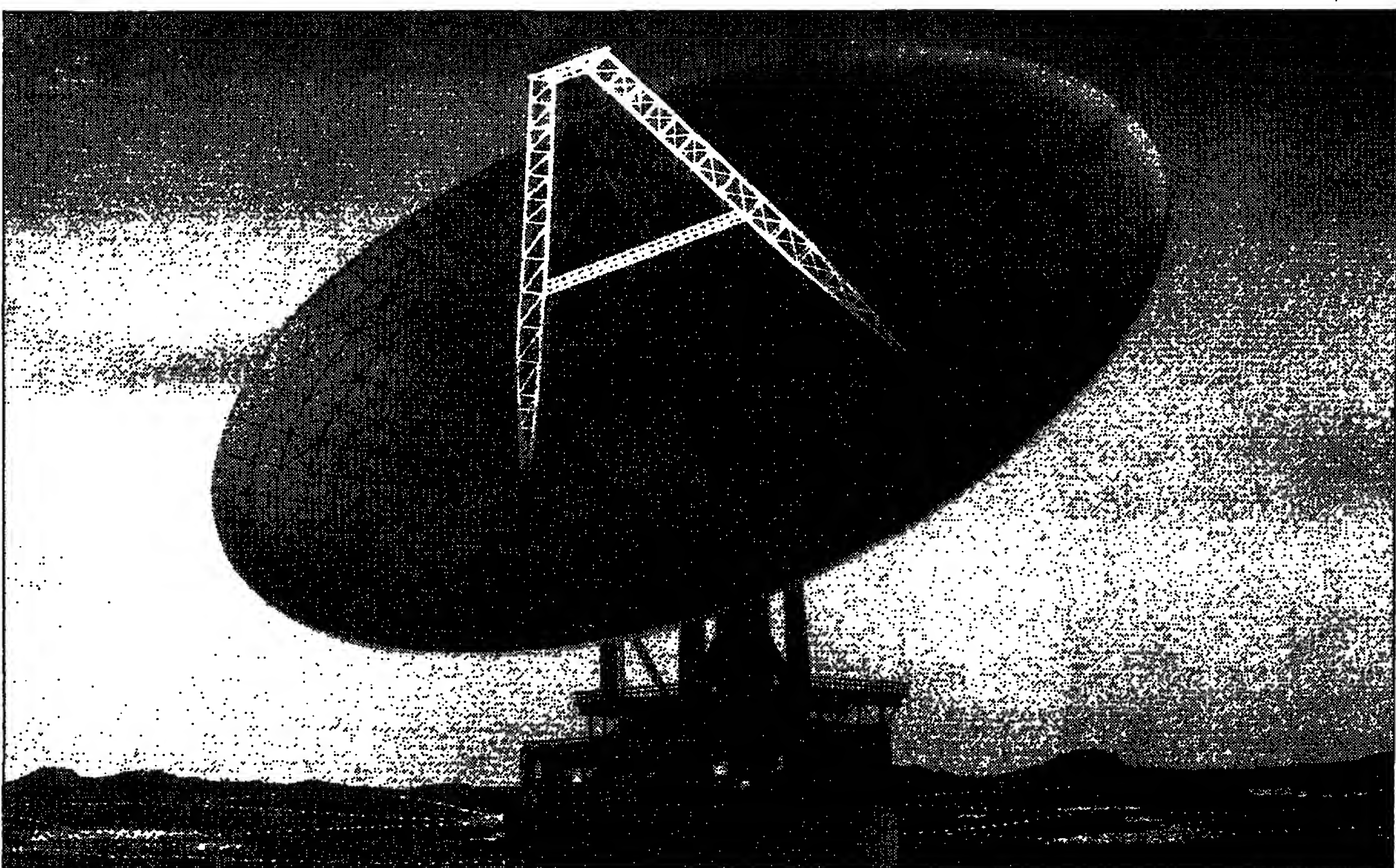
J. BRECH, Hamburg
Das Hamburger Handelshaus, Karl O. Helm AG, Spezialist für Industriechemikalien und Pharmahandelsstoffe, ist mit der Entwicklung im Berichtsjahr 1983 trotz zunehmender Probleme im Außenhandel zufrieden. Dank der Festigkeit der Organisation und jahrelanger Erfahrung in der Bewältigung handelspolitischer Schwierigkeiten sei es gelungen, Auftragsstörungen oder gar den Fortfall ganzer Absatzmärkte zu kompensieren. Wachsenden Hang zu Importrestriktionen registriert Helm vor allem in Ländern Afrikas, Lateinamerikas und neuerdings in Südostasien.

Für die AG wird in dem jetzt vorgestellten Geschäftsbericht ein Umsatzsteigerung um 12 Prozent auf 1,85 Mrd. DM und für den Konzern um 14 Prozent auf 1,97 Mrd. DM angegeben. Vom AG-Geschäft entfielen 77 Prozent auf die Chemie; 14 Prozent auf Pharma, 5 Prozent auf Stahl und 4 Prozent auf Edelmetalle.

Nicht konsolidiert sind die ausländischen Niederlassungen, die den Umsatz um 11 Prozent auf 1,5 Mrd.

DM erhöhten. Der Gesamtumsatz der Helm-Gruppe einschließlich 3 weiterer Firmen, an denen der Helm-Hauptaktionär Hermann Schnabel mehrheitlich beteiligt ist, erreichte 4,7 Mrd. DM und damit ein Plus von 17 Prozent. Allein die Deutsche Sinochem GmbH, ein Joint Venture mit den Chinesen, verdoppelte den Umsatz von 382 auf 464 Mill. DM.

Grundsolide blieb auch die Ertragsbasis der Helm-Gruppe. Der Jahresüberschuß in der AG verbesserte sich um fast 24 Prozent auf 5,2 Mill. DM; im Konzern um knapp 27 Prozent auf 7,1 Mill. DM. Dabei seien, wie es heißt, alle steuerlichen Möglichkeiten der Reservebildung genutzt worden. Vom AG-Gewinn wandern 1,4 Mill. DM in die Rücklagen, 3,0 Mill. DM werden ausgeschüttet. Das Grundkapital, das zum Jahresbeginn um 10 auf 30 Mill. DM erhöht worden ist, hält zu mehr als 90 Prozent Hermann Schnabel, den Rest sein Sohn Dieter Hermann Schnabel. Seit Ende 1983 den Vorstandsvorsitz niedergelegt und an seinen Sohn übergeben.



In International Banking the A comes first.

Das A von ABECOR steht für die größte Bankenvereinigung der Welt.
Schneller Zugang zu internationalen Finanzierungen.
Mit ABECOR haben Sie bei jeder Mitgliedsbank Kredit. 12.000 Niederlassungen in 120 Ländern stehen Ihnen mit Experten bei allen Fragen über Märkte und Möglichkeiten zur Verfügung. Eilige Auslandsüberweisungen werden mit ABECOR so schnell und sicher abgewickelt wie Ihre Bankgeschäfte im Inland.
Lokale Partner mit internationaler Erfahrung.
Größe spielt eine wichtige Rolle bei weltweiten Unternehmungen. Die ABECOR-Banken repräsentieren eine Bilanzsumme von mehr als 440 Mrd. US-Dollar. Finanzielle Stärke und partnerschaftliches Know-how sind eine gute Basis für Ihre Geschäfte auf den Märkten der Welt. Mit ABECOR erreichen Sie Ihr Ziel. Weltweit.



Dresdner Bank und HYPO-BANK sind Ihre ABECOR-Partner in der Bundesrepublik Deutschland.

Die ABECOR-Partnerbanken:
ABN (Algemene Bank Nederland)
Banca Nazionale del Lavoro
Banque Bruxelles Lambert
Banque Nationale de Paris
Barclays Bank
Dresdner Bank AG
HYPO-BANK
(Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank AG)
Österreichische Länderbank
Banque Internationale à Luxembourg
Banque de la Société Financière Européenne

RAAB KARCHER / Erfolg mit straffen Zügeln

Marsch auf der Stelle

HANS BAUMANN, Essen
Die Zeiten sind härter geworden, Umsätze kommen nicht mehr von selbst ins Haus. Und Vorstandsvorsitzender Klaus Giesel erklärt, daß ein Marsch auf der Stelle befähigt an den Kräften zehrt. Immerhin: bewegte sich bei der Raab Karcher AG, Essen, im Geschäftsjahr 1983 so viel, daß wenigstens der Vorjahresumsatz von rund 10,2 Mrd. DM gehalten wurde.

Das Ergebnis allerdings war besser. Die Gesamterträge erhöht sich auf 1,2 (1,15) Mrd. DM und der Überschuss vor Gewinnverwendung auf 47 (57) Mill. DM. Mütter Veba erhält davon 24 (26) Mill. DM. Der Rest wurde für die innere Stärkung des Hauses verwendet. Die offenen Rücklagen ragen mit 103 Mill. DM nahe an das Grundkapital von 120 Mill. DM heran.

Daß in harten Zeiten mit straffen Zügeln geritten wird, zeigt auch das übrige Zahlenwerk. Der Rohertag je Mitarbeiter kam auf 93 000 (87 600) DM voran. Die Gesamtzahl der Beschäftigten wurde auf 12 864 (12 925) gestiegen. Der auf 120 (105) Mill. DM verbesserte Cash-flow deckt die Investitionen von 88 (114) Mill. DM. Der Gewinn je Aktie konnte auf 15,90 (11,20) DM je 50 DM nom. erhöht werden und ist ein großer Erfolg.

So konnte Klaus Giesel das 135. Jahr von Raab Karcher immer noch „ein gutes Jahr“ nennen. Er hofft es 1984 wiederholen zu können. Grund zu dieser Annahme: Die Konsumfreudigkeit der Verbraucher hat zugenommen, selbst in der immer noch

schwachen Bauwirtschaft. „Voll im Lot und leicht darüber“ lagen die Sparten Kohle, Wärme-Tank-Technik, Verkehr und die Geschäfte in England. Weniger erfreulich waren die Bereiche Chemie, Holzhandel sowie die Geschäfte in Belgien und Frankreich. „Solide“ nennt Giesel die Erfolge bei Mineralöl, Baustoffen, Agrarhandel Deutscher SB-Kauf und die Geschäfte in Luxemburg und in Österreich.

Sechs große Ergebnisträger listet er auf: Mineralölvertrieb, Kohle, Baustoffe, Wärme-Tank-Technik, Verkehr und den Selbstbedienungs-Bereich. Eine Einschränkung macht Giesel: Um angemessen zu verdienen, fehlt seinem Haus beim Mineralöl immer noch ein Mehrumsatz von drei bis vier Pfennig je Liter Produkt. Wie heißt hier der Wettbewerb? „tobt“, zeigt eine Zahl: Im Berichtsjahr wurden mehr als 100 mal die Preise für leichtes Heizöl verändert, mehr als die Hälfte Korrekturen nach unten.

Beachtlich ist das Umsatzplus bei Chemie von 10 Prozent. Neue Abnehmergruppen wurden gefunden. Die Palette des Angebotes wurde verbreitert und so die Abhängigkeit von Schwerpunktsprodukten verringert. Neu ist der Chemiehandel in Österreich. In Frankreich wurden zwei Geschäfte im Raum Paris fusioniert. Der SB-Handel meldet ein Plus von 3,3 Prozent. Doch Sorge bereitet der Baubereich, da das Investitionsprogramm der Bundesregierung sowie das Baurennenmodell auslaufen.

MANNESMANN / Kräftiger Aufschwung - Genehmigtes Kapital vorgeschlagen

Röhren-Verlust drückt Dividende

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Wäre es nur nach dem erwirtschafteten Ergebnis gegangen, die Mannesmann AG, Düsseldorf, hätte für 1983 ihren 180 000 Eigentümern von 1,16 Mrd. DM Aktienkapital eine noch drastischere Kürzung der Dividende als „nur“ auf 4 (6) DM vorschlagen müssen. Vorstandsvorsitzender Prof. Franz Josef Weisweiler begründet das Moderatere mit einer „kontinuierlichen Dividendenpolitik“, mit der man den Aktionären schließlich ja auch in besseren Zeiten, so zuletzt im Glanzjahr 1982, den Verzicht auf steigende Dividendensteigerung abverlangt habe.

Gegenüber jenem Glanzjahr ist der 1983er Rückschlag im Umsatz und erst recht im Ertrag beachtlich. Er stammte beim Umsatz vor allem aus dem Auslandsgeschäft mit Minde-rsätzen von jeweils 23 Prozent beim Export und beim Eigenumsatz der Auslandstochter. Beim Ertragsabfall schlug vor allem ein Umschwung der inländischen Röhrenwerke (nebst eigener Vormaterial-Stahlproduktion) von fast gleich hohem Vorjahresgewinn in 180 Mill. DM Verlust zu Buch. Dazu noch 60 (43) Mill. DM Verlust des Demag-Bereichs und nach bisherigen Gewinnen auch 39 Mill. DM beim großen Brasilien-Bereich des Konzerns.

Darin und daneben hat der Konzern für Strukturpassungen (vor allem für Personalabbau mit Sozialplänen) 1983 rund 230 Mill. DM „Einmal-aufwendungen“ geleistet und damit auch für das 1984 mit etwa gleich großer Personal-Schuldenaufnahme weiterlaufende Anpassungsprogramm vorgesorgt. Das alles wurde durch die ertragskräftigeren Konzernbereiche bis zu einem noch halbwegs positiven Abschluß verdaut.

Eigentlich hätte Weisweiler drei gute Gründe gehabt, um nach den Moll-Tönen für 1983 nun eine klare Dur-Melodie anzustimmen. Erstens

verlangt er von seinen Aktionären zur Hauptversammlung am 5. Juli nun ein genehmigtes Kapital von 250 Mill. DM, wengleich noch ohne aktuellen Kapitalerhöhungsplan. Zweitens ist der Weltumsatz im 1. Quartal 1984 um 9 Prozent (bei den Auslandstöchtern sogar um 56 Prozent) und mit der Aussicht gestiegen, zumindest das meiste vom vorjährigen Umsatzschwund in diesem Jahr wieder wettzumachen. Drittens brachte das 1. Quartal 1984 beim Auftragseingang weltweit eine Plusrate von 26 Prozent, in „technologieträchtigen“ Konzernbereichen wie Rexroth und Kienzle sogar von 32 und 40 Prozent.

Doch der noch bedächtig als sein Vorgänger Egon Overbeck formulierende Mannesmann-Chef scheut die Jubeltöne. Nur langsam, deutet er ohne greifbare Prognose an, werde sich die Mannesmann-Dividende wieder erholen.

Auch das hängt vor allem wieder an den Röhren. Während alle anderen Konzernbereiche bis hin zur Demag für 1984 Positives im Ertrag versprechen, ist es beim großen inländischen Röhrenbereich nur die Aussicht auf einen (allerdings deutlich) verminderten Verlust. Die Preiserholung, nach einem 1983 bei 9 Prozent Versand und 23 Prozent Umsatzrückgang sehr starken Preisverlust, ist da noch nicht weit genug gediehen.

Bei Großröhren plant man nun sogar, wegen anhaltender Welt-Überkapazitäten und überwiegender subventionierter Wettbewerbs-Kapazität des Millheimer Werks ab September 1984 um ein Drittel (mit 550 Mann Personalabbau) zu senken. Rückwirkungen auf die eigene Stahlproduktion hofft man durch Ausbau anderer Rohr-Aktivitäten (und notfalls durch Halbzeug-Lieferungen an fremde Rohrproduzenten) vermeiden zu können.

Auch das ist in das Langfrist-Ziel eingebettet, den Röhrenanteil am

BILFINGER + BERGER / Gewinn im Inlandsgeschäft

Ausland bringt Löwenanteil

INGE ADHAM, Frankfurt

Die These vom Verdrängungswettbewerb der großen bauindustriellen Unternehmen gegenüber dem breiten Feld mittelständischer Anbieter weist Christian Roth, Vorstandsmitglied der Bilfinger + Berger Bauaktiengesellschaft, Mannheim, energisch zurück: schließlich seien die zehn größten deutschen Bauunternehmen am gut 250-Mrd.-DM-Inlandsbaumarkt allenfalls mit 3 Prozent beteiligt. Gleichwohl kommt auch bei Bilfinger + Berger, deren Schwerpunkt nach wie vor im Auslandsgeschäft liegt, bei tendenziell sinkendem Auslandsanteil dem Inlandsbereich wachsende Bedeutung zu.

Bei dem außerordentlich harten Wettbewerb liegt Bilfinger + Berger recht gut im Rennen (Auftragsbestand Inland per 30. April wie im Vorjahr gut eine Mrd. DM bei 377 (323) Mill. DM Bauleistung in den ersten vier Monaten). Dies liegt nach Ansicht von Roth vor allem daran, daß man konsequent Arbeitsvorgänge rationalisiert (mit Kostenvorteilen für den Auftraggeber) und auch in der Technik Neuland beschritten habe.

Gerade dies hat Bilfinger + Berger übrigens gut ins Geschäft mit der Bundesbahn gebracht, wo neben Neubaustrecken ein erheblicher Sanierungsbedarf ansteht. Dies getriebe auch in anderen Bereichen: Das Prinzip der öffentlichen Hand, grundsätzlich dem Billigstbietenden den Auftrag zu geben, habe, bei den seit Jahren unauskömmlichen Preisen, zu Qualitätsverfall mit enormen Folgekosten geführt. Bilfinger + Berger will auch in diesem Jahr wie im Vorjahr im Inlandsbaugewerbe „schönen schwarzen Betriebsergebnis“ abschließen. Dessen Höhe freilich wird nicht genannt, das Ausland bringt jedoch bei einem „unwesentlichen“ Rückgang im vergangenen Jahr den Löwenanteil.

Die Gruppe erzielte insgesamt im vergangenen Jahr gut 3,5 (4,4) Mrd. DM Bauleistung. Darin stecken 2,3 (3,2) Mrd. DM Auslandsleistung, darunter 615 Mill. DM in den USA. Schwerpunkt war unverändert das Geschäft in Nigeria (779 Mill. DM) sowie Libyen (161 Mill. DM); in Irak erzielte Bilfinger + Berger 100 Mill. DM Bauleistung. In diesem Jahr rechnet das Unternehmen mit 2,2 Mrd. DM Auslandsleistung, darunter 900 Mill. DM in den USA. Aufgetretene Zahlungsprobleme hält der Vorstand inzwischen für „lösbar“, auch mit Irak wurde eine Lösung gefunden. Die Aufstockung der Rückstellungen auf 478 (435) Mill. DM spiegelt jedoch ebenso wie eine Vollausschreibung von Gerät in Nigeria Problembewußtsein wider.

Neue Aufträge nahm das Unternehmen im vergangenen Jahr in Höhe von 2,2 (3,2) Mrd. DM herein, davon 884 Mill. DM (knapp 2 Mrd. DM) aus dem Ausland. Am Jahresende machte der Auftragsbestand 4,13 (5,48) Mrd. DM aus, davon gut 3 (4,5) Mrd. DM im Ausland, wo die Beschäftigtenzahl mit einem Rückgang um gut 28 Prozent auf 18 881 Mitarbeiter dem gesunkenen Auftragsvolumen angepaßt wurde; im Inland gab es demgegenüber eine leichte Zunahme um 7 Prozent auf 7531 Mitarbeiter. Auch im Rückgang der Investitionen auf 54 (128) Mill. DM spiegelt sich die Anpassung auf das mittelfristig geringere Volumen wider (jeweils Gruppenzahlen).

Die AG schließt mit einem Jahresüberschuß von 24 (28) Mill. DM. Der vom Unternehmen mit 82 (135) Mill. DM angegebene Cash-flow sank um 39 Prozent und damit deutlich stärker als das mit 22,06 (28,13) DM errechnete Ergebnis je Aktie (nach DVFA). In die freie Rücklage fließen 10 (14) Mill. DM, den Aktionären sollen wiederum 10 DM je 50 DM-Aktie zukommen (Hauptversammlung 5. Juli). Für dieses Jahr rechnet der Bilfinger + Berger-Vorstand bei einer annähernd unveränderten Bauleistung mit deutlichen Verschiebungen im internationalen Geschäft wieder mit einem „zufriedenstellenden“ Ergebnis, wird be-

Anzeige

Abonnieren Sie Erfolg

Früher mehr zu wissen als andere – das ist eine wichtige Voraussetzung für erfolgreiches Handeln. Die WELT informiert Sie täglich schnell, umfassend, präzise, weltweit. Beziehen Sie die WELT im Abonnement. Dann haben Sie täglich einen Informationsvorsprung.

DIE WELT
TÄGLICHE ZEITUNG FÜR POLITIK UND WIRTSCHAFT

Hinweis für die neuen Abonnenten:
Sie haben das Recht, Ihre Abonnement-Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Abschluß-Datum) gegen Entgelt zu widerrufen. Bei der WELT: Vertriebs-Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 30.

An DIE WELT, Vertriebs-Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 30.

Bestellchein

Bitte liefern Sie mir zum nächstmöglichen Termin bis auf weiteres die WELT. Der monatliche Bezugspreis beträgt DM 25,60 (Ausland 35,00, Luftpostversand auf Anfrage, ansonsten Verlags- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen).

Name: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Beitrag: _____

Telefon: _____ Datum: _____

Unterschrift: _____

(Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Abschluß-Datum) gegen Entgelt zu widerrufen bei DIE WELT. Vertriebs-Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 30.)

Unterschrift: _____

Karstadt erhöht die Dividende

ad. Frankfurt

Die Karstadt AG, Essen, derzeit mit gut 95 Prozent am Neckermann Versand AG-Grundkapital beteiligt, will den aufsteigenden, Versender eingliedern und hat den freien Aktionären ein Übernahmeangebot gemacht. Auf der Basis eines Wirtschaftsprüfer-Gutachtens nannte ein Karstadt-Sprecher das Übernahmeangebot – für je drei Neckermann-Aktien wird eine Karstadt-Aktie geboten – ein „fares“ Angebot.

Ob die Aktionäre diese Ansicht teilen, ist freilich noch offen. Denn am Tag vor der gestrigen Aussetzung des Neckermann-Kurses notierte die 50 DM-Aktie in Frankfurt mit 136,80 DM. Der Kurs der Karstadt-Aktie liegt bei 254 DM. Bei Annahme des jetzt unterbreiteten Angebots errechnen sich für die Neckermann-Aktionäre 84,60 DM je Aktie.

Neckermann hat im sechsten Jahr unter Karstadt-Ägide seinen Verlust auf 32 (62) Mill. DM annähernd halbiert. Er wurde von Karstadt im Rahmen eines Forderungsverzichts übernommen ebenso wie der auf 6,8 (11) Mill. DM reduzierte Verlust von NUR Touristik. Karstadt selbst steigerte den Jahresüberschuß auf 90,4 (58,2) Mill. DM und schlägt nach 40 Mill. DM Rücklagenabsetzung eine auf 7 (6) DM erhöhte Dividende vor (Hauptversammlung 16. Juli).

ITALIEN / Börsenzettel in Mailand wird erweitert

Bald auch Investment-Fonds

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Das Jahr 1984 hat alle Aussichten, an der Mailänder Wertpapierbörse einen Kapitalaufstockungsrekord aufzustellen. Von Anfang Januar bis heute wurden insgesamt 13 Operationen eingeleitet bzw. bereits abgeschlossen, darunter die des Gummi-Konzerns Pirelli, der Olivetti-Holding CIR und des Kreditinstituts Banco di Roma. Weitere elf sind von den Aktionären genehmigt worden, darunter die der Kreditinstitute Banca Commerciale Italiana und Credito Italiano, während bei anderen zehn die Verwaltungsratsbeschlüsse noch nicht ratifiziert wurden.

Läßt man die etwa 2000 Mrd. Lire der Kapitalaufstockung der staatlichen Stahl-Bereichsholding Finisider außer Betracht, von denen bestenfalls 26 Mrd. Lire an die Börse kommen, wenn sich die privaten Kleinaktionäre zur Zeichnung entschließen sollten, die noch 1,3 Prozent des Kapitals halten, und berücksichtigt man das von den 700 Mrd. Lire, um die sich das Kapital der staatlichen Elektronik- und Nachrichtenholding Stet erhöhen soll, die acht Prozent Kleinaktionäre dieser Gesellschaft betreffen, so werden es insgesamt etwa 2800 Mrd. Lire sein, die die bisher abgeschlossenen bzw. verabschiedeten und angekündigten Operationen mobilisieren werden. Davon entfallen rund 1800 Mrd. Lire auf die Kapitalaufstockung des Fiat-Konzerns und auf die Operationen, mit denen neue Gesellschaften erstmals die Börse betreten. Zu dieser letzten Gruppe gehört u. a. die Anlagenbau-Tochter des staatlichen Energiekonzerns Eni, Selpem, die ihre für Oktober vorgesehene Börsennotiz mit einer Kapitalaufstockung von 120 Mrd. Lire einleitet.

Pläne zur Börseneinführung haben nicht nur die Staats Holdings, die eine Vielzahl ihrer attraktiven Konzerngesellschaften an die Börse bringen wollen (Tri hat 15, Eni 5 und Efim eine

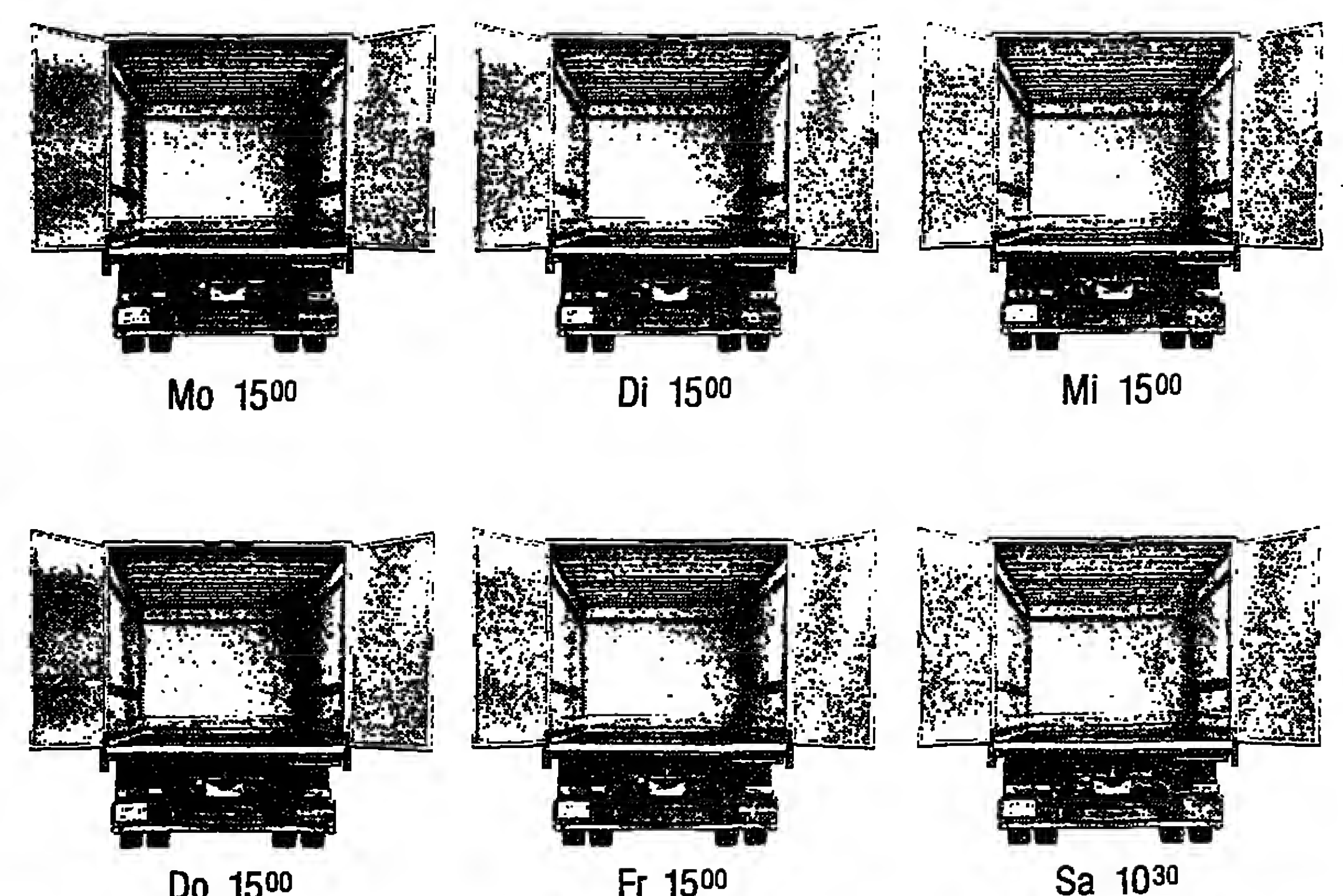
im Programm), sondern auch die privaten Unternehmen. Der Chemiekonzern Montedison wird schon in Kürze seine Glastochter Fidenza Vetriaria als erste einer ganzen Reihe an die Börse holen. Die Holding Fiat hat ähnliche Pläne u. a. mit ihrer Automobil-Betriebsführungsgesellschaft Fiat Auto.

Das wiedererwachte Interesse für die Börse ist laut Nerio Nesi, dem Präsidenten des größten italienischen Kreditinstituts Banca Nazionale del Lavoro, der Einsicht von Politikern und Unternehmern zu verdanken, daß „die technologische Herausforderung ohne eine funktionsfähige Börse nicht gewonnen werden kann“. Gegenwärtig werden an der Mailänder Börse erst 139 Unternehmen gehandelt. Ihre Börsenkapitalisierung von knapp 40 000 Mrd. Lire entspricht nur 7,2 Prozent des Bruttosozialprodukts.

Künftig soll das anders werden. Große Hoffnungen setzen Regierung und Unternehmen in die neuen italienischen Investment-Fonds, von denen die ersten wahrscheinlich im Sommer oder Frühjahr ihre Aktivität aufnehmen werden. Auch wenn viele Fonds (bis Jahresende wird es voraussichtlich an die 30 davon geben) von Banken gegründet wurden und daher einen Teil ihrer Portfeuille mit Titeln füllen, werden sie Experten zufolge am Aktienmarkt für starke Umsatzimpulse sorgen.

Unterstützen will man sie dabei durch die Einführung der Merchant Banks nach britischem Muster. Die Pläne von Regierung und Zentralbank sind in diesem Fall darauf gerichtet, möglichst ebenfalls noch im Herbst Instrumente zu schaffen, um börsenwilligen mittelständischen Unternehmen den Weg an die Börse zu ebnen. Ziel ist eine schnelle und dauerhafte Erweiterung des Kurszettels.

„Pünktlich wie versprochen werden Ihre Pakete täglich abgeholt“, sagte der Kundenberater der Post, und dem Versand fiel ein Stein vom Herzen.



DRALLE / Umsatz hat 1983 stagniert

Positionen gut behauptet

JAN BRECH, Hamburg

Die Dralle GmbH, Hamburg, Spezialist für Haarpflege, hat nach Angaben der geschäftsführenden Gesellschafter die Marktpositionen im Inland trotz schärfsten Wettbewerbs gut behauptet. Der Inlandsumsatz in den drei Marktbereichen Großhandel, klassischer Fachhandel und Friseur sei im Berichtsjahr 1983 real um 5,5 Prozent gestiegen. Preiserrhöhungen habe der Markt nicht zugelassen.

Demgegenüber erlitt Dralle aufgrund von Devisenschwierigkeiten im wichtigen Auslandsmarkt einen Umsatzeinbruch von 11 (plus 14) Prozent. Der Gesamtumsatz mit Dralle-Produkten blieb deshalb mit 110 Mill. DM unverändert. Zur Ertragslage wird lediglich mitgeteilt, daß das Ergebnis um 10 Prozent über dem des Vorjahres liege und als befriedigend zu bezeichnen sei. Der anhaltende Verschärfung des Wettbewerbs gera-

de im anspruchsvolleren Haarpflegebereich, in dem Dralle eine führende Marktposition einnimmt, werde das Unternehmen mit einer noch flexibleren und offensiveren Marktpolitik begegnen, betonen die drei Brüder Breckwoldt als geschäftsführende Gesellschafter. Das Jahr 1983 habe bewiesen, daß sich ein mittelgroßes, unabhängiges Familienunternehmen durchaus gegenüber Großunternehmen behaupten könne. Dralle werde unverändert am qualitativen Wettbewerb festhalten und dem hohen quantitativen Einsatz der Konzerne Ideen entgegenzusetzen.

Zur Entwicklung in den ersten 4 Monaten heißt es, daß der Umsatz im Inland leicht und im Ausland mit einer zweistelligen Zuwachsrates gewachsen sei. Das Minus des Vorjahres dürfe mehr als ausgeglichen werden. Im Inland wird für das zweite Halbjahr eine Belebung erwartet.

DEUTSCHE TEXACO / Betriebsführungsvertrag mit Chevron - Chemiebereich wieder in Gewinnzone

Minus im Ölgeschäft bei 250 Millionen Mark

JAN BRECH, Hamburg

Das Geschäftsjahr 1984 der Deutschen Texaco AG, Hamburg, wird wesentlich durch die Übernahme der Chevron Erdöl Deutschland GmbH (CED) mitbestimmt, die zum 1. April dieses Jahres wirksam geworden ist. Nach Angaben des Texaco-Vorstandsvorsitzenden Armin Schram ist es das Ziel, das Geschäft der CED in die eigenen Aktivitäten einzugliedern und durch zusätzlichen Absatz die Kapazitäten besser auszulasten. Vorgehen ist zwischen Texaco und der Chevron ein Betriebsführungsvertrag.

Die Chevron bringt etwa einen Umsatz von 2 Mrd. DM und einen Absatz von 1,6 bis 1,8 Mill. t ein. Hinzu kommen 427 Tankstellen, die auf den Markennamen Texaco umgestellt werden sollen und das Texaco-Netz auf rund 2840 Stationen erweitern. Zur Zeit, so Schram, werde das Geschäft der Chevron im Detail durch-

leuchtet. Ob alle Aktivitäten im bisherigen Rahmen verlaufen, sei noch offen. Einen positiven Beitrag zur Texaco-Ergebnis 1984 erwartet Schram nicht. Die CED habe 1983 nur dank außerordentlicher Erträge einen Jahresüberschuß erzielt, das Betriebsergebnis sei negativ gewesen.

In dieser Hinsicht macht die Chevron keinen Unterschied zu ihrer neuen Muttergesellschaft. Der Jahresüberschuß der Texaco von 69 (1. V. 77) Mill. DM stammt ausschließlich aus Erträgen aus der Auflösung von Preissteigerungsrücklagen in Höhe von 129 Mill. DM. Bei einem sinkenden Gesamtumsatz von 7,6 Mill. t, wofür das Inlandsgeschäft um 4 Prozent auf 6,9 Mill. t sank, erlitt Texaco wieder hohe Verluste in Verarbeitung und Vertrieb.

Genaue Angaben macht Schram nicht, doch dürfte das Minus im Ölgeschäft einschließlich der Bestandsverluste in der Gegend von 250 Mill.

DM liegen. Da auch die Chemie rote Zahlen schrieb, reichten die Erträge aus der eigenen Öl- und Gasförderung nicht aus, um zu einem positiven Betriebsergebnis für das Gesamtunternehmen zu kommen.

Die Ölförderung der Texaco ist 1983 um 3,6 Prozent auf 2,4 Mill. t zurückgegangen. Hiervon stammen 650 000 t aus dem Inland (minus 4,6 Prozent). An der deutschen Erdölförderung ist Texaco mit 15,2 Prozent beteiligt. Die unveränderte Gasförderung von 284 Mrd. cm³ sichert dem Unternehmen einen Marktanteil von 1,6 Prozent. Die anhaltende Bedeutung dieses Bereichs für die Texaco belegt der Sachverhalt, daß zwei Drittel der 1983 getätigten Investitionen von 320 Mill. DM für Aufschuß und Gewinnung von Öl und Gas eingesetzt wurden.

Das restliche Drittel diente vornehmlich der Rationalisierung und Anpassung in Verarbeitung und Ver-

trieb. Der Rohöldurchsatz verringerte sich um 6,9 Prozent auf 7,7 Mill. t, der Einsatz zugekaufter Halbfabrikate stieg demgegenüber um 12 Prozent und erreichte damit 30 Prozent des gesamten Raffinerieeinsatzes. Das geringe Absatzvolumen führte zu einem Umsatzrückgang um 5,2 Prozent auf 9,6 Mrd. DM.

In den ersten Monaten dieses Jahres ist bei unveränderter Verarbeitung der Absatz leicht zurückgegangen. Im Ölgeschäft, so Schram, würden nach wie vor rote Zahlen geschrieben. Die Verluste seien allerdings niedriger als im Jahresdurchschnitt 1983. Da die Chemie in die Gewinnzone zurückgekehrt ist, erwartet Schram für 1984 ein positives Gesamtergebnis. Als zusätzliche Aufbesserungsmöglichkeiten verfügt Texaco noch über rund 222 Mill. DM Preissteigerungsrücklagen, die bis 1986 aufgelöst werden müssen.

Mit der Post bekommen Sie Ihre Versandprobleme besser in den Griff. Im Rahmen eines individuellen Kooperationsvertrages holt sie Ihre Paketsendungen täglich zu einer festgelegten Uhrzeit bei Ihnen ab. Und die Post ist an sechs Tagen der Woche für Sie im Einsatz. Auch am Samstag holt sie Ihre Pakete ab, liefert aus und schafft Ihnen so einen Tag Vorsprung. Nutzen Sie den "Sechs-Tage-Service" der Post. Im Endeffekt ist es Ihr Gewinn.

Nur wer die Wege und vielfältigen Angebote der Post kennt, kann sie optimal nutzen.

Mehr sagt Ihnen unser Kundenberater, wenn Sie uns den Beratungs-Coupon zusenden.

Post



Beratungs-Coupon
Wir wünschen besondere Beratung für unsere Paketsendungen.

Thema: _____
Vormenge Terminabgabe mit: _____
Frageform: _____
Ursache Anzeichen: _____
Stunde und Monat bei der Post: _____
Postfach: _____
An der Deutschen Bundespost, PTZ Nr. 23-24, Postfach 1180, 1000 Darmstadt 4 633/027 BSS

SIEMENS

Feiern Sie mit
Stoßen Sie mit uns an – auf EMS,*
das größte private, speicherprogram-
mierte Kommunikationssystem der Welt.
Jetzt bei Siemens in München im Einsatz.
1000 Flaschen Champagner stehen bereit.
Jeder unserer 50.000 EMS-Kunden kann
eine davon gewinnen. Wir laden Sie ein
dabeizusein. Und warten auf Ihren Coupon
für die große Verlosung.

Coupon
an Siemens AG, ZWW 132, Hofmannstr. 51, 8000 München 70

Name _____
Firma _____
Straße _____
Ort _____

* Das EMS-System von Siemens gibt es bereits für 3 Telefone. Das größte EMS-System hat 16.000 Anschlüsse. Für moderne Bürokommunikation mit automatischem Rückruf, Anrufumleitung, Dreierkonferenz, Wahlwiederholung...

Siemens im Büro. Elektronik, die uns weiterbringt.

DLW / Suche nach drittem Betätigungsfeld – Bodenbeläge weiter Umsatzschwerpunkt

Die Marktposition wurde gefestigt

WERNER NEITZEL, Bietigheim
Die Suche nach einem „dritten Bein“ geht bei der DLW AG, Bietigheim-Bissingen, unvermindert weiter. Über das traditionelle Betätigungsfeld der Herstellung elastischer und textiler Bodenbeläge hinaus hat das Unternehmen sein Programmspektrum in den letzten Jahren durch entsprechende Firmübernahmen vor allem in den Sektor hochwertiger Büromöbel hinein ausgeweitet. Seit geraumer Zeit hält man bei DLW nunmehr Ausschau nach einer Sparte – wie es Vorstandsvorsitzender Hans Ruf formuliert – „außerhalb des Dunstkreises Bauen“.

Im ersten Quartal des laufenden Geschäftsjahres 1984 verpuhte die DLW einen Umsatzanstieg von 4 Prozent. Die Ertragslage entwickelte sich „im Rahmen der Erwartungen“. In den Bereichen, in denen der Konzern Zulieferer für die Autoindustrie ist (rund 100 Mill. DM Umsatzvolumen), werde aufgrund der Streikwirkungen in der Produktion teilweise kürzer getreten. Ansonsten sind die Fabriken voll beschäftigt. Insbesondere das Objektgeschäft laufe gut, während

das Handelsgeschäft von einer großen Umstrukturierung auf den Abnehmermärkten mit entsprechendem Preisdruck gekennzeichnet sei. Die von der DLW zeitweise an den Tag gelegte Zurückhaltung auf einigen Auslandsmärkten eine im Hinblick auf zerrüttete Preise bewußt geplante Verkaufspolitik, ist von verstärkten Aktivitäten abgelöst worden.

Obwohl der Konzernumsatz der DLW im Geschäftsjahr 1983 um 1 Prozent auf 711 Mill. DM zurückgegangen ist, gelang es der DLW, Marktpositionen zu festigen und die Ertragslage zu verbessern. Die Pflege des Programms und umfassende Rationalisierungsmaßnahmen zeigten positive Affekte. Der Jahresüberschuß stieg auf 16,9 (Vorjahr: 15,8) Mill. DM. Nach Einstellung von wiederum 4 Mill. DM in die Rücklagen schüttet das Unternehmen eine von 10 auf 11 DM je Aktie erhöhte Dividende für 58,5 Mill. DM Aktienkapital aus. Dieses befindet sich in breitem Streubesitz.

Die gute Ertragslage manifestiert sich nicht zuletzt auch in der Tatsache, daß die Pensionsrückstellungen

kräftig dotiert und sonstige Vorsorgemaßnahmen, wie beispielsweise 10,5 Mill. DM Abschreibungen bei einigen Beteiligungen, durchgeführt werden können. Der Gewinn je Aktie nahm um 12,5 Prozent auf 22,50 (20) DM zu.

Gemessen am Konzernumsatz verringerte sich der Anteil der Bodenbeläge auf 51 (54) Prozent. Dabei lag das Inlandsgeschäft dieser Sparte in etwa auf Vorjahreshöhe. Gewachsen ist der Umsatz der Möbelsparte, die inzwischen ein Viertel des Geschäftsvolumens repräsentiert. Deutliche Zuwachsraten weisen das Automobilzulieferergeschäft auf. Der Exportanteil am Umsatz verringerte sich auf 23 (26) Prozent.

Investiert wurden im Konzern in Sachanlagen 23,7 (20) Mill. DM bei 27,2 (24,4) Mill. DM Sachabschreibungen. Der Cash flow stieg auf 79 (62) Mill. DM. Für 1984 sei ein gleichbleibendes Investitionsvolumen vorgesehen. In der von Bankschulden unverändert freien und von hoher Liquidität geprägten Bilanz überdecken die eigenen Mittel Anlagevermögen und Vorräte deutlich. Der Konzern zählt knapp 4000 Beschäftigte.

MERCK, FINCK / Zinsspanne gestiegen

„Sehr erfreulicher Abschluß“

DANKWARD SEITZ, München
Eine enorme Ertragsverbesserung muß das Bankhaus Merck, Finck & Co., München, im Geschäftsjahr 1983 erreicht haben. Auch wenn keine Gewinn- und Verlustrechnung veröffentlicht wird, es war ein Abschluß, wie August von Finck selbst eingestehen muß, der „zu den sehr erfreulichen in der Geschichte des Instituts gehört“. Berücksichtigt man seine traditionelle Zurückhaltung und Bescheidenheit bei solchen Urteilen, dann dürfte das Ergebnis nach dem schon sehr guten Jahr 1982 diesmal eine Spitzennote verdient haben.

Nur in Ansätzen läßt er den Schleier. Das Betriebsergebnis habe sich „erfreulich“ verbessert wie auch der Jahresüberschuß. Als Resultat um „Strukturverbesserungen auf der Aktiv- und Passivseite“ sei die Zinsspanne „nicht unwesentlich auf etwas über 2 Prozent“ gestiegen, und das Zinsergebnis um ein Drittel höher ausgefallen als 1982. Der Verwaltungsaufwand werde von ihm voll gedeckt. In der gleichen Größenordnung konnte der Überschuß im Provisionsgeschäft gesteigert werden, das bei dem Institut eine wesentlich stärkere Bedeutung hat als das Zinsgeschäft. Das Ergebnis im nicht zinsabhängigen Bereich habe über 40 Prozent des addierten Zins- und Provisionsüberschusses betragen.

Zwar weisen August von Finck und Adolf Kracht, einer der persönlich haftenden Gesellschafter, wie branchenüblich auch darauf hin, daß

außerordentliche Faktoren das laufende Geschäft belastet hätten, doch dürfte dies ein nur bescheidener Beitrag gewesen sein. Denn bei der Kreditvergabe – insgesamt erhöhten sich die Ausleihungen um 10 Prozent auf 983,4 Mill. DM – habe sich, wie es heißt, die wieder „sorgfältige“ Risikopolitik bewährt und „keine bedeutenden Probleme“ gebracht. Dies auch vor dem Hintergrund, daß für Einzelkredite bei dem Institut eine Obergrenze von etwa 20 Mill. DM eingehalten wird. Nicht betroffen sei man von den Vorgängen um die SMH-Bank.

Im Auslandskreditgeschäft habe man sich zurückgehalten und sei nur sehr selektiv neue Engagements eingegangen. Nur etwa 7 Prozent des gesamten Kreditvolumens entfielen auf ausländische Adressen und nicht einmal 1 Prozent auf solche, die um Tilgungsaufschub gebeten hätten. Knapp 10 Mill. DM seien für Wertberichtigungen erforderlich gewesen.

Zur Refinanzierung des Aktivgeschäftes standen Ende 1983 Kundeneinlagen in Höhe von 1,46 Mrd. DM (plus 15,8 Prozent) zur Verfügung. Darüber hinaus wurden 1983 zum erstenmal von dem Privatbankhaus eigene Schuldverschreibungen über 20 Mill. DM begeben. In den ersten Monaten dieses Jahres wurde eine zweite Tranche über 30 Mill. DM (Zins um 8 Prozent, Laufzeit bis zu sechs Jahre) aufgelegt. Die Bilanzsumme stieg um 7,7 Prozent auf 2,5 Mrd. DM. Das haftende Eigenkapital betrug unverändert 150 Mill. DM.

Hochtief erhöht auf 20 Prozent

dpa/VWD, Essen
Die Essen Hochtief AG, zweitgrößtes Baunternehmen der Bundesrepublik, hat 1983 noch besser abgeschnitten als im Vorjahr. Der Hauptversammlung am 13. Juli wird vorgeschlagen, das Grundkapital aus Rücklagen um 50 Mill. DM auf 200 Mill. DM aufzustocken sowie auf das neue Kapital eine auf 20 (18) Prozent erhöhte Dividende und dazu wieder 4 Prozent Bonus auszuschütten.

Die Kapitalerhöhung aus Eigenmitteln ist bereits die dritte innerhalb von vier Jahren. 1980 betrug das Grundkapital noch 70 Mill. DM. 1983 wurde ein Jahresüberschuß von 256,7 (166) Mill. DM erwirtschaftet. Daraus sollen zunächst über 128 Mill. DM den Rücklagen zugewiesen werden. Die Empfehlung für den verbleibenden Bilanzgewinn von 128 Mill. DM steht vor, neben der Dividendenzahlung 80 Mill. DM in die freie Rücklage einzustellen. Hauptaktionäre von Hochtief sind mit je mehr als einem Viertel Anteilen die Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke AG, Essen, die von Finck'sche Industrie-Beteiligungs-KG, München, und die Francoemmer Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt.

NAMEN

Eckhart Böders, Soltau, wurde zum Vorsitzenden des Gesamtverbandes Deutscher Metallgießereien e.V. (G.D.M.), gewählt. Er ist Nachfolger von Herbert Kemper, Olpe.

Gerhard Voigt, Geschäfts-führender Gesellschafter der Brinkhaus GmbH und Co. KG, Warendorf, feiert heute den 60. Geburtstag.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Gelsenkirchen: Hans-Joachim Berlin, Bochum 6; Guido Meese, GmbH, Hamburg; Nachl. d. Eduard Josef Kalous, Kassel; Heinrich Rudolph, Mülheim; d. Rudolph u. Meyer, BGR, Kaufungen; Ludwigshafen/Rhein: Birl Wohnbau-GmbH, Hanhofen; Osnabrück: Nachl. d. Christian Georg Wellmann; Infokom-studio Vertriebsges. f. Informationswirtschaft u. Kommunikationstechnologie mbH; Passau: Peter Hammer, Baugenieuer, Fürstenfeld; Schwelm: Verpackungs-GmbH - Herstellung u. Vertrieb v. Verpackungen aller Art - Gevelberg; Classic Hartwaren Vertriebsges. mbH.

Versteigert beauftragt: Dören: Verdingte Lederfabrik GmbH, Langerwehe; Stuttgart: Bad Camstadt; Krahn GmbH & Co., Bauunternehmen.

HAGEN BATTERIE / Deutliche Geschäftsbelebung

Die Rendite gut behauptet

J. GEHLHOFF, Düsseldorf
Solide, wie mit dem über dem Emissionspreis von 120 DM gebliebenen Börsenkurs, präsentiert sich das Soester Familienunternehmen Hagen Batterie AG, das im Herbst für ein Viertel des Aktienkapitals von 20 Mill. DM Publikumsaktionäre aufnahm, mit dem Abschluß für 1983 (Hauptversammlung am 11. Juli). Aus 189 (170) Mill. DM Umsatz, der weiterhin mit 26 Prozent aus dem Export stammte und in seiner Stagnation vor allem den Rückgang der Bleipreise um 20 Prozent oder 7 Mill. DM spiegelt, wurden 3,3 (3,4) Mill. DM „verbesserungsfähiger“ Jahresüberschuß erwirtschaftet. Die Dividende bleibt bei 5 DM, die Rücklagen werden um 1,3 (1,4) Mill. auf 23,6 Mill. DM aufgestockt, wonach die Eigenmittel von

43,6 Mill. DM das Anlagevermögen von 42,7 (39,6) Mill. DM überdecken. Ertragsfortschritt, nur zum Teil aus Investitionszulagen-Zufluß von 1,4 Mill. DM geschönt, zeigt der Anstieg des Cash flows auf 18,7 (13,3) Mill. DM; der sogar die Rekordinvestitionen von 14 (12) Mill. DM, die 1984 nur noch halb so hoch ausfallen sollen, überfinanzierte. Deutliche Geschäftsbelebung, vor allem bei den schon 1983 gut gelaufenen Industriemaschinen, zeigt das 1. Quartal 1984 mit 12 Prozent Umsatzplus. Die 1983 auf 1211 (1161) Leute aufgestockte Belegschaft wurde jetzt um weitere 60 Köpfe vergrößert. Eine circa 30 Mill. DM große Ertragsreserve hat die Firma aus der (überfälligen) Endabrechnung großer Bauprojekte (550 Mill. DM) ihres Anlagenbaus in Iran.

STAHLRING / Die Mitglieder gewinnen „verlorenes Absatzterrain“ zurück

Mittelständler werden wieder stärker

J. GEHLHOFF, Düsseldorf
Blicken sie nur auf eigene Geschäft, so haben die Düsseldorfer Stahlring GmbH und ihre weiterhin 38 Mitglieder von dem im neunten Branchenkrisenjahr 1983 höchst unerfreulich verlaufenen Stahlgeschäft sehr Erfreuliches zu berichten. Der langjährige Vormarsch der großen und zumeist im Konzernverbund mit Stahlzeugern arbeitenden Stahlhandelsunternehmen ist gestoppt und dreht sich um. Der flexible und kundennahe Mittelständler liegt im Rennen vorn. Eine junge Entwicklung, der Stahlring-Geschäftsführer Egon Maas auch schon positive gesellschafts- und wirtschaftspolitische Relevanz zusprechen mag.

Beweisen kann er das erstens mit dem Eigengeschäft dieser seit 1986 existierenden Einkaufskooperation mittelständischer Stahlhändler. Gegenläufig zur seit Jahren rückläufigen deutschen Marktvorsorgung mit Walzstahl (ohne Röhren) hat die GmbH ihre Lieferungen an die Mitglieder 1983 auf 357 000 (317 000) t erhöht und mit 301 (297) Mill. DM ihren bisher höchsten Umsatz geschafft. Zweitens und vor allem haben die Mitglieder ihre gesamten

Walzstahlbestände 1983 um 6,6 Prozent auf 1,47 Mill. t gesteigert und dabei auch das Lagergeschäft wieder auf 0,66 (0,56) Mill. t verbessert.

Mit dieser Tonnage habe der Gesellschaftskreis 1983 seine Position als einer der größten Stahlbezieher in Deutschland weiter ausgebaut. Bei der Stahlring GmbH selbst freilich verhalten folgend, nur bereits 54 (50) Prozent der Lieferungen aus Auslandswerken, wobei freilich der Anteil der Drittlandimporte mit 13 (8) Prozent der Gesamtlieferungen immer noch unter dem Branchendurchschnitt blieb.

Das Erwachen der Mittelständler zu neuer Stärke begründet man beim Stahlring vor allem auch mit einer Strukturveränderung bei Produktion und Handel: Aus Staffing der Walzprogramme bei den Stahlkonzernen und aus dem Vordringen der auch mit kleinen Bestellmengen kurzfristig lieferfähigen „Mini-Stahlwerke“ habe sich die Pufferfunktion großer Stahlhändler zwischen Produktion und Verbrauch zumal im gesamten Profilstahlbereich (im Stahlring-Kreis das Hauptgeschäft) weitgehend verflüchtigt.

Eitel Freude beschert dieser Blick auf die Schwierigkeiten der Großen den Mittelständlern jedoch nicht. Denn bei den Großhägern seien (anders als im Stahlring-Kreis) auch die Materialbestände zu groß. Und vor allem von dort spürt man nun wieder ärgernen Druck auf die Stahlpreise: Ein Druck, der im Formstahlbereich nun auch schon wieder „zum Teil“ Händlerpreise auf Werkniveaue bezieht.

Die Stahlproduzenten hingegen, das registriert man auch beim Stahlring als positive Folge des seit Anfang 1984 noch enger geschulterten Korsetts der EG-Krisenmaßnahmen, bilden unverändert eine feste Preisfront. Im wesentlichen schlägt das auch auf die Händlerpreise durch. Das Durchschnittspreisniveau liege derzeit um gut ein Zehntel höher als 1983. Dies allerdings mit großer Schwankungsbreite. An der Spitze: Quarzbleche (plus 20 Prozent), im Mittelfeld zum Beispiel Stahlstahl und Feinbleche (jeweils plus 10 Prozent), am Ende der Beistecke, der erst in den letzten Tagen etwas teurer wurde, seinen ersten Erholungsschub allerdings schon 1983 erlebte und bislang bewahren konnte.

FINANZANZEIGEN

Didier-Werke Aktiengesellschaft Wiesbaden

Die ordentliche Hauptversammlung
unserer Gesellschaft
findet am Freitag, dem 13. Juli 1984, 11.00 Uhr, im Kurhaus
Wiesbaden statt.

- Tagesordnung:**
- Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses, des Geschäftsberichts mit dem Bericht des Aufsichtsrats sowie des Konzernabschlusses und des Konzerngeschäftsberichts für das Geschäftsjahr 1983
 - Beschlußfassung über die Verwendung des Bilanzgewinns
 - Beschlußfassung über die Entlastung des Vorstands und des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 1983
 - Wahl der Anteilseignervertreter in den Aufsichtsrat
 - Genehmigung des Kapital
 - Wahl des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 1984

Die vollständige Bekanntmachung der Tagesordnung mit den Vorschlägen der Verwaltung, die u. a. je gewinnberechtigter Aktie im Nennwert von DM 50,- die Verteilung einer Dividende von DM 6,00 zuzüglich eines Bonus von DM 1,50 vorsieht, ist im Bundesanzeiger Nr. 102 vom 30. 5. 1984 enthalten. Wir bitten, dieser Bekanntmachung auch die Einzelheiten über die Hinterlegung der Aktien zur Teilnahme an der Hauptversammlung zu entnehmen.

Der Zinslauf der ausgelosten Teilschuldverschreibungen endet am 31. August 1984. Der Gegenwert etwa fehlender Zinsscheine wird vom Rückzahlungsbetrag abgezogen. Die am 1. September 1984 fälligen Zinsscheine werden gesondert in der üblichen Weise eingelöst.

Von den bereits früher zur ausgelosten Teilschuldverschreibungen der Serien 2, 6 und 8 sind bisher noch nicht alle Stücke zur Einlösung eingereicht worden.

Frankfurt am Main, im Mai 1984

EUROPÄISCHE INVESTITIONSBANK mit vorläufigem Sitz in Luxemburg

6% DM-Inhaber-Teilschuldverschreibungen von 1972
- WKN 466 071/78 -

Auslosung

Die Auslosung der zum 1. September 1984 fälligen Serie ist am 22. Mai 1984 in Anwesenheit eines Notars erfolgt. Es wurde die

Serie 1

- WKN 466 071 -

mit den Stücknummern

1 - 6 500 zu je DM 1.000,-
52 001 - 53 200 zu je DM 5.000,-

Im Nennbetrag von DM 12.500.000,- gezogen.

Die ausgelosten Teilschuldverschreibungen werden vom 3. September 1984 an gegen Einreichung der Mängel und Zinsscheine per 1. September 1985 uff. zum Nennbetrag bei den inländischen Niederlassungen der nachstehend genannten Banken eingelöst:

- | | |
|--|--|
| <ul style="list-style-type: none"> Deutsche Bank Aktiengesellschaft Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft Commerzbank Aktiengesellschaft Berliner Bank Aktiengesellschaft ADCA-Bank Aktiengesellschaft Allgemeine Deutsche Kreditanstalt Bank für Gemeinwirtschaft Aktiengesellschaft Bayerische Vereinsbank Aktiengesellschaft Joh. Berenberg, Gossler & Co. Berliner Handels- und Frankfurter Bank Deutsche Bank Saar Aktiengesellschaft DO Bank Deutsche Genossenschaftsbank Georg Hauck & Sohn Bankiers Kommunikationsbank auf Aktien B. Metzler seel. Sohn & Co. Reuschel & Co. Simonsbank Aktiengesellschaft Trikonta & Burkhart M.M. Warburg-Birnbaum, Wirtz & Co. | <ul style="list-style-type: none"> Dresdner Bank Aktiengesellschaft Bank für Handel und Industrie Aktiengesellschaft Westdeutsche Landesbank Girozentrale Bankhaus H. Aufhäuser Bankers Trust GmbH Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft Berliner Bank Aktiengesellschaft Delbrück & Co. Deutsche Girozentrale - Deutsche Kommunalbank - Effektenbank-Warburg Aktiengesellschaft Bankhaus Hermann Lampe Kommanditgesellschaft Marck, Finck & Co. Sal. Oppenheim Jr. & Cie. Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co. J.H. Stein Vereins- und Westbank Aktiengesellschaft Westfälische Bank Aktiengesellschaft |
|--|--|

Der Zinslauf der ausgelosten Teilschuldverschreibungen endet am 31. August 1984. Der Gegenwert etwa fehlender Zinsscheine wird vom Rückzahlungsbetrag abgezogen. Die am 1. September 1984 fälligen Zinsscheine werden gesondert in der üblichen Weise eingelöst.

Von den bereits früher zur ausgelosten Teilschuldverschreibungen der Serien 2, 6 und 8 sind bisher noch nicht alle Stücke zur Einlösung eingereicht worden.

Frankfurt am Main, im Mai 1984

EUROPÄISCHE INVESTITIONSBANK mit vorläufigem Sitz in Luxemburg

6% DM-Inhaber-Teilschuldverschreibungen von 1977
- WKN 469 031/8 -

Auslosung

Die Auslosung der zum 1. August 1984 fälligen Serie ist am 22. Mai 1984 in Anwesenheit eines Notars erfolgt. Es wurde die

Serie 6

- WKN 469 036 -

mit den Stücknummern

50 001 - 60 000 zu je DM 1.000,-
88 751 - 90 500 zu je DM 5.000,-

Im Nennbetrag von DM 18.750.000,- gezogen.

Die ausgelosten Teilschuldverschreibungen werden vom 1. August 1984 an zum Nennbetrag gegen Einreichung der Mängel und Zinsscheine per 1. August 1985 uff. eingelöst:

a) in der Bundesrepublik Deutschland bei den nachstehend genannten Banken sowie deren Niederlassungen:

- Deutsche Bank Aktiengesellschaft
- Dresdner Bank Aktiengesellschaft
- Commerzbank Aktiengesellschaft
- Westdeutsche Landesbank Girozentrale
- Bayerische Vereinsbank Aktiengesellschaft
- Berliner Handels- und Frankfurter Bank
- Deutsche Girozentrale - Deutsche Kommunalbank -

b) außerhalb der Bundesrepublik Deutschland bei den Hauptniederlassungen der nachstehend genannten Banken nach Maßgabe der Anleihebedingungen:

- Amsterdam-Rotterdam Bank N.V.
- Kreditbank S.A. Luxembourg
- Schweizerische Bankgesellschaft
- Société Générale
- Société Générale de Banque S.A.

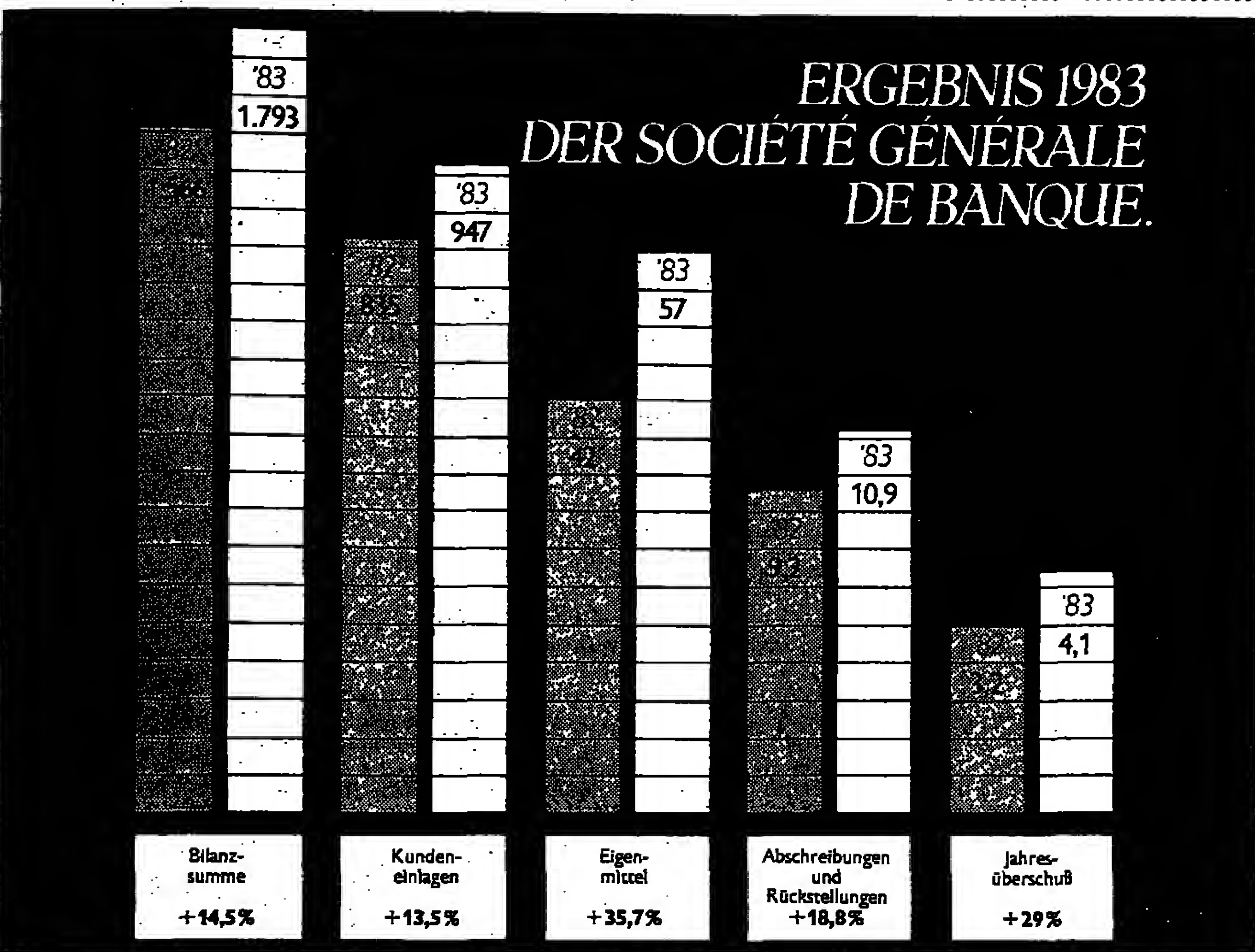
Der Zinslauf der ausgelosten Teilschuldverschreibungen endet am 31. Juli 1984.

Der Gegenwert etwa fehlender Zinsscheine wird vom Rückzahlungsbetrag abgezogen.

Die am 1. August 1984 fälligen Zinsscheine werden gesondert in der üblichen Weise eingelöst. Von den bereits früher ausgelosten Teilschuldverschreibungen der Serien 3 und 4 sind bisher noch nicht alle Stücke zur Einlösung vorgelegt worden.

Frankfurt am Main, im Mai 1984

EUROPÄISCHE INVESTITIONSBANK



In Milliarden BF.

Die Gruppe der Société Générale de Banque besteht aus dem Stammhaus in Belgien mit 1.200 Zweigstellen im eigenen Land sowie aus 11 Repräsentanzen und 5 Niederlassungen im Ausland: 60 Tochtergesellschaften ergänzen das internationale Netz der Gruppe und bieten spezielle Dienstleistungen an.

Die konsolidierte Bilanzsumme stieg in 1983 um 14,5% und betrug zum Jahresende 1.793 Mrd BF. Die Kundeneinlagen belaufen sich auf 947 Mrd BF und die Verbindlichkeiten gegenüber Banken auf 700 Mrd BF. Das Eigenkapital und diese gleichgestellten Mittel haben sich um 35,7% auf 57 Mrd BF erhöht.

Von den Ausleihungen entfallen 718 Mrd BF auf den privaten Bereich, 466 Mrd BF auf den öffentlichen Sektor und 502 Mrd BF auf Banken.

Der konsolidierte Bruttogewinn beträgt 17,1 Mrd BF, was einer Steigerungsrate von 16,1% entspricht. Hiervon wird der grössere Teil von 10,9 Mrd BF für Abschreibungen und zur Erhöhung der Rückstellungen für Kreditrisiken verwendet. Der Nettogewinn der Gruppe nach Ertragssteuern und nach Abzug der Dividende für die Minderheitsaktionäre beträgt 4,1 Mrd BF, erstieg um 29%.

Die Gruppe beschäftigt in Belgien 15.700 Personen. Fast 14.000 Angestellte arbeiten in den ausländischen Tochtergesellschaften und Niederlassungen sowie in den Repräsentanzen. Zu ihnen zählen ca. 1.200 Personen mit belgischer Staatsangehörigkeit ebenso wie ca. 1.100 Beschäftigte die aus den jeweiligen Ländern stammen, in denen die Gesellschaften und Filialen ihren Sitz haben.

Unsere Adresse in Deutschland:
Belgische Bank - Deutsche Niederlassung
der S.G.B. - Zeughausstrasse 14-22
D-5000 KÖLN 1 - Tel.: 0221-16110
Dr. J. Damm, Geschäftsleiter
J.C. Nachtergaele, Geschäftsleiter



Der Geschäftsbericht kann vom Generalsekretariat - Montagne du Parc 3
1000 Bruxelles - Belgien
oder bei einer der Niederlassungen oder
Zweigstellen der Bank erhalten werden.

BILFINGER + BERGER BAUAKTIENGESellschaft MANNHEIM

- Wertpapier-Kenn-Nr. 590 900 -

Die ordentliche Hauptversammlung
der BILFINGER + BERGER BAUAKTIENGESellschaft findet
am Donnerstag, dem 5. Juli 1984, 11 Uhr,
in der Ausstellungshalle des Mannheimer Kunstvereins e.V., Augustanlage 55/
Carl-Heß-Platz, Mannheim, statt. Zu dieser Hauptversammlung laden wir
unsere Aktionäre hiermit ein.

- Tagesordnung:**
- Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses, des Geschäftsberichts des Vorstands und des Berichts des Aufsichtsrats sowie des Konzernabschlusses und des Konzerngeschäftsberichts für das Geschäftsjahr 1983
 - Beschlußfassung über die Verwendung des Bilanzgewinns (Auszahlung einer Dividende von DM 10,- je Aktie)
 - Beschlußfassung über die Entlastung des Vorstands für das Geschäftsjahr 1983
 - Beschlußfassung über die Entlastung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 1983
 - Wahl des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 1984

Die volle Wortlaut der Tagesordnung mit den Vorschlägen der Verwaltung und den näheren Einzelheiten über die Ausübung des Stimmrechts ist im Bundesanzeiger Nr. 100 vom 26. 5. 1984 veröffentlicht.

Mannheim, im Mai 1984

Der Vorstand

Hypothekenbank in Hamburg AKTIENGESellschaft

- Bogenenerneuerung -

Die neuen Zinsscheinebogen zu unseren

- 5 % Hypothekendarlehen Em. 11. Januar/Juli - 270 012 -
- 5 % Hypothekendarlehen Em. 12. Januar/Juli - 270 013 -
- 6 % Hypothekendarlehen Em. 13. April/Okt. - 270 014 -
- 6 % Hypothekendarlehen Em. 67. Februar/August - 270 045 -

stehen nach Fälligkeit des letzten Zinsscheines am alten Bogen gegen Einlieferung der Erneuerungsscheine zur Verfügung.

Hamburg, im Mai 1984

Hypothekenbank in Hamburg
AKTIENGESellschaft

Wenn Sie es eilig haben, können Sie Ihre Anzeige über Fernschreiber 8 579 104- aufgeben

Kreditanstalt für Wiederaufbau

Wesentliche Bilanzzahlen zum 31.12.1983

Aktiva	in Mio DM	Passiva	in Mio DM
Barreserve u. Bankguthaben	1.051	Verbindlichkeiten aus dem Bankgeschäft	56.273
Wertpapiere	1.804	Solawechsel	950
Kredite		Schuldverschreibungen	3.760
an Kreditinstitute zur Weiterleitung	26.149	Rückstellungen	165
unmittelbar gewährt	34.674	Grundkapital	1.000
Beteiligungen	176	Rücklagen	1.891
Grundstücke und Gebäude	21	Durchlaufende Kredite	7.197
Nicht eingezahltes Kapital	850	Restliche Passiva	1.508
Durchlaufende Kredite	7.197		
Restliche Aktiva	822		
Bilanzsumme	72.744	Bilanzsumme	72.744

Der Jahresabschluß trägt den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers und wird im Bundesanzeiger veröffentlicht. Den Geschäftsbericht senden wir Ihnen gern zu.

KfW Kreditanstalt für Wiederaufbau

Palmengartenstraße 5-9, Postfach 1111 41
6000 Frankfurt am Main 11
Telefon: 0511/7 4310, Telex: 411352

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber:
Arel Springer, Matthias Walden
Berlin

Redaktionsleiter: Wilfried Mertz-Eichengraben, Dr. Herbert Krenz
Stellv. Redaktionsleiter: Peter Gries, Bruno Walther, Dr. Günter Zehn

Verantwortl. für den Inhalt: Heinz Barth
Hamburg-Ausgabe: Dietrich Goss

Charlottenburg: Klaus Jürgen Pitzschke, Friedr. W. Heering, Heinz Klinge-Löbke, Jens-Maria Lüddecke (WELT-Report), Beate Rott, Hamburg

Verantwortl. für Seite 1: politische Nachrichten: Gerd Fiedler; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolowicz (WELT); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Maria Wölkner (WELT); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowald (WELT); Meinungen: Erno von Löwenstein (WELT); Bonn: Sieke Bundeswehr: Rüdiger Menke; Bundesrechnungswesen: Ulrich Loh; Österreich: Dr. Leo Fischer (WELT); Industrie: Hans Benmann; Gold und Kredit: Claus Dettmer; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar; Rheinland: Beate (WELT); Gießel; WELT; Die Bundeswehr: Alfred Sierkema, Peter Bobb (WELT); Fernsehen: Dr. Brigitte Hefer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quidenus; Ausländer: Klaus Teich (WELT); Reise: WELT und WELT; Heinz Hartmann, Birgit Czerny-Schulmann (WELT); Zur WELT: WELT-Report; Heinz-Buchli; Sächsische: relativ; Auslandsbelegten: Hans-Herbert Holmsner; Leichter: Henk Obenberger; Dokumentationen: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Peter Jensch, Werner Kahl, Walter H. Ruch, Lothar Schuler-Müller

Fotoredaktion: Bettina Rahle; Schulredaktion: Armin Reich; Sonder-Korrespondenten: Redaktionen: Manfred Ebell (WELT), Heinz Koch (WELT), Günther Wöhring, Siegfried O. Wöhring, Evi Kell, Hans-Jürgen Mahler, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philippus, Gloria Biersma; Diplomat-Korrespondent: Bernd Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Barvol

Auslands-Korrespondenten: Berlin: Hans-Rüdiger Kanis, Klaus Gietel, Peter Weitz, Düsseldorf: Dr. Wilfried Herbig, Joachim Gehlert, Harald Pösch, Frankfurt: Dr. Jankowitsch, Gerd Jankowitsch, Inge Adham, Joachim Weber, Hamburg: Herbert Schulte, Jan Broch, Günter Wernke, Leipzig: M.A. Hannover/Kiel: Christoph Graf, Schwerin: von Schwanefeld (Politik), Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft), München: Peter Schmidt, Düsseldorf: Mönchengladbach: Zing-Hu Kuo, Werner Notzel

Charlottenburg: Hans-Joachim Meißner

Auslands-Korrespondenten: WELT-SAD: Alton S. A. Annan, Berni Peter M. Ranz, Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedland, Buenos Aires: Dr. Günter Friedland, Caracas: Dr. Günter Friedland, Lima: Dr. Günter Friedland, Madrid: Dr. Günter Friedland, Mexiko City: Dr. Günter Friedland, New York: Alfred von Kroschwitz, Oita Bauer, Ernst Handrock, Hans-Jürgen Sauer, Wolfgang Will, Peter Hens, Wiesbaden: Dr. Günter Friedland, Zürich: Dr. Günter Friedland

Zeitungsdirektion: 3000 Bonn 2, Godesberger Allee 86, Tel.: 0228/30 41, Telex: 8 85 714

1000 Berlin 81, Koebenerstraße 30, Redaktion: Tel.: 030/30 59 10, Telex: 184 511, Anzeigen: Tel.: 030/30 59 11/12, Telex: 184 511

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 11, Tel.: 040/30 24 71, Telex: Redaktion und Vertrieb: 2 110 010, Anzeigen: Tel.: 040/3 47 43 80, Telex: 3 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teichweg 100, Tel.: 020 541 10 11, Anzeigen: Tel.: 020 541 10 15 24, Telex: 8 578 104, Fernschreiber: 020 541 10 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel.: 0511/3 11 71 13 11, Telex: 8 23 519, Anzeigen: Tel.: 0511/3 11 71 40 09, Telex: 8 23 106

6000 Frankfurt/Main, Westendstraße 8, Tel.: 069 111 21 30 43 44, Anzeigen: Tel.: 069 111 21 30 41, Telex: 8 185 525

7000 Stuttgart, Raitelshaus 20a, Tel.: 0711/22 13 28, Telex: 2 13 886, Anzeigen: Tel.: 0711/22 13 28

8000 München 40, Scheibelpark 38-43, Tel.: 089 13 30 10 01, Telex: 2 23 813, Anzeigen: Tel.: 089 13 30 10 02/03/04/05/06/07/08/09/10/11/12/13/14/15/16/17/18/19/20/21/22/23/24/25/26/27/28/29/30/31/32/33/34/35/36/37/38/39/40/41/42/43/44/45/46/47/48/49/50/51/52/53/54/55/56/57/58/59/60/61/62/63/64/65/66/67/68/69/70/71/72/73/74/75/76/77/78/79/80/81/82/83/84/85/86/87/88/89/90/91/92/93/94/95/96/97/98/99/100/101/102/103/104/105/106/107/108/109/110/111/112/113/114/115/116/117/118/119/120/121/122/123/124/125/126/127/128/129/130/131/132/133/134/135/136/137/138/139/140/141/142/143/144/145/146/147/148/149/150/151/152/153/154/155/156/157/158/159/160/161/162/163/164/165/166/167/168/169/170/171/172/173/174/175/176/177/178/179/180/181/182/183/184/185/186/187/188/189/190/191/192/193/194/195/196/197/198/199/200/201/202/203/204/205/206/207/208/209/210/211/212/213/214/215/216/217/218/219/220/221/222/223/224/225/226/227/228/229/230/231/232/233/234/235/236/237/238/239/240/241/242/243/244/245/246/247/248/249/250/251/252/253/254/255/256/257/258/259/260/261/262/263/264/265/266/267/268/269/270/271/272/273/274/275/276/277/278/279/280/281/282/283/284/285/286/287/288/289/290/291/292/293/294/295/296/297/298/299/300/301/302/303/304/305/306/307/308/309/310/311/312/313/314/315/316/317/318/319/320/321/322/323/324/325/326/327/328/329/330/331/332/333/334/335/336/337/338/339/340/341/342/343/344/345/346/347/348/349/350/351/352/353/354/355/356/357/358/359/360/361/362/363/364/365/366/367/368/369/370/371/372/373/374/375/376/377/378/379/380/381/382/383/384/385/386/387/388/389/390/391/392/393/394/395/396/397/398/399/400/401/402/403/404/405/406/407/408/409/410/411/412/413/414/415/416/417/418/419/420/421/422/423/424/425/426/427/428/429/430/431/432/433/434/435/436/437/438/439/440/441/442/443/444/445/446/447/448/449/450/451/452/453/454/455/456/457/458/459/460/461/462/463/464/465/466/467/468/469/470/471/472/473/474/475/476/477/478/479/480/481/482/483/484/485/486/487/488/489/490/491/492/493/494/495/496/497/498/499/500/501/502/503/504/505/506/507/508/509/510/511/512/513/514/515/516/517/518/519/520/521/522/523/524/525/526/527/528/529/530/531/532/533/534/535/536/537/538/539/540/541/542/543/544/545/546/547/548/549/550/551/552/553/554/555/556/557/558/559/560/561/562/563/564/565/566/567/568/569/570/571/572/573/574/575/576/577/578/579/580/581/582/583/584/585/586/587/588/589/590/591/592/593/594/595/596/597/598/599/600/601/602/603/604/605/606/607/608/609/610/611/612/613/614/615/616/617/618/619/620/621/622/623/624/625/626/627/628/629/630/631/632/633/634/635/636/637/638/639/640/641/642/643/644/645/646/647/648/649/650/651/652/653/654/655/656/657/658/659/660/661/662/663/664/665/666/667/668/669/670/671/672/673/674/675/676/677/678/679/680/681/682/683/684/685/686/687/688/689/690/691/692/693/694/695/696/697/698/699/700/701/702/703/704/705/706/707/708/709/710/711/712/713/714/715/716/717/718/719/720/721/722/723/724/725/726/727/728/729/730/731/732/733/734/735/736/737/738/739/740/741/742/743/744/745/746/747/748/749/750/751/752/753/754/755/756/757/758/759/760/761/762/763/764/765/766/767/768/769/770/771/772/773/774/775/776/777/778/779/780/781/782/783/784/785/786/787/788/789/790/791/792/793/794/795/796/797/798/799/800/801/802/803/804/805/806/807/808/809/810/811/812/813/814/815/816/817/818/819/820/821/8

Schleppendes Rentengeschäft

Die Tendenz auf dem Rentenmarkt wurde weiterhin geprägt durch eine Zurückhaltung sowohl der Anleger als auch der Verkäufer. Rentenbündel führen den Anlagentrend teilweise auf die bevorstehende Zentralbankentscheidung zurück, eventuell Überwindung der Melioration verneint wird, daß keine Beschlüsse gefaßt werden. Am Pfandbriefmarkt zeichnete sich eine leichte Renditensteigerung ab. Unter Banken wurden fünfjährige Titel mit Renditen von 8,10 gehandelt, vierjährige mit acht Prozent. DM-Auslandsanleihen nur mit kleinen Ausschlägen.

Bundesanleihen			70,5	72,5
	29,5	22,5		
5 1/2 % 1984/85	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 1985/86	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 1986/87	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 1987/88	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 1988/89	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 1989/90	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 1990/91	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 1991/92	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 1992/93	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 1993/94	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 1994/95	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 1995/96	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 1996/97	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 1997/98	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 1998/99	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 1999/00	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2000/01	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2001/02	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2002/03	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2003/04	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2004/05	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2005/06	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2006/07	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2007/08	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2008/09	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2009/10	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2010/11	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2011/12	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2012/13	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2013/14	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2014/15	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2015/16	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2016/17	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2017/18	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2018/19	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2019/20	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2020/21	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2021/22	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2022/23	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2023/24	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2024/25	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2025/26	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2026/27	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2027/28	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2028/29	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2029/30	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2030/31	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2031/32	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2032/33	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2033/34	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2034/35	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2035/36	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2036/37	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2037/38	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2038/39	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2039/40	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2040/41	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2041/42	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2042/43	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2043/44	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2044/45	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2045/46	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2046/47	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2047/48	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2048/49	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2049/50	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2050/51	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2051/52	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2052/53	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2053/54	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2054/55	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2055/56	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2056/57	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2057/58	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2058/59	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2059/60	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2060/61	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2061/62	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2062/63	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2063/64	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2064/65	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2065/66	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2066/67	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2067/68	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2068/69	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2069/70	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2070/71	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2071/72	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2072/73	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2073/74	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2074/75	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2075/76	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2076/77	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2077/78	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2078/79	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2079/80	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2080/81	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2081/82	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2082/83	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2083/84	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2084/85	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2085/86	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2086/87	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2087/88	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2088/89	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2089/90	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2090/91	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2091/92	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2092/93	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2093/94	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2094/95	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2095/96	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2096/97	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2097/98	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2098/99	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2099/00	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2100/01	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2101/02	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2102/03	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2103/04	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2104/05	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2105/06	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2106/07	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2107/08	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2108/09	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2109/10	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2110/11	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2111/12	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2112/13	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2113/14	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2114/15	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2115/16	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2116/17	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2117/18	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2118/19	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2119/20	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2120/21	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2121/22	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2122/23	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2123/24	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2124/25	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2125/26	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2126/27	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2127/28	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2128/29	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2129/30	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2130/31	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2131/32	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2132/33	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2133/34	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2134/35	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2135/36	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2136/37	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2137/38	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2138/39	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2139/40	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2140/41	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2141/42	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2142/43	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2143/44	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2144/45	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2145/46	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2146/47	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2147/48	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2148/49	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2149/50	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2150/51	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2151/52	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2152/53	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2153/54	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2154/55	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2155/56	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2156/57	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2157/58	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2158/59	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2159/60	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2160/61	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2161/62	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2162/63	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2163/64	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2164/65	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2165/66	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2166/67	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2167/68	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2168/69	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2169/70	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2170/71	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2171/72	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2172/73	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2173/74	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2174/75	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2175/76	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2176/77	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2177/78	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2178/79	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2179/80	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2180/81	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2181/82	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2182/83	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2183/84	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2184/85	584	595	579 94,75	585
5 1/2 % 2185/86	584	595	579 94,7	

GAS-STEUER?

Von HANS BAUMANN

Es ist gerade erst zwei Jahre her, daß der Sachverständigenrat und Finanzminister Matthöfer beim Grubeln über neue Steuerquellen auf das Erdgas verfielen – zum wiederholten Male. Diese hochmoderne Energie, die weiterhin schnell wuchs, schien schon von der Masse her (mit ihrem wunderbar kleinen Divisor Kubikmeter) eine geradezu ideale Steuerquelle zu sein. Ein Pfennig je Kubikmeter – was ist das schon in den Augen der Verbraucher und vor allem der Wähler. Da – so schien es – konnte schädliches „gezapft“ werden.

Und da nach Ben Akiba alles schon einmal dagewesen ist, taucht nun – angesichts der geplanten steuerlichen Springprozeduren – der Gedanke erneut auf, auch über das Gas steuerliche Einnahmen zu erzielen, die man dann wieder zu steuerlichen Ausgaben machen kann.

Doch an keinem steuerlich belastbaren Gut wird so plastisch, wie wenig sinnvoll Geben ist, obwohl man vorher genommen hat. Erdgas – und das wird in der Heftigkeit der Politik immer wieder verdrängt – ist bereits Träger einer Energiesteuer, nämlich der Mineralölsteuer.

Der Erdgaspreis, sowohl beim Einkauf im Ausland wie beim Verkauf in der Bundesrepublik, orientiert sich an einem Preisindex aus konkurrierenden Energien, der allerdings vom Mineralöl dominiert wird. Eine Erdgassteuer würde demnach eine Doppelbesteuerung dieser Energie bedeuten.

Und die Folgen einer solchen Doppelbesteuerung zeigen das Ausmaß der politischen Sünde einer Besteuerung des Erdgases. Das Energieprogramm der Bundesregierung fordert Diversifizierung der Energiequellen, um aus der Ölkrise herauszukommen. Erhöhung der Nutzungsgrade der eingesetzten Ener-

gie. Entwicklung neuer Technologien und Umweltschutz.

Erdgas bietet alles, da es aus eigener Erde stammt und vornehmlich aus politisch befriedeten Gebieten importiert wird. Die Investitionen zur Heranführung des Gases bestreiten die Lieferländer, womit die Versorgungssicherheit steigt. Erdgas wird umweltschonend durch Pipelines transportiert und nicht von Tankwagen. Erdgas kostet frei Grenze weniger als äquivalente Mengen Öl; es spart also Devisen. Erdgas verbrennt umweltfreundlich, es kann also auch dort noch Arbeitsplätze schaffen, wo andere Energietypen die Grenzen der Umweltbelastung erreicht haben.

Eine Steuer auf Gas würde all diese Vorteile, die durchweg politische Vorteile sind, zunichte machen. Denn: Die Erdgassteuer kann nicht auf die Lieferanten von Erdgas abgewälzt werden. Sie haben sich der Philosophie angeschlossen, daß Erdgas im Verbraucherland konkurrenzfähig sein muß; entsprechend steigen oder fallen die Erdgasbezugspreise mit denen der Konkurrenzenergien. Eine Steuer würde eine künstliche Wettbewerbschürde im Inland errichten und nicht nur die hier vorgenommenen Investitionen von 9 Mrd. Mark bis Anfang 1984 gefährden, sondern auch jenen Milliardenaufwand, den die Erdgaslieferländer betreiben, um die Bundesrepublik sowohl aus dem Osten, aus dem Norden wie aus dem Westen zu beliefern.

Hier liegt eine außenpolitische Fußangel: Die Erdgaswirtschaft würde als weltweiter Partner unglaubwürdig, wenn sie zum Spielball nationaler Steuerpolitik würde. Sie wäre nicht langfristig berechenbar für die Handelspartner. Und das ist tödlich für einen Versorger, der nur langfristig Energie beschaffen kann.



Die Gaswirtschaft blickt auf eine lange Tradition zurück. Hannover und Berlin waren 1825 beziehungsweise 1926 die ersten deutschen Städte mit Gaswerken.

1952 entstand dieses Plakat „100 Jahre Gas in Basel“ des Ateliers Eldenbenz. Es ist im Deutschen Plakat Museum Essen ausgestellt.

FOTO: MANFRED GRUNOW

DVGW: Forum mit langer Tradition

DW, Essen

Wenn Professor Eugen Seibold am 5. Juni in Berlin über die „Forschung als Zukunftssicherung“ referiert, werden zahlreiche Scheinwerfer gleiches Licht verbreiten. Anlaß ist das 125jährige Jubiläum des Deutschen Vereins des Gas- und Wasserfaches (DVGW). 1859 etablierte sich in Frankfurt am Main der „Verein deutscher Gasfachmänner“; zehn Jahre später, 1869, schlossen sich die Wasserfachleute an. Heute zählt der DVGW rund 5000 Mitglieder – Ingenieure, Versorgungsunternehmen und Firmen des Gas- und Wasserfaches. Schwerpunkt sind die Erarbeitung und Herausgabe der Technischen Regeln für Planung, Bau und Betrieb von Anlagen zentraler Gas- und Wasserversorgung.

Als der Verband in Frankfurt gegründet wurde, diente Gas hauptsächlich zur Beleuchtung. „Väter der Gasindustrie“ sind jedoch die Engländer William Murdoch und Samuel Glegg. 1792 beleuchtete Murdoch sein Haus in Cornhill in London. 1825 erhielt Hannover als erste Stadt in Deutschland ein Gaswerk, allein zum Zweck, die Stadt zu beleuchten. Ein Jahr später, Berlin, München – die Stadt des 18. Weltgaskongresses 1985 – folgte 1848.

1870 waren bereits 340 deutsche Gaswerke damit beschäftigt, aus Kohle, Holz und Torf den Energieträger Gas für die öffentliche Beleuchtung und die privaten und industriellen Verbraucher zu erzeugen. 1910 wurde die erste deutsche Ferngasleitung von Duisburg nach Barmen (heute ein Stadtteil Wuppertals) gebaut und das erste deutsche Erdgas in der Nähe von Hamburg gefunden.

Flüssiggas - abrufbereit auf Lager

H.-D. WEHNER, Dortmund

Flüssiggas ist keine der großen Energien wie Heizöl, Kohle oder Erdgas. Sein Anteil am Primärenergieverbrauch beträgt nur etwa ein Prozent, doch wirtschaftliche Einsatzmöglichkeit und Umweltfreundlichkeit machen Flüssiggas zu einer Ergänzungsenergie. In fast zehn Prozent aller deutschen Haushalte wird Flüssiggas verbraucht, 1983 mehr als zwei Millionen Tonnen.

Flüssiggas stammt heute in der Bundesrepublik zu 75 Prozent aus der Rohölverarbeitung und zu 25 Prozent aus Importen, die bei der Erdölförderung durch sogenannte assoziierte Gase und bei der Erdgasgewinnung durch Trennung von nassen Erdgasen anfallen. Aus diesen Quellen steht Flüssiggas (international LPG - Liquefied Petroleum Gas) in den Nahost-Staaten und aus der Nordsee zur Verfügung. So exportierten die Nahost-Staaten 1983 rund 16 Millionen Tonnen, in der Nordsee wurden knapp drei Millionen Tonnen LPG gefördert. Die Mengen in Nahost sollen bis 1985 auf 30 Millionen Tonnen und in der Nordsee auf vier Millionen Tonnen steigen.

Mit dem Rückgang des Mineralölkonsums und der Stilllegung von Raffineriekapazitäten wird der Import von LPG weiter zunehmen, so daß 1985 rund 50 Prozent des Bedarfs in Westeuropa durch Importe gedeckt werden müssen.

In der Bundesrepublik haben sich Mineralölförderung und Flüssiggasversorgungsunternehmen auf diese strukturelle Änderung eingerichtet. Neben Seeterminals in der Rhein-Schelde-Mündung (Rotterdam, Antwerpen und Vlissingen) bestehen zwei Terminals in Emden und in Brunsbüttel. Vorwiegend an der Rheinschleife sind Binnenlager mit großen Lagerkapazitäten errichtet worden, die per Schiff die Versorgung mit LPG sichern.

LIEFERVERTRÄGE / Niederlande wollen über eine Verlängerung ihrer Abkommen sprechen

Die große Frage: Wie sicher ist die Versorgung?

HANS BAUMANN, Essen

Dauerbrenner der Diskussion um das Erdgas ist die Frage seiner sicheren Verfügbarkeit. Und mitten in diese Diskussion springt die Nachricht, daß die Niederlande ihr Interesse bekundet haben, über die Verlängerung ihrer Lieferverträge mit der Bundesrepublik bis zum Jahr 2010 zu verhandeln.

Gesichert und ausbaufähig sind auch die Abkommen mit den Norwegern, die große Gasfelder in der Nordsee besitzen und als Low Absorber (geringer Eigenverbrauch) über ein beträchtliches Exportpotential verfügen, das allerdings nach dem jetzigen Stand der Exportpolitik nicht über das Maß von 90 Mill. Tonnen Steinkohleeinheiten pro Jahr hinausgehen soll.

Wenig bekannt und daher besonders erwähnenswert ist die Tatsache, daß die Bundesrepublik selbst ein sehr großer Erdgasproduzent ist. Rund ein Drittel des hier jährlich verbräuchten Erdgases stammt aus deutschem Boden. Und die heimischen Produzenten sind sicher, daß auch

bei wachsendem Erdgasbedarf im Jahr 2000 immer noch ein Viertel des Bedarfs aus heimischen Quellen stammen wird.

Ganz anders als bei anderen Importenergien bezieht sich die „Importproblematik“ beim Erdgas auf nur zwei Drittel des Bedarfs. Aber auch dieser nicht geringe Anteil muß noch einmal relativiert werden. Wer wollte die Niederlande als einen problematischen Handelspartner innerhalb der EG bezeichnen? Aber neben dem einen Drittel aus eigener Erde stammt ein zweites Drittel des Bedarfs eben aus den Niederlanden, man könnte dieses Erdgas „quasi-heimische Energie“ nennen.

Das gleiche gilt mit Sicherheit für Erdgas aus Norwegen, das sich mit einem Siebtel an unserer Versorgung beteiligt – und darin wie alle übrigen Lieferanten eine sichere Devisenquelle für die eigene wirtschaftliche Entwicklung sieht.

Ein Fünftel des Erdgasbedarfs allerdings stammt aus der Sowjetunion – abgesetzt übrigens von allen bisher in Bonn regierenden Parlamen-

ten. Die wirtschaftliche „Sicherheit“ dieses Gases kann auch nicht bestritten werden.

Die Sowjets sind der größte Erdgasproduzent der Welt. Während ihre Rohölexporte von rund 23 Mill. Tonnen bis 1985 nach Plan auf 5,4 Mill. Tonnen zurückgehen sollen, um die Reserven zu strecken, soll das Erdgas dieses Defizit nach Möglichkeit wieder aufarbeiten.

Daher waren die Sowjets in allen drei bisher mit ihnen und den westeuropäischen Staaten ausgearbeiteten Lieferverträgen bereit, Preise zu akzeptieren, die sich an den Konkurrenzenergien in den Verbraucherländern orientieren – und mit ihnen in zeitlichen Intervallen auch schwanken.

Sie waren zudem bereit, Milliarden-Investitionen in ein gewaltiges Pipeline- und Pumpstationen-System zu stecken, um das Gas an die deutsche Grenze bei Weidhaus in der Tschechoslowakei heranzuführen und dort zu übergeben. Und nur was dort ankommt, wird bezahlt und über ein spinnwebartiges Verbundsystem

in die übrigen westeuropäischen Länder weitergeleitet.

„Sicherheit“ ist man auch in der Energieversorgung nur in Abrahams Schoß. Da der aber nicht zu der winzigen Öko-Nische gehört, in der der Mensch auf diesem Planeten Erde lebt, in der er schon bei 15 Grad friert und bei 25 Grad schwitzt, wird Sicherheit in diesem Bereich immer wieder neu definiert werden müssen.

„Sicherheit“ ist zur Zeit jedoch, daß selbst dann, wenn die sowjetischen Erdgaslieferungen einen Anteil von 30 Prozent (und damit endgültig die Spitze ihres Anteils) zu Beginn der neunziger Jahre erreicht haben werden, ein totaler Lieferausfall aus dem Osten die Erdgasversorgung Westeuropas nicht zusammenbrechen lassen wird. Norwegische, niederländische und auch westdeutsche Quellen können – vertraglich gesichert – in einem solchen Fall in die Bresche springen. Die Erdgasspeicher dienen als kleiner Puffer, aber auch die immer noch unter den Kraftwerkskesseln verfeuerter rund 10 Milliarden Kubikmeter im Jahr könnten der Steinkohle oder

der Kernkraft weichen und in die Gasnetze eingespeist werden.

Wer so weit vorausschauend und sich partout den Teufel an die Wand malen will, der sollte auch daran denken, daß wahrscheinlich in den neunziger Jahren die Kohlevergasung ihre ersten Produkte in die Pipelines einleiten wird.

Die Sicherheitsperspektive hat aber globale Dimensionen. Die Zeit ist nicht mehr fern (USA, Japan, Spanien und England leben bereits in ihr), da auch die Bundesrepublik über das bereits in Wilhelmshaven als Areal ausgewiesene Flüssigerdgas-Terminal Gas aus aller Welt heranzuführen kann, nicht aus dem schwelenden Nahen Osten, sondern aus afrikanischen Staaten (etwa Nigeria, Kamerun, Algerien), aber auch aus Südamerika und aus der nordkanarischen Inselwelt, wo riesige Vorkommen geortet wurden.

Die Gasversorgung ist sicher, soweit etwas sicher sein kann. Daß sie sicher und als Quelle nutzbar bleibt, ist auch eine Frage der Umsicht der heimischen Energiepolitik.

Weniger Erdgas, mehr Dreck in der Luft

Bm, Essen

Gern wird dem Erdgas von seinen Gegnern im Markt vorgeworfen, es emittiere Stickoxide (NOx). Bei allen bekannten Verbrennungsprozessen wird NOx frei, beim Erdgas jedoch im Vergleich zu anderen Brennstoffen relativ wenig. Und die Arbeiten an neuen feuerungstechnischen Anlagen lassen eine starke Verringerung der jetzt schon geringen Mengen NOx erwarten.

Ohne Erdgas wären die Umweltprobleme in der Bundesrepublik weitaus gravierender, denn dann müßten weniger umweltfreundliche Primärenergien importiert werden. Würde das heute im Bundesgebiet eingesetzte Erdgas durch diese anderen Energien ersetzt, so würde sich allein die jährliche Emission an Schwefeldioxid um über 25 Prozent, nämlich um eine Million Tonnen auf 4,5 Mill. Tonnen, erhöhen. Die Abgabe von Erdgas sind praktisch frei von Schwefeldioxid, Kohlenmonoxid und Fluoriden. Für den Umweltschutz wichtig: Erdgas bedroht weder das Erdreich noch die Gewässer.

Eine Energie, die sich selbst ein Limit setzt

Bm, Essen

Während alle bisherigen Primärenergien in Deutschland, die das industrielle Zeitalter anfeuert, oder nach dem Kriege den Wiederaufbau bewerkstelligten und die dritte industrielle Revolution mit Kraft versorgten, tradierten Mustern folgten und nach Möglichkeit eine Monopolstellung erringen wollten, legt sich das Erdgas selbst Zügel an. Erkennt wurde in diesem Wirtschaftszweig, daß die Sicherheit der Versorgung für diese Industrienationen nur gewährleistet ist, wenn eine möglichst breite Palette an Energieträgern eingesetzt wird.

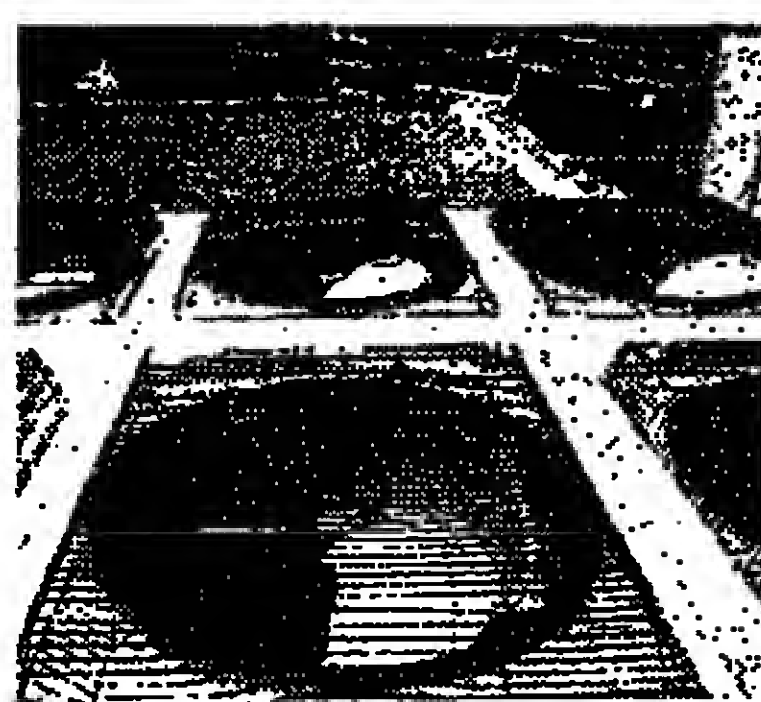
So beträgt der Erdgasanteil nach kaum 20 Jahren Siegeszug gerade 16 Prozent des Primärenergieverbrauchs. Das Ziel: 18, bestenfalls 20 Prozent. Dann werden, statt der jetzt 6,5 Millionen Wohnungen, in der Bundesrepublik rund acht der rund 23 Millionen Wohnungen mit Erdgas beheizt werden.

Am Energiebedarf der Industrie wird der Anteil dann rund 23 Prozent betragen.

Wir mögen Flachdächer. Weil dort der Luftverdampfer Sonnenenergie am besten nutzen kann

RUHRgas

Wir sorgen für Erdgas. Und helfen es sparen.



In Almelo/Niederlande reagierte ein Gasversorgungsunternehmen konsequent auf steigende Energiepreise. Das 1967 errichtete Verwaltungsgebäude der COGAS N.V. wurde nachträglich mit einer BAUER Gaswärmepumpe ausgerüstet. Mit einem Verdampfer auf dem Dach und einer Wärmepumpenanlage mit Pufferspeicher und Spitzenlastkessel im Erdgeschoß.

Bei Außentemperaturen über -5°C deckt die Wärmepumpe allein den Wärmebedarf. An kälteren Tagen wird der Kessel gebraucht, zum Teil auch zum Parallelbetrieb. Diese Kombination ist sehr wirtschaftlich. Die BAUER Gaswärmepumpe leistet dabei 95% der Jahreswärmeleistung.

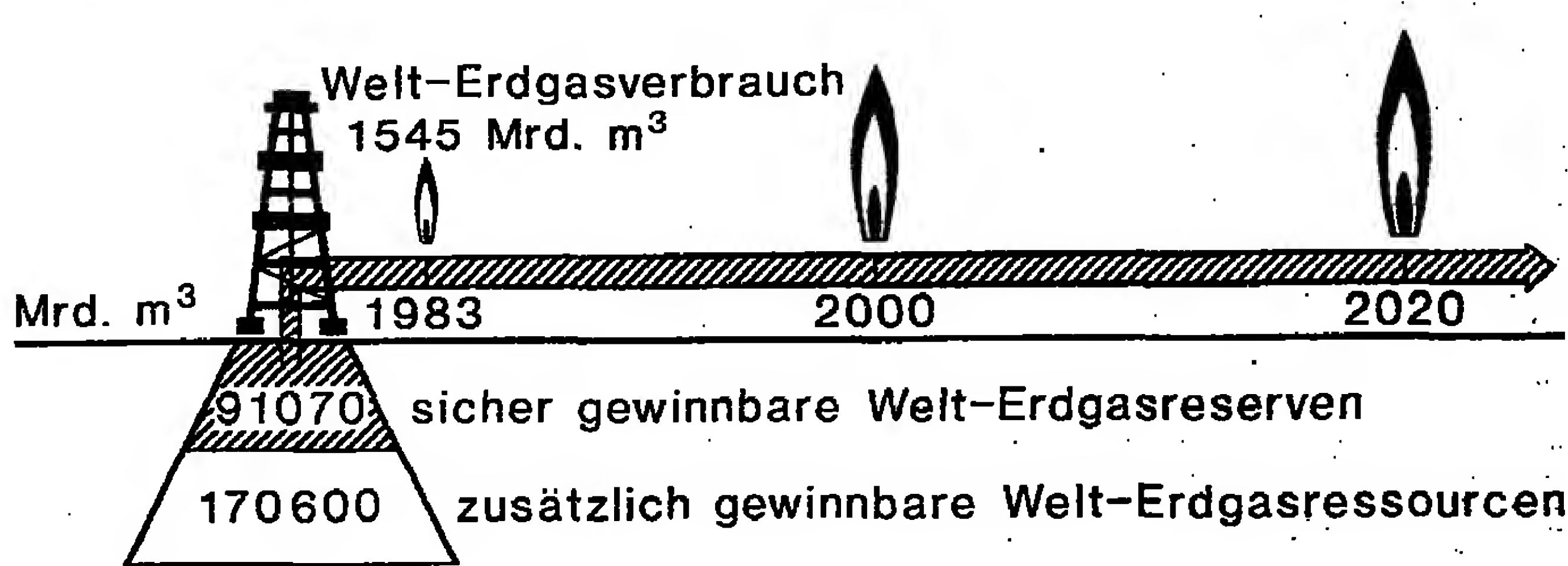
System Bauer – BAUER ist führend bei Serien-Wärmepumpen mittlerer Leistungsgrößen. Mit seinen Wärmepumpen nach dem Kompressionsprinzip kann BAUER ein Ruhrgas Wärmepumpen System anbieten, das sich z. B. in Mehrfamilienhäusern, Gewerbebetrieben, Hallenbädern bewährt hat. Diese Serien-Wärmepumpen eignen sich vor allem für Objekte mit einem Wärmebedarf von 100 – 1.000 kW. Durch hohe Vorlauftemperaturen sind sie für konventionelle Heizsysteme und Warmwasserbereitung einsetzbar und damit auch bei Modernisierungsvorhaben interessant.

Informationsmaterial über BAUER Wärmepumpen erhalten Sie kostenlos von **Ruhrgas AG, Direktion IV**
Huttopstraße 60 · 4300 Essen 1

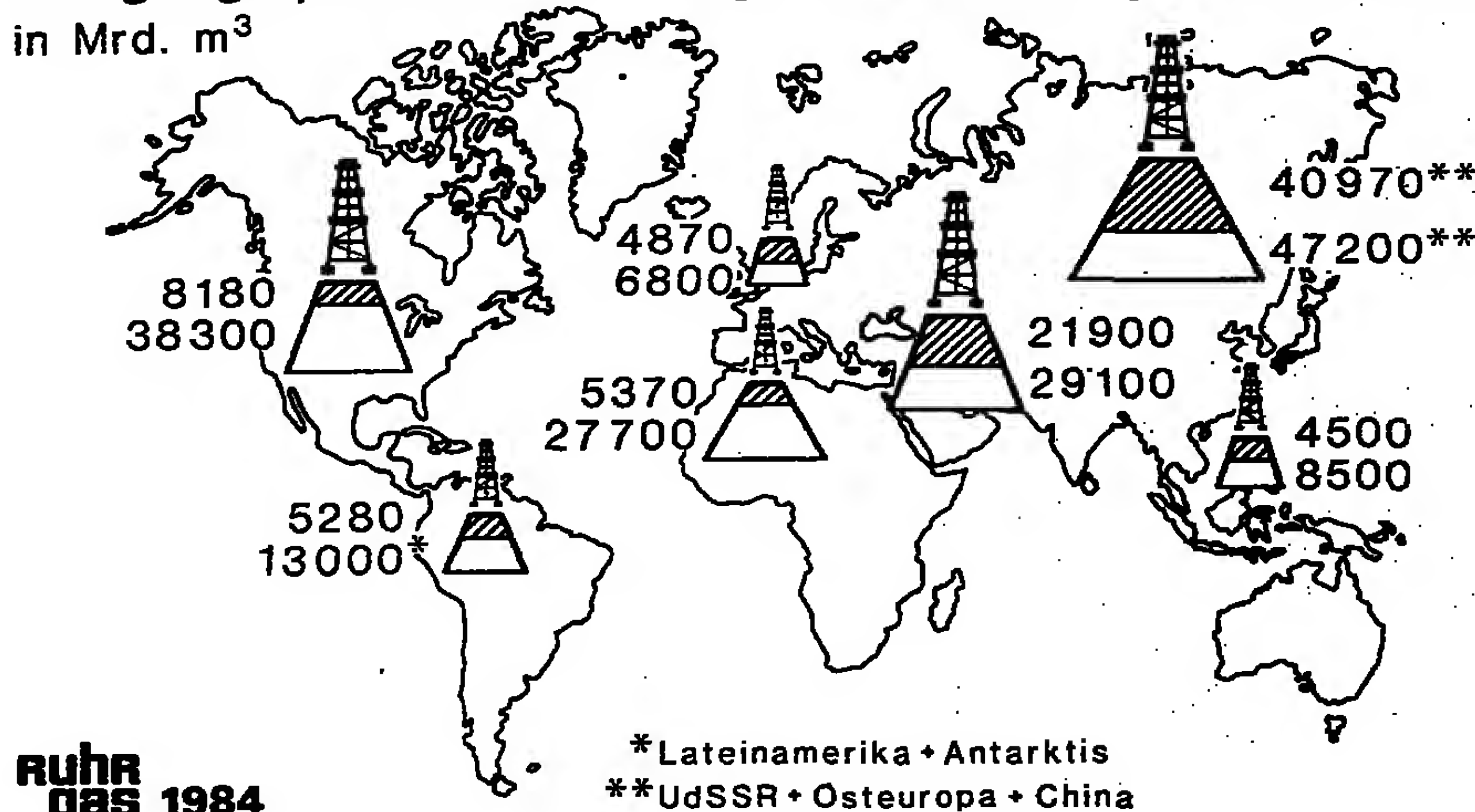
Ruhrgas Wärmepumpen Systeme

Erdgas auch nach 2000

Insgesamt sind die Welterdgasreserven groß genug, um eine weiter steigende Nachfrage in allen Verbrauchsregionen der Welt zu decken. Die sicher gewinnbaren Welterdgasreserven belaufen sich auf rund 91 000 Milliarden Kubikmeter, etwa 109 Milliarden Tonnen Steinkohleeinheiten (SKE). Hinzu kommen zusätzlich Welterdgasressourcen von 171 000 Milliarden Kubikmeter (205 Milliarden Tonnen SKE). Im Jahre 1983 wurden in der Welt 1,85 Milliarden Tonnen SKE Erdgas gefördert. Die sicher gewinnbaren Welterdgasreserven haben in Relation zu dieser Jahresfördermenge rechnerisch eine Reichweite von über 50 Jahren. Unter Einbeziehung der zusätzlich gewinnbaren Ressourcen ergibt sich eine statische Reichweite, die dreimal so groß ist.



Die geographische Verteilung der Welt-Erdgasressourcen in Mrd. m³



ruhr gas 1984

WÄRMEPUMPE / Neue Technologie

Lebensdauer durch thermischen Antrieb

Die Bundesregierung fördert in der 3. Fortschreibung ihres Energieprogramms im Rahmen der Entwicklung neuer Technologien zur Energieeinsparung und Ölverdrängung von der Wirtschaft die Entwicklung energiesparender Geräte.

Dies bedeutet auch für die deutsche Gas-Wirtschaft ein intensives Engagement auf diesem Gebiet, insbesondere bei Weiterentwicklung der Wärmepumpentechnologie.

Die Westfälische Ferngas-AG hat dieser Tatsache Rechnung getragen, indem sie 1980 mit der Rekord Heizungs- und Klimatechnik Rückelshausen GmbH & Co. KG, Pflüggel, eine gemeinsame Tochter, die AWT Absorptions- und Wärmepumpen GmbH, gegründet hat. Der 1982 die Erdgas Südwestfalen GmbH als weitere Gesellschafterin hinzutreten ist. Ziel der Gesellschaft ist die Entwicklung, die Herstellung und der Vertrieb von energiesparenden Geräten. Hierbei steht die Entwicklung von Gas-Absorptionswärmepumpen, insbesondere auch für kleinere Mehrfamilienhäuser, im Vordergrund, die im Gegensatz zu den bekannten Kompressionswärmepumpen nicht mit einem mechanischen Kompressor, sondern mit einem thermischen Verdichter angetrieben wird. Der besondere Vorteil des thermischen Antriebs ist die mit Heizkesseln vergleichbare Laufzeit, Verschleiß- und Wartungsarmut sowie eine lange Lebensdauer.

Der Arbeitsprozeß der Gas-Absorptionswärmepumpe (GAWP) läuft so ab, daß ein Kältemittel (Ammoniak) in einem Kondensator verdichtet und nach Entspannung in einem Ver-

dampfer verdampft wird. Danach wird das Kältemittelgas in einem Absorber von einem Lösungsmittel (Wasser) gelöst (absorbiert), durch eine Lösungspumpe auf das Kondensatordruckniveau gefördert und in einen Ausreiber durch Auskochen wieder vom Lösungsmittel befreit. Anschließend strömt das Kältemittel in den Kondensator und die entgaste Lösung in den Absorber zurück, so daß die beiden kombinierten Kreisläufe geschlossen sind. Die Abfuhr von Heizungsenergie erfolgt im Kondensator und Absorber, die Aufnahme der Umweltwärme im Verdampfer und die Zufuhr der Antriebswärme durch die Beheizung des Ausreibers. Seine Leistung ist, wie bei jedem Gasheizkessel, in Grenzen einstellbar.

In Abhängigkeit der Heizwasser- und Verdampfungstemperaturen werden durch die Umweltwärmequelle unterschiedliche Anteile der Gesamt-Heizleistung (25 bis 35 Prozent) in den Arbeitsprozeß eingekoppelt, die in etwa der Größenordnung der Energieersparnis entsprechen.

Die maximale Vorlauftemperatur der GAWP beträgt derzeit 53°C. Der monovalente Betrieb einer GAWP erfordert damit ein Niedertemperatur-Heizungssystem, zum Beispiel eine Fußbodenheizung. Für den Bereich der Altbauwärmenutzung bietet sich bei vorhandenen Radiatoren-Heizungssystemen vor allem die Nachrüstung für den bivalenten Betrieb an, da vorhandene konventionelle Wärmepumpen im Einsatz bleiben können. Derzeit sind mehr als 100 Gas-Absorptionswärmepumpen installiert und in Betrieb.

ALTERNATIVE / Schadstoffemission würde wesentlich gesenkt - In Nachbarländern billiger als Superbenzin

Autogas – dritte Kraft neben Benzin und Diesel?

Von HANS BRAND

Der Start war imponierend: Jeder sprach von Autogas, als die Internationale Automobilausstellung im September 1981 ihre Tore öffnete. Fast jeder Automobilhersteller und Importeur bot Autogasfahrzeuge an, selbst Daimler-Benz stellte einen „Mercedes-Benz 200 mit Flüssiggasantrieb“ vor.

Bis zum Jahresende 1981 gab es bereits ein respektables Netz von über 600 Autogastankstellen. Die rührigen Lieferanten für Autogasanlagen richteten überall Fachwerkstätten ein, die für Beträge von rund 1500 bis 2000 DM einen Benziner für den bivalenten Betrieb mit Autogas umrüsteten. Zwar nahm der Gastank einen guten Teil des Kofferraums in Anspruch, aber dafür hatte man auch fast die doppelte Reichweite. Umgeschaltet wurde während der Fahrt, ohne jede Unterbrechung.

Der Betrieb von Ottomotoren mit Flüssiggas – überwiegend Propan, einer leicht verdampfenden Flüssigkeit aus der Reihe der Kohlenwasserstoffe, zu denen auch Benzin und Dieselkraftstoff gehören – war im Prinzip nichts Neues. Aus Kriegs- und Nachkriegszeit sind die zylinderförmigen Treibgasflaschen noch gut in Erinnerung; besonders der Opel-Blitz-Lkw wurde viel damit gefahren. In Deutschland wurde aber der Autogasmarkt nicht weiterentwickelt, weil die hohe Treibgassteuer keine genügenden Preisvorteile zuließ. Andere Kraftstoffe waren ja ausreichend vorhanden – an Umweltschutz dachte noch niemand.

In vielen Nachbarländern wurde Autogas dagegen steuerlich so bevorzugt, daß es sich als alternativer Kraftstoff im Markt etablieren konnte.

So fahren in Belgien etwa 100 000 und in den Niederlanden 400 000 Autogasfahrzeuge, in Italien sind es bald eine Million. Die niedrige Besteuerung sorgt dafür, daß eine Preisdifferenz entsteht, aus der die Kosten der Autogasanlage in ein bis zwei Jahren amortisiert werden können – und dann fängt das billige Autofahren an.

Heute tankt der Autogasfahrer das hochoktante Autogas in Italien um etwa 38 Prozent, in Belgien um rund 53 Prozent und in den Niederlanden sogar um 57 Prozent billiger als Superbenzin. Zwar zahlt der Holländer eine zusätzliche Steuer für sein Gasauto, die mit einem Betrag von jährlich etwa 300 bis 400 Gulden (je nach Fahrzeuggewicht) bei Vielfahrern aber nicht allzustark ins Gewicht fällt: es verbietet ein effektiver Preisvorteil von gut 45 Prozent.

Zum Tanken fahren sie ins billige Ausland

Der deutsche Autogasfahrer muß sich dagegen zur Zeit mit mageren 25 Prozent Vorteil begnügen. Kein Wunder, wenn die Zahl der bundesdeutschen Autogasfahrzeuge bei rund 25 000 stehengeblieben ist und der Umsatz an den 700 deutschen Autogastankstellen hauptsächlich von den durchreisenden Holländern und Belgiern gebracht wird. So gehören denn auch die beiden einzigen Autobahn-Autogastankstellen im Brohltal an der A 61 und Köln-Koblenz zu den wenigen, die sich über mangelnden Zuspruch nicht zu beklagen brauchen. Dort tankten 1983 etwa 50 000 Autogasfahrer, überwiegend Holländer. Dagegen treibt es die deutschen Autogasfahrer zum Tanken ins billige

Ausland, vor allem an den Grenzen zu Belgien und den Niederlanden.

Zwar hat schon der ehemalige Bundesinnenminister Baum den Umweltschutz auf sein Panier geschrieben, aber die politische Wende hat ihn nicht mehr dazu kommen lassen, das Autogas als umweltfreundlichen Kraftstoff so zu fördern, wie es die von ihm veranlaßte Stellungnahme des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen vom Mai 1982 ausdrücklich empfiehlt. Sein Nachfolger im Amt hat die Maßlinie der Umweltfreundlichkeit wesentlich höhergelegt – sicher nicht ganz zu unrecht, aber in einer Weise, die viele Zweifel aufkommen läßt.

Während sich die Experten noch nicht einmal einig sind über Wesen und Ursache der global als Waldsterben bezeichneten Krankheit, verordnete Bundesinnenminister Zimmermann bereits die bittere Medizin, von der mit Sicherheit nur eines bekannt ist: bleibendes Benzin und Katalysatortechnik würden uns viele Milliarden kosten.

Das Umweltschutzkonzept des Innenministeriums konzentriert sich mit seinen Forderungen nach drastischen Reduzierungen der CO₂, HC- und NO_x-Emissionen ganz auf Benzinautos, die aus heutiger Sicht nicht am Katalysator und bleibenden Benzin vorüberkommen. Selbst wenn das ab 1.1.1986 für Neufahrzeuge gelten sollte, so reduziert sich der Abgasbestand von gut 20 Millionen Benzinfahrzeugen erst ganz allmählich bis weit in die neunziger Jahre.

Dieselfahrzeuge sind bisher überhaupt noch nicht angesprochen. Zwar erreichen sie mit Mühe und Not die vorgegebenen drei Grenzwerte für CO, HC und NO_x, aber bekannt ist, daß Schwefeldioxid, Ruß, Ge-

stank und Lärm auch nicht gerade gesundheitsfördernd sind. Und Autogasfahrzeuge? Die guten Eigenschaften werden nicht gewertet (kein SO₂, wenig CO, kein Blei, kein Ruß, keine Wasserverschmutzung), die NO_x- und HC-Emissionen zwingen ihn den Katalysator auf. Auch daß die Kohlenwasserstoff-Emissionen des Autogasmotors unschädlicher sind, weil sie kaum polyzyklische aromatische Verbindungen enthalten, hat den Innenminister nicht zu einer differenzierten Wertung veranlaßt.

Auch ohne Katalysatoren Reduzierungen möglich

Mit anderen Worten: Das Umweltschutzkonzept in seiner heutigen Form ist unausgewogen und nicht umfassend. Es richtet sich gegen Benzinfahrzeuge und deren spezielle Emissionen, es übersieht die Umweltbeeinträchtigungen durch Dieselfahrzeuge und bevorzugt sie dadurch, es läßt die Vorzüge des Autogasbetriebs außer acht und benachteiligt damit diesen Kraftstoff. Darüber hinaus ist der gesamte Lkw-Bereich ausgeklammert.

Als sich am 8. Mai Fachleute der Autogasbranche in Bonn mit diesem Thema auseinandersetzten, vertraten sie die Meinung, daß der verstärkte Einsatz von Autogas bereits kurzfristig zu einer wesentlichen Minderung der Schadstoffemissionen beitragen könnte. So ist man davon überzeugt, bereits in Kürze das vom Umweltbundesamt in Berlin ausgeschriebene Umweltzeichen für Autogasanlagen zu erlangen. Bei den ersten Abgasmessungen des TÜV in Essen sollen die geforderten Schadstoffreduzie-

rungen gegenüber dem Benzinbetrieb von minus 70 Prozent bei CO und minus 30 Prozent bei HC gut erreicht worden sein.

Andere Versuche zeigen, daß auch ohne Katalysatortechnik erhebliche Reduzierungen der Stickoxide möglich sind. Um jedoch das Entwicklungspotential ausschöpfen zu können, das die Autogasbranche noch bietet (z.B. durch Anwendung des sogenannten Magerkonzepts mit Verbrennung bei hohem Luftüberschuß) bedarf es einer Förderung durch die Bundesregierung. Die Automobilindustrie, von der solche Entwicklungsarbeit eigentlich kommen sollte, ist noch für lange Zeit mit der Umstellung auf die neue Katalysatortechnologie voll ausgelastet. Es kann ihr auch nicht verübelt werden, wenn sie sich mit der Weiterentwicklung einer Kraftstofftechnik befaßt, für die im augenblicklichen Umweltschutzkonzept der Bundesregierung kein Platz vorgesehen ist.

Das Bundeswirtschaftsministerium hat bereits wiederholt zu erkennen gegeben, daß es aus energiepolitischen Gründen neben Benzin und Diesel an einem dritten Kraftstoff interessiert ist, zumal Methanol und andere Alternativen in absehbarer Zeit keine praktische Bedeutung erlangen dürften. Auch der Bundesfinanzminister hat bereits signalisiert, daß er bereit sei, Autogas bei eventuellen Veränderungen der Mineralölsteuer wohlwollend zu behandeln. Die Vertreter des Autogas hoffen, daß auch der Bundesinnenminister, gesprächsbereit sein wird, wenn erst einmal in Brüssel Einigkeit zwischen den EG-Partnern über eine gemeinsame Linie in der Umweltpolitik erzielt worden ist. Und die ist schon lange überfällig.

INTERNATIONALE GAS-UNION

Hier werden Wissen und Erfahrung gehandelt

B. S.-G. Essen

Als sich 1981 zwölf nationale Verbände der Gaswirtschaft zur Internationalen Gas Union (IGU) zusammenschlossen, stand der Gedanke im Vordergrund, die enormen Kosten für Forschung und Entwicklung zu teilen und alle interessierten Länder an diesem Fortschritt partizipieren zu lassen.

Seit April dieses Jahres zählt die IGU 42 Mitgliederstaaten, die mehr als 90 Prozent der Welterdgasproduk-

ständige Kommissionen und Arbeitsgruppen geleistet.

Gegenwärtig sind acht internationale Zusammensetzungen Kommissionen mit den Themen Gewinnung, Aufbereitung und Untertagespeicherung von Erdgas, Gaserzeugung, Gastransport, Gasverteilung, der häuslichen und kollektiven Gasverwendung, der industriellen und kommerziellen Gasverwendung, mit Statistik und Dokumentation sowie den Problemen verflüssigter Gase beschäftigt.

Die Ergebnisse der Kommissionen werden alle drei Jahre auf dem Weltgaskongress präsentiert. Gastgeber ist das Land des amtierenden Präsidenten. Nach dem Weltgaskongress 1982 in Lausanne wurde Christoph Brecht, Vorstandsmitglied der Ruhrgas AG, Präsident der IGU. Der nächste Weltgaskongress findet somit in der Bundesrepublik Deutschland statt.

Vom 24. bis 27. Juni 1985 erwartet München die Fachleute aus der Gas- und Energiewirtschaft. Mit dem Kongress verbunden ist die Weltgasausstellung, Präsentation der neuesten Erzeugnisse der Gasindustrie.

Aus der Erkenntnis heraus, daß sich das Energieproblem dieser Welt nur im Zusammenwirken aller Energieträger sicher und langfristig lösen läßt, steht die IGU in ständigem Kontakt mit anderen internationalen Organisationen und der Weltenergiekonferenz. Zuverlässige Schätzungen besagen, daß der weltweite Erdgasverbrauch bis Ende des Jahrhunderts auf rund 3,3 Milliarden Tonnen Steinkohleeinheiten (SKE) steigen wird.



Emblem des Münchner Kongresses

tion und 95 Prozent des Welterdgasverbrauchs repräsentieren. Jüngstes Mitglied ist Portugal, dessen Beobachterstatus auf der letzten IGU-Ratssitzung in London in eine Vollmitgliedschaft umgewandelt wurde.

Heute konzentriert die IGU ihre Arbeit auf den Erfahrungsaustausch aktueller Probleme. Die wissenschaftliche Arbeit wird durch



Wir sind mit Energie dabei

Über 2.000 qualifizierte Mitarbeiter setzen in unserem Unternehmen ihre Energie ein, für Energie aus einheimischen Quellen und langfristig gesicherten Importen.

An der inländischen Erdgasproduktion haben wir einen Anteil von etwa 30 %, beim Erdgas sind es rund 60 %. Erdgasimporte aus den Niederlanden aus Norwegen und zukünftig auch aus anderen Regionen ergänzen unser Aufkommen. Damit leisten wir einen bedeutenden Beitrag zur Deckung

unseres Energiebedarfs, denn mehr als jeder vierte Kubikmeter Erdgas, der in unserem Lande verbraucht wird, stammt von BEB.

Daß wir diese Position erreicht haben, ist kein Zufall, sondern das Ergebnis jahrzehntelanger Bemühungen mit Investitionen in Höhe von mehreren Milliarden DM. Um auch in Zukunft diesen Beitrag leisten zu können, müssen wir weiter investieren und neue Ideen entwickeln. Wir sind mit Energie dabei.

EINSPARUNG / Neue Techniken und Technologien verringern den Energieverbrauch

In drei bis sechs Jahren das Geld zurück

KLAUS-P. SCHNEIDER, Essen
Das Thema „Energieeinsparung“ bleibt auch vor dem Hintergrund der derzeitigen Enispannung am Energiemarkt aktuell. Der im Laufe der letzten Jahre erreichte Kostenaufwand für die Wärmeversorgung hat sich im Bewusstsein des Verbrauchers verankert, so daß nach wie vor effiziente Möglichkeiten zur Reduzierung der Energiekosten gesucht werden.

Bei der Auswahl dieser Möglichkeiten zeichnet sich jedoch zunehmend eine kritische Einstellung ab. Hausbesitzer und Wohnungseigentümer achten stärker als bisher darauf, die effektiven Kosten der einzelnen Maßnahmen auch im Zusammenhang mit der zu erwartenden Amortisationsdauer zu bewerten.

Eine gesunde Portion Skepsis ist tatsächlich angebracht, denn in der Vergangenheit wurden häufig genug wahre „Energiesparwunder“ offeriert, deren angebliche Wirkung mit der Realität kaum in Einklang zu bringen war.

Unabhängige Untersuchungen des Bundesbauministeriums und der Stiftung Warentest geben dem Verbraucher vergleichbare Daten als Entscheidungshilfe an die Hand. Danach amortisieren sich die Aufwendungen für die Erneuerung und Modernisierung der Heizung besonders schnell – je nach Alter und Zustand des vorhandenen Wärmezeugers in drei bis sechs Jahren.

Die Optimierung der Heizungsanlage ist auch von volkswirtschaftlichem Interesse, wenn man bedenkt, daß in der Bundesrepublik über fünf Millionen Heizungsanlagen veraltet sind und rund 30 Prozent mehr Energie als notwendig für die Wärmezeugung verbrauchen.

Neue Kesselgeneration

Im Vergleich zu Wärmezeugern älterer Bauart zeichnet sich die heutige Generation von „Sparkesseln“ vor allem durch wesentlich höhere Wirkungsgrade aus. Durch eine Summe von Maßnahmen – angefangen bei der witterungsgeführten Kessel- und Vorlauftemperaturregelung über den Niedertemperaturbetrieb und die verbesserte Kesselisolation bis hin zur modulierten (gleitenden) Brennersteuerung – werden die Abgaswärme-, Abstrahlungs- und Betriebsverluste erheblich reduziert.

Die neue Kesselgeneration erreicht dadurch Jahresnutzungsgrade von weit über 80 Prozent. Bei älteren Wärmezeugern liegt dagegen der Vergleichswert nach einer Untersuchung des Bundesbauministeriums bei durchschnittlich 63,8 Prozent. Er kann jedoch in Einzelfällen sogar beträchtlich niedriger ausfallen.

Diese Angaben sind weitgehend für alle modernen Kesselkonstruktionen gültig – unabhängig davon, mit welcher Energieart sie betrieben werden. Daneben bietet Erdgas für die wirtschaftliche Energieanwendung spezielle Vorzüge, die im wesentlichen auf den gasförmigen Zustand und die Zusammensetzung dieser Primärenergie zurückzuführen sind. Für den wirtschaftlichen Betrieb einer Heizungsanlage ist es von Vorteil, wenn die Heizwassertemperaturen nicht wesentlich höher liegen, als es zur Erwärmung des Raumes oder Gebäudes erforderlich ist. Die Niedertemperaturtechnik sorgt dafür, daß die zur Beheizung erforderlichen Wärmemengen mit möglichst niedrigen Kesselwassertemperaturen erzielt werden.

In Abhängigkeit von der Außentemperatur wird die Kesselwassertemperatur gleitend gefahren, und zwar wesentlich tiefer als bisher üblich. Dadurch verlängern sich die Brennerlaufzeiten, was zu einer Verringerung der Betriebsbereitschaftsverluste führt.

Neben Kesseln mit gleitender Temperaturregelung bis zu einem unteren Grenzwert, die häufig unter der Bezeichnung „NT-Kessel“ angeboten werden, stehen jetzt auch Wärmezeuger ohne untere Temperaturbegrenzung zur Verfügung.

Diese sogenannten Tieftemperaturkessel können völlig abschalten, wenn keine Wärme für das Heizungssystem angefordert wird. Sie sind so konstruiert, daß sie aus dem kalten Zustand heraus anfahren können.

Die Nutzung der Niedertemperaturtechnik setzt jedoch voraus, daß sich der Schornstein für niedrige Abgastemperaturen eignet. Für den Einsatz von Erdgas spricht die Tatsache, daß dieser Energieträger praktisch keine Schwefelverbindungen enthält. Daher ist die Senkung der Abgasstemperatur sowohl für den Betrieb des Heizkessels als auch für die Ableitung der Abgase durch den Schorn-

stein weniger problematisch als bei ölbefeuerten Heizungsanlagen.

Durch die Verringerung der Kesseltemperatur bei Anwendung der Niedertemperaturtechnik reduzieren sich auch die Abgasverluste bis in den Kondensationsbereich hinein. Die damit verbundene Gefahr der Schweißwasserbildung im Kessel wird durch eine veränderte Ausbildung von Brennkammer und Heizflächen und durch den Einsatz neuer Materialien ausgeschaltet.

Bessere Brennkammern

So werden für Brennkammer und Heizgaszüge korrosionsbeständige Materialien wie Edelstahl, Keramik oder besondere Verbundwerkstoffe verwendet. Auch durch eine verbesserte Brennkammergeometrie, die zur einwandfreien Flammenbildung und Verbrennung beiträgt, sowie durch die spezielle Anordnung und Ausbildung der Heizflächen werden der Wärmeübergang verbessert und die Schweißwasserbildung unterbunden.

Auch Noppen, durchbrochene Rippe, Turbulatoren usw. sorgen für eine intensive Übertragung der erzeugten Wärme an das Kesselwasser. Zu den weiteren energiesparenden Konstruktionsmerkmalen zählen sogenannte „heiße“ Brennkammern, die nicht durch direkten Kontakt mit dem Heizungswasser gekühlt werden.

Durch die Optimierung des Wärmeübergangs und die Verringerung des Wasserinhalts fallen die neuen Heizkessel kleiner und leichter aus. Die bessere Isolierung verringert die Abstrahlungsverluste und die Betriebsgeräusche.

Zur bedarfsangepaßten Wärmezeugung trägt auch die stufenlos gleitende oder mehrstufige Regelung der Brenner in Abhängigkeit von der Außentemperatur bei. Dadurch verlängern sich die Brennerlaufzeiten gegenüber dem herkömmlichen Ein-Aus-Betrieb wesentlich. Durch den verringerten Gasdurchsatz reduzieren sich zugleich die Abgastemperaturen und damit die Abgaswärmeverluste.

Das Interesse an dieser noch relativ jungen Technik wächst ständig. Bei den sogenannten Gas-Brennwertkesseln wird in der Regel über nachgeschaltete Wärmeaustauscher den Abgasen ein großer Teil der fühlbaren und latenten Wärme entzogen und für

die Aufheizung des Rücklaufwassers eingesetzt. Durch die Nutzung der Kondensationswärme erreichen die Geräte Wirkungsgrade von über 100 Prozent bezogen auf den auch für konventionelle Wärmezeuger verwendeten unteren Heizwert Hu.

Die Brennwerttechnik ist ohne Frage ein besonders wirtschaftlicher Weg zur besseren Energienutzung. Vor ihrer Einführung in größerem Umfang sind jedoch einige wesentliche Randbedingungen zu klären.

Als weitgehend gelöst gilt die Frage nach der Ableitung des sauren Kondensats, das bei der Rückgewinnung der Verdampfungswärme entsteht. In der Regel werden die Abwasserbehörden bei Gas-Brennwertgeräten bis 50 Kilowatt (kW) Nennwärmeleistung nichts gegen die Einleitung des Kondensats in die Kanalisation einwenden. Die anfallende Kondensatmenge macht nämlich nur 1 bis 2 Prozent des Haushalts-Abwassers aus und könnte damit sogar zu einer positiven Neutralisation beitragen.

Kritischer ist dagegen die Abführung der kalten, feuchten Abgase. Um negative Folgen einer Kondensation des Wasserdampfes an der Schornsteininnenwand und am Schornsteinkopf zu verhindern, sind in der Regel besondere Vorkehrungen erforderlich.

Hersteller von Schornsteinelementen haben jedoch zwischenzeitlich diese Marktchancen erkannt und bieten feuchtigkeitsunempfindliche Schornsteinelemente für den Neubau sowie für die Altbauseinrichtung an.

Fortschritte im Hinblick auf eine wirtschaftliche Energieverwendung wurden auch bei anderen Gasverbrauchseinrichtungen erzielt. So stehen heute zum Beispiel Gas-Umlaufheizer, die vorzugsweise für die Wärmeversorgung einzelner Wohnungen eingesetzt werden, mit elektronischer Regelung, modulierendem geräuscharmen Brenner und verbessertem Wirkungsgrad zur Verfügung.

Diese Geräte mit einem Geräuschpegel von nicht höher als 42 Dezibel können selbst im Wohnbereich installiert werden; die geringe Geräuschentwicklung wird kaum noch als störend empfunden. Durch elektronische Zündeinrichtungen entfällt die Zündflamme, was nach Untersuchungen der Stiftung Warentest beim Betrieb einer Gas-Etagenheizung zu einer Energiekosteneinsparung von 50-60 Mark pro Jahr führt.

Jeder Sieg hat seine Gründe

schen Geologen auch das Erdgasie-ber aus. Im sogenannten Rotliegendes vermuteten sie auch in der nord-deutschen Tiefebene erdgasführendes Gestein. Zu Recht, wie sich herausstellte. Das Erdgaszeitalter begann.

Nur 20 Jahre sind vergangen – und Erdgas hat einen Platz, der sich kalorisch mit der gesamten Förderung von Steinkohle an der Ruhr vergleichen läßt. Doch das Vorhandensein

einer Energie macht ihr noch nicht den Markt.

Es kam mehr hinzu: Erdgas ist umweltfreundlich, nicht teurer als Heizöl, leichter zu handhaben, es riecht nicht bei der Verbrennung, es muß nicht mit Lastwagen herangefahren werden, es kommt wie das Wasser ins Haus.

Von größerer Bedeutung nach den Ölshocks mit Mengenembargo ist aber für die Wahl von Erdgas, daß es zu 80 Prozent aus eigenem Boden oder aber aus benachbarten westlichen Ländern kommt. Den Erdgas-hahn kann der Scheich nicht abdre-hen. Bm.



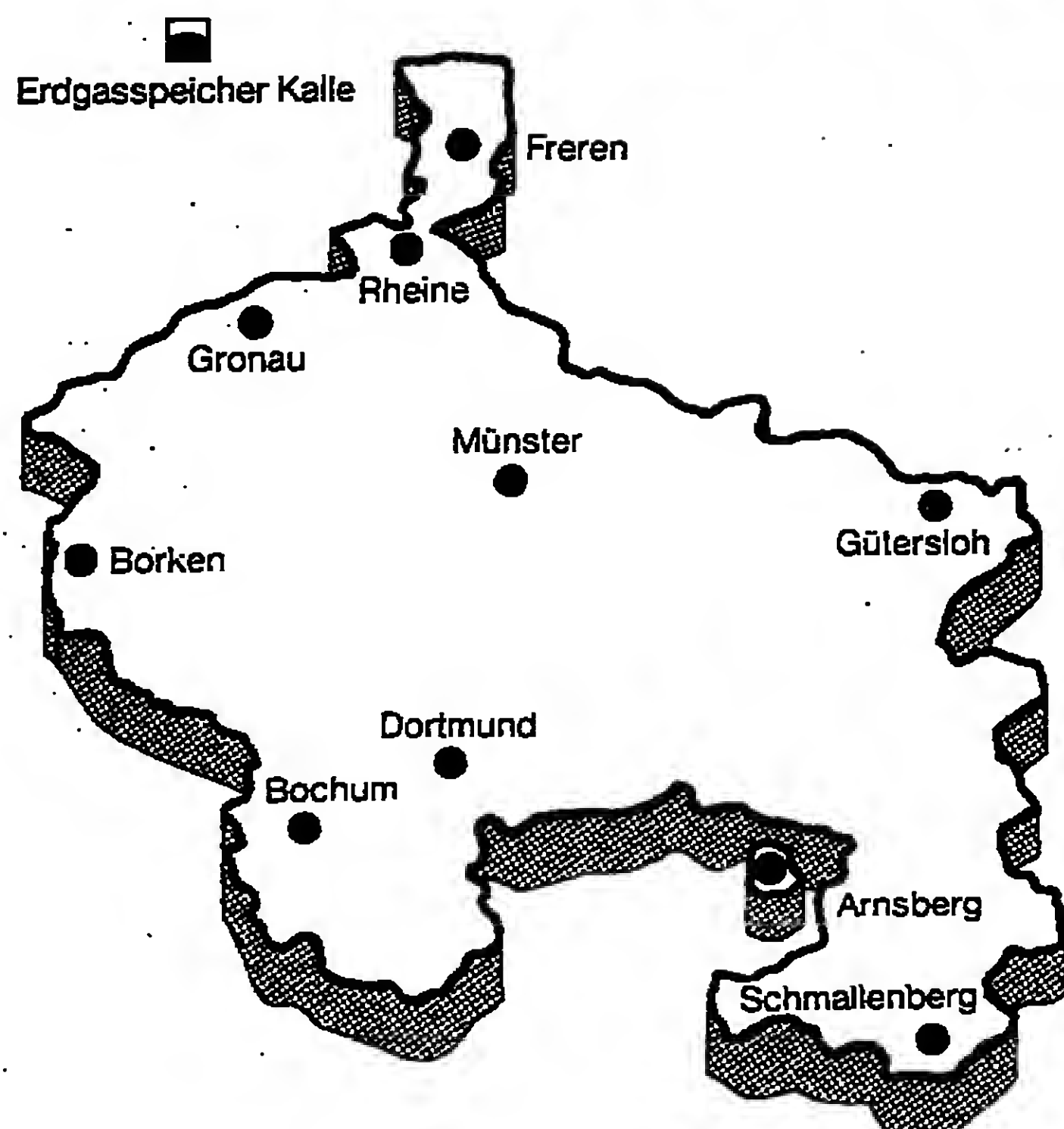
Warum schlagen die sich eigentlich? Wir haben genügend Erdgas für alle ...



Adrian Brouwer „Schlägerei zwischen fünf Bauern“ Alte Pinakothek, München

Aus: Kunstrechnungen eines Gasmanes Thysengas GmbH & Co. Duisburg

Erdgas für Westfalen...



- ... heißt über 170.000 Kunden und 26 Verteilerunternehmen mit 33,3 Mrd kWh versorgt zu haben.
- ... heißt seit Mitte der 70er Jahre über mehrere 100 Mio DM investiert zu haben und ca. 7.000 km Leitung zu betreiben.
- ... heißt über langfristige Bezugsverträge die Versorgung bis über das Jahr 2000 hinaus zu sichern.
- ... heißt Wirtschaftlichkeit, Umweltfreundlichkeit, Versorgungssicherheit.

VEW

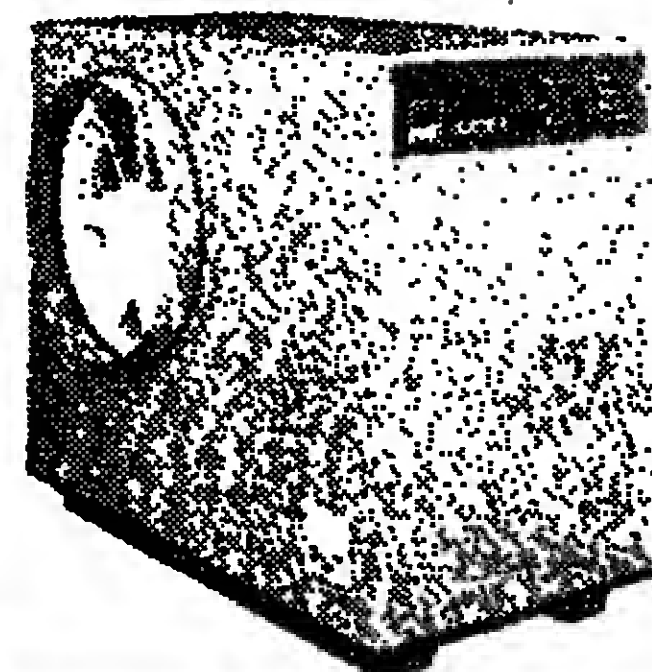
Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen AG · Dortmund

AWT-Gaswärmepumpen: Dahinter stehen namhafte Unternehmen.



Das ist die Gewähr für ein Qualitätsprodukt. Nur Profis können Ihnen das bieten, was Sie von einer **GAWP** (Gas-Absorptions-Wärmepumpe) mit Recht erwarten dürfen:

- Drastische Reduzierung der Energiekosten



- Hohe Lebensdauer
- Geringe Wartungskosten
- Störungsfreier und geräuscharmer Betrieb
- Kombinationsmöglichkeit mit der bestehenden Heizung
- Lieferrückmeldung in mehreren Leistungsstufen
- Bundesweites Servicenetz

AWT
Absorptions- und Wärmepumpen GmbH
6102 Pfungstadt
Gottlieb-Daimler-Str. 1
Telefon: 06157/4074

Die Gesellschaft mit dem langjährigen Know-how – wir beherrschen die Technik der GAWP.

AWT

Die AWT vereint die langjährigen Erfahrungen des Geräteherstellers **REKORD** Heizungs- und Klimageräte **Ruckelshausen GmbH & Co. KG** bei der Entwicklung von Gas-Absorptions-Wärmepumpen mit dem Know-how der Gasversorgungsunternehmen **WESTFÄLISCHE FERNGAS-AG** und **ERDGAS SÜDBAYERN GmbH**.

STELLENANGEBOTE

Unternehmerische Herausforderung im Möbelhandel

Marktleiter
Junges Mitnahmesortiment

Die unternehmerische Herausforderung ist wörtlich gemeint: Der Leiter unseres neu zu schaffenden Mitnahme-Sortiments hat die bestmögliche Rentabilität seines Bereiches als Zielsetzung. Das heißt im Klartext: er bestimmt die modisch aktuelle Ausrichtung des Gesamtsortiments, plant die Umsatz- und Kostenziele und steuert die Aktivitäten in Einkauf, Verkauf und Verkaufsförderung.

Wir sind ein erfolgreiches Unternehmen des Möbelschneiders. Grundlagen für unseren Erfolg sind wirtschaftliche Ertragskraft und Profilierung am Markt. Den Sortimentsbereich junge Mitnahmemöbel sehen wir als wichtigen Pfeiler für die Sicherung und den Ausbau unserer Marktstellung. Als Ein- und Verkaufsleiter dieses neuen Bereiches leisten Sie zunächst Pionierarbeit. Dabei hilft Ihnen unser Name als leistungsstarkes Einrichtungs-Unternehmen. Unser Hauptsitz ist eine Großstadt im Ruhrgebiet.

Reizt Sie diese Aufgabe, die Ihnen Freiraum für eigene Ideen bietet und Selbständigkeit im Handeln für Sortimentsgestaltung, Verkauf und Verkaufsförderung? Sie sollten bereits die erforderliche Erfahrung in Ein-/Verkauf besitzen, um den Sortimentsbereich marktorientiert und ergebnisverantwortlich leiten zu können. Der kooperative Arbeitsstil des Unternehmens wird Ihnen den Einstieg erleichtern. Ihre Mitarbeiter sind sehr leistungsfähig und -bereit, vorausgesetzt Sie führen durch Kommunikation und Überzeugungskraft.

Wenn Sie noch vorab Informationen wünschen, rufen Sie bitte unseren Berater, Herrn Geiler an (auch samstags/sonntags 10.00 - 12.00 Uhr). Er sichert Ihnen absolute Vertraulichkeit zu. Oder schicken Sie ihm bitte direkt Ihre Unterlagen. Vielen Dank.

mbg

Unternehmensberatung
Rosenstraße 30
4000 Düsseldorf 30
Tel. 0211 4980121

Führungspositionen in großem Einrichtungshaus

Wir sind ein namhaftes und erfolgreiches Unternehmen des Möbelschneiders. Unabhängigkeit, Profilierung am Markt und wirtschaftliche Ertragskraft sichern unsere Stabilität und ermöglichen eine gezielte Expansion. Wir errichten ein neues Einrichtungshaus in einer nordrhein-westfälischen Großstadt, das

Maßstäbe setzt in Architektur, Kundenfreundlichkeit und Warenpräsentation. Reizt es Sie, das neue Konzept dieses Hauses mitzubestimmen und die Verantwortung für einen der folgenden drei Möbelbereiche mit jeweils zweistelligem Millionen-Umsatz zu übernehmen? Wir suchen die

Ein- und Verkaufsleiter Wohnbereich

Die eine Position umfaßt den Bereich Wohnmöbel, Wohneinrichtungen, Polstermöbel; die zweite Position den Bereich Schlafzimmer, Jugend- und Kinderzimmer.

Weiterhin suchen wir den

Ein- und Verkaufsleiter Küchen

Dieser Bereich umfaßt Küchen und Einbaugeräte, Speisezimmer und Eßgruppen.

Als Ein- und Verkaufsleiter entscheiden Sie über die Sortimentspolitik, verantworten die Umsatz- und Kostenziele und damit das Ergebnis Ihres Bereiches. Sie steuern den Verkauf im Rahmen unserer Marketingkonzeption und profilieren sich und Ihren Bereich durch eigene Ideen und Aktivitäten in Verkauf sowie Verkaufsförderung. Ihre Mannschaft führen Sie mit Überzeugungskraft und Teamgeist und legen hohen Wert auf die Qualifizierung und Entwicklung Ihrer Mitarbeiter. Durch marktorientiertes Denken und Handeln sowie Kreativität in Sortiment und Verkauf sichern Sie den Erfolg unseres neuen Hauses beim Start und auf lange Sicht.

Als Voraussetzung sollten Sie die für die Leitung eines der angesprochenen Bereiche er-

forderliche Fach Erfahrung mitbringen sowie über mehrjährige Führungspraxis verfügen. Ein Alter Anfang 30 bis Mitte 40 wäre ideal. Über weitere Einzelheiten sprechen Sie bitte mit unserem Berater, Herrn Körner, der für absolute Vertraulichkeit bürgt. Rufen Sie an (auch samstags und sonntags zwischen 10 und 12 Uhr) oder schicken Sie bitte direkt Ihre Unterlagen. Wir freuen uns auf das Gespräch mit Ihnen.

UK ULRICH KÖRNER
PERSONALBERATUNG
Kyffhäuserstraße 6
4000 Düsseldorf 11
Telefon 0211/498828



Wir befassen uns mit Entwicklung, Fertigung und Vertrieb optischer Geräte/Systeme in Laser- und Infrarottechnik. Unsere Aufgaben werden in enger Zusammenarbeit mit inländischen, europäischen und US-amerikanischen Partnern durchgeführt.

Für die folgenden Aufgabengebiete suchen wir

Diplom-Ingenieure

(TU und FH)

- Berufserfahrenen Konstrukteur der Fachrichtung Feinwerktechnik/Optik, der mit der selbständigen Projektbearbeitung, von der Konzipierung bis zur Serienfertigung, betraut werden soll.
- Dynamischen Vertriebsingenieur, der nach umfassender Einarbeitung in unserer Entwicklungsabteilung Vertriebsaktivitäten gegenüber unseren Kunden im In- und Ausland wahrnehmen wird.
- Jungen Entwicklungsingenieur der Fachrichtung Hochfrequenztechnik (Digital- und Analogtechnik) für anspruchsvolle Aufgaben in unserem Entwicklungsbereich.

Alle drei Positionen erfordern englische Sprachkenntnisse, sind ausbaufähig und werden Sie bei entsprechenden Leistungen zu größerer Verantwortung und Selbständigkeit führen.

Über unsere Konditionen und weitere Einzelheiten möchten wir mit Ihnen persönlich sprechen.

Bitte bewerben Sie sich mit Lebenslauf, Zeugniskopien und Lichtbild. Geben Sie auch die von Ihnen gewünschte Position und den frühestmöglichen Eintrittstermin an.

ELTRO GMBH

Gesellschaft für Strahlungstechnik
Kurpfalzring 106, 6900 Heidelberg 1
Telefon 0 62 21 / 70 52 57

DOUWE EGBERTS AGIO GMBH



TABAKERZEUGNISSE AUS HOLLAND

DRUM · AMPHORA · BALMORAL
AGIO CIGARILLOS

Die Tochtergesellschaft von Douwe Egberts, einem der führenden Tabakhersteller der Welt, und Agio, einer der großen europäischen Cigarrenfabriken, sucht einen

Sales Planning Manager

Bewerber bis 35 Jahre mit betriebswirtschaftlichem Studium oder adäquater Ausbildung. Grundwissen über Aufgaben des Marketing sowie mehrjähriger Verkaufserfahrung im Außendienst für Markenartikel erwartet ein interessantes Aufgabengebiet:

Vorbereiten allgemeiner und Erarbeiten spezieller Verkaufsaktionen

Mitwirken bei der Entwicklung und Gestaltung von Werbemitteln und Verkaufsförderungsmaterial sowie deren Einsatzplanung

Erarbeiten von Zielsetzungen für den Außendienst

Ergebniskontrolle und Endauswertung

Die Position ist als Stabsstelle dem Leiter Verkauf innen unterstellt, sie erfordert die Fähigkeit zu konzeptionellem und analytischem Denken, systematischen Arbeitsstil und als Nahstelle zwischen Verkauf und Marketing Kreativität, Kontaktfreudigkeit und Durchsetzungsvermögen.

Bitte senden Sie Ihre Bewerbung mit Lebenslauf, Lichtbild und Zeugniskopien zu Hd. Frau Deckert, Douwe Egberts Agio GmbH, Zum Schürmannsgraben 24, 4130 Moers 1, Tel. 02841/16451

Selbständige Existenz

Moderna Ehe-Beraterberatung sucht geeignete Damen und Herren für die Einrichtung einer Filiale. Kapital DM 3000 bis 15 000 erforderlich. Nebenberuflicher Start möglich.

CPA, Postfach 11 04 41, 6900 Frankfurt 11

An independent, privately owned financial group with a distinctive management style of its own which enables it to exploit business opportunities around the world rapidly and very successfully is looking for a

GENERAL
MANAGER

to head up its Chequepoint Bureau de Change operations in a major international market.

To run Chequepoint profitably requires an individual who is capable of handling the detail, knows the value of good staff right down the line, and can act swiftly and decisively. And above all can work to fulfil a responsibility.

Interviews will be held in Hamburg or Amsterdam during the week of 4 June. The position is open to men and women.

Applications should be in handwriting and not run to more than two pages.

Please write to Mr. Paul M. Griffin, Chequepoint Nederland, Damrak 68 1012 LM Amsterdam Holland

Der Deutsche Entwicklungsdienst (DED) ist eine Einrichtung der persönlichen Entwicklungshilfe. Er stellt ständigen und nichtständigen Trägern in den Entwicklungsländern Fachkräfte für die Mitarbeit in deren Vorhaben zur Verfügung und unterstützt nationale Jugend- und Entwicklungsdienste in Ländern der Dritten Welt.

Wir suchen zum 1. 7. 84 für die Abteilung Vorbereitung je eine(n)

Regionaltutor(in)
für Asien und Latein-Amerika

Der/die Stelleninhaber/in für Asien leitet Arbeitsgruppen für Entwicklungshelfer, die sich auf ihre Projektarbeit in den Ländern Sudan, Jemen, Nepal, Thailand und Papua-Neuguinea vorbereiten.

Der/die Stelleninhaber/in für Lateinamerika leitet Arbeitsgruppen, die sich auf die Projektarbeit in Lateinamerika vorbereiten.

Bewerber/innen sollen neben einem abgeschlossenen Hochschulstudium über gründliche entwicklungspolitische Kenntnisse sowie über fundierte eigene, möglichst mehrjährige Arbeitserfahrungen in Ländern dieser Region verfügen. Außerdem setzen wir Kenntnisse und Erfahrungen in Methoden der Erwachsenenbildung voraus.

Wir erwarten ferner:

- die Fähigkeit, Fragen zur interkulturellen Kommunikation und zur sozialen Dimension einer längerfristigen Tätigkeit in anderen kulturellen und sozialen Räumen vermitteln zu können,
- die Fähigkeit und Bereitschaft, im Team der pädagogischen Mitarbeiter, an der Weiterentwicklung der Vorbere-

ded Deutscher Entwicklungsdienst
Gesellschaft mit
beschränkter Haftung
Gartenweg 59, 1000 Berlin 22
Tel. 0 30 3 65 92 88

Wir sind ein erfolgreiches Einrichtungsunternehmen mit Hauptsitz im Ruhrgebiet. In unserem neuen, in der Möbelbranche Maßstäbe setzenden Einrichtungshaus wollen wir den Bereich Teppiche neu

schaffen. Für den Aufbau und die Leitung dieses Bereiches mit modernen sowie klassischen Teppichen und auch Teppichböden und Orientteppichen suchen wir den

Ein- und Verkaufsleiter Teppiche

Als Ein- und Verkaufsleiter entscheiden Sie über die modisch aktuelle Ausrichtung des Gesamtsortiments, planen Umsatz- und Kostenziele und steuern die Aktivitäten in Beschaffung, Verkauf und Verkaufsförderung. Sie leisten zunächst Pionierarbeit beim Aufbau dieses Bereiches. Dabei hilft Ihnen unsere Marktstellung und unser Name als leistungsstarkes und erfolgreiches Einrichtungsunternehmen.

Als Voraussetzung sollten Sie über entsprechende Erfahrung im Fachhandel verfügen. Auch für einen Abteilungsleiter/Einkäufer/Erstverkäufer in großen Einrichtungs- und

Kaufhäusern mit Erfahrung im Teppichbereich bietet sich hier eine verantwortungsvolle Aufgabe. Sie haben Freiraum für eigene Ideen und selbstständiges Handeln in Ein- und Verkauf. Die Fähigkeit zur kooperativen Führung Ihrer Mitarbeiter ist eine Voraussetzung für Ihren Erfolg.

Sprechen Sie zunächst mit unserem Personalberater, Herrn Geiler. Absolute Vertraulichkeit ist selbstverständlich. Rufen Sie an, wenn Sie vorab Informationen wünschen, auch am Wochenende von 10 - 12 Uhr. Oder schicken Sie bitte direkt Ihre Unterlagen. Vielen Dank.

mbg

Unternehmensberatung
Rosenstraße 30
4000 Düsseldorf 30
Tel. 0211 4980121

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

300 m² Verkaufsfläche

in Lage im Stadtzentrum Itzehoe

somit zu vermieten.

Wenn Sie an weiteren Einzelheiten interessiert sind, so schreiben Sie bitte unter A 6863 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Scheidung droht?

... mit der Folge vorübergehender Vermögensschäden und eventueller Existenzgefährdung? Wir helfen mit bewährten Verfahren und sichern Sie vor

Vermögensschäden!

Anfragen, die stark belastet sind, unter Y 6895 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Unternehmensberater sucht agilen

Steuerberater

mit fundierter Daten-Erfahrung als unabhängiger Partner (Bürogemeinschaft, Sozietät o. ä.). Standort Hamburg, Räume, Einrichtung, Sekretariat etc. vorhanden. (Ausgangsbasis für Praxisgründung.) Zuschr. u. N 6800 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wir sind der Hersteller des SAPI AIR JACK

Ab Mai 1984 wollen wir unser Erfolgsprodukt im technischen Großhandel mit allen angeschlossenen Vertriebsstufen (bis zur Tankstelle), aber auch im Lebensmittelgroßhandel (Verbreiterschleiche, Kaufhäuser, Discounter und C & C) über eingeführte Handelsvertreter/Agenturen einführen.

Nur wenn Sie über außergewöhnliche Verbindungen verfügen, bitten wir um Ihre Bewerbung mit allen Unterlagen an die von uns beauftragte Unternehmensberatung - Abt. Vertrieb.

Fa. Claus Bräutigam, Unternehmensberatung
Hamletstr. 3, 4950 Menden Westfalen, Tel. 05 71 / 58 03 51 + 58 03 52, Telex 97 745

Spezialist

schwierige Kinnieraufträge u. andere Problemaufgaben im In- u. Ausland, nur ausprobiert. Einmalige erwünschte, die entspr. professioneller Vorgehen akkordiert. Zuschriften unter K 5641 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Undichte

Hallendächer? Dauerhafte Abdichtung und Schutz mit Langzeitgarantie. Beste Referenzen. Material- und Arbeitsgarantie von: Industrievertrag Tuschewitzki
Rottkampstraße 33 4724 Wadendorf 3
Telefon 0 25 20 / 5 81

Verkaufs- und

Immobilienbüro
In Karlsruhe sucht Zusammenarbeit mit aktiver, energiegeladener, Vertriebskraft. Großraum Baden-Württemberg. Evtl. auch Baubewachung möglich.

Zuschriften unter W 6871 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Australien Büro-Service
Wollen Sie mit Ihrer Firma in Australien Fuß fassen und benötigen Sie eine Kontaktperson, Telefonisten, Kurier, Werbung, Informationen usw., schreiben Sie uns (deutsch).
A. B. S. 5 Beach Court, Victoria Point 4153, Qld., Australia, Tel. 0041 72 07 83 88

Dr. Hisko in unserer Hand
Risikoreiche - und wertvolle Transporte führen wir schnell, sicher und diskret an.
Tel. 9 45 56 / 3 79

50% mehr UMSATZ
schaffen der wertvollen Verkäufer mit neuer Methode. Kunden zu bekommen. Jeder Gebotshalter, der auch erzielen will? Rufen Sie an bei CADUCE, 43 Essen 16, Hildebrandstr. 46, Tel. 02 01 - 48 00 24

Akademiker
Lebenslang vertrieht in Management und Vertrieb, sucht Geschäftsverbindung oder Vertretung für die Westküste (Kanada/USA). Zuschriften unter Y 1182 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Versandunternehmen
sucht als Dienstleistungsunternehmen Ansiedlerungen. Lagermöglichkeiten vorhanden. Zuschr. unt. Y 6961 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Gebietsrepräsentanten
und Akquisitoren für expandierende, Franchise-Vertriebs-Anlagen. - Außergewöhnliche Konditionen!
Telefon 0 21 04 / 4 79 16 oder unter Y 6962 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

NACHRICHTEN

Grand Prix abgesagt

Madrid (dpa) - Der Große Preis von Spanien, ein Lauf zur Formel-1-Weltmeisterschaft (21. Oktober) wurde abgesagt. Der spanische Automobilverband erklärte, er könne auf der Strecke von Jarama nicht alle Sicherheitsanforderungen erfüllen.

Langer Zweiter

London (GAB) - Bernhard Langer belegte bei den "Professional Golfer Association Championship" in Wentworth bei London gemeinsam mit dem Engländer Gordon Brand (67+70=137) Platz zwei. Bei der 72. Runde erzielte Langer 68+69=137 Schläge. Es siegte der Engländer Howard Clark (68+69=137). Wegen starker Regenfälle mußte das Turnier auf drei Runden verkürzt werden.

Zola Budd Meisterin

Cwmbran (sid) - Die in Südafrika geborene Zola Budd (18) wurde in Cwmbran (Wales) britische Meisterin über 1500 m. Mit 4:04,39 Minuten stellte sie eine Jahresweltbestleistung auf. Zola Budd ist seit zwei Monaten britische Staatsbürgerin.

DDR: Fußball-Rowdys

Berlin (dpa) - Neun Jugendliche sitzen derzeit in der "DDR" in Untersuchungshaft, weil sie nach einem Fußball-Oberligaspiel am 12. Mai in Halle mehrere Personen auf dem Bahnhofsplatz belästigt und tätlich angegriffen haben. Das berichtet die in Ost-Berlin erscheinende "Neue Zeit".

ZAHLEN

TENNIS

Internationale Meisterschaften von Frankreich, erste Runde, die Spiele der Deutschen: Herren: Gehring - Mayotte (USA) 7:5, 6:1, 7:6; Beutel - Fibak (Polen) 2:6, 6:4, 1:6, 6:3, 4:6; Damen: Bunge - Karlsson (Schweden) 6:2, 6:4; Pflaß - Vasquez (Peru) 6:4, 6:7, 6:4; Kohde - Samak (Jugoslawien) 6:2, 6:1; Hanke - Latham (USA) 6:1, 6:0.

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 1419 768,70; 2: 100 210,20; 3: 6889 20; 4: 141 30; 5: 90; 6: 20; 7: 10; 8: 10; 9: 10; 10: 10; 11: 10; 12: 10; 13: 10; 14: 10; 15: 10; 16: 10; 17: 10; 18: 10; 19: 10; 20: 10; 21: 10; 22: 10; 23: 10; 24: 10; 25: 10; 26: 10; 27: 10; 28: 10; 29: 10; 30: 10; 31: 10; 32: 10; 33: 10; 34: 10; 35: 10; 36: 10; 37: 10; 38: 10; 39: 10; 40: 10; 41: 10; 42: 10; 43: 10; 44: 10; 45: 10; 46: 10; 47: 10; 48: 10; 49: 10; 50: 10; 51: 10; 52: 10; 53: 10; 54: 10; 55: 10; 56: 10; 57: 10; 58: 10; 59: 10; 60: 10; 61: 10; 62: 10; 63: 10; 64: 10; 65: 10; 66: 10; 67: 10; 68: 10; 69: 10; 70: 10; 71: 10; 72: 10; 73: 10; 74: 10; 75: 10; 76: 10; 77: 10; 78: 10; 79: 10; 80: 10; 81: 10; 82: 10; 83: 10; 84: 10; 85: 10; 86: 10; 87: 10; 88: 10; 89: 10; 90: 10; 91: 10; 92: 10; 93: 10; 94: 10; 95: 10; 96: 10; 97: 10; 98: 10; 99: 10; 100: 10.

FUSSBALL / Zweimal Pokalfinale: Heute AS Rom gegen FC Liverpool, morgen Mönchengladbach gegen Bayern München

Schwarzer Markt blüht: Jupp Heynckes' große Ziele: „Wenn wir verlieren, bin ich arg enttäuscht“

KLAUS RÜHE/DW. Rom Die Jagd nach Eintrittskarten für das Pokalfinale zwischen AS Rom und FC Liverpool ist im antiken Circus Maximus im vollen Gange. Die Polizei rüstet mit 2000 Mann und 500 Hunden zu drohenden Auseinandersetzungen mit britischen Fußball-Fans, deren Zahl zehn- und zwanzigtausend geschätzt wird. Das Europapokalfinale der Landesmeister zwischen dem AS Rom und dem FC Liverpool macht schon vor dem Anpfiff Schlagzeilen.

400 000 Menschen - so viele Kartenanforderungen gingen ein - wollten das Spiel heute im Olympia-

Mark angeboten - und gekauft. Stehplätze in den Kurven waren plötzlich 120 Mark wert. Die Leidenschaft der Römer wird dabei von einem sogenannten „Koordinationzentrum“ geschürt. Alle Fans werden aufgefordert, die Fassaden ihrer Häuser und Wohnungen mit Fahnen in den gelb-rot-schwarzen Farben des AS Rom zu schmücken. Die Zuschauer sollten in gelb-roter Kleidung im Stadion erscheinen. Das alles, so das „Koordinationzentrum“, trüge dazu bei, die Anhänger des FC Liverpool einzuschüchtern und zu entmutigen.

AS Rom hat zum ersten Mal die Chance, den Pokal zu gewinnen, denn der FC Liverpool bereits dreimal (1977/78, 1981/82) in Händen hielt. Der Klub hat jedem Spieler eine Siegesprämie in Höhe von 175 000 Mark (!) zugesichert. Roms brasilianischer Star Falcao, der gerade für 6,5 Millionen Mark von Juventus Turin zum FC Liverpool unterschrieben wurde, ist ohne Zweifel der stärkste europäische Klub. Rom spielt schon seit vier Jahren super, hat aber international noch nichts gewonnen. Unsere Chancen stehen 50:50. Aber wir werden Rom und ganz Italien ein Fest bescheren, das nicht enden wird.

Das Spiel wird in 48 Ländern im Fernsehen übertragen - darunter auch China, Kongo, Malaysia und Quatar. Rund zwei Millionen Mark werden eingenommen, je ein Drittel davon erhalten die beiden Klubs.

B. WEBER, Mönchengladbach Gestern hat Trainer Jupp Heynckes seine Mönchengladbacher Borussia zweimal trainieren lassen, vor- und nachmittags je anderthalb Stunden. Aber in klarem Erkenntnis darüber, dass die eigentliche Schwerarbeit erst am Donnerstagabend verrichtet werden muß - dann nämlich wird im Frankfurter Waldstadion das 41. deutsche Fußball-Pokalfinale gegen Bayern München angesetzt - ließ Heynckes das Pensum ziemlich locker herunterspielen. „Die Saison war lang und kräftezehrend“, sagt der Trainer, „besonders für uns, die wir doch über weite Strecken über unsere Verhältnisse gelebt haben und immer an der oberen Leistungsgrenze spielen mußten, um unsere Position zu erkämpfen.“

Freilich, was sich die Borussia dann unter dem Strich erarbeitet haben, hat ihren seit Jahren vorhandenen Sympathiebonus noch einmal vergrößert. In der Tat der dritte Platz in der Bundesliga-Abschlusstabelle, punktgleich mit dem neuen Meister VfB Stuttgart, dazu der Einzug ins Pokalfinale - solche Saisonziele hätten die Borussia nicht einmal in ihren kühnsten Träumen zu formulieren gewagt. Heynckes zur WELT: „Wenn mir irgend jemand diese Entwicklung prophezeit hätte, ich hätte ihn als absoluten Spinner zum Teufel gejagt.“ Letztes Jahr mußte die Mannschaft, in nahezu gleicher perso-

ner Besetzung, allerdings geplatzt von einer ungewöhnlichen Verletzungserie, monatelang gegen den Abstieg kämpfen. Das jetzt sogenannte Übersoll erzielt wurde, hat jedoch den Appetit auf „mehr“ in keiner Weise beeinträchtigt. Von Heynckes bis hin zum letzten Ersatzspieler, alle wollen, daß der Pokal zum dritten Mal in der Vereinsgeschichte geholt wird. Und was bei der geradezu sprichwörtlichen Borussia-Beschcheidenheit verwundern muß, ist, daß alle davon überzeugt sind, das angepeilte Ziel realisieren zu können. So erklärte der Trainer selbstbewußt, daß Bayern für ihn

Morgen ab 17.50 Uhr live im Zweiten Fernsehprogramm (ZDF)

überhaupt nicht Favorit sei. „Die Chancen stehen 50:50, die bessere Teamform wird entscheiden.“ Und nach einer kurzen Gedankenspause folgt das klare Bekenntnis: „Wenn wir verlieren sollten, wäre ich doch arg enttäuscht.“

So offen hat Heynckes seine Seele selten zum Markte getragen. Er galt bisher eigentlich immer als ein Mensch, der seinem Umfeld kaum Einblick in seine innere Verfassung gewährte, der selbst seine heftigsten Emotionen unterdrückte. Speziell für diese Haltung haben die letzten Wochen ein prägnantes Beispiel geliefert. Da nämlich, als Nationalspie-

ler Lothar Mathäus definitiv verkündete, daß er in der nächsten Saison für Bayern München spielen werde. Dabei muß der Wechsel den Trainer tief getroffen haben, denn gerade in Mathäus hatte er so viel Geduld und Zeit investiert, wie in niemand anderem. Ihn hat er vom Nobody zum Star gemacht. Um ihn herum wollte er wieder eine große Mönchengladbacher Mannschaft basteln. Der Nationalspieler ließ seinen Entdecker gleichsam hängen. Natürlich, in München kann er mehr Geld verdienen. Heynckes hat das Thema längst abgehakt: „Die Umstände im Profifußball sind nun einmal so. Ich kann es dem Lothar selbst auch gar nicht verübeln.“

Daß er seinen Star zwischenzeitlich mal kurz auf die Reservebank verbannte, will der Gladbacher Coach denn auch nicht als Racheakt verstanden wissen. „Damals war Mathäus schwach und brauchte einfach einen Denkkettel. Jetzt ist er wieder in Form und wird alles tun, um die Borussia zu schlagen.“

Der Gewinn des Pokals wäre ein toller Saisonabschluss, ein Triumph für Heynckes. Man darf davon überzeugt sein, daß auch ein Erfolg nicht seine triste Erkenntnis verdrängen kann, daß es ihm am Bökelsberg wohl nie mehr möglich sein wird, „eine ganz große Mannschaft“ zu formen. Die Verhältnisse, die sind nun einmal nicht mehr so ...

TENNIS

Fibaks Rückkehr

J. G. GÖRLICH/DW. Paris Die erste Runde der Internationalen Tennis-Meisterschaften von Frankreich in Paris hat bisher nur ein deutscher Spieler nicht überstanden: Hans-Dieter Beutel aus Hannover. Er wehrte sich fünf Sätze lang gegen einen Mann, um den es in letzter Zeit etwas stiller geworden ist und der lange Zeit in seiner Heimat Polen verweilt war: Wojtek Fibak (31).

Fibak hat offensichtlich Frieden mit der Warschauer Militärregierung und seinem heimatlichen „Posener Olympia-Club“ geschlossen. In ihrer neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt. Beim letzten Mal hatte sich Fibak aus geschlossen. In der neuesten Ausgabe berichtet die polnische KP-Wochenzeitung „Polityka“ euphorisch, daß Fibak in den Farben seines Landes erfolgreich am diesjährigen Davis Cup teilnimmt. „Er kam, sah und siegte - und floh wieder weg“, schrieb das Blatt

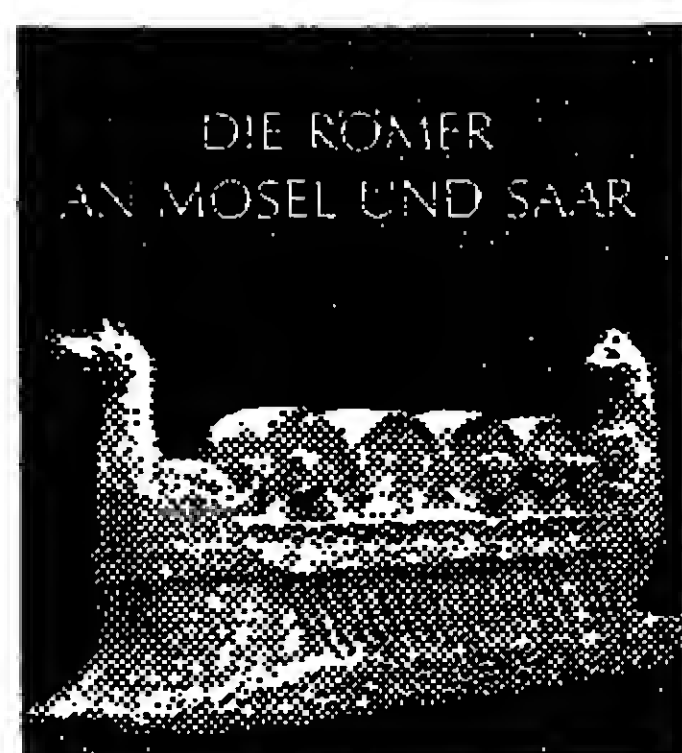


RHEINISCHES LANDES MUSEUM

5. MAI – 10. NOVEMBER 1984

Augustusstadt der Treverer Kaiserresidenz und Bischofssitz

Herbst 1983 erschienen



Die Römer an Mosel und Saar
Ein Nachschlagewerk, nach dem neuesten Stand beschrieben und reich bebildert, was die Landschaft von den Vogesen bis zur Eifel, an Mosel und Saar, zum gallo-römischen Territorium macht.
Neue Zürcher Zeitung, 20. 9. 1983
Katalog-Handbuch, 360 Seiten mit 46 Farb-, 346 Schwarzweiß-Abb. und 6 Schwarzweiß-Doppeltafeln.
DM 40,— ISBN 3-8053-0767-5

Trier — die älteste Stadt Deutschlands

Zur Sonderausstellung erschien neben der zusammenfassenden Darstellung der Siedlung- und Kulturgeschichte im Gebiet der Treverer. Neue Grabungsergebnisse, umfangreiches Fundmaterial illustrieren die Gründung und die erste Aufbauphase der Stadt.

Auch ihre zweite Blütezeit als Residenz der Kaiser und letzten Sitz frühchristlicher Bischöfe haben die Archäologen in 150jähriger Arbeit wieder sichtbar werden lassen. Die Vielfalt von kolossalen Bauwerken, von Grabschäften und Preziosen, direkt mit dem kaiserlichen Hof und dem frühen Christentum verbunden, lassen den Reichtum der Stadt erkennen: mit einer Fülle von Mosaiken, keramischen Produkten, Gold, Silber, Glas sowie den qualitativsten Erzeugnissen der Münzprägung.

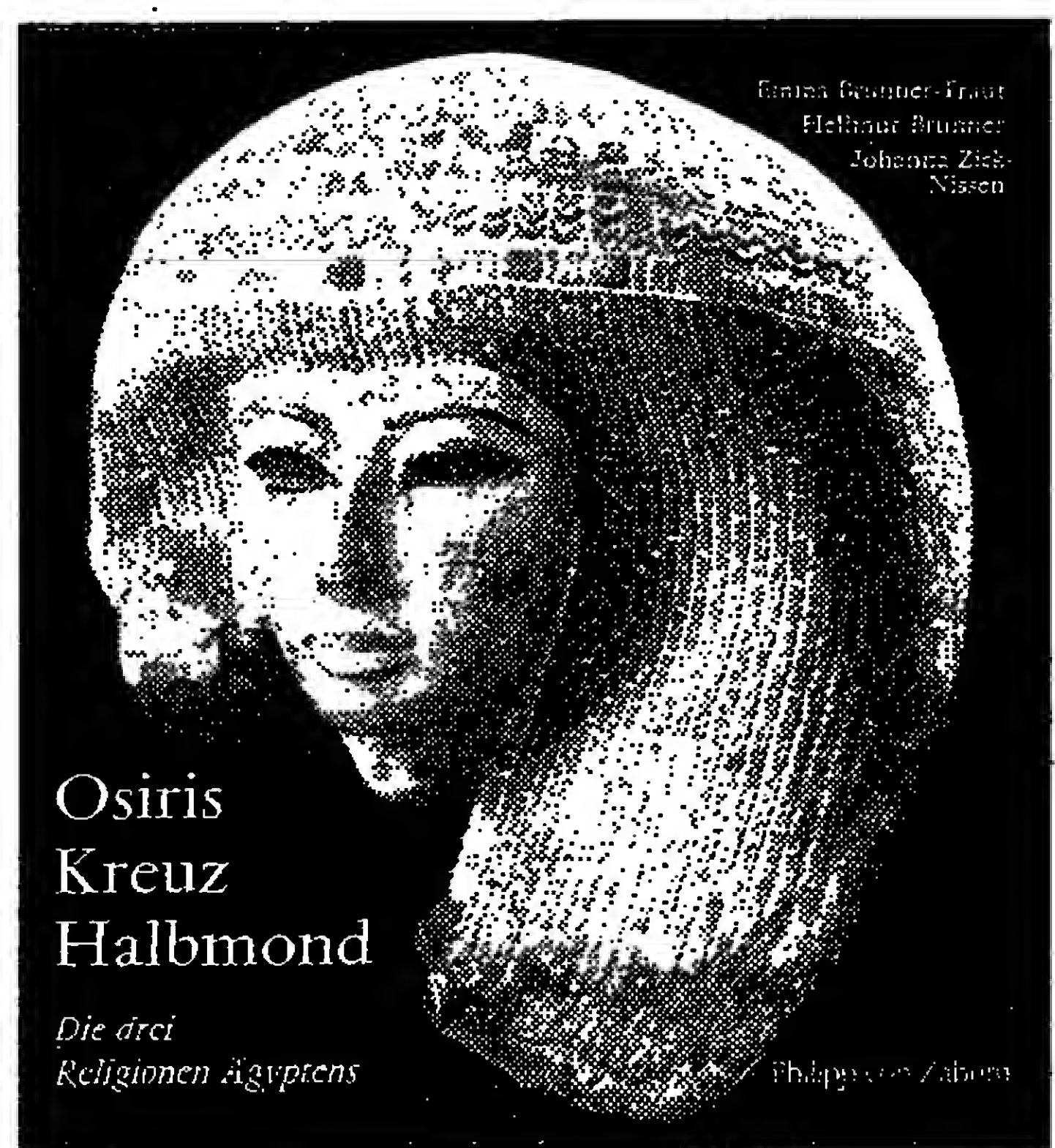


Trier Augustusstadt der Treverer
Stadt und Land in vor- und frühchristlicher Zeit
Hrsg. Rhein. Landesmuseum Trier
Katalog-Handbuch, 323 Seiten mit 17 Farb- und 242 Schwarzweiß-Abb., Schutzumschlag.
DM 35,— ISBN 3-8053-0792-6



Trier Kaiserresidenz und Bischofssitz
Die Stadt in spätantiker und frühchristlicher Zeit
Hrsg. Rhein. Landesmuseum Trier
Katalog-Handbuch, 372 Seiten mit 60 Farb- und 277 Schwarzweiß-Abb., Schutzumschlag.
DM 40,— ISBN 3-8053-0800-0

2000 Jahre STADT TRIER



200 000 begeisterte Besucher sahen die Ausstellung in Stuttgart

Zum ersten Mal in einer Ausstellung:
5000 Jahre Religion in der Kunst Ägyptens

Emma Brunner-Traut, Hellmut Brunner, Johanna Zick-Nissen
Osiris, Kreuz und Halbmond
Katalog-Handbuch, 240 Seiten mit 102 Farb- und 142 Schwarzweiß-Abb. Fester Einband, DM 26,— ISBN 3-8053-0750-0

10. MAI – 5. AUGUST 1984

KESTNER-MUSEUM HANNOVER

IN IHRER BUCHHANDLUNG - IN IHRER BUCHHANDLUNG - IN IHRER BUCHHANDLUNG - IN IHRER BUCHHANDLUNG

Man denke nun nicht „schon wieder Pharaos“. Es handelt sich nämlich nicht um die v-te Darstellung von ägyptischen Kunstschätzen. Denn die wissenschaftlichen Veranstalter (das Professoren-Ehepaar Emma und Hellmut Brunner-Traut und der Islamwissenschaftler Friedrich Kussmaul) haben andere Ansatzpunkte. Sie wollen anhand von Kunstobjekten die Entwicklung der Religion in Ägypten über 5000 Jahre aufzeigen. Der Titel lautet denn auch „Osiris, Kreuz und Halbmond - Die drei Religionen Ägyptens“.

Der theoretische Ansatz bewirkt keine Spur von trockener Lehrhaftigkeit. Die Texte sind knapp gefaßt, die Objekte haben einen so hohen Qualitätsrang und sind so attraktiv präsentiert, daß sie ihre eigene optische Sprache reden.

Die Didaktik geht unaufdringlich mit. Indem die Statuen, Reliefs, Geräte nach bestimmten religionskulturellen Gesichtspunkten gewählt und angeordnet sind, Ägyptens Landschaft und Architektur begleiten in großen Fotografien den Rundgang. Alte Stiche, ebenfalls in Großformat, geben detaillierte Einblicke. So durchschreitet man tatsächlich ein Religionspanorama über fünf Jahrtausende.

Mit einer überschaubaren Auswahl bedeutender Werke hält die Ausstellung den Besucher bei Laune und erleichtert ihm so den Weg zurück zur geistig so weit entfernten, ästhetisch aber immer noch anregend nahen altägyptischen Kultur. Der farbige gut gedruckte Katalog ist im Verlag Philipp von Zabern, Mainz, erschienen.

Süddeutsche Zeitung, 28. 3. 1984



1000 Jahre Kairo
Orient — das ist auch Ägypten und Kairo. Ähnlich wie Jerusalem spiegelt die tausendjährige Geschichte Kairo auch Weltgeschichte wider: Eroberer, Mamelucken, Türken, Franzosen, Engländer kamen und gingen. Saladin, der die Zitadelle baute, Napoleon, der als erster Europäer so etwas wie Ordnung in die Stadt brachte. Kairo: Das sind tausendjährige Mosaiken und der Nil — ein Anziehungspunkt für Reisende und Touristen.

Da ist frisch erschienen die lebendig und anekdotenreich geschriebene Geschichte von den Anfängen bis in die siebziger Jahre, mit zahlreichen alten Stichen, Fotos und Karten. Es ist eine Chronik zwischen tausendjähriger Nacht und einer hypermodernen Metropole.

Süddeutscher Rundfunk vom 4. 4. 1984

Oleg V. Volkoff
1000 Jahre Kairo
251 Seiten mit 44 Abb., 8 doppelseitige Farbtafeln und 24 Schwarzweiß-Tafeln. Gebunden, Schutzumschlag.
DM 58,— ISBN 3-8053-0535-4

Benda: Umweltschutz nicht ins Grundgesetz

Skepsis bei Politikern und Verfassungsrechtlern

MANFRED SCHELL, Bonn
Eine Verankerung des Umweltschutzes als Grundrecht oder als Staatszielbestimmung dürfte auf absehbare Zeit kaum zu realisieren sein. Nach einer Anhörung namhafter Verfassungsrechtler zu dieser komplizierten Problematik erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl Müllner, die Sachverständigen bestätigten die Zurückhaltung und die Skepsis, die es in der Unionsfraktion gegenüber einer Verfassungsänderung gebe.

„Einen faulen Kompromiß oder ein fides Sowohl-als auch können wir uns weder im Interesse des Umweltschutzes noch im Interesse des Grundgesetzes leisten“, erklärte Müllner. Die FDP hingegen wünscht die Festschreibung des Umweltschutzes als Staatszielbestimmung.

Systemfremd

Erhebliche Bedenken bis hin zur offenen Ablehnung formulierten der frühere Verfassungsgerichtspräsident Benda, Professor Badura (Aachen) und Professor Leisner (Erlangen). Benda sagte, es erscheine ihm „unangemessen und systemfremd“, die „selbstverständliche Aussage, daß auch der Staat sich um die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen zu bemühen hat“, mit dem gleichen Rang auszustatten, wie die tragenden Strukturprinzipien der Verfassung. Im Hinblick auf das geltende Verfassungsrecht, so Benda, bedürfte die Verpflichtung des Staates zum Umweltschutz „keiner ausdrücklichen Aussage im Grundgesetz“. Bereits jetzt enthalte das Grundgesetz in zahlreichen Zuständigkeitsnormen „wesentliche Vorschriften über die Umwelt. Niedergeschriebene Grundrechte bewährten „also das ökologische Existenzminimum gegen staatliche Eingriffe“. Außerdem wäre, wenn es zu einer Staatszielbestimmung „Umweltschutz käme, die Konsequenz unvermeidbar, daß dann auch Staatszielbestimmungen wie Datenschutz, Recht auf Arbeit und Kulturpflege gefordert würden. Ferner könnte eine solche Bestimmung Auswirkungen auf die Entscheidung von Verfassungsbeschwerden haben.

Im Hinblick auf die Aufnahme des Umweltschutzes in Landesverfassungen sagte Benda, in den meisten Länderverfassungen finden sich schon heute zahlreiche Staatszielbestimmungen und Programmsätze, die dem Grundgesetz fremd sind. „Es sei eine „legitime Aufgabe“ einer Landesverfassung, das besondere Selbstverständnis ihres Staatsvolkes zum Ausdruck zu bringen. Es sei nicht Aufgabe des Bundes, den Ländern „ihre jeweils eigene Entscheidung abzunehmen“.

Hinreichender Schutz

Professor Badura vertrat die Auffassung, die ausdrückliche Normierung dieser Staatsaufgabe in der Verfassung würde die politische Verantwortung des Gesetzgebers für den Umweltschutz betonen. „Könnte jedoch für sich allein keinen Vollzugauftrag für die Exekutive und keinen Maßstab für die Rechtsprechung schaffen“. Für Leben, Gesundheit und vermögenswerte Rechte hielten die Grundrechte der Artikel 2 und 14 einen hinreichenden Schutz gegen Umweltbeeinträchtigungen bereit. Wenn es „Vollzugsdefizite“ geben sollte, so Badura, dann könnten sie im Wege der Gesetzgebung behoben werden. Eine neue Staatszielbestimmung sei deshalb „rechtlich nicht erforderlich“.

Überaus deutlich gegen eine Staatszielbestimmung sprach sich Professor Leisner aus. Der Schutz des Bürgers sei weit ausgebaut und der Gesetzgeber zum Eingreifen verpflichtet. „Allzuviel kann hier nicht mehr geschehen, will man nicht die Verbandsklage einführen, der aber entscheidende Bedenken entgegenstehen.“

Leisner nannte Risiken einer Staatszielbestimmung „Umweltschutz. Zum Beispiel eine „große und wenig bestimmte Kompetenzverlagerung auf den Staat“, der sich „im Namen des Umweltschutzes zu allen möglichen, vor allem aber zu eigentumsrechtlichen Eingriffen legitimiert fühlen könnte“, eine „Verstärkung des ohnehin schon übersteigerten Anspruchsdenkens“ und eine „Eingengung der finanzpolitischen Bewegungsfreiheit von Regierung und Parlament“.

Wie junge Aussiedler ihre neue Heimat sehen

C. GRAF SCHWERIN, Hildesheim

„Die jungen Deutschen — um mir wirklich leid. Ich bin glücklich, hier nicht aufgewachsen zu sein“, erklärt der „Aussiedler aus Rumänien, der seit vier Jahren in der Bundesrepublik lebt. Er hat die Etappen der Eingliederung in die westdeutsche Leistungsgesellschaft durchlebt: „Erwartung, Enttäuschung, Integration“. „Ich habe mich in Rumänien als Deutscher gefühlt“, erzählt er, „aber hier fragt man mich: Bist Du ein Türke?“. Und ein anderer „Jugendlicher, der mit seinen Eltern vor einigen Jahren aus Polen in die Bundesrepublik kam, bestätigt diese Erfahrung: „Unser Problem ist, dort war man kein Pole, hier ist man kein Deutscher. Und selbst jene, die aus der „DDR“ kamen berichten davon, wie sie sich über Jahre hinweg fremd gefühlt haben. Kontaktschwierigkeiten hatten, sich nicht zurechtfinden in dem „sozialistischen Labyrinth“.

Das kam am Wochenende auf dem ersten „Bundeskongress der Jungen Generation des Bundes der Vertriebenen“ zur Sprache. Es gab bisher zwar vereinzelt Jugendtreffen in den Landsmannschaften, berichtete Generalsekretär Gräbert, aber sie standen unter der Leitung der ersten Vertriebenengeneration. An diesem Wochenende war das anders: Die Enkel, denen der Krieg aus ihrer ostdeutschen Heimat vertrieben hatte und jene, die heute als Kinder ihre Heimat verlassen haben, um ihren Eltern zu folgen, trafen sich um, wie der CDU-Bundestagsabgeordnete Helmut Sauer sagte, „sich mit Grundfragen unserer Nation zu beschäftigen“.

Eine andere Jugend

Die sich hier trafen im Alter zwischen 15 und 25 Jahren, das war in der Tat eine andere Jugend als jene, deren politisches Engagement aus Demonstrationen besteht. Von Revanchegedanken gegenüber den Ländern, die sie verlassen haben, war in den hier vorgetragenen Berichten, Thesen und Theoremen nichts zu spüren. Sie bekennen sich zu einer deutschen Nation; ihre Identifikation mit dem eigenen Vaterland ist stärker als in Westdeutschland. Aber die Vorstellung von einem Deutschland, das in seinen Grenzen, seiner Geschichte und seiner Kultur eine andere Ausdehnung und Tiefe hat als die Bundesrepublik, bleibt verworren, gibt dem Denken dieser Jugendlichen indes eine nicht minder ideologische Dimension als die Selbstverwirklichungsideologie der anderen. Was beide Gruppen vereint, ist die Ablehnung des in der Bundesrepublik vorherrschenden Materialismus. Jene, die nach Westdeutschland kamen, Gefahr und materielle Opfer auf sich

nahmen, denn die Umsiedlung, so berichteten sie übereinstimmend, ist für die Eltern meist mit sozialem Abstieg verbunden, nennen sich die „Erlösungsgeneration“. Sie haben ihre eigenen Erfahrungen, die sie von den Westdeutschen unterscheiden. Und die Integration in unsere Gesellschaft, so sagte einer, das könne doch nicht bedeuten, das man seine eigenen Erfahrungen aufgibt. „Integration ist, von den Einheimischen anerkannt zu werden“, sagte ein anderer.

Trotz aller Hindernisse, wie beispielsweise die Sprachbarriere bei den Umsiedlern, der Schwierigkeit, sich in der westdeutschen Verwaltungsbürokratie zurechtzufinden, der Ablehnung, denen die meisten von ihnen in der hiesigen Bevölkerung begegnet sind, haben es die Jugendlichen doch einfacher, ihren Standort zu bestimmen, als die Älteren, die mit dem Blick nach rückwärts leben, den Geschichtsstrom aufhalten wollen, während die Zeit weiter geht und oft an ihnen vorbei. Sie haben den Krieg erlebt, die Unfreiheit gekannt, die Teilung der Nation erlitten, so daß für sie das Thema des Kongresses — „Einheit, Freiheit, Frieden“ — eine sehr aktuelle Bedeutung hat.

Geist der Toleranz

In sechs verschiedenen Arbeitskreisen wurden Fragen der deutschen Wiedervereinigung als Verfassungsauftrag, die westeuropäische Integration, die Menschenrechte in den ehemaligen deutschen Ostgebieten, die Sicherung des Friedens, Darstellung ostdeutscher Kultur und Traditionen und die Integration der Aussiedler diskutiert. Alle Fragen führten immer wieder zurück auf die nach der deutschen Nation, auf den „Deutschlandgedanken“, wie er sich in einem geteilten Land verwirklichen könne, wie er zum „Schicksal“ aller Deutschen geworden ist.

Die Jugendlichen suchten nach der eigenen nationalen Identität, wie sie selbstverständlich ist auch für andere westliche Länder, die sie bereits hatten. Oft sind sie unsicher in den Formulierungen, aber dabei nicht ohne Stolz darauf, daß sie anders sind. Es hat das Wort: „Wir Aussiedler sind das schlechte Gewissen der Nation“.

Man konnte noch so genau hinbringen, nationalstatische Feine, rechtsradikale Gedankengut oder gar eine Hetze gegen die unter kommunistischer Herrschaft lebenden Länder ihrer Herkunft kamen bei den jüngeren Teilnehmern zu keinem Zeitpunkt auf. Wer den Geist der Toleranz und Versöhnung beschwor, der sollte ihn auch gegen diese Jugendlichen gelten lassen, die über unsere Geschichte und unsere Identität nachdenken, die wir verdrängt haben.

mweltschun Grundgesen

Hoffender, kaltblütig

R. K. B. Hans Milch, der Leiter der religiösen Gruppe „Spes Unica“, hat in Mainz während einer Rede vor etwa 700 Personen innerhalb von fünf Minuten eine schwere Gewissensentscheidung treffen müssen. Während dieses Plätschens gerade die heutige Ideologie, der katholischen Kirche, gelehrt, trat von außerhalb des Saals sein Kister an ihn heran und schloß ihm etwas ins Ohr. Milch hat um eine Minute Geduld. Schnell kam er zurück, „eine ungeschwächte, erledigte“, und fuhr mit dem vorherigen Schwung zu reden fort.

Was war geschehen? Zwei Polizisten standen draußen und teilten ihm mit, soeben sei die Drohung eingegangen, in Kürze werde im Saal eine Bombe hochgehen. Es sei zwar möglich, daß es sich um eine der vielen täglichen leeren Drohungen handle, aber sie seien verpflichtet, ihm die Drohung mitzuteilen.

Da steht nun ein Mann, der Erfahrungen hat mit geistlichen und geistlichen Fragen, aber nicht mit terroristischen Narreteien. Und er muß auf der Stelle über das Wohl und Wehe Hunderter anderer entscheiden. Es ist unsicher, ob die Drohung ernst oder übertrieben ist, vermutlich das letztere. Nimmt er sie aber ernst und ordnet rasche Räumung des Saals an, dann ist Panik mit möglicherweise schlimmen Folgen wahrscheinlich, vielleicht gibt es Verletzte, niedergedrampfte Kinder. Nimmt er die Drohung für Blödsinn und es gibt keine Explosion, dann geschieht überhaupt nichts. Räumung ist ungefähr ebenso gefährlich wie Explosion.

Ich habe in dem Saal gesessen und das „unwichtig“ gehört. Was draußen auf dem Flur vor sich ging, erfährt ich erst spät am Abend, voller Schrecken. Ich denke, ich hätte an seiner Stelle den Kopf verloren. Der Leiter der „Spes Unica“ hat seinen Kopf behalten. So etwas nennt man Führungsqualitäten.

Wenn Handel und Stadtbild kollidieren – Die Urbanicom-Tagung in Trier

Angst vor einem Disneyland

Am Anfang war der Markt – und zwar in der Doppelbedeutung des Wortes als Handel, Handwerk, Gewerbe und als Marktplatz. Das unterscheidet die Stadt vom Dorf. Jede Stadt ist als Markt entstanden und hat sich als Markt entwickelt. Handel und Gewerbe gehören zum Wesen der Stadt, der heutigen wie der historischen. Existentiell also untrennbar zusammengehörig, scheinen sie seit jüngstem dennoch unvereinbar.

Stadt und Handel befinden sich auf Kollisionskurs. Der Handel braucht, um nur eines von vielen Problemen zu nennen, große breite Flächen unten aus Glas, oben aus Stein, Beton oder Metall, und er braucht Schaufenster, Reklame, Neonlicht. Das alles sind Faktoren, die ein historisches Ensemble nicht verträgt, denn es ist kleinteilig, eher vertikal als horizontal, doch um so vielfältiger in sich selber gegliedert. Elementare Bedürfnisse kollidieren mit elementaren Ordnungen.

Niemand ist glücklich mit diesem Dilemma und es fehlt auf beiden Seiten nicht an gutem Willen zur Verständigung und Kooperation. Ein überzeugendes Zeichen dafür ist die internationale Vereinigung Urbanicom (mit Hauptsitz in Brüssel). 1966 gegründet, vereint sie Stadtplaner, Architekten, Kaufleute, Denkmalpfleger, Wissenschaftler, Behörden und Firmenvertreter aus allen europäischen Staaten. Da geht es um Standortplanungen, innerstädtische Verkehrsregelungen, Fragen des Bau- und Planungsrechts, kurz um eine allseits befriedigende Einbindung des Handels in die Stadtstruktur. Verständnis für die legitimen Ansprüche auf beiden Seiten für wirtschaftliche Zwänge ebenso wie für die Notwendigkeit der Denkmalpflege, bildet die Basis der Zusammenarbeit, die freilich immer wieder bedenklichen Belastungsproben ausgesetzt ist.

Die jüngste Studientagung der deutschen Sektion von Urbanicom in Trier stand an diesem unter dem

Motto „Handel in einer historischen Stadt“. Das 2000jährige Trier bot dafür positives und problematisches Anschauungsmaterial zur Auswahl. Auch war es nicht ohne Pikanterie, daß unter den Gastgebern der Tagung just jene Großfirmen vorkamen, die vielerorts hierzulande städtebauliche Ärgernisse zu verantworten haben. Freilich war zu hören, daß auch von ihnen künftig mehr Rücksicht und kooperative Baugesinnung zu erwarten sei. Wenn das zutrifft, dann hätte Urbanicom allein dadurch schon seine Existenzberechtigung nachgewiesen. Andererseits bleibt die Frage, ob man nicht gerechterweise auch den gewerblichen Privatfirmen das zubilligen muß, was die Städte selber und die öffentliche Hand überhaupt mit ihren ungenügenden Verwaltungs- und Kulturbauten sich häufig herausnehmen.

Die Verwaltungen liefern auch das Alibi für eine bedenkliche Entwicklung gerade in unseren historischen Städten durch ihren anstehenden Restaurierungseifer, der bereits derartige Folgen zeitigt, daß sogar die Denkmalpfleger unlängst auf der internationalen Städtetagung „Die alte Stadt“, ebenfalls in Trier, vor einem sich ausbreitenden nostalgischen Pseudo-Historismus warnen. Mühen sie vor Jahren noch verzweifelt und allzu häufig erfolglos um die Erhaltung oder Rettung echter Denkmäler kämpften, so sehen sie sich jetzt einer vollstimmigen „Bewegung“ gegenüber, die am liebsten alles was über 50 Jahre alt ist, zum Denkmal erklären oder zurichten möchte. Auf einmal ist die alte wohnliche mittelalterliche Stadt zum Ideal, die Reproduktion historischer Gebäude zum allgemeinen Postulat geworden. Der Handel, den es naturgemäß an den Markt in die attraktive Altstadt zieht, sieht sich in neue Konflikte verstrickt.

Gerd Albers, renommierter Fachmann für Städtebau und Regionalplanung, nannte in Trier die Alternativen und zugleich das Dilemma, das nur

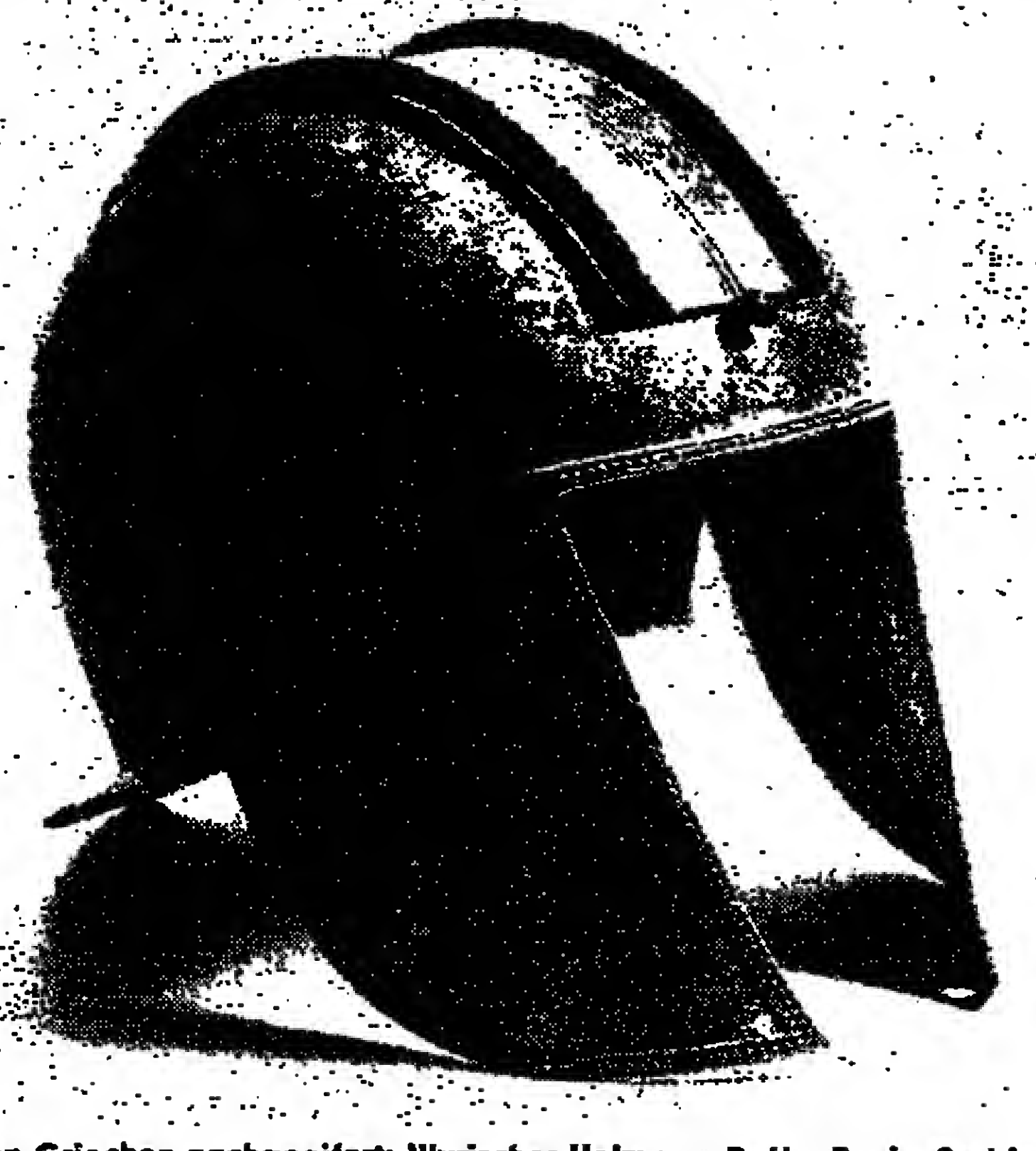
durch Kompromisse auf beiden Seiten zu überwinden ist. Freie Bahn für den Handel bedeutet Beeinträchtigung des historischen Stadtbildes, möglicherweise mit Einbußen des Fremdenverkehrs. Priorität für Stadtbild und Stadtstruktur aber zwingt den Handel zur Anpassung und zum Verzicht auf Entfaltungsmöglichkeiten. Der Kompromiß wäre Tarnung hinter historischen Gebäuden, nicht ohne „Disneyland-Feinlichkeit“, wofür es schon allzu viele, leider auch von örtlichen Denkmalpflegern geduldete, wenn nicht gar begrüßte und geförderte Beispiele gibt.

Als den „wohl angemessensten“ Weg bezeichnete Albers einen Kompromiß, der gleichzeitig gestalterische Rücksicht auf den Bestand nimmt, dabei jedoch den zeitgenössischen Ursprung nicht verleugnet. Er weiß selbst, daß dieser Ausweg nicht unproblematisch ist, denn wer will da eine Grenze erkennen zwischen Anpassung, Einfügung, Anbiederung oder, im schlimmsten Fall, Verfälschung?

Auch Dieter Wildemann, Denkmalpfleger in Münster, meinte deshalb, es käme darauf an, die Tonart aufzugreifen, vor allem aber, den entsprechenden Rhythmus zu finden, der allein Lebendigkeit garantiert. Gerade das gelingt zu selten.

Das Ganze wäre nicht der Rede wert, wenn unsere Generation den Mut und die Kraft hätte, wie alle früheren Generationen, die nach den Notwendigkeiten und aus dem Geist ihrer Zeit gebaut, umgebaut und wieder aufgebaut haben. Die sichere Selbstverständlichkeit, mit der sie Altes und Neues zusammenfügten, ist uns abhand gekommen, und die frischen Spuren der letzten Jahre und Jahrzehnte müssen auch ernsthafte Befürworter neuen Bauens schrecken, weil menschliche Züge und individuelle Prägungen darin oft ebenso wenig zu erkennen sind, wie nachbarliche Rücksicht und Einfühlung.

EO PLUNZEN



Den Griechen nachgeformt: Etruskischer Helm von Petko Banja, Serbien (um 500 v. Chr.), aus der Münchner Ausstellung FOTO: KATALOG

München zeigt „Kelten und Illyrer in Jugoslawien“

Himmel auf den Kopf

Im vierten Jahrhundert vor Christus wurden die Kelten von einer seitensamen Unruhe ergriffen, ein geradezu magischer Wandertrieb ließ dieses Volk in alle Richtungen – nach Westen, Osten und Süden – auszuweichen. Auf die Spuren dieser gewaltigen keltischen Völkerwanderung treffen wir heute noch in Mittel- und Südeuropa und selbst in Kleinasien. Als die Kelten 335 v. Chr. auf Alexander den Großen im Feldlager an der unteren Donau trafen, ließ der König sie fragen, was sie denn am meisten fürchteten. Und er erhielt die legendäre Antwort, ihre größte Furcht sei, daß ihnen der Himmel auf den Kopf fallen könnte. Ein halbes Jahrhundert später ließ ihnen der Himmel auf den Kopf, sie wurden von Alexander besiegt.

Im Gegensatz zum bayerischen Gebiet, wo seit der Hallstattzeit, dem ausgehenden 8. Jahrhundert v. Chr., die ersten Kelten nachzuweisen sind, tauchen sie in Jugoslawien erst 300 v. Chr. auf. Neben ihnen siedelte eine Vielzahl nichtkeltischer Stämme, deren Namen noch immer unbekannt sind. Für sie wurde der Sammelbegriff „Illyrer“ eingeführt.

Den „Kelten und Illyrern in Jugoslawien“ hat nun die Prähistorische Sammlung in München eine Ausstellung gewidmet, die dieses schwierige Vorgeschichte-Kapitel behandelt. Aus den Museen des ganzen Landes wurden dafür vom Nationalmuseum Laibach die schönsten und interessantesten Objekte der letzten fünf Jahrhunderte vor der Zeitenwende ausgewählt. Die erstmals außerhalb Jugoslawiens gezeigten Fundstücke dokumentieren eindringlich die Vielfalt und die zeitlose Schönheit der eisenzeitlichen Kulturgruppen.

Einer der herrlichsten Funde ist die goldene Totenmaske von Trebeniste. Diese gut erhaltenen und prachtvoll ge-

hämmerte Goldmaske legte man auf das Gesicht des Toten, um seine Bedeutung zu unterstreichen, aber auch, weil man glaubte, so der Verwesung Einhalt gebieten zu können.

Unter den Ausstellungsstücken eine spezifisch illyrische Kunst auszuweisen ist nur selten möglich, denn hier mischen sich zu viele Formen und Stile. Am häufigsten sind hellenistische Stil-Einflüsse zu erkennen, wie bei den zahllosen Funden griechischer Keramik und Terrakotten oder wie bei dem silbernen Medaillon von Krusevica und dem goldenen Ohrgehänge mit einem Negerkopf aus Bernstein, der in der Nähe von Titograd ausgegraben wurde.

Der illyrische Adel zeigte sich selbstoffen, eiferte den Griechen nach. Die Helme weisen in ihrer Form nach Griechenland, ebenso wie das Tafelgeschirr und die kleinen Behälter für Saiböl. Nach griechischen Vorbildern wurden auch die einschneidigen Schwerter geschaffen, die die Illyrer allerdings in einer kleinen kurzen Form schätzten. Das keltische Element erscheint hingegen plumper. Es bevorzugt die geometrisierenden, später die ornamentalen und kurvenreichen Flächen. Und von der hohen Kunstfertigkeit der Illyrer zeugen kleine Tierplastiken aus Gold und Bronze.

Dem Besucher wird es allerdings nicht leicht gemacht, das Wesentliche und das Besondere zu erkennen. Denn zu der Ausstellung gibt es keinen Katalog. Die Vorstellung der Funde in erleuchteten Glasvitrinen ist zwar aufregend und faszinierend, aber – auch wenn die Wissenschaft das illyrische Rätsel noch lange nicht gelöst hat – ein wenig mehr als den bloßen Augenschein hätte man schon gern (bis 17. Juni).

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

JOURNAL

Kritik an der Begabtenförderung

Kleine Genies werden nach Angaben der „Deutschen Gesellschaft für das hochbegabte Kind“ in der Bundesrepublik bisher nur unzureichend gefördert. Wie der Vorsitzende der Gesellschaft, Walter Kapoun, anlässlich eines internationalen Symposiums über „Probleme hochbegabter Kinder und Jugendlicher“ sagte, ist die Bundesrepublik im Bereich der Erkennung und Förderung dieser Kinder ein „ausgesprochenes Entwicklungsland“. So gibt es nach seiner Darstellung bisher lediglich an einer deutschen Hochschule, der Universität Hamburg, ein Projekt, in dem mathematisch besonders talentierte Schüler in Zusammenarbeit mit der Johns Hopkins-Universität Baltimore gezielt gefördert werden.

Musikverleger contra Rundfunkanstalten

Deutliche Kritik an der Musikauswahl der deutschen Rundfunkanstalten hat der Deutsche Musikverleger-Verband (DMV) geübt. „Die Autoren klassischer Musik können erst auf die Präsentation ihrer Werke in den deutschen Rundfunk hoffen, wenn sie gestorben sind“, sagte der Vizepräsident des Verbandes, Hans Wilfried Sikorski, jetzt auf der Jahreshauptversammlung des DMV in Wiesbaden auf Sylt. Besonders die Nachtprogramme der ARD favorisierten fast zu 80 Prozent ausländische Autoren. Dieser „Boikott“ einzelner Autoren sei fast im gleichen Umfang auch bei der Pop-Musik zu verzeichnen.

Hans Egon Holthausen erhält Kunstpreis

Der Essayist und Literaturkritiker Hans Egon Holthausen erhält den mit 20 000 Mark dotierten Kunstpreis 1984 des Landes Schleswig-Holstein. Der mit 5000 Mark dotierte Förderungspreis geht an den Rendsburger Schriftsteller und Maler Gerrit Bekker. Der 1913 in Rendsburg geborene und jetzt in München lebende Holthausen wird als „einer der bedeutendsten und wirkungsvollsten einflussreichen deutschen Lyriker der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts“ geehrt.

Oleksa Tichy tot

Wie heute bekannt wurde, ist am 6. Mai der polnische Gefangene Oleksa Tichy im sowjetischen Arbeitslager Perm im Alter von 57 Jahren gestorben. Tichy hatte in seinen Schriften die Selbständigkeit der ukrainischen Kultur dokumentiert und in Kiew eine Gruppe mitbegründet, die sich für die vollständige Durchführungen der Beschlüsse von Helsinki einsetzte. Für diese „kurdenrevolutionären Aktivitäten“ wurde ihm insgesamt 17 Jahre Arbeitslager und fünf Jahre innere Verbannung auferlegt. Seine schwere Krankheit, die er sich bei der Arbeit im Lager zugezogen hatte, und die unzureichende ärztliche Versorgung ließen ihn diese Strafe nicht überleben.

AUSSTELLUNGS-KALENDER

- Baden-Baden: Christian Boltanski – Städtische Kunsthalle (bis 1. Juli)
- Berlin: Kunst und Medien – Städtische Kunsthalle (bis 17. Juni)
- Der Archäologe – Antikenmuseum (bis 12. August)
- Bonn: Zwischenbilanz Neue deutsche Malerei – Rheinisches Landesmuseum (2. Juni bis 15. Juli)
- Georg Baselitz – Städtisches Kunstmuseum (13. Juni bis 28. August)
- Görlitz: Zinngießer in Görlitz – Städtisches Museum (3. Juni bis 29. Juli)
- Peter Vogt – Malerei – Städtisches Museum (bis 23. Juni)
- Hamburg: Schatz aus Korea – Museum für Kunst und Gewerbe (15. Juni bis 18. September)
- Hannover: Neue Malerei – Berlin – Kestner-Gesellschaft (1. Juni bis 5. August)
- Kassel: Vadim Sidur – Neue Galerie (bis 29. Juli)
- Mainz: Aspekte sowjetischer Kunst in der Gegenwart – Mittelrheinisches Landesmuseum (bis 24. Juni)
- Köln: Verschiedenes Inventar – Der Skulpturenfund im Kölner Domchor – Schnitzgen-Museum (bis 2. September)
- Landshut: Die Kaffeekanne – Wilhelm-Hack-Museum (bis 24. Juni)
- München: Karl Schmidt Rottluff – Gemälde, Aquarelle, Zeichnungen – Städtisches Museum (8. Juni bis 8. Juli)
- München: Erde und Feuer – Traditionelle japanische Keramik der Gegenwart – Deutsches Museum (8. Juni bis 18. September)
- Oskar Schlemmer – Museum Villa Stuck (bis 26. August)
- Oldenburg: Robert Sturm – Landesmuseum (6. Juni bis 8. Juli)
- Osnabrück: Forst Gläser – Kulturgeschichtliches Museum (7. bis 27. Juni)
- Regensburg: Umgang mit der Awa. Lichtbild, Abbild, Sinnbild – Städtische Galerie (2. Juni bis 29. Juli)
- Schleswig: Karl Schmidt Rottluff – Zum 100. Geburtstag – Schloß Gottorf (3. Juni bis 12. August)
- Stuttgart: Rudolf Schlegler (1890-1950) – Württembergischer Kunstverein (bis 1. Juli)

A. Reinhardt inszeniert „Elektra“ in Darmstadt

Leichenfeier ohne Ende

Die noch amtierenden Beherrscher der Musiktheaterszene müssen ihre Vormachtstellung allmählich durch eine couragierte Riegelinszenierung Bühnenbilder bedroht sehen. Eigentlich machte Wilhelm Wagner den Anfang. Nach Grilbe und Ponnelle traten Herbert Wernicke und Marco Arturo Marelli auf den Plan. Und jetzt ist auch Andreas Reinhardt Bühnenbildner und Regisseur dazu. Mit der „Elektra“ hat er sich in Darmstadt dem Doppelset vor Richard Strauss und Hofmannsthal gestellt. Mit einer wohlgeproben, überaus belknen und komplizierten Theaterarbeit, die bei allen Überhebungen immer wieder der Gefahr entgeht, die Musik zurückzudrängen. Dies ist immerhin mehr als man den meisten szenischen Neutönen und Bilderstürmern nachrühnen kann.

Überraschend zunächst, daß der Szenograph Reinhardt dem altgedienten Grundriß des Palasthofes zu Mykene nur wenig neue Varianten abzugewinnen vermag. Der Raum ist rechtwinklig abgegliedert und von modrig-grünem Gemäuer eingefasst. Auf der linken Bühnenhälfte zelebriert Elektra eine permanente Leichenfeier. Die verängstigten Figuren, die nach dem ersten Aufschrei des Agamemnon-Motivs erkennbar werden, scheinen den Fluch, der über dem Geschlecht der Atiden liegt, in die Gegenwart herinschleppen zu wollen.

Andreas Reinhardt geht nicht mit assoziativen Zeichen und Bildern des Grauens, aber der Bühnenbildner widerlegt nicht den Regisseur. Nirgend-

wo lenkt das Bild von dem ab, was die Figuren untereinander auszumachen haben. Doch hier überzieht Reinhardt, neigt zu Geschäftigkeit und rüdem Naturalismus, der sich mit Vorliebe auf bluttriefenden Treppen auslebt, legt dann aber die ernervende Psychologie der großen Klytämnestra-Szene (an Körper und Stimme gebrochen: Eva Gilhofer) auf intimen Kamerton fest, läßt sie beinahe in einen Familientreff nach der Manier Ibsens abdriften. Und am Ende, in der furchterregenden Pantomime Elektras mit dem Beil, verflucht die Ekstase des Vendetta-Dramas vollends zu blanker Hysterie.

Nicht so im Musikalischen, wo Hans Drewanz die raffiniert-komplizierte und avancierteste Musik des Komponisten doch ein wenig verbürgerlicht. Sicher und flexibel im Umgang mit Bühne und Orchester meidet Drewanz – hier uneins mit dem Inszenator – den brutalen Effekt, kühlt die nervöse Überreiztheit der Partitur ebenso ab wie das affektisch schwellende As-Dur der Erkennungsszene.

Elektra ist die schön und ebenmäßig singende Deborah Polaski. Keine großkalibrige hochdramatische und schon gar keine schreiende Mänade, eher eine Rächerin, die Freud gelesen hat und dennoch – im selbstvergessenen Dialog mit Orest (wie Johannes der Täufer gewandelt; Hubert Bischof) – der ergreifenden Demut fähig ist. Ein Glücksfall: Sheryl Stuter, die als Chrysothemis mit prunkvoll gleißenden Kantilen alles überstrahlt.

HEINZ LUDWIG

Psychologisches Training für „DDR“-Intendanten

Raus aus der Sackgasse!

Es scheint merkwürdig. Aber auch inlinentre Theaterintendanten und Ensembleleiter in der „DDR“ haben Mühe, ihre politischen und künstlerischen Forderungen bei Mitarbeitern und Ensemblemitgliedern durchzusetzen. Dies bestätigt nicht nur eine Rede des „DDR“-Kulturministers Hans-Joachim Hoffmann auf einem Intendanten-Seminar vom Anfang dieses Jahres, sondern auch ein unlängst von der Ostberliner Zeitschrift „Theater der Zeit“ veröffentlichter Beitrag von Hans Marggraf, einem wissenschaftlichen Mitarbeiter der Direktion für Theater und Orchester der „DDR“. Marggraf muß zugeben, daß die „Frage nach den Anforderungen an einen sozialistischen Leiter“ ein „Problem“ ist.

Aus diesem Grund veranstaltet der „DDR“-Theaterverband seit einigen Jahren für Ensembleleiter ein „sozialpsychologisches Verhaltenstraining“. Dieses Training – so Marggraf – „aktiviert und motiviert, anders als bei herkömmlichen Lehrmethoden, die gesamte Persönlichkeit des Teilnehmers. Es werden nicht so sehr Kenntnisse als vielmehr Fähigkeiten durch ein regelrechtes Training erworben und gefestigt. Verhaltens-techniken werden vermittelt und erworben, mit denen ein erfolgreiches Leiterverhalten realisiert werden kann. Es geht also nicht so sehr um das „Was“ der Leitungstätigkeit als vielmehr um das „Wie“: Ein Ensembleleiter, so lautet die Schlussfolgerung, müsse seine Kollegen „so beeinflussen“, daß sie von der Richtigkeit seiner Absichten überzeugt seien

und sein Vorhaben „als ihr eigenes akzeptieren“.

Die Methode, mit Hilfe psychologischer Tricks die Bühnenkünstler und die übrigen Mitarbeiter von der angeblichen Notwendigkeit einer Theaterkunst zu überzeugen, die den „Menschen Kraft und Zuversicht für die Lösung der großen Aufgaben bei der Stärkung der DDR“ vermitteln soll, hat sich in der Praxis jedoch als weitgehend untauglich erwiesen. So beklagte Kulturminister Hoffmann die immer noch mangelhafte Qualität und Wirkung der „DDR“-Theaterkunst. Unlust breite sich unter den Theaterkünstlern aus. Die Folgen: „Äußerliche Aktualisierung alter Stücke zum Beispiel, verschämte Sprache und mangelnde Ästhetik von Bühnenbild und Kostümen.“

Auch der von den Betrieben, verschiedenen gesellschaftlichen Einrichtungen usw. organisierte Theaterbesuch führt nicht zu den von den SED-Funktionären gewünschten Ergebnissen. Viele Zuschauer bleiben weg, sie lassen ihre Karten verfallen. „Ganz augenscheinlich ist“, so klagte der Dresdener Theaterintendant Gerhard Wolfram, „daß das Theater nicht funktionieren wird, wenn es sein Publikum nicht über das Organisatorische hinaus, also persönlich, zu aktivieren vermag.“ Es scheint programmiert, daß weder sozialpsychologisches Verhaltenstraining für Ensembleleiter und Intendanten noch der organisierte Besuch des „DDR“-Theaters aus seiner Sackgasse herausführen werden.

HARALD BUDDÉ

Meisterschaft auf einem kargen Instrument – Benny Goodman wird 75

Mozart hätte seine Freude an ihm

Nur selten lassen sich Eckdaten der Jazzgeschichte so genau auf den Tag festlegen wie in der Karriere Benny Goodmans. Da ist zunächst der 21. August 1933 zu erwähnen. Jazzmusiker sind sich einig darüber, daß der Klarinetist genau an diesem Tag im Palomar Ballroom in Los Angeles seinen Durchbruch hatte. Will man die verfilmten Biografie des Klarinetisten glauben, so geschah an diesem denkwürdigen Datum folgendes: Benny Goodman und seine Band spielten, wie schon an vielen Abenden zuvor, ihr Repertoire an Tanzmusik, als das Publikum auf dem Parkett plötzlich aus dem Takt geriet und sich um die Bühne versammelte, um der Musik zuzuhören. Als Goodman zu Ende gespielt hatte, brach die Menge in tosenden Beifall aus und verlangte Zugabe um Zugabe. Die Zeiten, da der Swing als bloße Gebrauchsmusik zum Tanz lockte, waren vorbei.

Das zweite bemerkenswerte Datum in der Karriere des Benny Goodman und in der Geschichte des Jazz ist der 16. Januar 1938. An diesem Sonntagabend spielte er mit einer Band, in der sich die absolut besten Musiker tummelten, die in Amerika

in jenen Tagen aktiv waren: Teddy Wilson, Gene Krupa, Lionel Hampton, Harry James, Count Basie, Johnny Hodges, Lester Young, um nur einige zu nennen. Noch bemerkenswerter als diese Zusammensetzung von weißen und farbigen Musikern war der Ort des Geschehens: die New Yorker Carnegie Hall, in der ansonsten nur Toscanini, Walter und Konstantin den Taktstock hoben. Nun hatte das ehrwürdige Gebäude endlich auch die höheren Weihen des Jazz erhalten. Es ist schwer vorstellbar, daß ein Abend mit klassischer Musik jene Reaktionen beim Publikum ausgelöst hätte, wie man sie beim mittlerweile legendären Carnegie-Hall-Konzert Goodmans immer noch und immer wieder (dank einem Plattenmitschnitt) erleben kann.

Wenn man von Jazzklarinettisten spricht, ist es unweigerlich immer derselbe, dessen Name zuerst fällt: Benjamin David Goodman, der heute vor 75 Jahren geboren, als Benny Goodman eine der herausragenden Figuren in der Musik der 30er und 40er Jahre wurde. Welche Klangvielfalt vermochte er auf dem als „karg“ verschrieenen Instrument zu erzeugen: vom gehauchten Pianissimo in

den höchsten Lagen über ein jubelnd strahlendes Forte in der Mitte bis hin zu den volltönenden Tiefen. Sein Tonansatz war klar und rein, er reichte die Noten fein säuberlich wie Perlen auf eine Schnur.

Schon frühzeitig in seiner Karriere liebte es der „King of Swing“, hin und wieder das Lager zu wechseln und bei der Klassik vorbeizuschauen. Er spielte mit dem Budapest Streichquartett, nahm sich die Werke Bartóks, Hindemiths und Coplands vor. Nicht zuletzt gilt er als kompetenter Interpret der Klarinettenkonzerte von Mozart und Weber. Wenn's hier und da ein wenig „jazzig“ klingt – wer weiß, ob Mozart nicht seine helle Freude daran gehabt hätte!

Als Goodman 1980 zum Klarinetist nach Berlin eingeladen wurde, fragte er bei Helmut Schmidt an, ob man nicht gemeinsam musizieren könne. Der Kanzler lehnte ab. Diesen Korb hatte ihm zwanzig Jahre zuvor König Bhumibol von Thailand nicht gegeben. Der König, ein passionierter Saxophonspieler, traf mit Goodman in New York zu einer Jam Session zusammen. Gekrönte Häupter wissen nun mal, was sie einander schuldig sind.

RAINER NOLDEN



Er gab der Carnegie-Hall die höheren Weihen des Jazz: Benny Goodman FOTO: DANILLO LUBES

ZEITSCHRIFTENKRITIK: Litfass

Jedem seinen Schweizer

Von „Litfass“/Zeitschrift für Literatur, seit einiger Zeit im Piper Verlag erscheinend, liegt uns die Nr. 30 vor. Das 144 Seiten starke Heft im Taschenbuchformat (8 DM) enthält zur Hälfte Beiträge von schweizerischen (oder in der Schweiz lebenden) Schriftstellern. Das ist kein Zufall, denn man entnimmt dem Vorwort des „Litfass“-Herausgebers Rainer Weiss, daß man der Frage nachgehen will, weshalb „heute kaum mehr ein deutscher Verlag auszumachen ist, der nicht 'seinen' Schweizer, 'seine' Schweizerin im Programm hat. Warum wohl? Haben wir es hier mit einer besseren Literatur zu tun?“

Diese recht direkte Frage ist von den Beiträgen des Dutzends Schweizer Autoren her kaum zu bejahen. Wo man die Namen nicht kennt, gibt erst das Autorenverzeichnis darüber Auskunft, ob es sich um ein schweizerisches Produkt handelt oder nicht. Erkennbare schweizerische Inhalte sind nämlich nicht vorhanden, und die Mächtig ist – mit den Ausnahmen von Kurt Marti und M. R. Becher – von der gleichen Maniertheit wie die Texte der meisten jungen Autoren: „Daß er deprimiert sei, nein, eigentlich nicht, oder daß er resigniert habe, wie käme er dazu, nein! Aber in seinem Kopf breite sich manchmal eine Art negatives Licht aus...“

Die Redaktion hatte jedoch den Einfall, einen notorischen Nonkonformisten in Sachen Literatur um eine Einleitung zu bitten: den Zürcher Charles Linsmayer. In seinem „Literaturbrief aus der Schweiz“ zeichnet er zunächst drastisch das wirtschaftliche Gefälle von der Schweiz herunter zur Bundesrepublik Deutschland. Er tut das nicht aus Sadismus, sondern weil es seiner Meinung nach die epidemische Ausbreitung helvetischer Literatur erkläre.

Linsmayer ist der Meinung, daß selbst solche eigenständigen Auto-

ren, die in der Bundesrepublik kaum gelesen werden, für deutsche Verleger eine gute Investition seien: „Die Schweizer importieren, auch wenn sie über die die Nase rümpfen, ihre in Deutschland verlegten (also arrierten!) Autoren nämlich konsequent und pflichtschuldig in beträchtlicher Zahl. Und dank des harten Schweizer Franken ist das Geschäft mit dem noch immer intakten, traditionsreichen Schweizer Buchhandel für den deutschen Verlag ein gutes Geschäft: Jährlich importiert die Schweiz immerhin für 200 Millionen Franken Bücher aus Deutschland!“

Interessant ist, was Linsmayer über das Verlagswesen in der Schweiz selbst berichtet. Während die großen und mittleren Verlage wegen ihres beschränkten Marktbereiches fast alle in einer Krise stecken, sei es so erstaunlicher, die Blüte der Kleinverlage, Ein- und Zweimannebetriebe zumeist, mit spezifisch schweizerischem Programm, für das der deutsche Buchmarkt nur eine untergeordnete Nebenrolle spielt. In diesem Bereich veröffentlichen unzählige einheimische Schriftsteller, die so den Humus für die „Auswanderer“ in Richtung Norden bilden.

Wie ist das wirtschaftlich möglich? Linsmayer gibt drei Gründe an: 1. Mit Schweizer Franken läßt sich in Deutschland billig drucken. 2. Die Autoren können von ihren Büchern nicht leben, haben deshalb einen Beruf und können so den Druck bezahlen. 3. Die schweizerischen Behörden und Gemeinden zahlen aus sozio-kulturellem Pflichtgefühl viel Druckzuschüsse – auch wenn sie die geförderten Produkte gar nicht mögen. Übrigens sagt Linsmayer auch einiges Aufschlußreiches über die geistige Ate der eigenständigen Literatur. Aber das muß man in „Litfass“ nachlesen.

ANTON MADLER

